VIMENTIS Umfrage

Volksmeinung 2015

Umfrageergebnisse zu den Themenbereichen

Volksstimmung
AHV
Umsetzung der Masseneinwanderungsinitative
Steuerwettbewerb
Bildung

VIMENTIS Umfrage

Volksmeinung 2015

Umfrageergebnisse zu den Themenbereichen
Volksstimmung
AHV
Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative
Steuerwettbewerb
Bildung

1. 10. 2014 bis 14. 12. 2014
20 173 Teilnehmer
51 Fragen
http://www.vimentis.ch/umfrage

pwc

Inhaltsverzeichnis

I. Ausgewählte Ergebnisse 3

1. Volksstimmung 5

2. AHV 8

3. Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative 10

4. Steuerwettbewerb 12

5. Bildung 14

II. Komplette Ergebnisse 16

6. Überblick 19

7. Fragen 23

A. Abkürzungen 124

B. Danksagung 125

Teil I.

Ausgewählte Ergebnisse

Thema Volksstimmung mehr auf Seite 5

Den weitaus höchsten Handlungsbedarf sieht die Bevölkerung in der Ausländer- und Asylpolitik. 48 % der Bevölkerung sind mit der Schweizer Politik unzufrieden. In einer Volkswahl würde es anstatt Johann Schneider-Ammann Karin Keller-Sutter in den Bundesrat schaffen.

Thema AHV mehr auf Seite 8

2014 sind 38 % der Schweizer Bevölkerung für eine Erhöhung der AHV-Beiträge, während 2013 nur 32 % dafür gewesen waren. Jedoch ist immer noch eine relative Mehrheit dagegen.

Thema Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative mehr auf Seite 10

45 % der Schweizer Bevölkerung bevorzugen eine Aufgabe der Bilateralen I zugunsten einer Einführung von Einwanderungskontingenten für EU-Bürger und eines Inländervorrangs.

Thema Steuerwettbewerb mehr auf Seite 12

Eine absolute Mehrheit von 54 % möchte weniger Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen. So befürwortet eine absolute Mehrheit von 51 % eine Vereinheitlichung der Steuersätze für Einkommen über CHF 300 000.

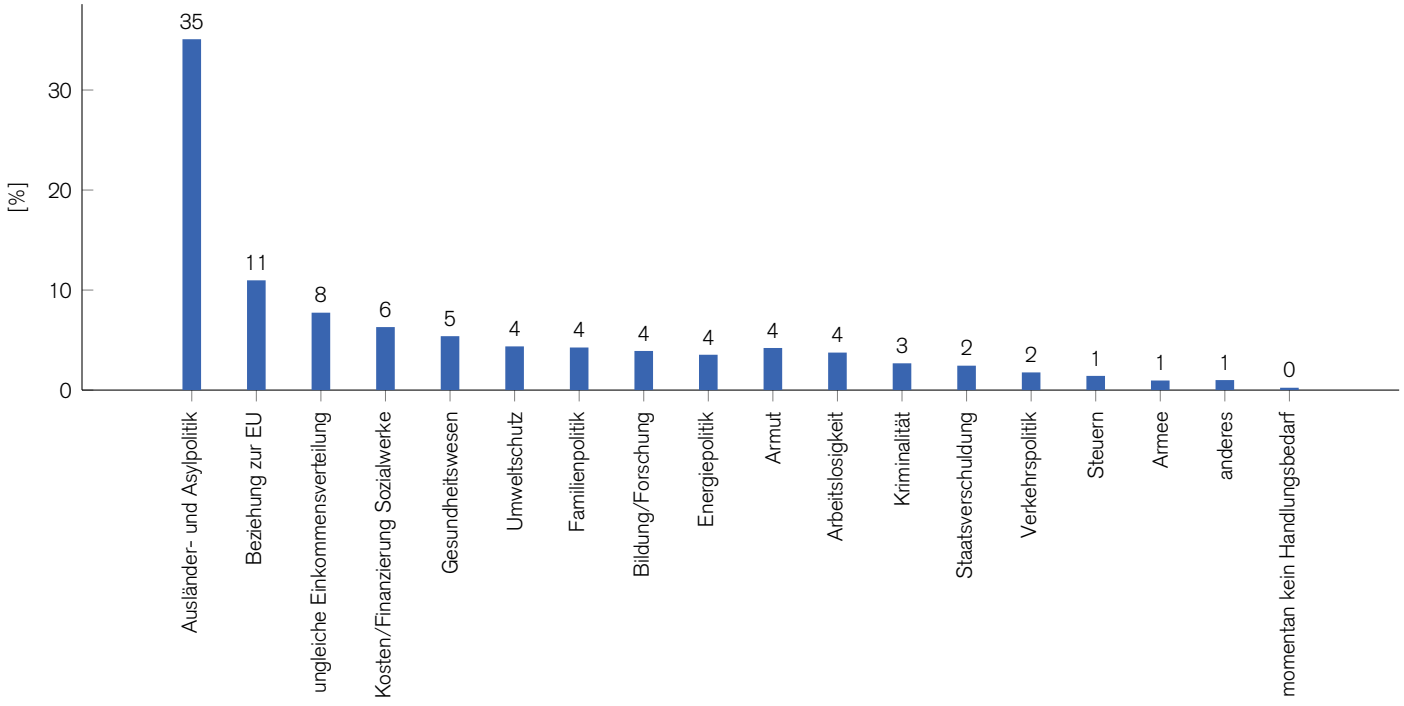
Thema Bildung mehr auf Seite 14

57 % der Schweizer Bevölkerung möchte, dass als erste Fremdsprache eine zweite Landessprache unterrichtet wird und nur 41 % ist für Englisch als erste Fremdsprache.

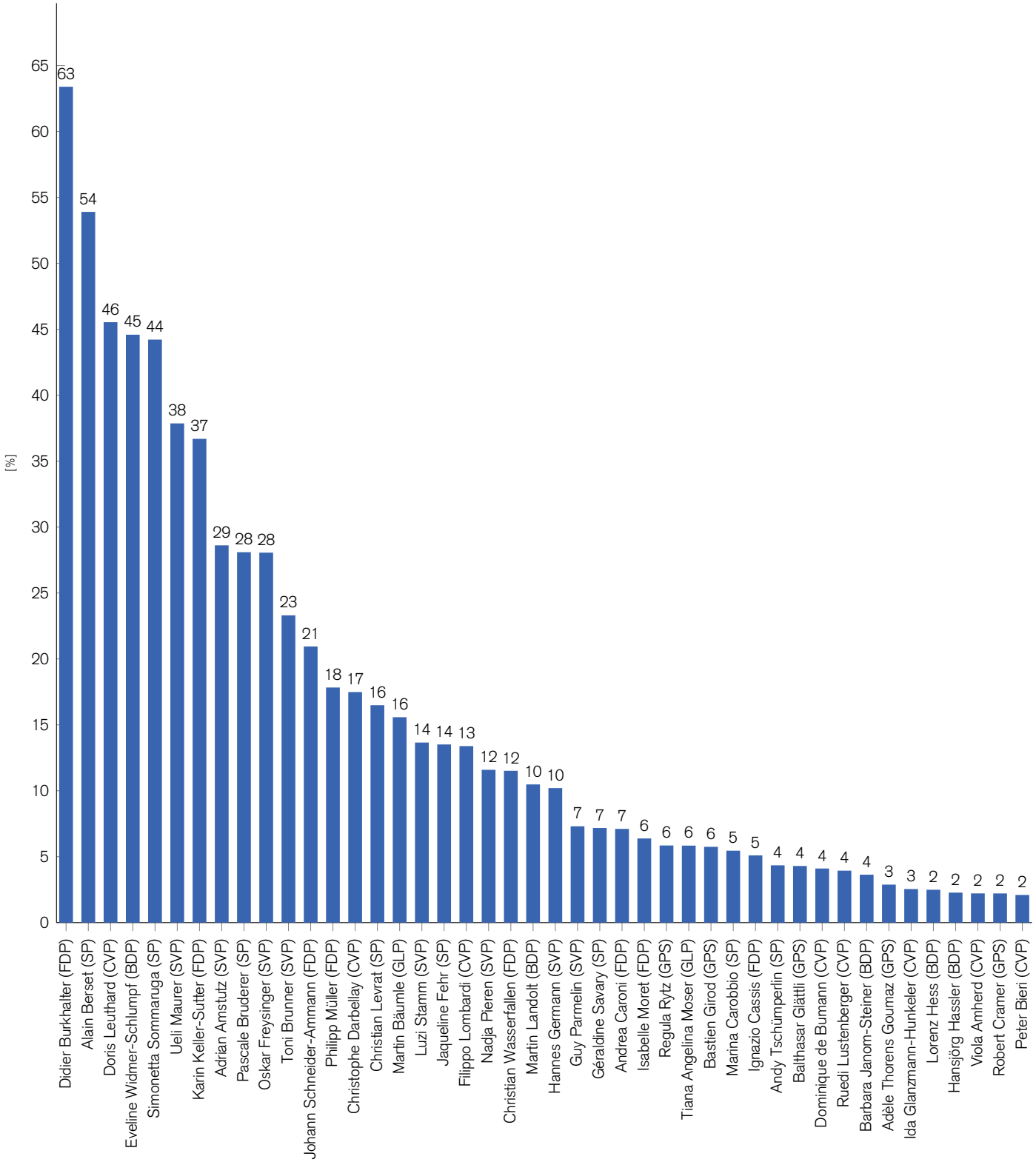
1. Volksstimmung

Ich bin mit der Politik in der Schweiz zufrieden

Welches Thema hat für Sie den höchsten politischen Handlungsbedarf?



Wenn der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden könnte, welche 7 Bundesräte bzw. Bundesrätinnen würden Sie heute wählen?



Erläuterungen

Wie in den vergangenen Jahren sind in der Schweiz mehr Personen mit der Politik unzufrieden als zufrieden. Insgesamt sind 48 % der Bevölkerung mit der Schweizer Politik nicht oder eher nicht zufrieden. Mit der Politik zufrieden oder eher zufrieden sind hingegen nur 43 %. Der Vergleich mit den letzten Jahren zeigt aber auch, dass sich das Bild der Schweizer Politik in der Bevölkerung langsam verbessert. Nachdem im Jahr 2013 noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung unzufrieden war, ist diese Zahl zum zweiten Mal in Folge leicht gesunken. Bezüglich der verschiedenen Parteien sind die Wähler der CVP mit einer Zustimmung von 72 % am zufriedensten mit der Schweizer Politik und die Wähler der SVP mit einer Zustimmung von 22 % am unzufriedensten.

Den grössten politischen Handlungsbedarf sieht die Schweizer Bevölkerung wie bereits in den vergangenen beiden Jahren mit Abstand im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik. Für 35 % der Schweizer Bevölkerung besteht in diesem Bereich der höchste politische Handlungsbedarf. Wichtige Themen sind aber auch die Beziehungen zur EU (11 %) sowie die ungleiche Einkommensverteilung (8 %). Speziell die Beziehungen zur EU haben im vergangenen Jahr stark an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2014 gaben nur 4 % der Umfrageteilnehmenden diesen Themenbereich als höchsten Handlungsbedarf an.

In einer Volkswahl des Bundesrates würden mit Ausnahme von Johann Schneider-Ammann (FDP) alle bestehenden Bundesräte wiedergewählt werden. Anstelle von Johann Schneider-Ammann würde Karin Keller-Sutter (FDP) in den Bundesrat gewählt werden. 37 % der Schweizer Bevölkerung würden sie wählen. Mit einem gewissen Abstand würden Adrian Amstutz (SVP) von 29 %, Pascale Bruderer (SP) mit 28 % und Oscar Freysinger (SVP) mit 28 % den Einzug in den Bundesrat knapp verpassen. Didier Burkhalter ist der beliebteste Bundesrat im Volk und würde von 65 % der Bevölkerung gewählt werden. An zweiter Stelle würde Alain Berset und an dritter Stelle Doris Leuthard gewählt werden.

2. AHV

Meine AHV-Rente ist sicher.

Die Beiträge an die AHV werden erhöht.

Die AHV-Renten werden gekürzt.

Erläuterungen

Eine relative Mehrheit der Schweizer Bevölkerung von 43% sieht ihre AHV-Rente als sicher, was im Vergleich zu den 40% aus dem Jahr 2014 eine leichte Verbesserung darstellt. Wenig überraschend hängt diese Wahrnehmung aber sehr stark vom Alter der Personen ab, wobei ältere Menschen stärker von der Sicherheit ihrer AHV-Rente überzeugt sind. Bemerkenswert ist aber der grosse Sprung zwischen den 45- bis 54-Jährigen und den 55-bis 64-Jährigen. 61% der Personen, die heute relativ kurz vom Rentenalter entfernt sind, sehen ihre AHV-Rente als sicher an, während es bei den zehn Jahre Jüngeren nur gerade 34% sind.

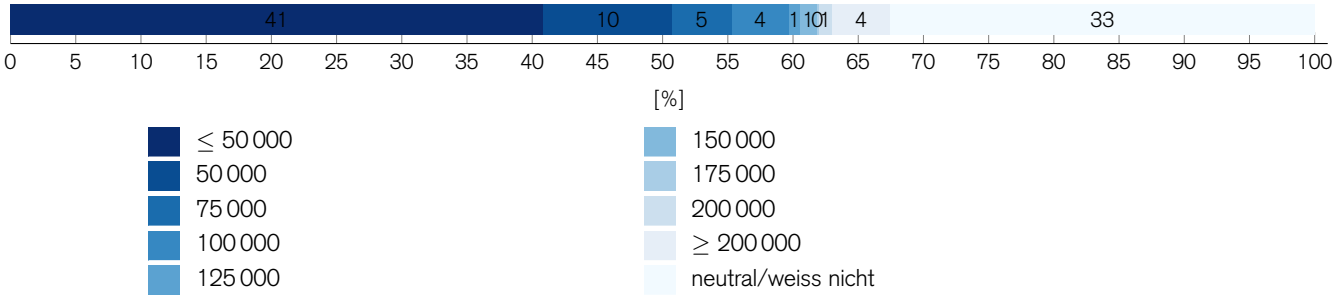
Bezüglich der zukünftigen Finanzierung der AHV konnte die letztjährige Umfrage zeigen, dass sich 69% der Schweizer Bevölkerung zusätzliche Einnahmen oder Abgaben zugunsten der AHV vorstellen kann. In der Frage woher die zusätzlichen Einnahmen kommen sollen besteht jedoch keine Einigkeit.

In der diesjährigen Umfrage ist die Zustimmung für eine Erhöhung der AHV-Beiträge von 32% auf 38% gestiegen. Einer Erhöhung des Rentenalters stimmen mit 32% zwar mehr Personen zu als in 2014, jedoch findet sich einzig bei der FDP-Wählerschaft eine absolute Mehrheit für diese Massnahme. Kürzungen der AHV-Rente sind wie bereits in der Vergangenheit ein äusserst unbeliebtes Thema und haben bei der Schweizer Bevölkerung einen sehr schweren Stand. Vor diesem Hintergrund erscheint die zukünftige Finanzierung der AHV ein nur schwer lösbares Problem zu bleiben.

3. Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Die Masseneinwanderungsinitiative will die Zuwanderung in die Schweiz begrenzen. Woran sollen sich die jährlichen Begrenzungen für Ausländer orientieren?

Wie viele Ausländer sollen pro Jahr maximal einwandern dürfen (Brutto)?



Was gewichten Sie stärker?

Erläuterungen

Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative entstand in diesem Jahr neuerlicher Handlungsbedarf bezüglich der Themen Zuwanderung und Beziehungen zur EU. Insbesondere ist heute noch nicht klar, wie die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (Festlegung Höhe und Verteilung von Kontingenten für Ausländer, Behandlung von EU- und EFTA-Bürgern vs. Bürger von Drittstaaten, etc.) genau gestaltet werden soll und inwiefern der Entscheid gegenüber den Bilateralen I zu verstehen ist.

Eine absolute Mehrheit der Schweizer Bevölkerung möchte eine maximale Brutto-Einwanderung von 50 000 Ausländern. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass rund ein Drittel der Bevölkerung keine Antwort zu dieser Frage gefunden hat. Dabei will die Schweizer Bevölkerung mit einer absoluten Mehrheit von 59 %, dass die Höhe der Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern sich an der Situation im Arbeitsmarkt als auch der Bevölkerungsgrösse/-struktur orientiert. Mit 60 % findet sich auch eine Mehrheit in der Bevölkerung, welche die Zuwanderung so steuern will, dass der Ausländeranteil einen bestimmten Grenzwert nicht überschreitet. Dabei ist eine absolute Mehrheit für einen maximalen Ausländeranteil von 20 %.

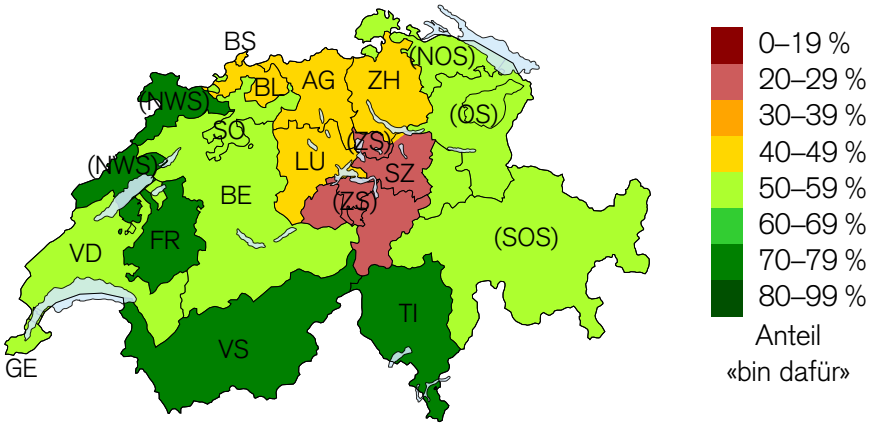
Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative würde wohl auch bestätigt, wenn klar gewesen wäre, dass durch die Einwanderungsbeschränkung auch die Bilateralen I gekündigt werden müssten. Eine knappe relative Mehrheit von 45 % bevorzugen die Aufgabe der Bilateralen I zugunsten einer Einführung von Einwanderungskontingenten für EU-Bürger und einen Inländervorrang. Nur 41 % der Bevölkerung gewichten die Bilateralen I und den Inländervorrang höher als Einwanderungsbeschränkungen. Bei den Frauen ist die relative Mehrheit, die Einwanderungsbeschränkungen höher gewichten, stärker ausgeprägt als bei den Männern. Jedoch bevorzugen nur die Wähler der SVP und EDU mehrheitlich Einwanderungskontingente gegenüber der Weiterführung der Bilateralen I.

4. Steuerwettbewerb

Wie soll der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen geändert werden?

Der Steuerwettbewerb wird für Einkommen über CHF 300 000 pro Jahr abgeschafft, d.h. die Steuersätze für Einkommen ab CHF 300 000 werden schweizweit vereinheitlicht.

Soll der Finanz- und Lastenausgleich verstärkt werden?



Erläuterungen

Nach der Ausländer- und Asylpolitik und den Beziehungen zur EU ist für die Schweizer Bevölkerung auch die ungleiche Einkommensverteilung ein wichtiges Thema, bei dem politischer Handlungsbedarf besteht. Die Kantone stehen im Wettbewerb um gute Steuerzahler. Inwiefern die positiven oder negativen Auswirkungen überwiegen, ist wissenschaftlich nicht eindeutig. Eine absolute Mehrheit der Schweizer Bevölkerung beurteilte den interkantonalen Steuerwettbewerb jedoch als eher negativ. Daher befürwortet eine absolute Mehrheit von 54 % weniger Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen. Erwartungsgemäss steigt mit zunehmendem Einkommen der Anteil, der keine Veränderung oder mehr Steuerwettbewerb möchte.

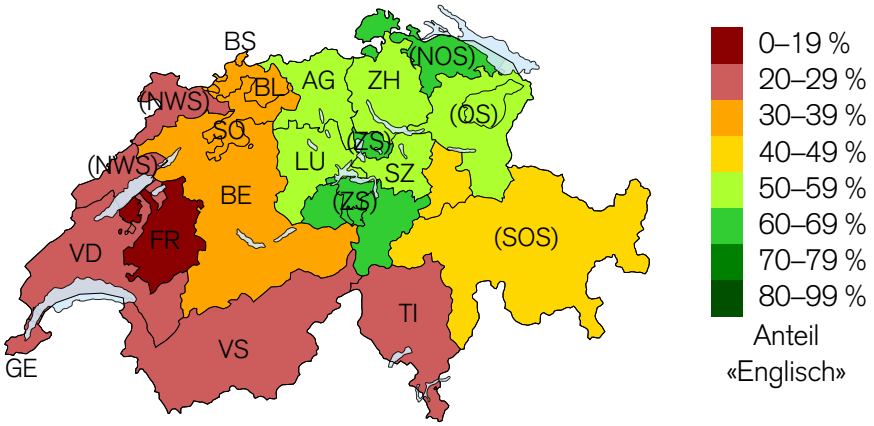
Um den Steuerwettbewerb zu verringern, befürwortet eine absolute Mehrheit von 51 % eine Vereinheitlichung der Steuersätze für Einkommen über CHF 300‘000. Die Wähler sämtlicher Parteien – mit Ausnahme von SVP, FDP und CVP – sind mit einer absoluten Mehrheit dafür. Lediglich in der Zentralschweiz (54 %) und dem Kanton Schwyz (56 %) ist eine absolute Mehrheit gegen eine schweizweite Vereinheitlichung. Gesamtschweizerisch ergibt sich jedoch auch bei Personen mit hohen Einkommen keine absolute Mehrheit gegen eine Vereinheitlichung.

Hingegen will nur eine knappe relative Mehrheit von 38 % eine Verstärkung des Finanz- und Lastenausgleichs. Die Zustimmung für eine Verstärkung steigt leicht mit steigendem Alter und steigender Bildung und sinkt leicht mit steigendem Einkommen. Hingegen sinddie Geberkantone Schwyz und die Region Zentralschweiz (NW, OW, UR, ZG) mit einer absoluten Mehrheit gegen eine Verstärkung des Finanz- und Lastenausgleichs.

5. Bildung

Primarschüler werden von Fächern, in denen sie ungenügend sind, notenbefreit und erhalten dafür individuelle Lernziele, nach denen sie bewertet werden.

Welche Fremdsprache soll als erste Fremdsprache unterrichtet werden?



Die Schüler der Sekundarstufe sollen weniger Inhalte und dafür vermehrt Methoden lernen, wie sie beispielsweise Informationen zu einem Thema beschaffen können.

Erläuterungen

Eine deutliche absolute Mehrheit der Schweizer Bevölkerung von 69 % spricht sich für eine schweizweite Bewertung der Schüler mittels Noten ab der ersten Klasse aus. Über alle Kantone, Alters-, Bildungs- und Einkommensklassen sowie beinahe sämtliche Parteien hinweg bilden die Befürworter die Mehrheit. Einzig die Wähler der GPS sind mit 51 % dagegen. Auch der Ansatz, Primarschüler in ihren ungenügenden Fächern von den Noten zu befreien und stattdessen nach individuellen Lernzielen zu bewerten, wird von einer absoluten Mehrheit der Schweizer Bevölkerung von 53 % abgelehnt. Lediglich die Wähler der SP und der GPS sprechen sich mit einer absoluten Mehrheit für eine Notenbefreiung aus. Der Anteil der Befürworter ist höher, je tiefer die Einkommensklasse. Allerdings bilden die Gegner auch in der tiefsten Einkommensklasse eine relative Mehrheit von 48 %.

Eine absolute Mehrheit von 54 % der Bevölkerung möchte, dass bereits auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Die grösste Zustimmung kommt aus den frankophonen Kantonen und dem Tessin. Die Opposition ist in der Zentralschweiz am stärksten, lediglich 39 % sprechen sich dort für eine zweite Fremdsprache auf Primarstufe aus. Die Wähler der meisten Parteien befürworten den Ansatz. Allerdings sind bei den Wählern der SVP, der EVP und der EDU jeweils absolute Mehrheiten dagegen. Bei der Frage, welche Sprache als erste Fremdsprache unterrichtet werden soll, sprechen sich 57 % der Schweizer Bevölkerung für eine zweite Landessprache und nur 41 % für Englisch aus. Interessant sind hierbei die Meinungsdifferenzen zwischen den Generationen. Bei den über 65-Jährigen ist eine deutliche absolute Mehrheit von 72 % der Meinung, dass eine zweite Landessprache als erste Fremdsprache unterrichtet werden sollte. In der Altersklasse der 15 bis 24-Jährigen spricht sich jedoch eine absolute Mehrheit von 54 % für Englisch aus.

Zudem möchte eine absolute Mehrheit von 55 %, dass den Schüler vermehrt gelehrt wird, wie man sich Wissen aneignet, anstatt Wissen zu lehren. Interessant ist dabei, dass der Anteil der Befürworter mit dem Alter steigt.

Teil II.

Komplette Ergebnisse

Inhalt

6. Überblick **19**

6.1. Verein Vimentis . . . 19
6.1.1. Ziel und Zweck . . . 19
6.1.2. Vimentis-Umfrage . . . 19
6.2. Erhebungsmethodik . . . 20
6.2.1. Repräsentativität . . . 20
6.2.2. Fragebogen . . . 20
6.2.3. Datenerhebung und Stichprobe . . . 20
6.2.4. Regionen . . . 20
6.2.5. Bildungskategorien . . . 21
6.2.6. Parteistärken . . . 21
6.3. Ergebnisse im Internet . . . 22
6.3.1. Online-Datenbank . . . 22
6.3.2. Publikation . . . 22

7. Fragen **23**

7.1. Ich bin mit der Politik in der Schweiz zufrieden. . . . 23
7.2. Bei welchem Themenbereich sehen Sie den höchsten politischen Handlungsbedarf? . . . 26
7.3. Wenn der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden könnte, welche 7 Bundesräte bzw. Bundesrätinnen würden Sie heute wählen? . . . 35
7.4. Meine AHV-Rente ist sicher . . . 42
7.5. Die Beiträge an die AHV werden erhöht. . . . 44
7.6. Die AHV-Renten werden gekürzt. . . . 46
7.7. Das AHV Rentenalter wird erhöht. . . . 48
7.8. Wie haben Sie bei der Masseneinwanderungsinitiative gestimmt? . . . 50
7.9. Wie sollen EU/EFTA-Bürger und Bürger von Nicht-EU-Staaten bei der Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen behandelt werden? . . . 53
7.10. Die Masseneinwanderungsinitiative will die Zuwanderung in die Schweiz begrenzen. Woran sollen sich die jährlichen Begrenzungen für Ausländer orientieren? . . . 55
7.11. Das Einwanderungskontingent soll von der Arbeitslosenquote abhängig sein (bei hoher Arbeitslosenquote wird die Einwanderung stärker eingeschränkt). . . . 58
7.12. Die Zuwanderung soll so reguliert werden, dass der Ausländeranteil einen bestimmten Grenzwert nicht überschreitet. . . . 60

7.13. Wie hoch soll der maximale Ausländeranteil in der Schweiz sein? . . . 63
7.14. Die Zuwanderung soll so reguliert werden, dass das Wachstum der Bevölkerung in der Schweiz einen bestimmten Grenzwert nicht überschreitet. . . . 66
7.15. Wie hoch soll das maximale Bevölkerungswachstum pro Jahr sein? . . . 68
7.16. Wie viele Ausländer sollen pro Jahr maximal einwandern dürfen (Brutto)? . . . 70
7.17. Wer soll die Höhe der Kontingente bestimmen? . . . 73
7.18. Wonach sollen Kontingente aufgeteilt werden? . . . 75
7.19. Wie sollen die Kontingente gegenüber der EU festgelegt werden? . . . 78
7.20. Was gewichten Sie stärker? . . . 80
7.21. Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des heutigen interkantonalen Steuerwettbewerbs? . . . 83
7.22. Wie soll der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen geändert werden? . . . 85
7.23. Um den Steuerwettbewerb zu stärken, soll es Kantonen erlaubt werden, hohe Einkommen mit einem tieferen Steuersatz zu besteuern als niedrige Einkommen (degressive Steuern). . . . 87
7.24. Der Steuerwettbewerb wird für Einkommen über CHF 300‘000 pro Jahr abgeschafft, d.h. die Steuersätze für Einkommen ab CHF 300‘000 werden schweizweit vereinheitlicht. . . . 89
7.25. Um den Steuerwettbewerb zu dämpfen, sollen Mindest- und Maximalsteuersätze für die Kantone eingeführt werden. . . . 92
7.26. Wie hoch soll der kantonale Minimalsteuertarif in Prozent vom steuerbaren Einkommen für ein Einkommen ab CHF 180 000 sein? . . . 94
7.27. Soll der Finanz- und Lastenausgleich verstärkt werden? . . . 96
7.28. Wo sehen Sie das grösste Verbesserungspotenzial in der obligatorischen Schule? . . . 98
7.29. Wie sollen die Anforderungen an die Schüler in der obligatorischen Schule verändert werden? . . . 101
7.30. Wie viele Lektionen pro Woche sollten Primarschüler der 3. und 4. Primarklasse unterrichtet werden? . . . 104
7.31. Die Schulleistung der Schüler wird schweizweit ab der ersten Klasse mit Noten bewertet. . . . 106
7.32. Primarschüler werden von Fächern, in denen sie ungenügend sind, notenbefreit und erhalten dafür individuelle Lernziele, nach denen sie bewertet werden. . . . 108
7.33. Sollen die Schüler bereits in der Primarschule zwei Fremdsprachen lernen? . . . 111
7.34. Welche Fremdsprache soll als erste Fremdsprache unterrichtet werden? . . . 113
7.35. Welche Fächer sollen in der obligatorischen Schule zukünftig stärker gewichtet werden? . . . 115
7.36. Die Schüler der Sekundarstufe sollen weniger Inhalte und dafür vermehrt Methoden lernen, wie sie beispielsweise Informationen zu einem Thema beschaffen können. . . . 118
7.37. Das Fach „Staatskunde“ soll eingeführt werden, in dem das politische System der Schweiz und des jeweiligen Kantons gelehrt wird. . . . 120
7.38. Der Staat misst die Qualität der Bildung von jeder Lehrerin, jedem Lehrer und jeder Schule anhand von einheitlichen Tests, welche die Schüler ausfüllen. . . . 122

A. Abkürzungen **124**

B. Danksagung **125**

6. Überblick

6.1. Verein Vimentis

6.1.1. Ziel und Zweck

Vimentis ist eine neutrale Politik-Plattform mit dem Ziel, den politischen Entscheidungsprozess in der Schweiz zu verbessern. Dabei soll den Bürgern einerseits ermöglicht werden, ihre Bedürfnisse zur Sprache zu bringen und früher in die politische Diskussion eingebunden zu werden. Andererseits sollen politische Themen einfach, verständlich und neutral erklärt werden, damit sich alle Bürger auf Basis sachlicher Argumente selber eine Meinung bilden können.

Um diese Ziele zu erreichen, betreibt Vimentis folgende vier Projekte:

- Die Online-Plattform soll dem Volk Zugang zu umfassenden und neutralen Informationen ermöglichen.
- Vimentis Dialog unterstützt die Diskussion zwischen Politik und Bevölkerung.
- Vimentis-Umfrage führt jährlich die grösste politische Online-Umfrage der Schweiz durch, um die Meinung der Bevölkerung zu aktuellen politischen Themen zu erfassen.
- Vimentis Wahlen erstellt Wahlhilfen zu kantonalen und nationalen Wahlen, die der Bevölkerung helfen, den richtigen Vertreter für die persönliche Meinung zu finden.

6.1.2. Vimentis-Umfrage

Die Vimentis-Umfrage ist die grösste politisch neutrale Online-Umfrage zur Zukunft der Schweiz mit jährlich 20 000 bis 30 000 Teilnehmern. Während mehreren Wochen kann die Schweizer Bevölkerung auf vimentis.ch zu verschiedenen Themenbereichen anonym Stellung nehmen und so aktiv zu einem intensiveren Dialog zwischen der Bevölkerung und der Politik beitragen.

Das erklärte Ziel ist es, politische Vorschläge in einem frühen Stadium der Diskussion auf ihre Mehrheitsfähigkeit hin zu überprüfen und dadurch der Politik und interessierten Kreisen eine Grundlage für politische Neuerungen zu schaffen. Damit wird eine Stärkung der direkten Demokratie erreicht und ein Stillstand der Politik verhindert. Daneben soll die Schweizer Bevölkerung zu einer aktiven Diskussion motiviert werden, um so die Zukunft der Schweiz mitzugestalten. Hinter dem Projekt stehen acht Studenten der Universität St. Gallen und der ETH Zürich. Die Gruppe hat während dem vergangenen Jahr ehrenamtlich für die Umsetzung der Studie gearbeitet.

6.2. Erhebungsmethodik

6.2.1. Repräsentativität

Die Auswertung der Parteistärken in der Stichprobe auf der nächsten Seite ist ein Indikator für die Genauigkeit der Daten. Die Ergebnisse von Vimentis bilden die Wähleranteile der Parteien mit einem maximalen Fehler von ± 4 % genau ab.

Eine gewöhnliche Internetumfrage ist in der Regel aus folgenden Gründen nicht repräsentativ:

- Personen, die über keinen Internet-Zugang verfügen, können nicht teilnehmen.
- Es können nur Personen an der Umfrage teilnehmen, welche davon Kenntnis haben.
- Es nehmen nur Personen teil, welche an den Umfragethemen interessiert sind.

Damit möglichst alle Schweizer von der Umfrage erfahren, wurden Orts-, Kantons- und nationale Parteien über die Umfrage informiert, die Bevölkerung über Medien und Partner zur Teilnahme aufgerufen und mehr als 11 Mio. Anzeigen im Internet aufgeschaltet.

Weiter wurden alle Antworten nach den demographischen Kriterien Alter, Geschlecht, Kanton und Bildung gewichtet. Damit wird die Schweizer Bevölkerung in diesen Kriterien durch die Stichprobe exakt abgebildet.

Mit diesen Vorkehrungen, speziell mit dem Gewichtungsverfahren, werden die von gängigen Internetumfragen bekannten Verzerrungen fast vollständig eliminiert und so ein aussagekräftiges Ergebnis erzielt. Dabei wurden die Daten des Bundesamts für Statistik als Grundlage verwendet. Die Ergebnisse von Vimentis sind dadurch bei 20 173 Teilnehmern mit einer Präzision von ±4 % repräsentativ. Die Auswertung der Parteistärken in der Stichprobe auf der nächsten Seite ist ein Indikator für die Genauigkeit der Daten.

6.2.2. Fragebogen

Der Fragebogen umfasst insgesamt 51 Fragen. Mit den ersten 14 Fragen werden soziodemographische Angaben zur Person und zu deren Stimmverhalten erhoben. Die restlichen 37 Fragen befassen sich mit den vier Themenbereichen Volksstimmung, Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative, kantonaler Steuerwettbewerb und Bildung.

6.2.3. Datenerhebung und Stichprobe

Die Daten sind anhand des oben beschriebenen Fragebogens durch die Online-Umfrage vom 01. 10. 2014 bis zum 14. 12. 2014 erhoben worden.

Um ein mehrfaches Teilnehmen und ein zufälliges Ausfüllen des Fragebogens zu verhindern, wurden verschiedene technische Hilfsmittel eingesetzt. Antworten, bei denen ein Verdacht auf Manipulation (Mehrfachteilnahme oder zufälliges Ausfüllen) bestand, wurden vor der Auswertung entfernt.

Die Stichprobe wurde, wie unter Repräsentativität erläutert, nach den Kriterien Bildung, Geschlecht, Kanton und Alter gewichtet. Sie bildet damit die Bevölkerungsstruktur in diesen vier Dimensionen exakt ab. Grundlage für die Gewichtung waren die Bevölkerungsdaten des Bundesamts für Statistik.

6.2.4. Regionen

Um den Effekt der Verzerrung möglichst gering zu halten, wurden bei der Auswertung keine Aussagen über Gruppen mit weniger als 500 Teilnehmern gemacht. Kantone mit weniger als 500 Teilnehmer wurden mit anderen Kantonen zu Regionen

zusammengelegt. Ein Rückschluss vom Ergebnis einer Region auf die einzelnen Kantone innerhalb dieser Region ist nicht möglich.

Folgende Kantone wurden zu Regionen zusammengefasst:

Abkürzung	Name	Kantone
NWS	Nordwestschweiz	JU, NE
NOS	Nordostschweiz	SH, TG
OS	Ostschweiz	AI, AR, SG
SOS	Südostschweiz	GL, GR
ZS	Zentralschweiz	NW, OW, UR, ZG

Für die Karten-Diagramme wurde der Anteil „weiss nicht“ **immer herausgerechnet**.

6.2.5. Bildungskategorien

Für die verschiedenen Bildungskategorien wurden die folgenden Abkürzungen verwendet:

Abkürzung	Name
Kat. 1	obligatorische Schule oder (noch) keine abgeschlossene Ausbildung
Kat. 2	Berufslehre, Berufsschule, berufsvorbereitende Schule
Kat. 3	Maturitätsschule, Diplommittelschule, Lehrerseminar
Kat. 4	höhere Fach- oder Berufsausbildung (z. B. eidg. Fach- oder Meisterdiplom, HKG, TS)
Kat. 5	Universität, Hochschule, Fachhochschule, höhere Fachschule (z. B. HTL, HWV, HFG, HFS)

6.2.6. Parteistärken

Zur Sicherstellung der Repräsentativität der Umfrage werden im Fragebogen einige Testfragen gestellt, anhand derer die Repräsentativität der Antworten überprüft werden kann.

Die wichtigste Testfrage ist dabei, welcher Partei die Teilnehmer bei den Nationalratswahlen 2011 ihre Stimme gegeben haben. Die Antworten auf diese Frage können mit dem realen Wahlergebnis 2011 verglichen werden. Daraus lässt sich auf die Präzision der von der Vimentis-Umfrage erhobenen Daten schliessen.

Die folgenden Ergebnisse entsprechen dem Wahlergebnis ±4 %:

Partei	Umfrage	Wahl 2011	Differenz
SVP	28 %	27 %	1 %
SP	20 %	19 %	2 %
FDP	17 %	15 %	1 %
CVP	7 %	12 %	–4 %
Grüne	6 %	8 %	–2 %

Partei	Umfrage	Wahl 2011	Differenz
BDP	6 %	5 %	1 %
GLP	7 %	5 %	2 %
EVP	1 %	2 %	–1 %
EDU	1 %	1 %	0 %
andere	4 %	2 %	2 %

6.3. Ergebnisse im Internet

6.3.1. Online-Datenbank

Alle Ergebnisse der Vimentis-Umfrage können Sie auch bequem und detailliert online abrufen. Total sind fast 500 Fragen zu 14 verschiedenen Themenbereichen kostenlos abrufbar. Die Datenbank umfasst damit sämtliche Ergebnisse der Vimentis-Umfragen seit 2004. Zudem können Sie die Ergebnisse nach verschiedenen demographischen Kriterien wie z. B. Alter, Geschlecht, Partei, Kanton, Bildung etc. aufschlüsseln. Die Datenbank finden Sie unter www.vimentis.ch/umfrage/ergebnisse.

6.3.2. Publikation

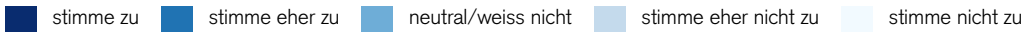
Die kommentierten Kurz- und Langfassungen aller Vimentis-Umfragen seit 2004 können Sie ebenfalls online als PDF-Datei herunterladen oder in gedruckter Form bei uns bestellen.

7. Fragen

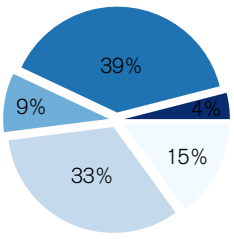
7.1. Ich bin mit der Politik in der Schweiz zufrieden.

Die Zufriedenheit mit der Schweizer Politik ist im Vergleich zu den vergangenen Jahren stabil geblieben. 2015 sind zusammengenommen 48 % eher unzufrieden oder unzufrieden, während es 2014 49 % waren. Der Prozentsatz der Personen, die eher zufrieden oder zufrieden sind mit der Schweizer Politik, ist mit 43 % im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Bei der Zufriedenheit lässt sich ein bedeutender Unterschied zwischen den Personen feststellen, die gerade in das Berufsleben einsteigen, und jenen die gerade kurz vor dem Eintritt in das Rentenalter stehen. Bei den 15–4-jährigen sind 49 % eher zufrieden bis zufrieden mit der Schweizer Politik und 36 % eher unzufrieden bis unzufrieden, während bei den 55 – 64-jährigen 38 % eher zufrieden bis zufrieden sind und mit 55 % eine Mehrheit eher unzufrieden bis unzufrieden ist.

Die Wählerschaft der SVP bleibt unverändert am wenigsten zufrieden mit der aktuellen Schweizer Politik. Gerade einmal 22 % sind eher zufrieden bis zufrieden, während die CVP-Wählenden mit 72 % die zufriedenste Wählerschaft darstellen.

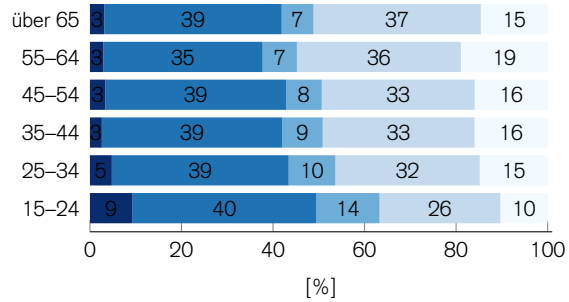


Gesamte Schweiz



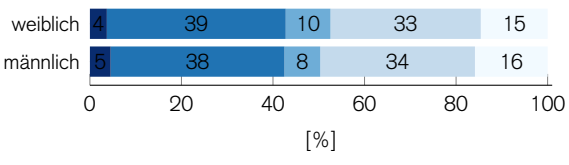
	Total
stimme zu	4 %
eher	39 %
neutral/weiss nicht	9 %
eher nicht	33 %
nicht	15 %

Alter



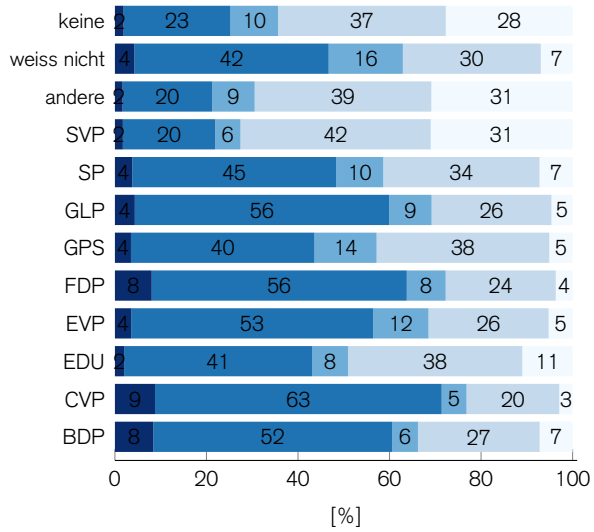
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
stimme zu	9 %	5 %	3 %	3 %	3 %	3 %
eher	40 %	39 %	39 %	39 %	35 %	39 %
neutral/weiss nicht	14 %	10 %	9 %	8 %	7 %	7 %
eher nicht	26 %	32 %	33 %	33 %	36 %	37 %
nicht	10 %	15 %	16 %	16 %	19 %	15 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
stimme zu	5 %	4 %
eher	38 %	39 %
neutral/weiss nicht	8 %	10 %
eher nicht	34 %	33 %
nicht	16 %	15 %

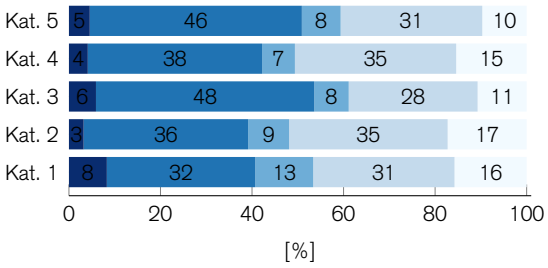
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
stimme zu	8 %	9 %	2 %	4 %	8 %	4 %	4 %
eher	52 %	63 %	41 %	53 %	56 %	40 %	56 %
neutral/weiss nicht	6 %	5 %	8 %	12 %	8 %	14 %	9 %
eher nicht	27 %	20 %	38 %	26 %	24 %	38 %	26 %
nicht	7 %	3 %	11 %	5 %	4 %	5 %	5 %

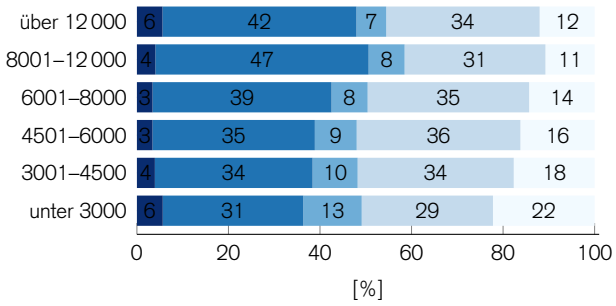
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
stimme zu	4 %	2 %	2 %	4 %	2 %
eher	45 %	20 %	20 %	42 %	23 %
neutral/weiss nicht	10 %	6 %	9 %	16 %	10 %
eher nicht	34 %	42 %	39 %	30 %	37 %
nicht	7 %	31 %	31 %	7 %	28 %

Bildung



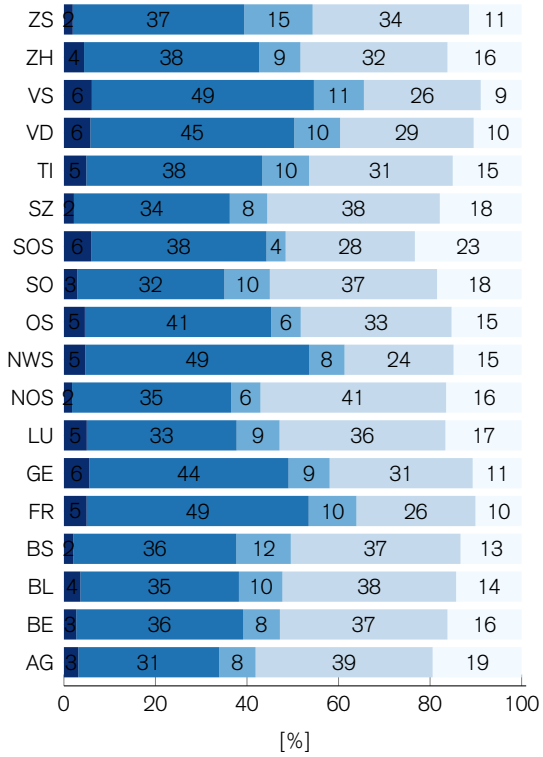
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
stimme zu	8 %	3 %	6 %	4 %	5 %
eher	32 %	36 %	48 %	38 %	46 %
neutral/weiss nicht	13 %	9 %	8 %	7 %	8 %
eher nicht	31 %	35 %	28 %	35 %	31 %
nicht	16 %	17 %	11 %	15 %	10 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
stimme zu	6 %	4 %	3 %	3 %	4 %	6 %
eher	31 %	34 %	35 %	39 %	47 %	42 %
neutral/weiss nicht	13 %	10 %	9 %	8 %	8 %	7 %
eher nicht	29 %	34 %	36 %	35 %	31 %	34 %
nicht	22 %	18 %	16 %	14 %	11 %	12 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
stimme zu	3 %	3 %	4 %	2 %	5 %	6 %	5 %
eher	31 %	36 %	35 %	36 %	49 %	44 %	33 %
neutral/weiss nicht	8 %	8 %	10 %	12 %	10 %	9 %	9 %
eher nicht	39 %	37 %	38 %	37 %	26 %	31 %	36 %
nicht	19 %	16 %	14 %	13 %	10 %	11 %	17 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
stimme zu	2 %	5 %	5 %	3 %	6 %	2 %	5 %
eher	35 %	49 %	41 %	32 %	38 %	34 %	38 %
neutral/weiss nicht	6 %	8 %	6 %	10 %	4 %	8 %	10 %
eher nicht	41 %	24 %	33 %	37 %	28 %	38 %	31 %
nicht	16 %	15 %	15 %	18 %	23 %	18 %	15 %

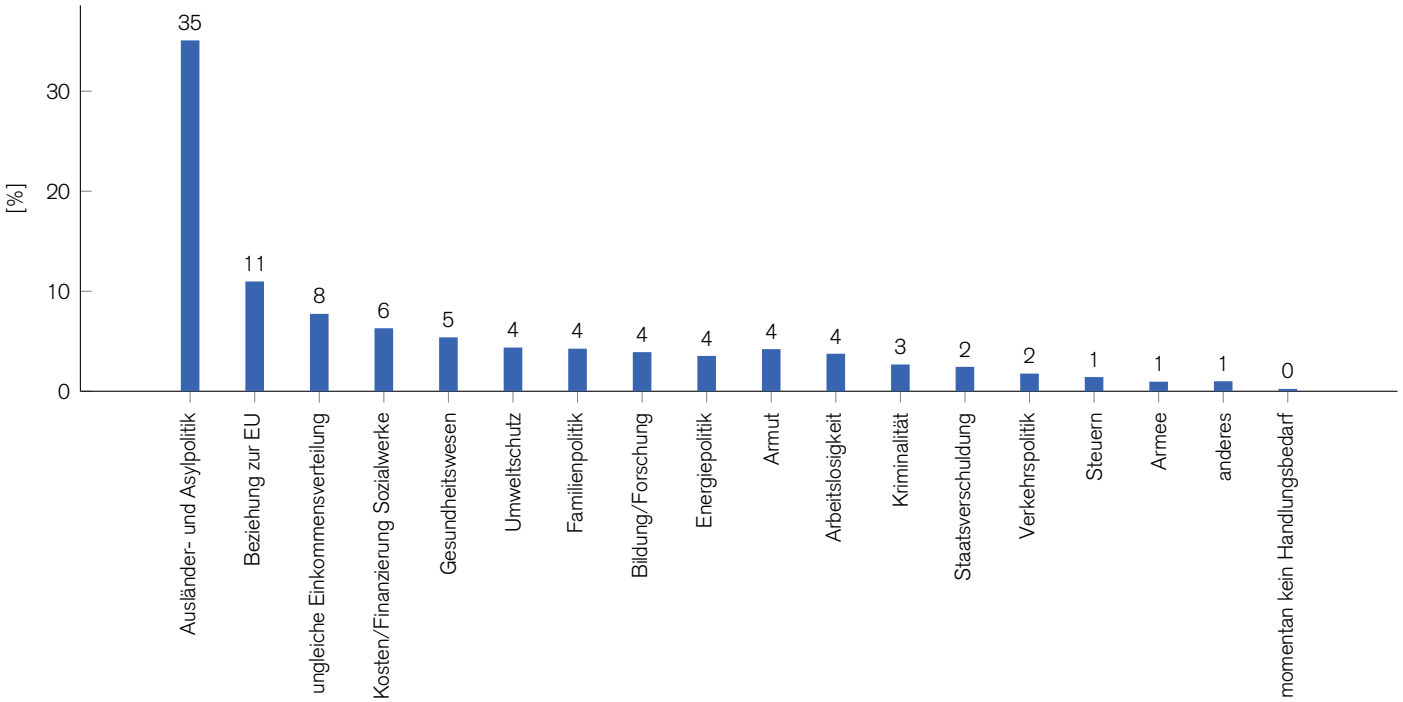
	VD	VS	ZH	ZS
stimme zu	6 %	6 %	4 %	2 %
eher	45 %	49 %	38 %	37 %
neutral/weiss nicht	10 %	11 %	9 %	15 %
eher nicht	29 %	26 %	32 %	34 %
nicht	10 %	9 %	16 %	11 %

7.2. Bei welchem Themenbereich sehen Sie den höchsten politischen Handlungsbedarf?

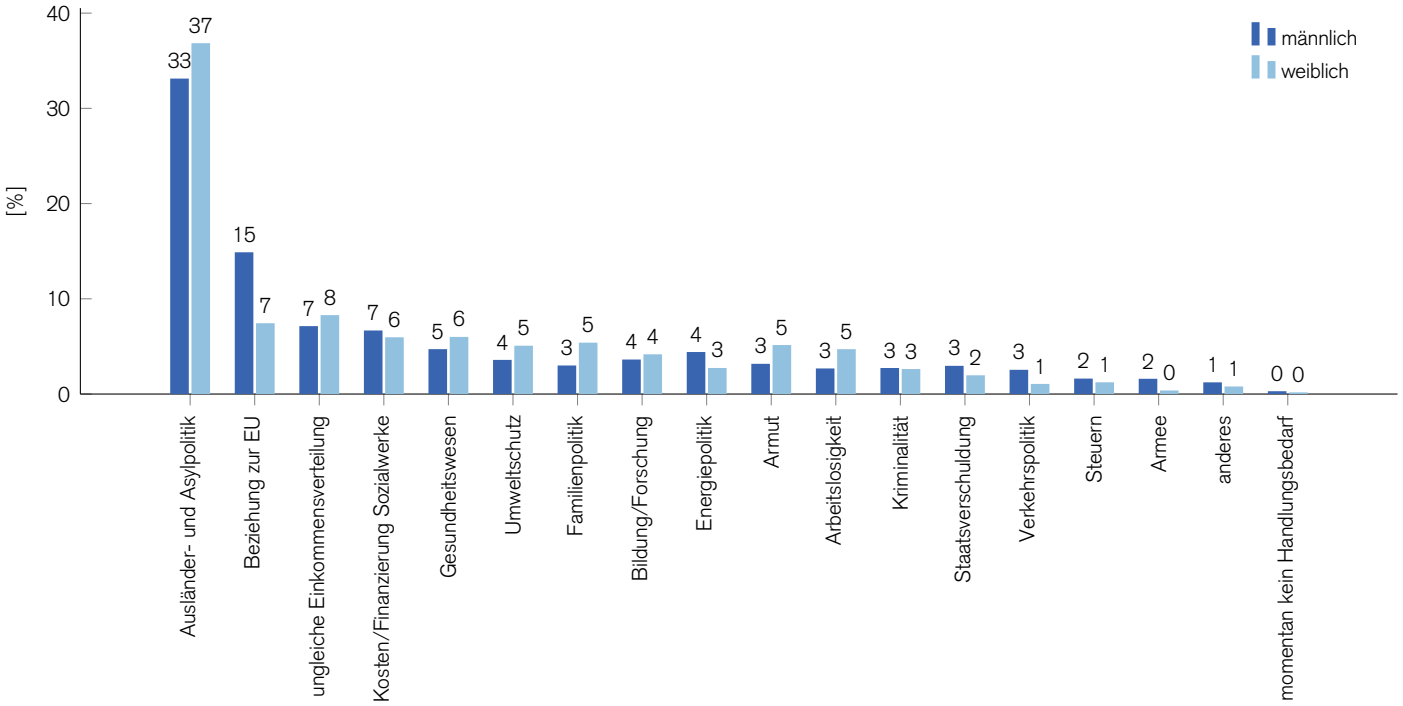
Auch nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative sieht die Schweizer Bevölkerung den grössten politischen Handlungsbedarf weiterhin im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik. Der Prozentsatz der Umfrageteilnehmenden, welche diesen Bereich als den handlungsbedürftigsten betrachten, ist in diesem Jahr um 5 % auf 35 % gestiegen. An zweiter Stelle stehen 2015 die Beziehungen zur EU. Während 2014 4 % hier den grössten Handlungsbedarf sahen, sind es in diesem Jahr 11 %. An dritter Stelle sieht die Bevölkerung einen Handlungsbedarf in der ungleichen Einkommensverteilung.

Beim Handlungsbedarf der Beziehungen zur EU gibt es bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Geschlechtern, den Alters-, Bildungs- und Einkommensgruppen. Während 15 % der Männer hier den höchsten Handlungsbedarf sehen, sind es bei den Frauen 7 %. Es lässt sich beobachten, dass die Wichtigkeit der Beziehungen mit der EU für Personen in der Schweiz mit steigendem Alter, Bildungsniveau und Einkommen zunimmt.

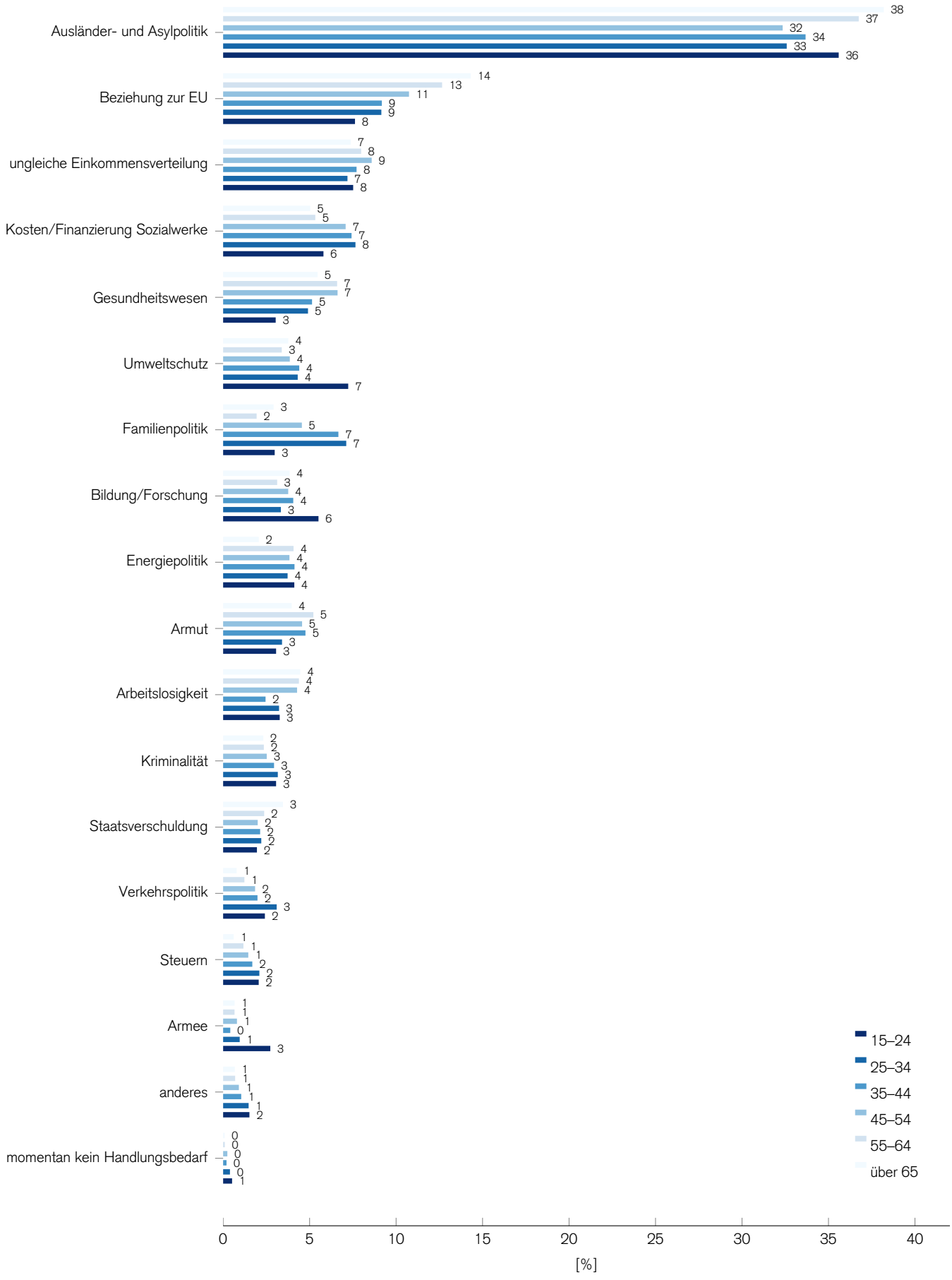
Schweizweit



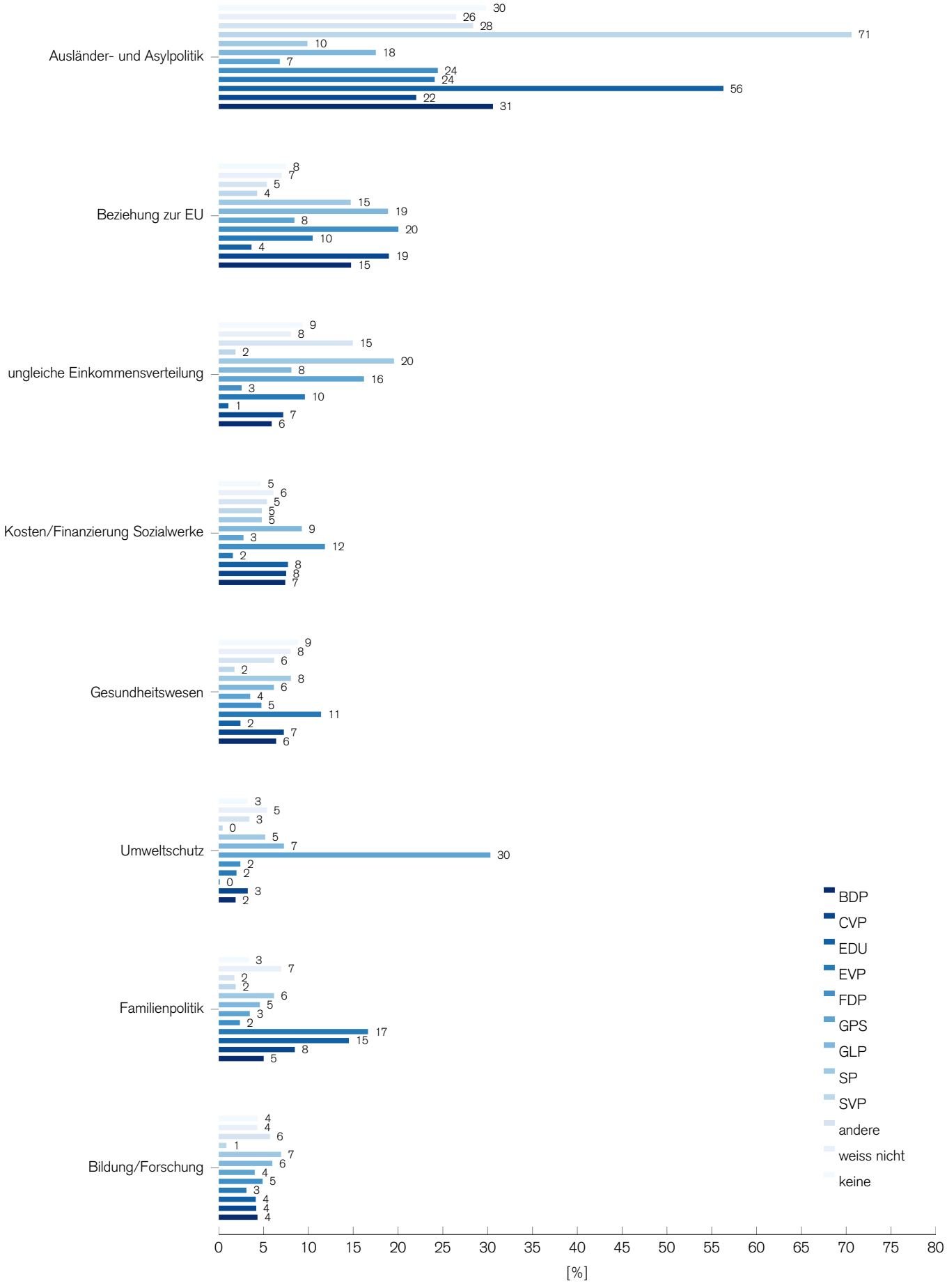
Geschlecht

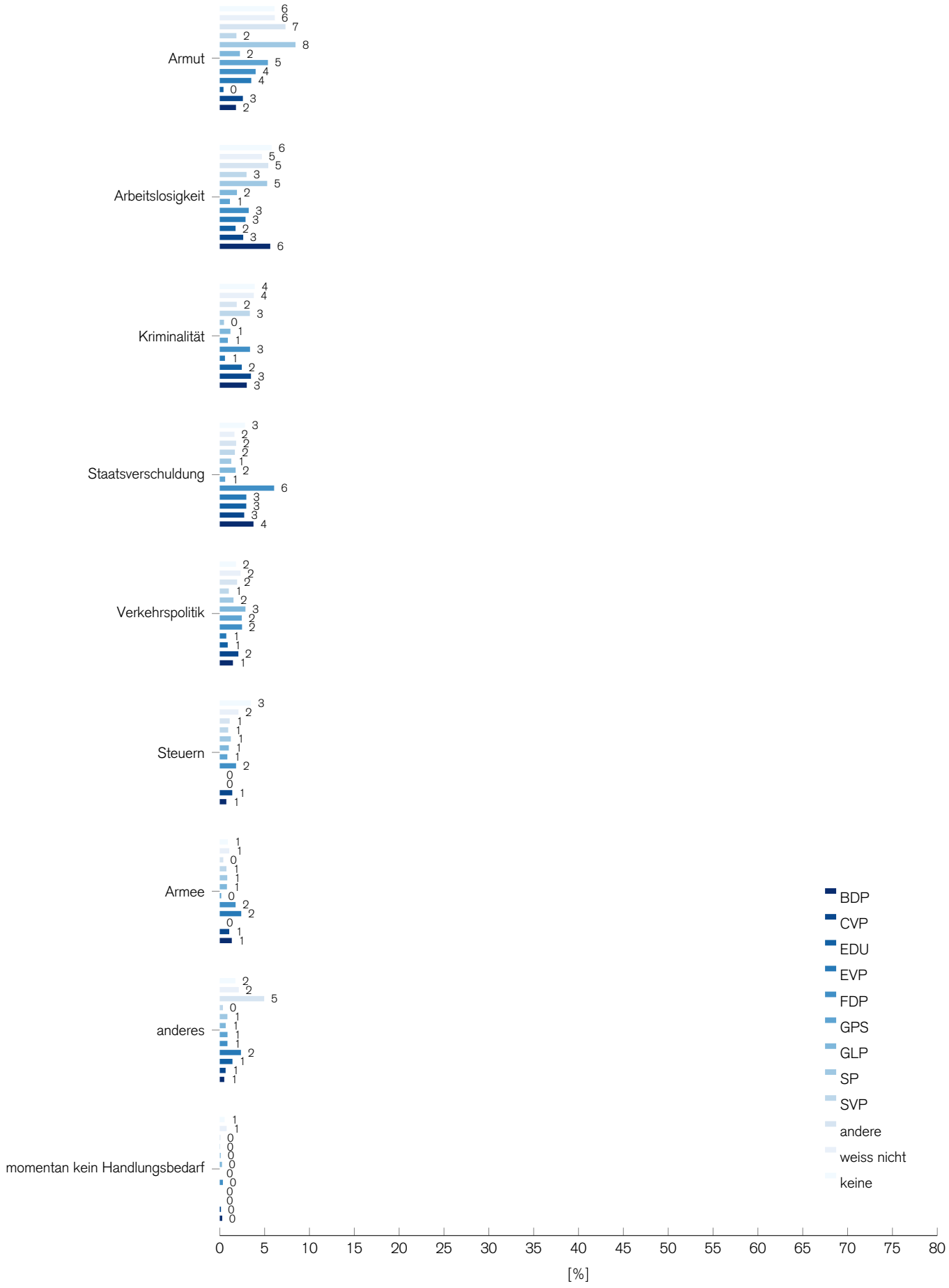


Alter

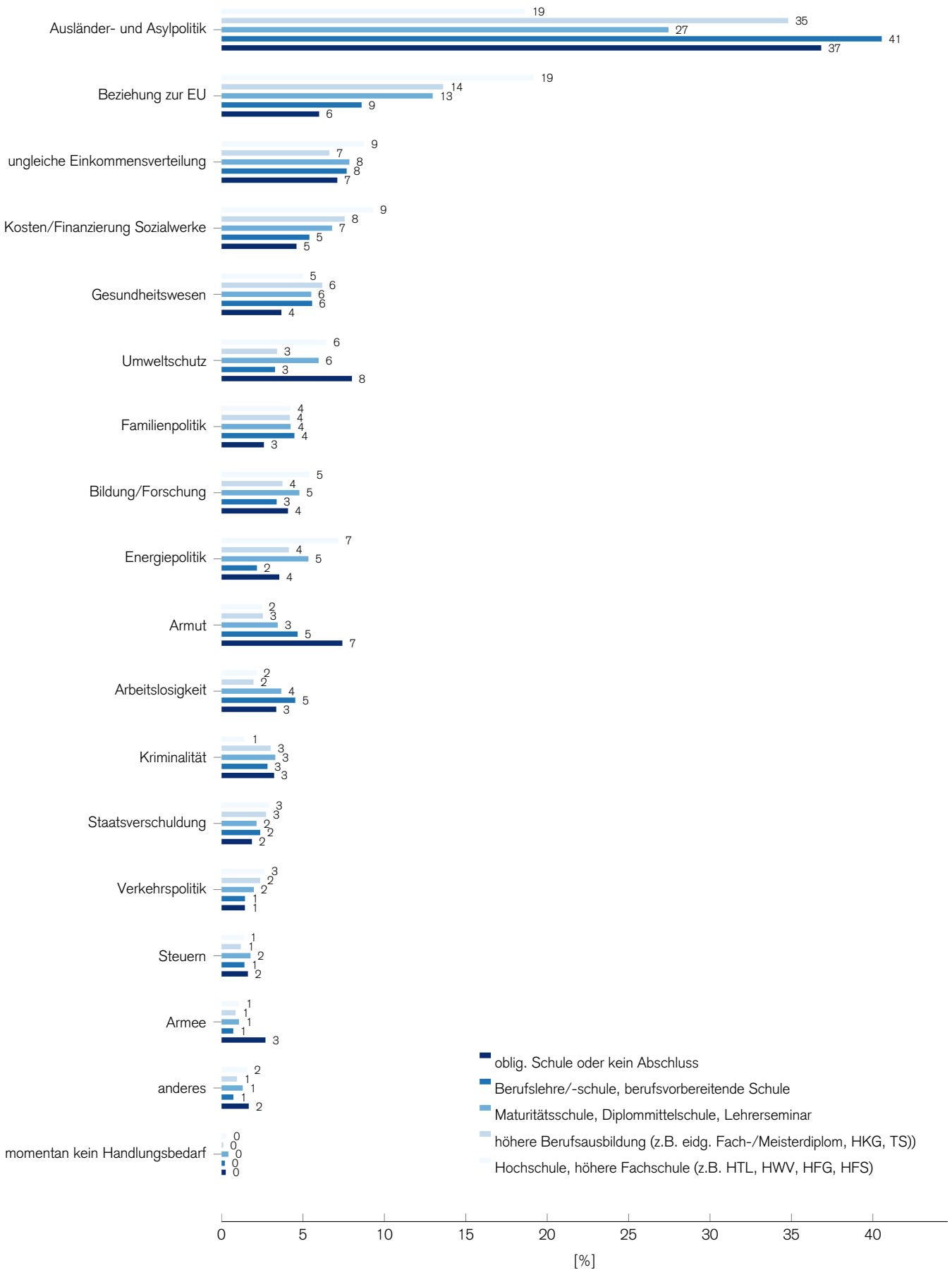

Ausländer- und Asylpolitik
38
37
32
34
33
36
Beziehung zur EU
14
13
11
9
9
8
ungleiche Einkommensverteilung
7
8
9
8
7
8
Kosten/Finanzierung Sozialwerke
5
5
7
7
8
6
Gesundheitswesen
5
7
7
5
5
3
Umweltschutz
4
3
4
4
4
7
Familienpolitik
3
2
5
7
7
3
Bildung/Forschung
4
3
4
4
3
6
Energiepolitik
2
4
4
4
4
4
Armut
4
5
5
5
3
3
Arbeitslosigkeit
4
4
4
2
3
3
Kriminalität
2
2
3
3
3
3
Staatsverschuldung
3
2
2
2
2
2
Verkehrspolitik
1
1
2
2
3
2
Steuern
1
1
1
2
2
2
Armee
1
1
1
0
1
3
anderes
1
1
1
1
1
2
momentan kein Handlungsbedarf
0
0
0
0
0
1
15–24
25–34
35–44
45–54
55–64
über 65
0
5
10
15
20
25
30
35
40
[%]

Partei

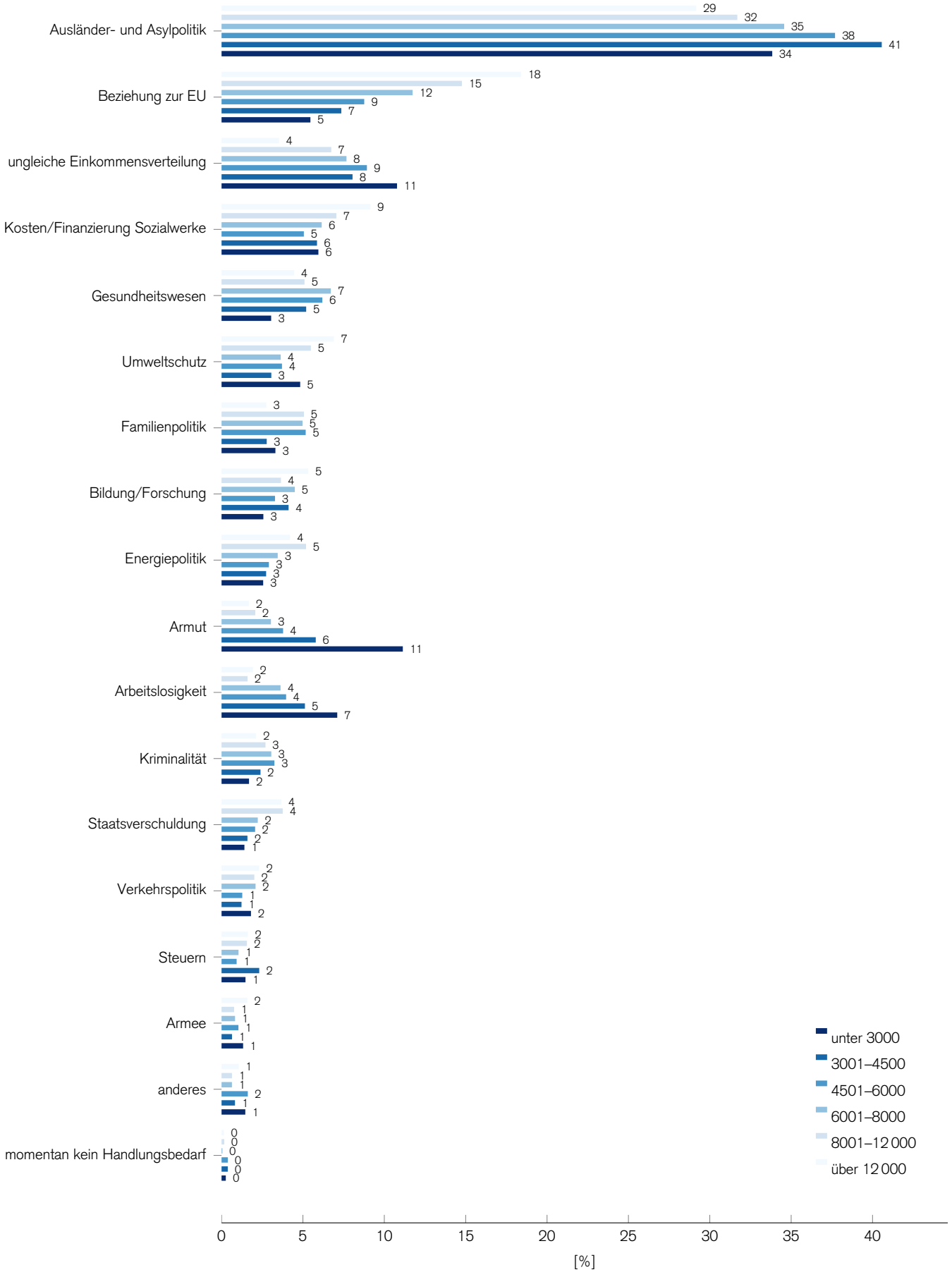

Ausländer- und Asylpolitik
30
26
28
71
10
18
7
24
24
56
22
31
Beziehung zur EU
8
7
5
4
15
19
8
20
10
4
19
15
ungleiche Einkommensverteilung
9
8
15
2
20
8
16
3
10
1
7
6
Kosten/Finanzierung Sozialwerke
5
6
5
5
5
9
3
12
2
8
8
7
Gesundheitswesen
9
8
6
2
8
6
4
5
11
2
7
6
Umweltschutz
3
5
3
0
5
7
30
2
2
0
3
2
Familienpolitik
3
7
2
2
6
5
3
2
17
15
8
5
Bildung/Forschung
4
4
6
1
7
6
4
5
3
4
4
4
BDP
CVP
EDU
EVP
FDP
GPS
GLP
SP
SVP
andere
weiss nicht
keine
0
5
10
15
20
25
30
35
40
45
50
55
60
65
70
75
80
[%]


Armut
6 6 7 2 8 2 5 4 4 0 3 2
Arbeitslosigkeit
6 5 5 3 5 2 1 3 3 2 3 6
Kriminalität
4 4 2 3 0 1 1 3 1 2 3 3
Staatsverschuldung
3 2 2 2 1 2 1 6 3 3 3 4
Verkehrspolitik
2 2 2 1 2 3 2 2 1 1 2 1
Steuern
3 2 1 1 1 1 1 2 0 0 1 1
Armee
1 1 0 1 1 1 0 2 2 0 1 1
anderes
2 2 5 0 1 1 1 1 2 1 1 1
momentan kein Handlungsbedarf
1 1 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0
BDP
CVP
EDU
EVP
FDP
GPS
GLP
SP
SVP
andere
weiss nicht
keine
0 5 10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65 70 75 80
[%]

Bildung


Ausländer- und Asylpolitik
19
35
27
41
37
Beziehung zur EU
19
14
13
9
6
ungleiche Einkommensverteilung
9
7
8
8
7
Kosten/Finanzierung Sozialwerke
9
8
7
5
5
Gesundheitswesen
5
6
6
6
4
Umweltschutz
6
3
6
3
8
Familienpolitik
4
4
4
4
3
Bildung/Forschung
5
4
5
3
4
Energiepolitik
7
4
5
2
4
Armut
2
3
3
5
7
Arbeitslosigkeit
2
2
4
5
3
Kriminalität
1
3
3
3
3
Staatsverschuldung
3
3
2
2
2
Verkehrspolitik
3
2
2
1
1
Steuern
1
1
2
1
2
Armee
1
1
1
1
3
anderes
2
1
1
1
2
momentan kein Handlungsbedarf
0
0
0
0
0
oblig. Schule oder kein Abschluss
Berufslehre/-schule, berufsvorbereitende Schule
Maturitätsschule, Diplommittelschule, Lehrerseminar
höhere Berufsausbildung (z.B. eidg. Fach-/Meisterdiplom, HKG, TS))
Hochschule, höhere Fachschule (z.B. HTL, HWV, HFG, HFS)
0
5
10
15
20
25
30
35
40
[%]

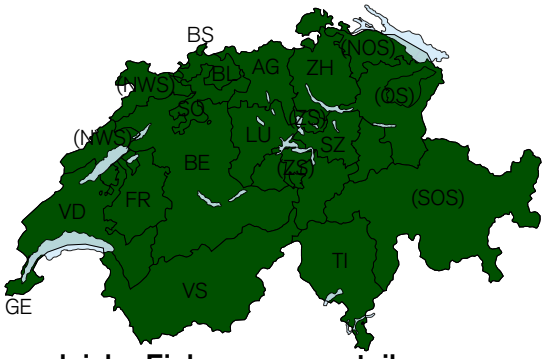
Einkommen


Ausländer- und Asylpolitik
29 32 35 38 41 34
Beziehung zur EU
18 15 12 9 7 5
ungleiche Einkommensverteilung
4 7 8 9 8 11
Kosten/Finanzierung Sozialwerke
9 7 6 5 6 6
Gesundheitswesen
4 5 7 6 5 3
Umweltschutz
7 5 4 4 3 5
Familienpolitik
3 5 5 5 3 3
Bildung/Forschung
5 4 5 3 4 3
Energiepolitik
4 5 3 3 3 3
Armut
2 2 3 4 6 11
Arbeitslosigkeit
2 2 4 4 5 7
Kriminalität
2 3 3 3 2 2
Staatsverschuldung
4 4 2 2 2 1
Verkehrspolitik
2 2 2 1 1 2
Steuern
2 2 1 1 2 1
Armee
2 1 1 1 1 1
anderes
1 1 1 2 1 1
momentan kein Handlungsbedarf
0 0 0 0 0 0
unter 3000
3001–4500
4501–6000
6001–8000
8001–12 000
über 12 000
0 5 10 15 20 25 30 35 40
[%]

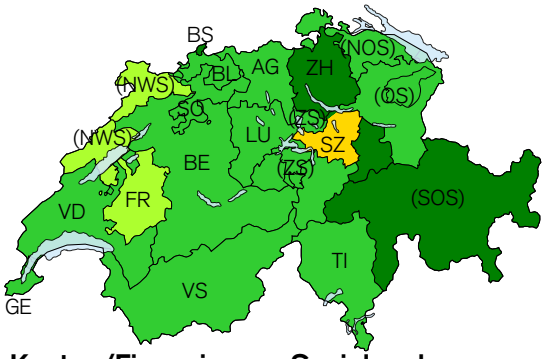
Kanton

0–1 % 1–3 % 3–5 % 5–7 % 7–9 % 9–12 % 12–15 % > 15 %

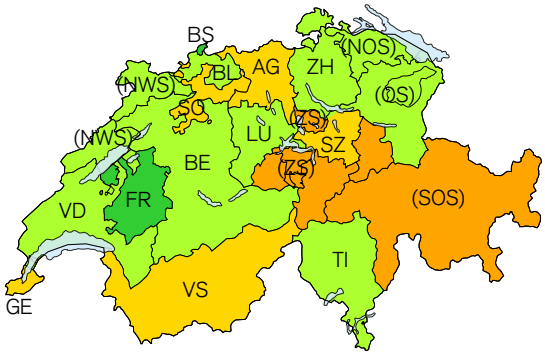
Ausländer- und Asylpolitik



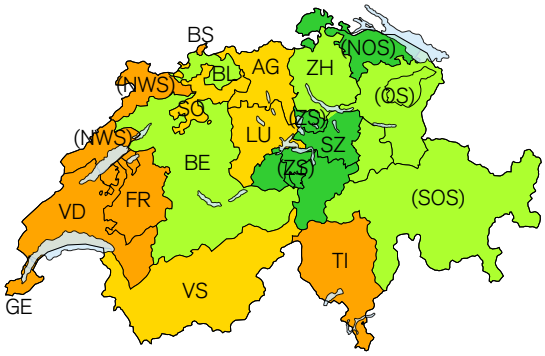
Beziehung zur EU



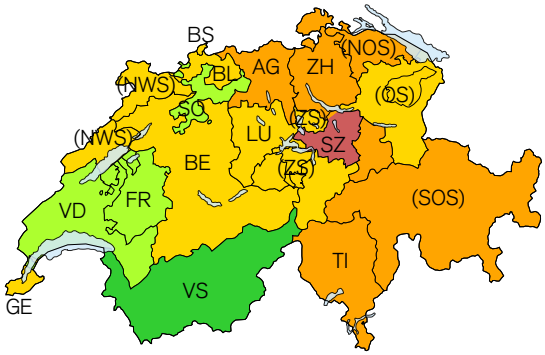
ungleiche Einkommensverteilung



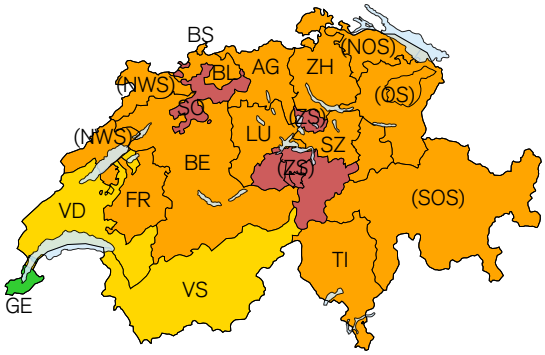
Kosten/Finanzierung Sozialwerke



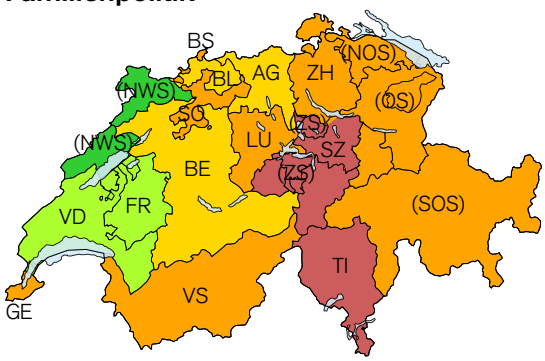
Gesundheitswesen



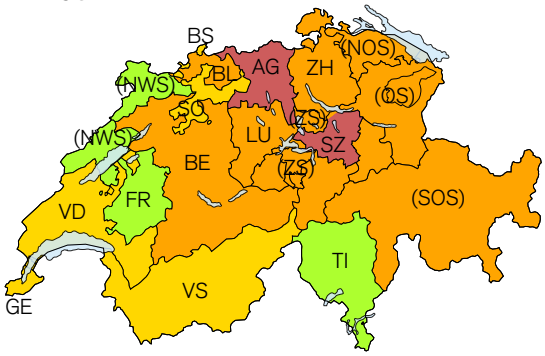
Umweltschutz



Familienpolitik



Armut



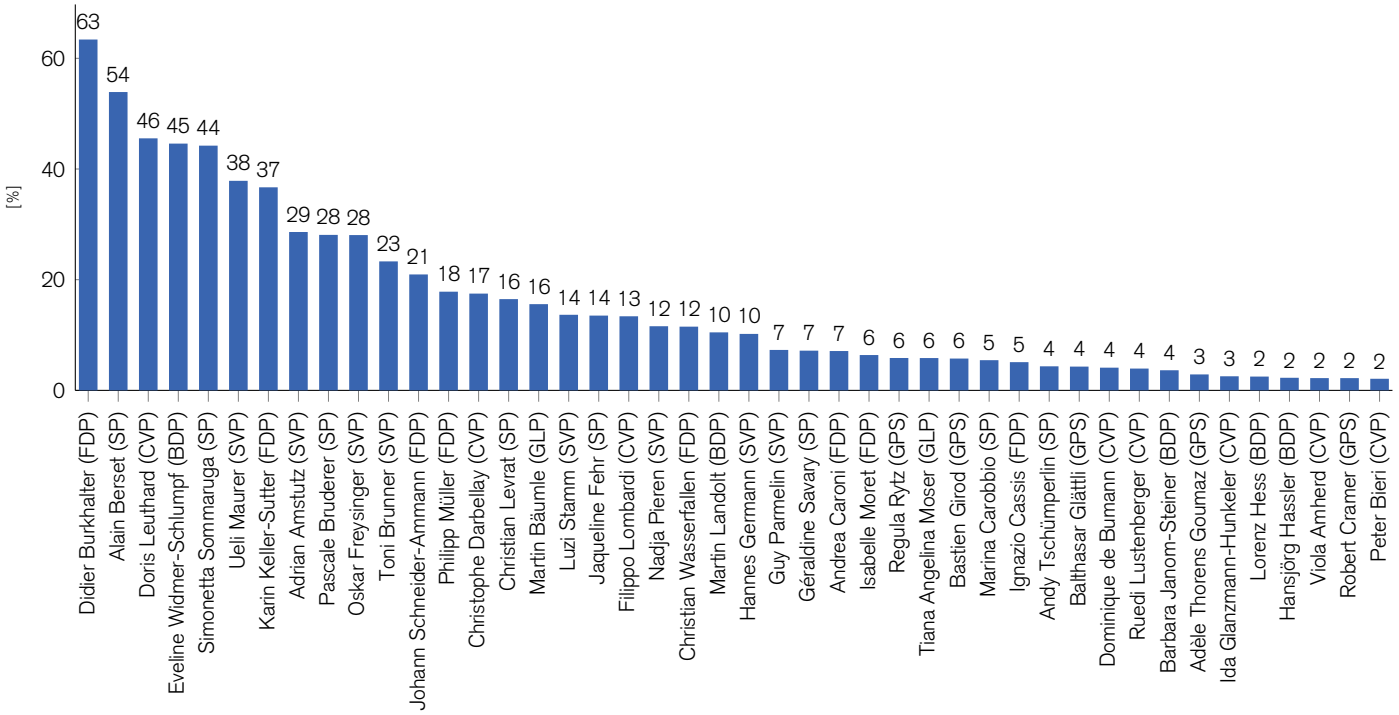
	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU	NOS	NWS
Ausländer- und Asylpolitik	42 %	38 %	36 %	33 %	24 %	24 %	43 %	39 %	25 %
Beziehung zur EU	12 %	10 %	11 %	13 %	9 %	11 %	10 %	10 %	8 %
ungleiche Einkommensverteilung	6 %	8 %	8 %	11 %	10 %	6 %	9 %	8 %	9 %
Kosten/Finanzierung Sozialwerke	6 %	7 %	7 %	5 %	4 %	2 %	6 %	9 %	4 %
Gesundheitswesen	3 %	5 %	5 %	6 %	8 %	6 %	5 %	5 %	5 %
Umweltschutz	3 %	5 %	3 %	5 %	4 %	10 %	3 %	4 %	4 %
Familienpolitik	5 %	5 %	5 %	4 %	7 %	3 %	2 %	4 %	9 %
Bildung/Forschung	4 %	3 %	2 %	6 %	6 %	3 %	4 %	2 %	5 %
Energiepolitik	4 %	3 %	3 %	2 %	2 %	3 %	3 %	5 %	5 %
Armut	2 %	3 %	3 %	5 %	8 %	6 %	3 %	3 %	9 %
Arbeitslosigkeit	4 %	3 %	4 %	4 %	4 %	9 %	2 %	2 %	2 %
Kriminalität	3 %	2 %	3 %	0 %	7 %	5 %	3 %	3 %	2 %
Staatsverschuldung	1 %	2 %	4 %	0 %	2 %	6 %	2 %	3 %	5 %
Verkehrspolitik	2 %	2 %	2 %	1 %	1 %	2 %	2 %	2 %	2 %
Steuern	1 %	2 %	1 %	2 %	2 %	1 %	1 %	1 %	4 %
Armee	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	2 %
anderes	0 %	1 %	2 %	2 %	1 %	2 %	0 %	0 %	0 %
momentan kein Handlungsbedarf	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	1 %

	OS	SO	SOS	SZ	TI	VD	VS	ZH	ZS
Ausländer- und Asylpolitik	40 %	38 %	42 %	54 %	27 %	24 %	30 %	35 %	42 %
Beziehung zur EU	10 %	10 %	12 %	7 %	11 %	10 %	11 %	14 %	12 %
ungleiche Einkommensverteilung	8 %	7 %	4 %	7 %	7 %	8 %	7 %	9 %	5 %
Kosten/Finanzierung Sozialwerke	7 %	7 %	8 %	9 %	2 %	5 %	5 %	7 %	10 %
Gesundheitswesen	5 %	7 %	3 %	2 %	4 %	8 %	10 %	4 %	6 %
Umweltschutz	4 %	2 %	4 %	3 %	4 %	6 %	6 %	5 %	2 %
Familienpolitik	3 %	2 %	3 %	2 %	2 %	8 %	3 %	3 %	2 %
Bildung/Forschung	3 %	2 %	4 %	2 %	3 %	6 %	7 %	4 %	3 %
Energiepolitik	4 %	3 %	5 %	3 %	2 %	4 %	3 %	4 %	4 %
Armut	3 %	7 %	4 %	2 %	7 %	6 %	6 %	3 %	2 %
Arbeitslosigkeit	3 %	4 %	3 %	1 %	20 %	4 %	3 %	2 %	1 %
Kriminalität	1 %	3 %	2 %	0 %	3 %	7 %	4 %	1 %	2 %
Staatsverschuldung	3 %	2 %	1 %	4 %	4 %	1 %	3 %	2 %	3 %
Verkehrspolitik	1 %	2 %	2 %	0 %	3 %	1 %	1 %	2 %	3 %
Steuern	1 %	3 %	1 %	1 %	1 %	2 %	0 %	1 %	2 %
Armee	1 %	0 %	1 %	0 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
anderes	1 %	0 %	1 %	1 %	0 %	1 %	1 %	2 %	2 %
momentan kein Handlungsbedarf	0 %	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %

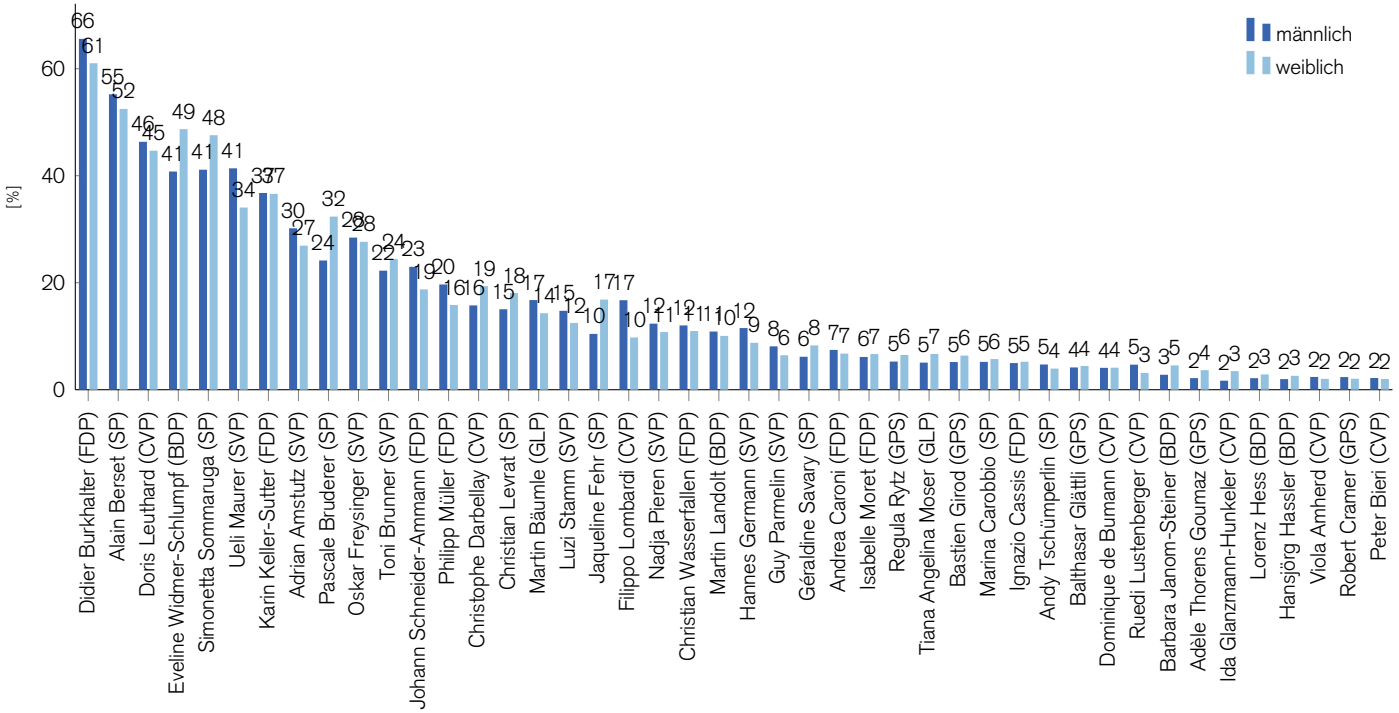
7.3. Wenn der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden könnte, welche 7 Bundesräte bzw. Bundesrätinnen würden Sie heute wählen?

In einer Volkswahl des Bundesrates würden mit Ausnahme von Johann Schneider-Ammann (FDP) alle bestehenden Bundesräte wiedergewählt werden. Didier Burkhalter ist der beliebteste Bundesrat im Volk und würde von 65 % der Bevölkerung gewählt werden. An 2. Stelle würde Alain Berset und an dritter Stelle Doris Leuthard gewählt werden. Anstelle von Johann Schneider-Ammann würde Karin Keller-Sutter (FDP) in den Bundesrat gewählt werden. 37 % der Schweizer Bevölkerung würden sie wählen. Mit einem gewissen Abstand würden Adrian Amstutz (SVP) von 29 %, Pascale Bruderer (SP) mit 28 % und Oscar Freysinger (SVP) mit 28 % den Einzug in den Bundesrat knapp verpassen. Interessant ist zudem, dass Frauen weibliche Bundesräte bevorzugen, so würden 49 % aller Frauen Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) wählen, während sie nur von 51 % der Männer gewählt würde.

Schweizweit

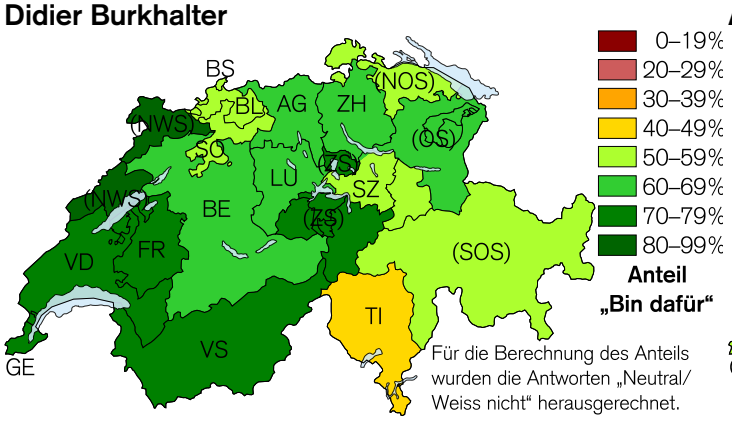


Geschlecht

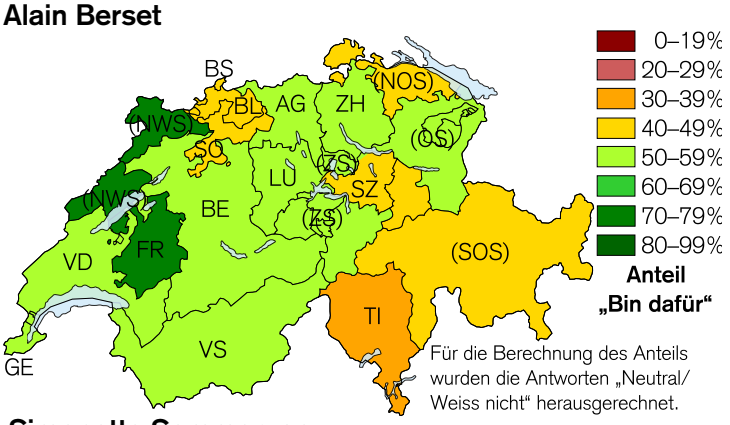


Regionale Verteilung

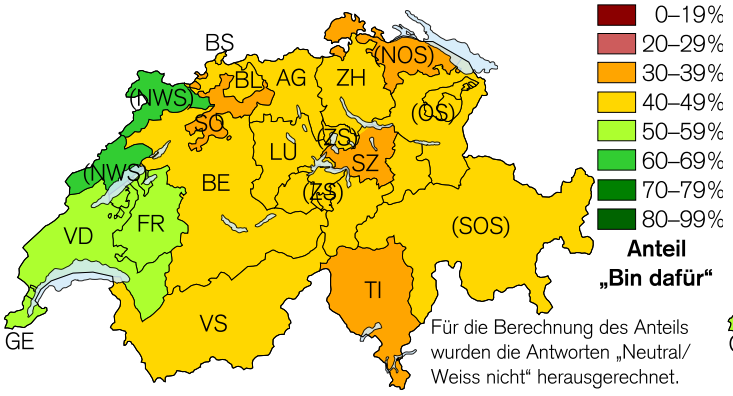
Didier Burkhalter



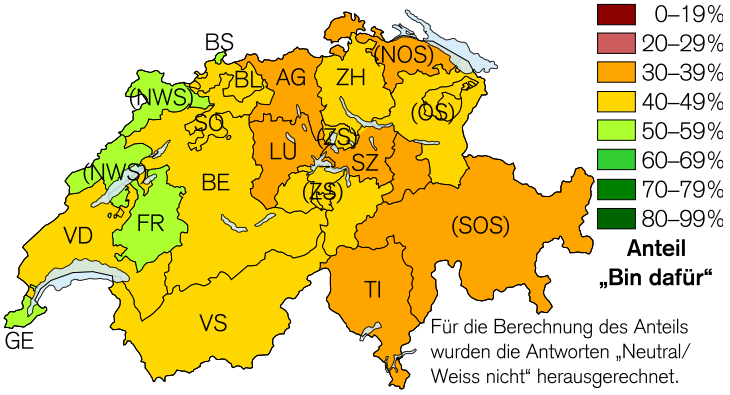
Alain Berset



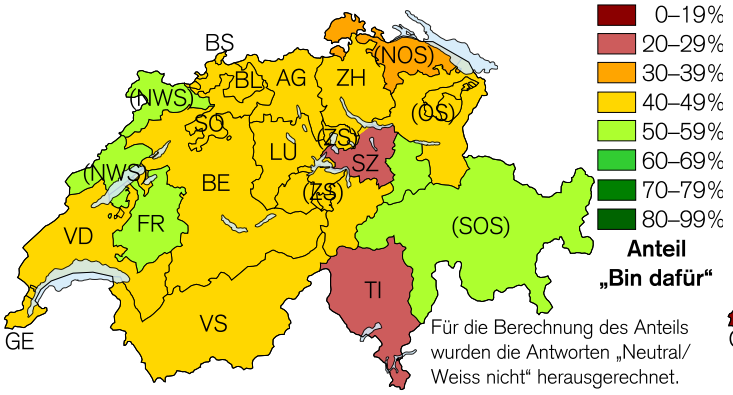
Doris Leuthard



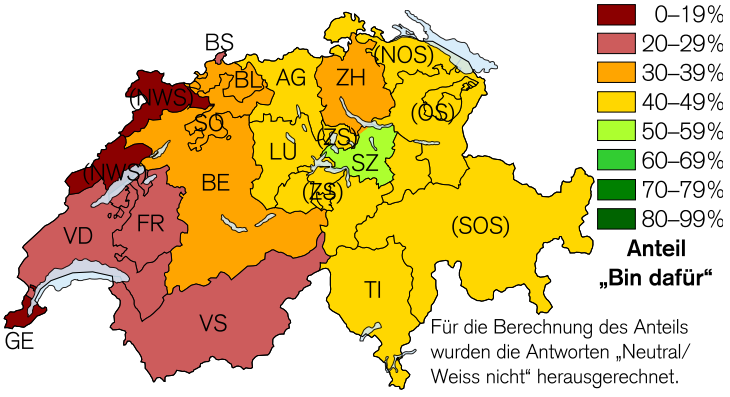
Simonetta Sommaruga



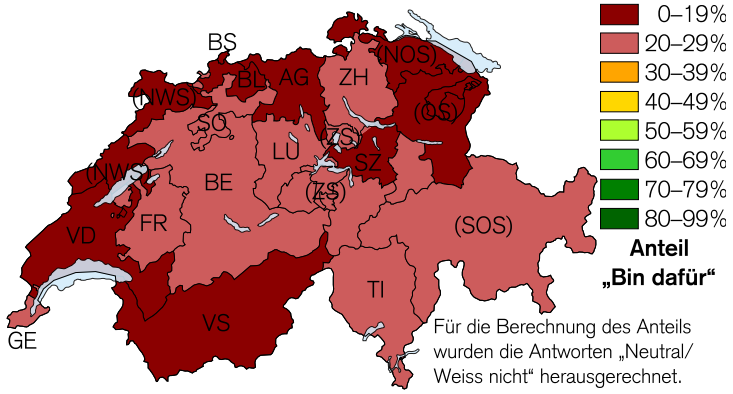
Eveline Widmer-Schlumpf



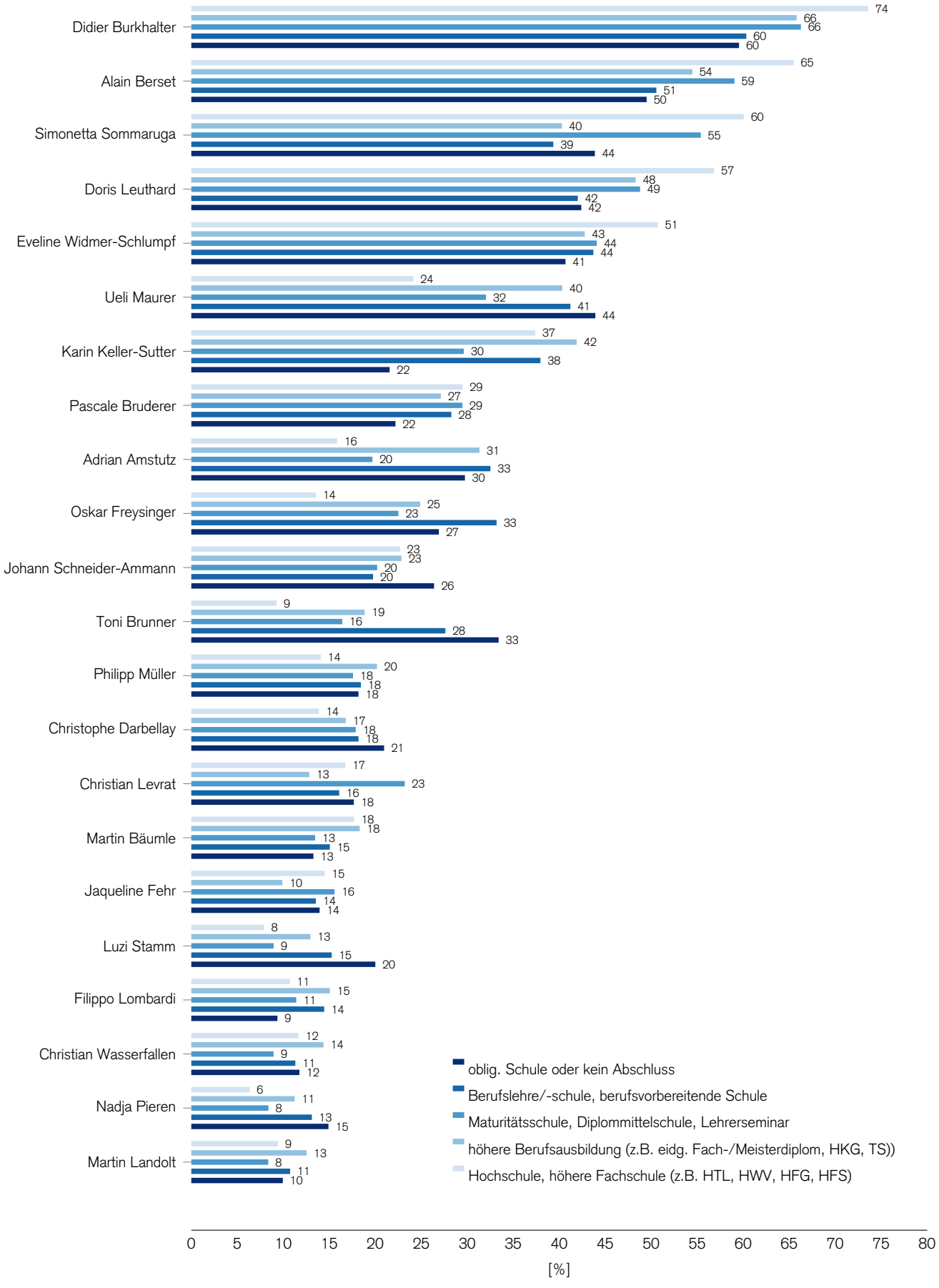
Ueli Maurer

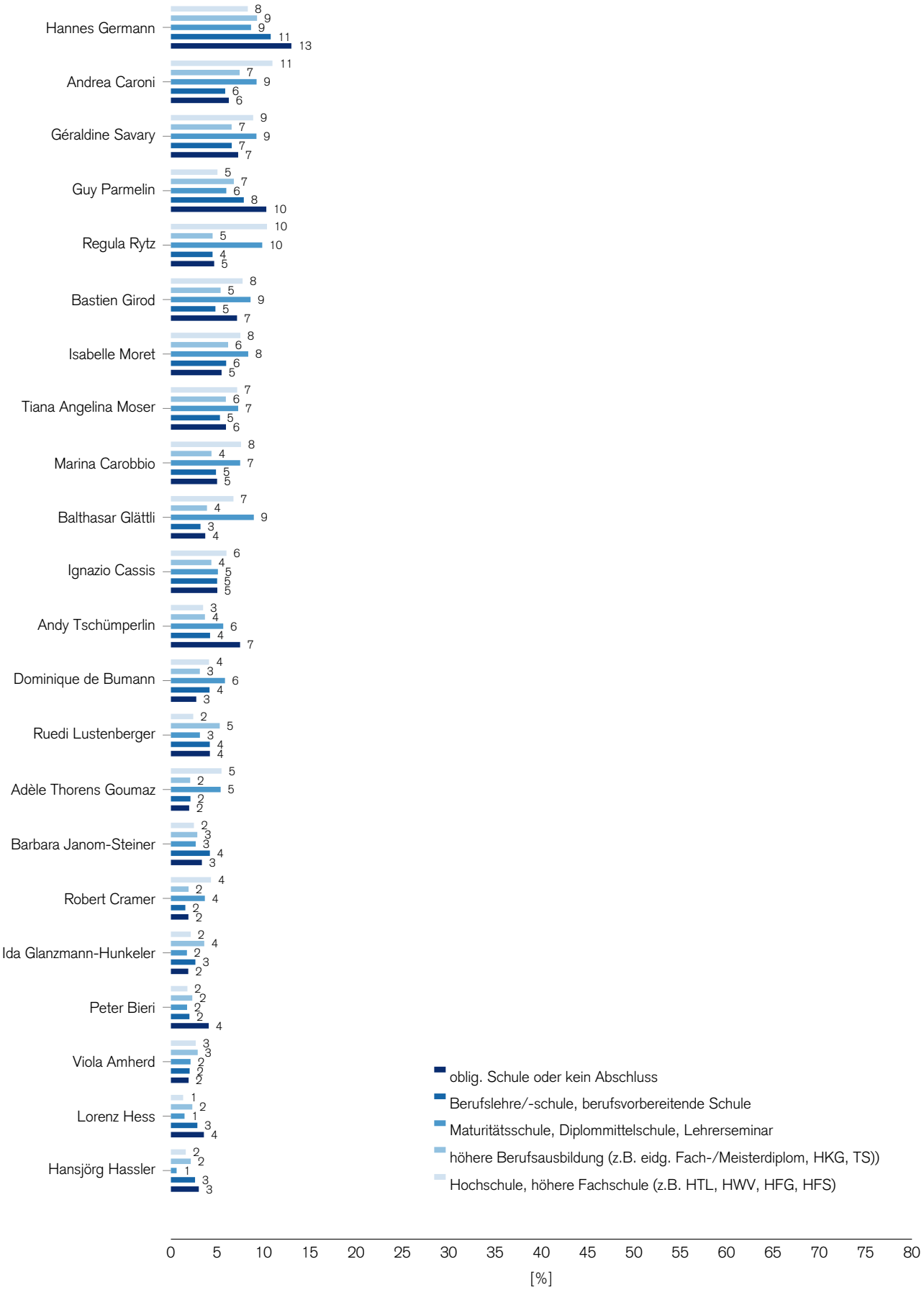


Johann Schneider-Ammann

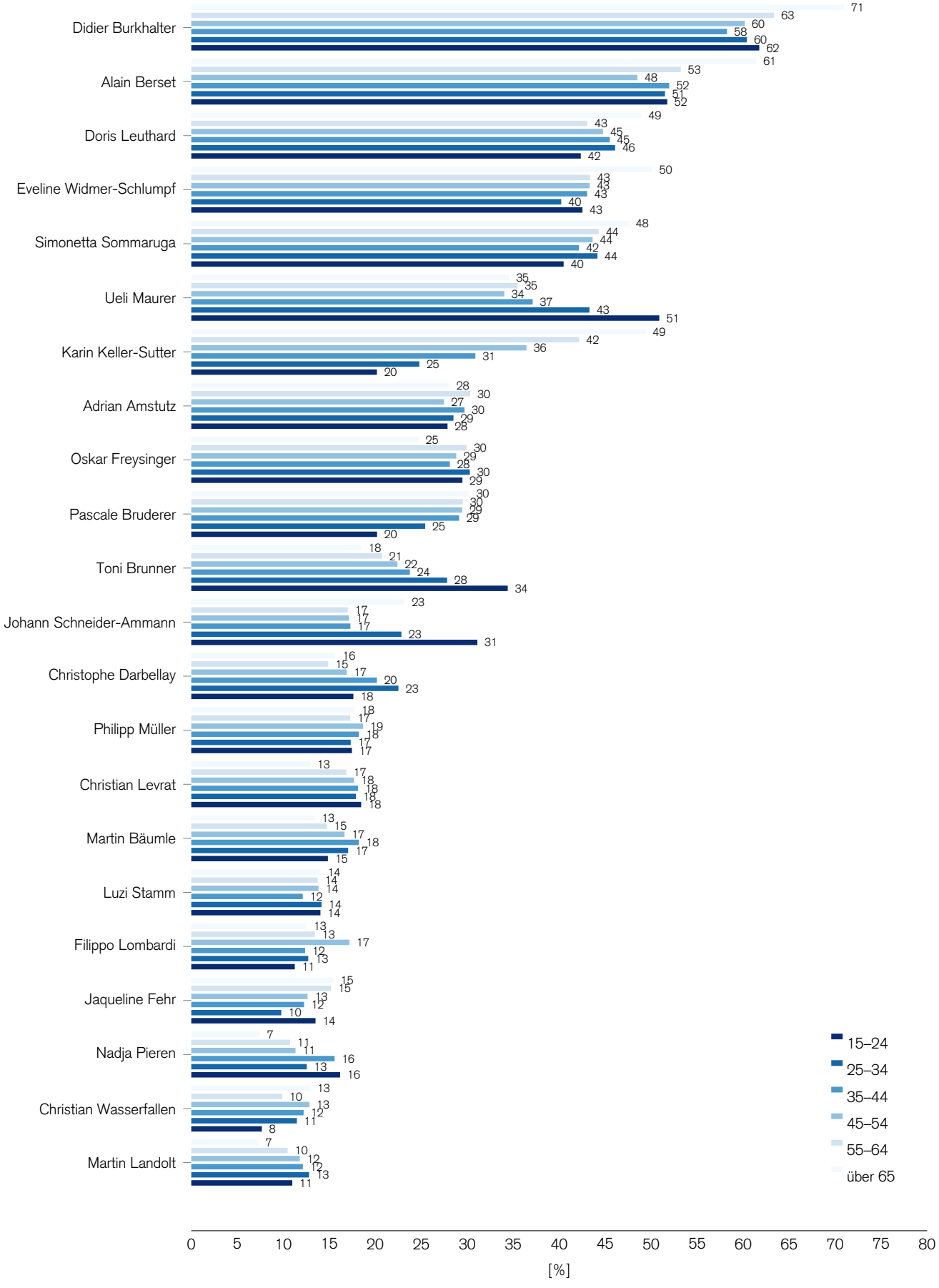


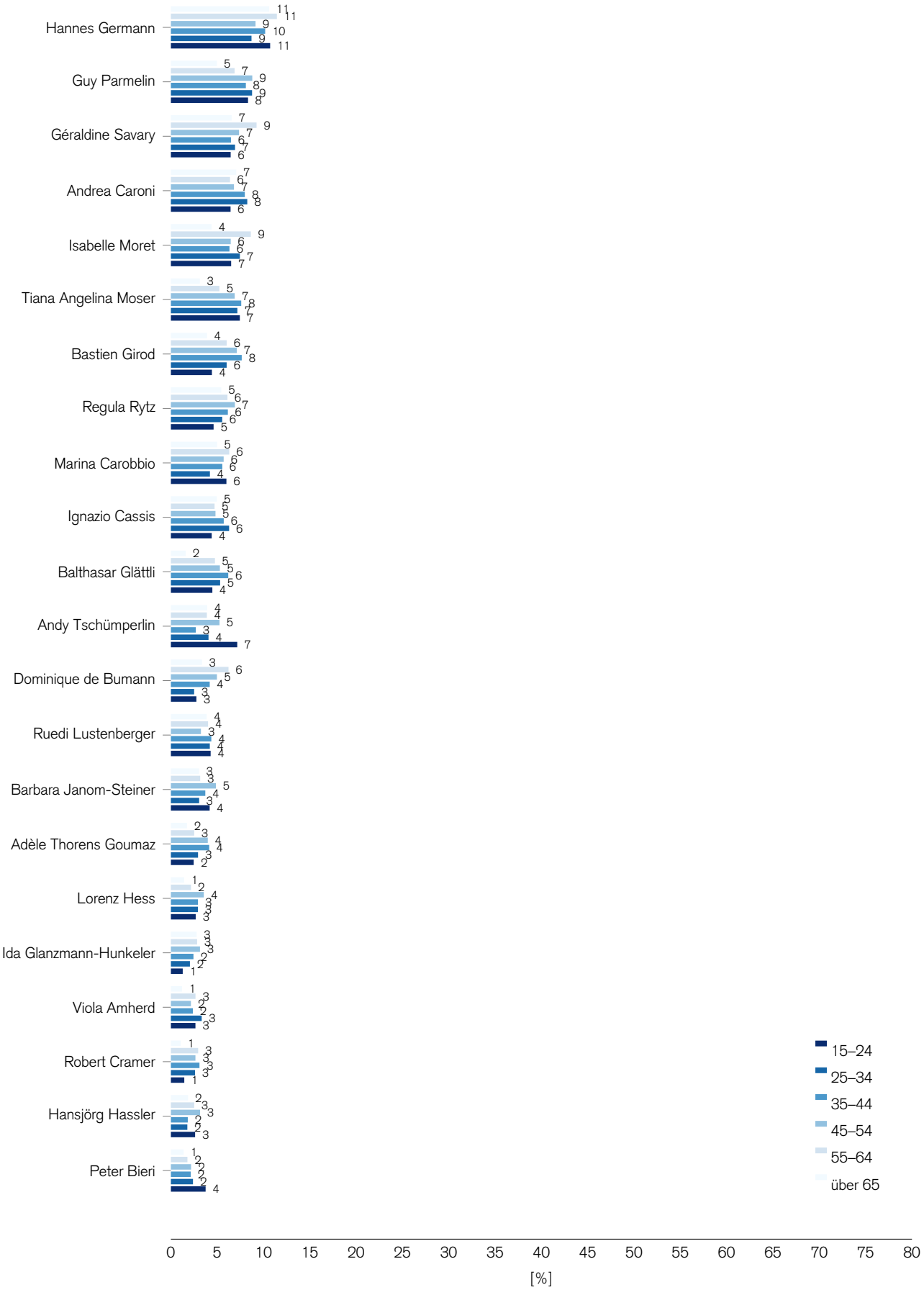
Bildung


Didier Burkhalter 74 66 66 60 60
Alain Berset 65 54 59 51 50
Simonetta Sommaruga 60 40 55 39 44
Doris Leuthard 57 48 49 42 42
Eveline Widmer-Schlumpf 51 43 44 44 41
Ueli Maurer 24 40 32 41 44
Karin Keller-Sutter 37 42 30 38 22
Pascale Bruderer 29 27 29 28 22
Adrian Amstutz 16 31 20 33 30
Oskar Freysinger 14 25 23 33 27
Johann Schneider-Ammann 23 23 20 20 26
Toni Brunner 9 19 16 28 33
Philipp Müller 14 20 18 18 18
Christophe Darbellay 14 17 18 18 21
Christian Levrat 17 13 23 16 18
Martin Bäumle 18 18 13 15 13
Jaqueline Fehr 15 10 16 14 14
Luzi Stamm 8 13 9 15 20
Filippo Lombardi 11 15 11 14 9
Christian Wasserfallen 12 14 9 11 12
Nadja Pieren 6 11 8 13 15
Martin Landolt 9 13 8 11 10
oblig. Schule oder kein Abschluss
Berufslehre/-schule, berufsvorbereitende Schule
Maturitätsschule, Diplommittelschule, Lehrerseminar
höhere Berufsausbildung (z.B. eidg. Fach-/Meisterdiplom, HKG, TS))
Hochschule, höhere Fachschule (z.B. HTL, HWV, HFG, HFS)
0 5 10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65 70 75 80
[%]


Hannes Germann 8 9 9 11 13
Andrea Caroni 11 7 9 6 6
Géraldine Savary 9 7 9 7 7
Guy Parmelin 5 7 6 8 10
Regula Rytz 10 5 10 4 5
Bastien Girod 8 5 9 5 7
Isabelle Moret 8 6 8 6 5
Tiana Angelina Moser 7 6 7 5 6
Marina Carobbio 8 4 7 5 5
Balthasar Glättli 7 4 9 3 4
Ignazio Cassis 6 4 5 5 5
Andy Tschümperlin 3 4 6 4 7
Dominique de Bumann 4 3 6 4 3
Ruedi Lustenberger 2 5 3 4 4
Adèle Thorens Goumaz 5 2 5 2 2
Barbara Janom-Steiner 2 3 3 4 3
Robert Cramer 4 2 4 2 2
Ida Glanzmann-Hunkeler 2 4 2 3 2
Peter Bieri 2 2 2 2 4
Viola Amherd 3 3 2 2 2
Lorenz Hess 1 2 1 3 4
Hansjörg Hassler 2 2 1 3 3
oblig. Schule oder kein Abschluss
Berufslehre/-schule, berufsvorbereitende Schule
Maturitätsschule, Diplommittelschule, Lehrerseminar
höhere Berufsausbildung (z.B. eidg. Fach-/Meisterdiplom, HKG, TS))
Hochschule, höhere Fachschule (z.B. HTL, HWV, HFG, HFS)
0 5 10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65 70 75 80
[%]

Alter

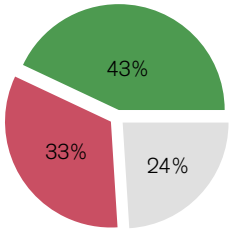

Didier Burkhalter
71
63
60
58
60
62
Alain Berset
61
53
48
52
51
52
Doris Leuthard
49
43
45
45
46
42
Eveline Widmer-Schlumpf
50
43
43
43
40
43
Simonetta Sommaruga
48
44
44
42
44
40
Ueli Maurer
35
35
34
37
43
51
Karin Keller-Sutter
49
42
36
31
25
20
Adrian Amstutz
28
30
27
30
29
28
Oskar Freysinger
25
30
29
28
30
29
Pascale Bruderer
30
30
29
29
25
20
Toni Brunner
18
21
22
24
28
34
Johann Schneider-Ammann
23
17
17
17
23
31
Christophe Darbellay
16
15
17
20
23
18
Philipp Müller
18
17
19
18
17
17
Christian Levrat
13
17
18
18
18
18
Martin Bäumle
13
15
17
18
17
15
Luzi Stamm
14
14
14
12
14
14
Filippo Lombardi
13
13
17
12
13
11
Jaqueline Fehr
15
15
13
12
10
14
Nadja Pieren
7
11
11
16
13
16
Christian Wasserfallen
13
10
13
12
11
8
Martin Landolt
7
10
12
12
13
11
15–24
25–34
35–44
45–54
55–64
über 65
0
5
10
15
20
25
30
35
40
45
50
55
60
65
70
75
80
[%]


Hannes Germann
Guy Parmelin
Géraldine Savary
Andrea Caroni
Isabelle Moret
Tiana Angelina Moser
Bastien Girod
Regula Rytz
Marina Carobbio
Ignazio Cassis
Balthasar Glättli
Andy Tschümperlin
Dominique de Bumann
Ruedi Lustenberger
Barbara Janom-Steiner
Adèle Thorens Goumaz
Lorenz Hess
Ida Glanzmann-Hunkeler
Viola Amherd
Robert Cramer
Hansjörg Hassler
Peter Bieri
15–24
25–34
35–44
45–54
55–64
über 65
0 5 10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65 70 75 80
[%]

7.4. Meine AHV-Rente ist sicher

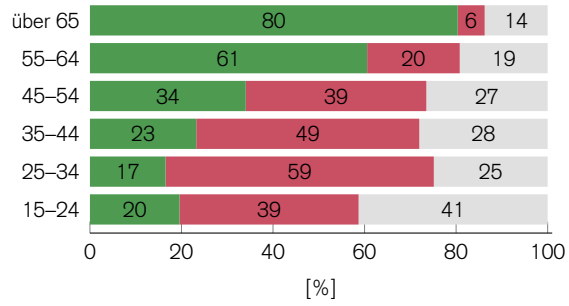
Eine relative Mehrheit glaubt, dass ihre Rente sicher ist. In diesem Jahr hat der Anteil der Personen, die ihre Rente als sicher erachten, um 3 % auf 43 % zugenommen. Wenig erstaunlich ist, dass jüngere Personen ihre Rente für weniger sicher halten als ältere. Von den Personen, die kurz vor dem Erreichen des Rentenalters stehen, sind sich 61 % sicher, dass sie ihre Rente erhalten werden. Bei den 25 – 34-jährigen sind es im Gegensatz dazu lediglich 17 %. Die Wähler der SVP haben am ehesten Bedenken, dass sie ihre Rente erhalten, am zuversichtlichsten sind die Wähler der CVP.

Gesamte Schweiz



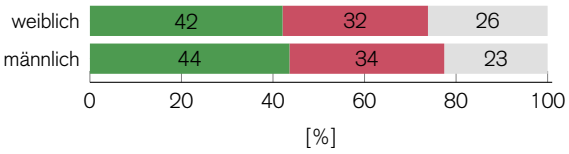
	Total
Ja	43 %
Nein	33 %
neutral/weiss nicht	24 %

Alter



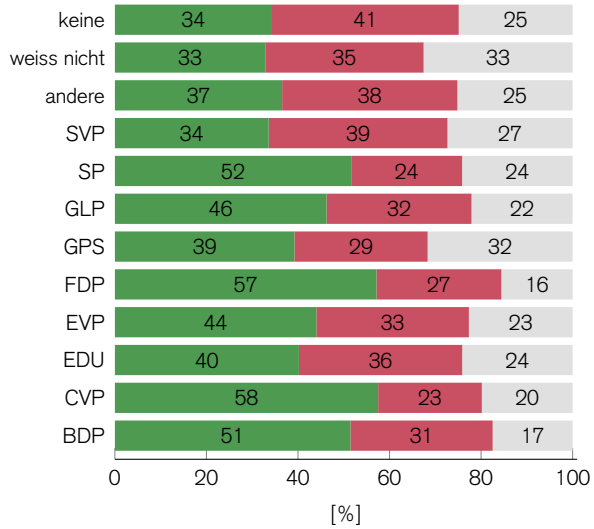
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Ja	20 %	17 %	23 %	34 %	61 %	80 %
Nein	39 %	59 %	49 %	39 %	20 %	6 %
neutral/weiss nicht	41 %	25 %	28 %	27 %	19 %	14 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Ja	44 %	42 %
Nein	34 %	32 %
neutral/weiss nicht	23 %	26 %

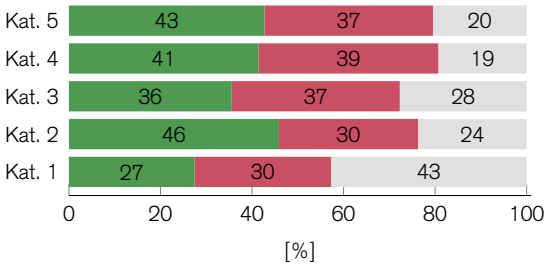
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	51 %	58 %	40 %	44 %	57 %	39 %	46 %
Nein	31 %	23 %	36 %	33 %	27 %	29 %	32 %
neutral/weiss nicht	17 %	20 %	24 %	23 %	16 %	32 %	22 %

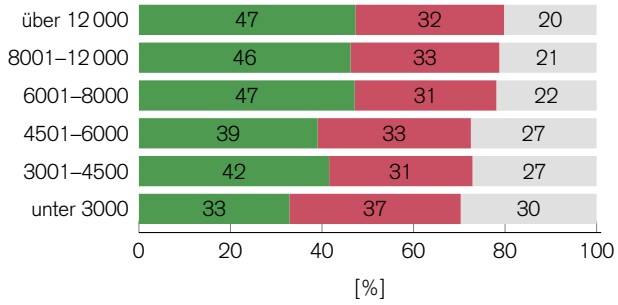
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Ja	52 %	34 %	37 %	33 %	34 %
Nein	24 %	39 %	38 %	35 %	41 %
neutral/weiss nicht	24 %	27 %	25 %	33 %	25 %

Bildung



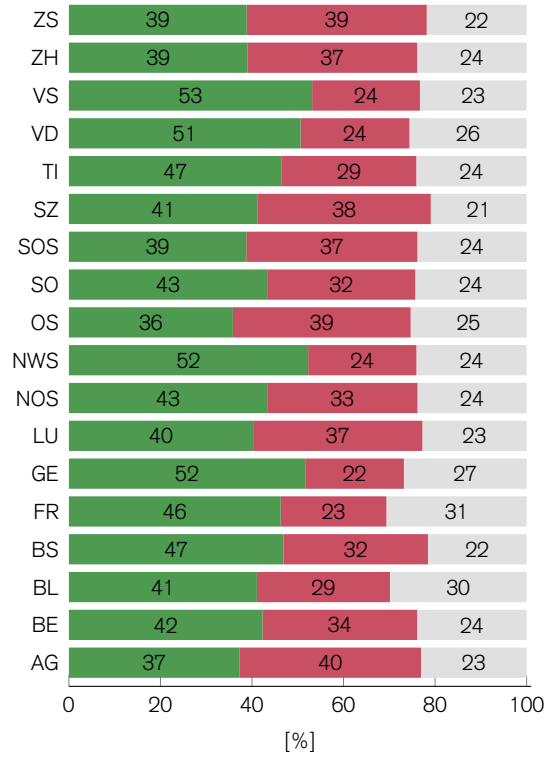
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	27 %	46 %	36 %	41 %	43 %
Nein	30 %	30 %	37 %	39 %	37 %
neutral/weiss nicht	43 %	24 %	28 %	19 %	20 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Ja	33 %	42 %	39 %	47 %	46 %	47 %
Nein	37 %	31 %	33 %	31 %	33 %	32 %
neutral/weiss nicht	30 %	27 %	27 %	22 %	21 %	20 %

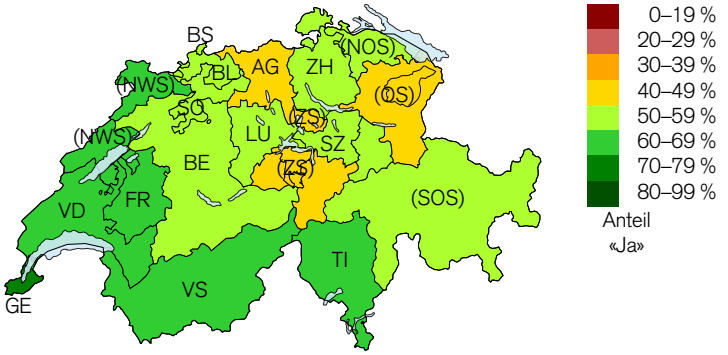
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	37 %	42 %	41 %	47 %	46 %	52 %	40 %
Nein	40 %	34 %	29 %	32 %	23 %	22 %	37 %
neutral/weiss nicht	23 %	24 %	30 %	22 %	31 %	27 %	23 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Ja	43 %	52 %	36 %	43 %	39 %	41 %	47 %
Nein	33 %	24 %	39 %	32 %	37 %	38 %	29 %
neutral/weiss nicht	24 %	24 %	25 %	24 %	24 %	21 %	24 %

	VD	VS	ZH	ZS
Ja	51 %	53 %	39 %	39 %
Nein	24 %	24 %	37 %	39 %
neutral/weiss nicht	26 %	23 %	24 %	22 %

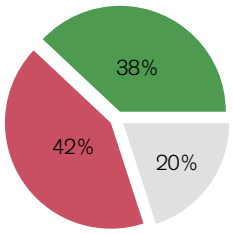


7.5. Die Beiträge an die AHV werden erhöht.

Bezüglich der zukünftigen Finanzierung der AHV konnte die letztjährige Umfrage zum einen zeigen, dass sich 69 % der Schweizer Bevölkerung zusätzliche Einnahmen oder Abgaben zugunsten der AHV vorstellen kann. Woher die zusätzlichen Einnahmen jedoch kommen sollten, fand sich keine Einigkeit. In der diesjährigen Umfrage ist die Zustimmung für eine Erhöhung der AHV-Beiträge von 32 % auf 38 % gestiegen. Einer Erhöhung des Rentenalters stimmen mit 32 % zwar mehr Personen zu als 2014, jedoch findet sich einzig bei der FDP-Wählerschaft eine absolute Mehrheit für diese Massnahme.

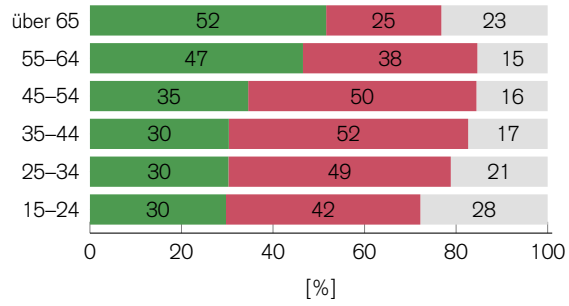
Bin dafür | Bin dagegen | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



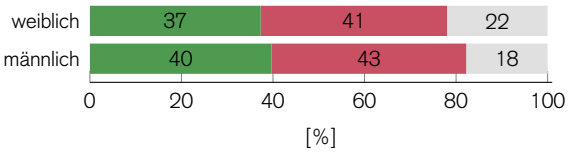
	Total
Bin dafür	38 %
Bin dagegen	42 %
neutral/weiss nicht	20 %

Alter



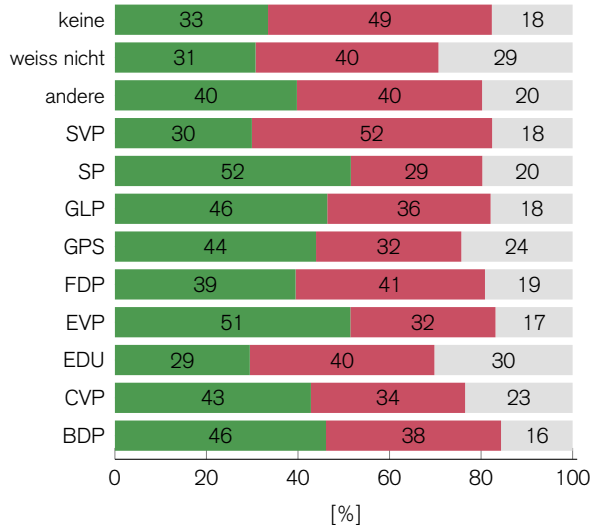
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	30 %	30 %	30 %	35 %	47 %	52 %
Bin dagegen	42 %	49 %	52 %	50 %	38 %	25 %
neutral/weiss nicht	28 %	21 %	17 %	16 %	15 %	23 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	40 %	37 %
Bin dagegen	43 %	41 %
neutral/weiss nicht	18 %	22 %

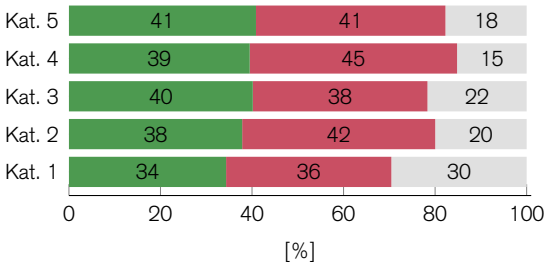
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	46 %	43 %	29 %	51 %	39 %	44 %	46 %
Bin dagegen	38 %	34 %	40 %	32 %	41 %	32 %	36 %
neutral/weiss nicht	16 %	23 %	30 %	17 %	19 %	24 %	18 %

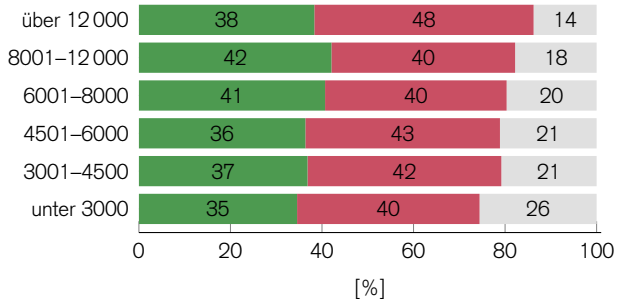
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	52 %	30 %	40 %	31 %	33 %
Bin dagegen	29 %	52 %	40 %	40 %	49 %
neutral/weiss nicht	20 %	18 %	20 %	29 %	18 %

Bildung



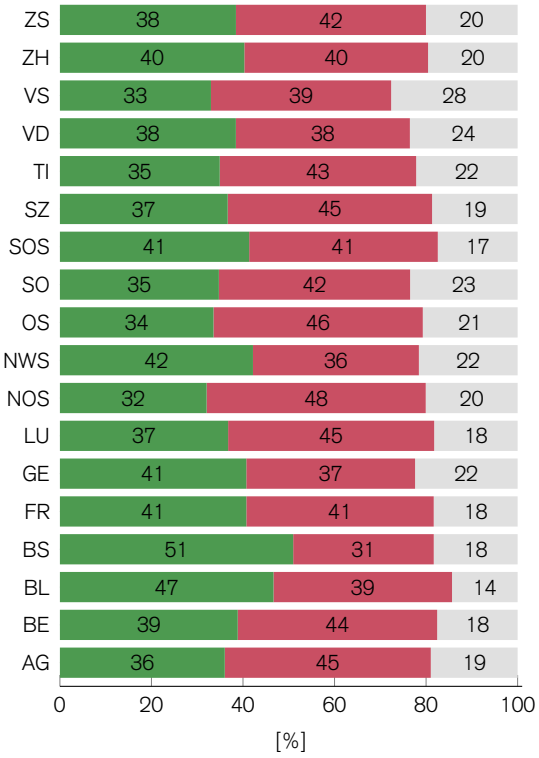
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	34 %	38 %	40 %	39 %	41 %
Bin dagegen	36 %	42 %	38 %	45 %	41 %
neutral/weiss nicht	30 %	20 %	22 %	15 %	18 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	35 %	37 %	36 %	41 %	42 %	38 %
Bin dagegen	40 %	42 %	43 %	40 %	40 %	48 %
neutral/weiss nicht	26 %	21 %	21 %	20 %	18 %	14 %

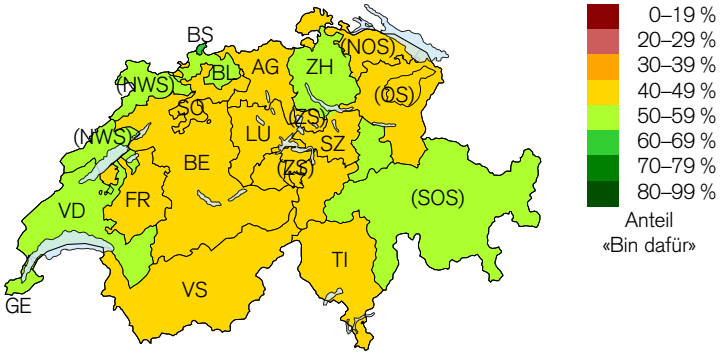
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	36 %	39 %	47 %	51 %	41 %	41 %	37 %
Bin dagegen	45 %	44 %	39 %	31 %	41 %	37 %	45 %
neutral/weiss nicht	19 %	18 %	14 %	18 %	18 %	22 %	18 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Bin dafür	32 %	42 %	34 %	35 %	41 %	37 %	35 %
Bin dagegen	48 %	36 %	46 %	42 %	41 %	45 %	43 %
neutral/weiss nicht	20 %	22 %	21 %	23 %	17 %	19 %	22 %

	VD	VS	ZH	ZS
Bin dafür	38 %	33 %	40 %	38 %
Bin dagegen	38 %	39 %	40 %	42 %
neutral/weiss nicht	24 %	28 %	20 %	20 %

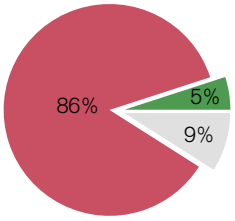


7.6. Die AHV-Renten werden gekürzt.

Mit 86 % der Umfrageteilnehmenden spricht sich eine absolute Mehrheit gegen eine Kürzung der AHV-Renten aus. Dieser Prozentsatz ist im Vergleich zu den Vorjahren stabil geblieben (2013: 88 %, 2014: 87 %).

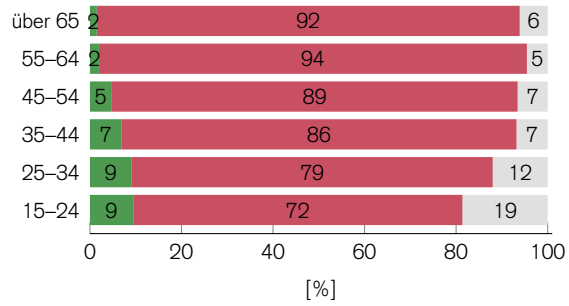
Bin dafür | Bin dagegen | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



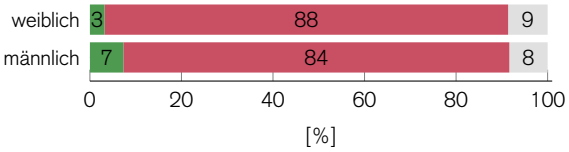
	Total
Bin dafür	5 %
Bin dagegen	86 %
neutral/weiss nicht	9 %

Alter



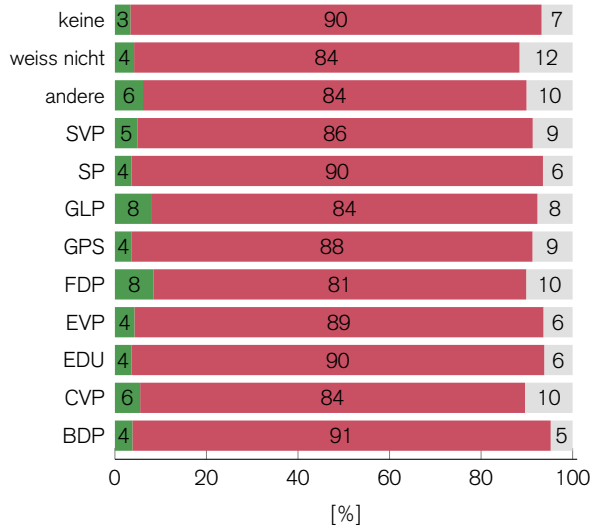
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	9 %	9 %	7 %	5 %	2 %	2 %
Bin dagegen	72 %	79 %	86 %	89 %	94 %	92 %
neutral/weiss nicht	19 %	12 %	7 %	7 %	5 %	6 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	7 %	3 %
Bin dagegen	84 %	88 %
neutral/weiss nicht	8 %	9 %

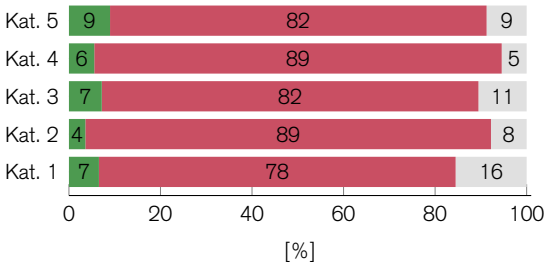
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	4 %	6 %	4 %	4 %	8 %	4 %	8 %
Bin dagegen	91 %	84 %	90 %	89 %	81 %	88 %	84 %
neutral/weiss nicht	5 %	10 %	6 %	6 %	10 %	9 %	8 %

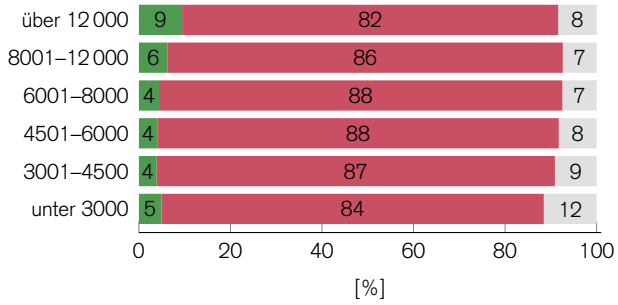
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	4 %	5 %	6 %	4 %	3 %
Bin dagegen	90 %	86 %	84 %	84 %	90 %
neutral/weiss nicht	6 %	9 %	10 %	12 %	7 %

Bildung



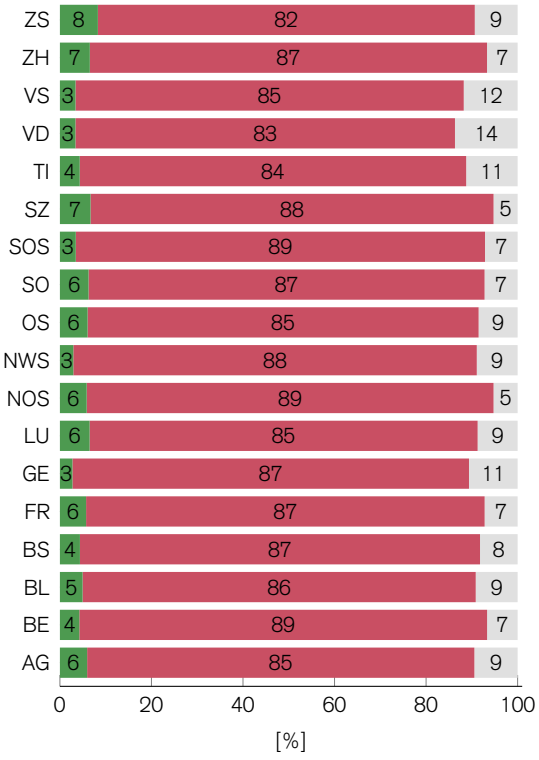
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	7 %	4 %	7 %	6 %	9 %
Bin dagegen	78 %	89 %	82 %	89 %	82 %
neutral/weiss nicht	16 %	8 %	11 %	5 %	9 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	5 %	4 %	4 %	4 %	6 %	9 %
Bin dagegen	84 %	87 %	88 %	88 %	86 %	82 %
neutral/weiss nicht	12 %	9 %	8 %	7 %	7 %	8 %

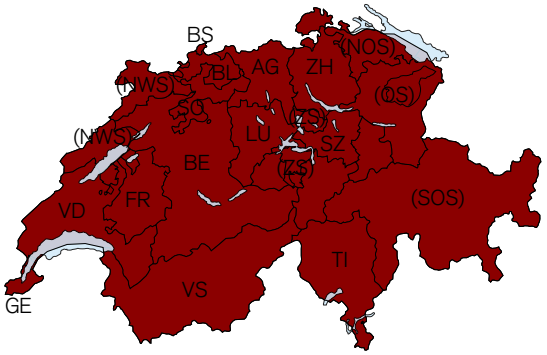
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	6 %	4 %	5 %	4 %	6 %	3 %	6 %
Bin dagegen	85 %	89 %	86 %	87 %	87 %	87 %	85 %
neutral/weiss nicht	9 %	7 %	9 %	8 %	7 %	11 %	9 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Bin dafür	6 %	3 %	6 %	6 %	3 %	7 %	4 %
Bin dagegen	89 %	88 %	85 %	87 %	89 %	88 %	84 %
neutral/weiss nicht	5 %	9 %	9 %	7 %	7 %	5 %	11 %

	VD	VS	ZH	ZS
Bin dafür	3 %	3 %	7 %	8 %
Bin dagegen	83 %	85 %	87 %	82 %
neutral/weiss nicht	14 %	12 %	7 %	9 %

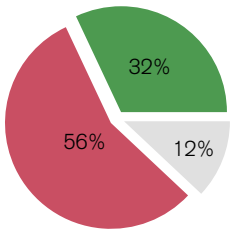


7.7. Das AHV Rentenalter wird erhöht.

Eine Mehrheit von 56 % lehnt eine Erhöhung des AHV-Rentenalters ab. Die Ablehnung ist somit geringer als im Vorjahr, als sich 64 % gegen eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 aussprachen. Während sich am rechten und linken Rand des Schweizer Parteispektrums rund ein Viertel für eine Erhöhung des Rentenalters ausspricht, ist es bei den FDP-Wählenden eine Mehrheit von 58 %. Wie bereits im Vorjahr lässt hier sich auch eine unterschiedliche Haltung bei den Geschlechtern ausmachen. Während 37 % (2014: 34 %) der Männer für eine Erhöhung des Rentenalters sind, stimmen nur 28 % (2014: 23 %) der Frauen dem Vorschlag zu.

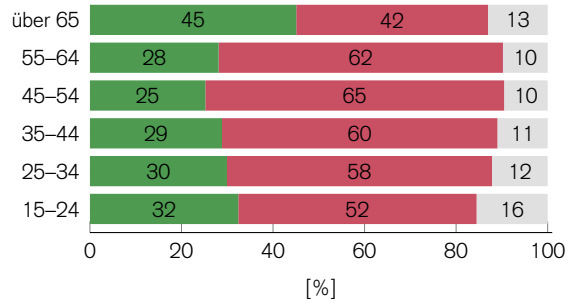
Bin dafür | Bin dagegen | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



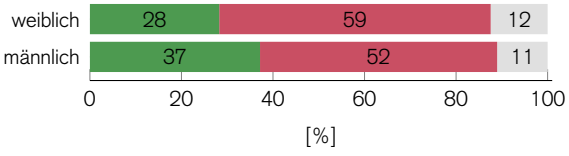
	Total
Bin dafür	32 %
Bin dagegen	56 %
neutral/weiss nicht	12 %

Alter



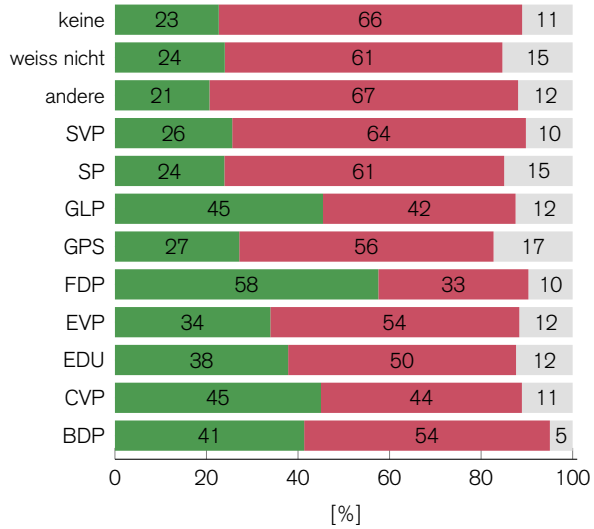
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	32 %	30 %	29 %	25 %	28 %	45 %
Bin dagegen	52 %	58 %	60 %	65 %	62 %	42 %
neutral/weiss nicht	16 %	12 %	11 %	10 %	10 %	13 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	37 %	28 %
Bin dagegen	52 %	59 %
neutral/weiss nicht	11 %	12 %

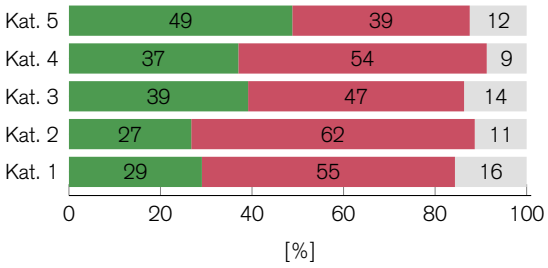
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	41 %	45 %	38 %	34 %	58 %	27 %	45 %
Bin dagegen	54 %	44 %	50 %	54 %	33 %	56 %	42 %
neutral/weiss nicht	5 %	11 %	12 %	12 %	10 %	17 %	12 %

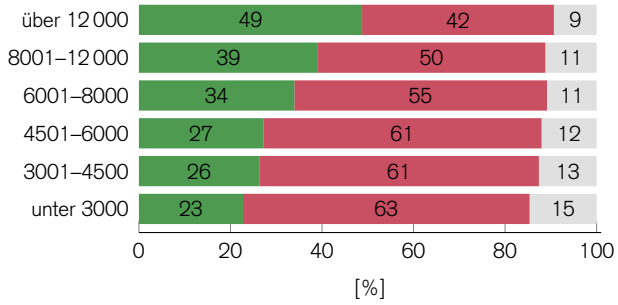
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	24 %	26 %	21 %	24 %	23 %
Bin dagegen	61 %	64 %	67 %	61 %	66 %
neutral/weiss nicht	15 %	10 %	12 %	15 %	11 %

Bildung



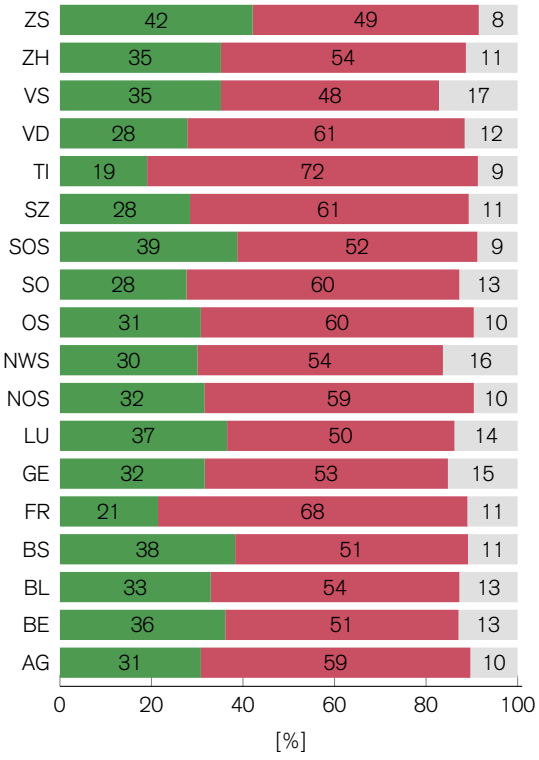
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	29 %	27 %	39 %	37 %	49 %
Bin dagegen	55 %	62 %	47 %	54 %	39 %
neutral/weiss nicht	16 %	11 %	14 %	9 %	12 %

Einkommen

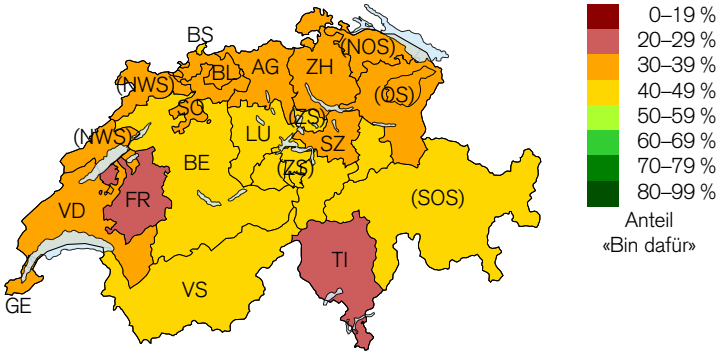


	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	23 %	26 %	27 %	34 %	39 %	49 %
Bin dagegen	63 %	61 %	61 %	55 %	50 %	42 %
neutral/weiss nicht	15 %	13 %	12 %	11 %	11 %	9 %

Kanton

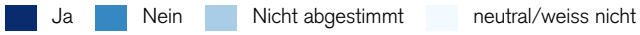


	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	31 %	36 %	33 %	38 %	21 %	32 %	37 %
Bin dagegen	59 %	51 %	54 %	51 %	68 %	53 %	50 %
neutral/weiss nicht	10 %	13 %	13 %	11 %	11 %	15 %	14 %
	NOS	**NWS**	**OS**	**SO**	**SOS**	**SZ**	**TI**
Bin dafür	32 %	30 %	31 %	28 %	39 %	28 %	19 %
Bin dagegen	59 %	54 %	60 %	60 %	52 %	61 %	72 %
neutral/weiss nicht	10 %	16 %	10 %	13 %	9 %	11 %	9 %
	VD	**VS**	**ZH**	**ZS**			
Bin dafür	28 %	35 %	35 %	42 %			
Bin dagegen	61 %	48 %	54 %	49 %			
neutral/weiss nicht	12 %	17 %	11 %	8 %			

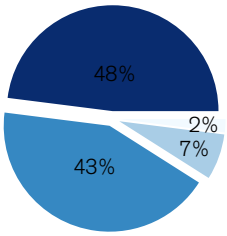


7.8. Wie haben Sie bei der Masseneinwanderungsinitiative gestimmt?

Eine relative Mehrheit von 48 % zu 43 % hat die Masseneinwanderungsinitiative bei der Abstimmung angenommen. Diese Frage dient als Kontrollfrage bzgl. der Aussagekraft der Ergebnisse bzgl. potenzieller Verzerrung von Befürwortern/ Verfechtern der Masseneinwanderungsinitiative. Unter Bereinigung von Personen, die nicht abgestimmt haben oder es nicht mehr wissen, haben in unserem Sample 52,7 % die Masseneinwanderungsinitiative angenommen und 47 % abgelehnt. Tatsächlich hatten in der Abstimmung 50,4 % die Initiative angenommen, während 49,6 % die diese ablehnten. Somit ergibt sich eine marginale Übervertretung der Befürworter der Initiative um 2,3 Prozentpunkten. Dies darf als relativ kleiner Fehler betrachtet werden, sodass den Ergebnissen grundsätzlich eine hohe Aussagekraft beigemessen werden darf. Nur die SVP- und die EDU-Wähler haben die Initiative mit einer absoluten Mehrheit von 91 % bzw. 88 % angenommen. Auf der Gegenseite stehen insbesondere die SP- und die Grünen-Wähler mit nur 12 % bzw. 15 % Zustimmung. Die Wähler der restlichen Parteien haben die Masseneinwanderungsinitiative ungefähr je zu einem Drittel angenommen. Die Zustimmung für die Annahme dieser Initiative sinkt zudem mit steigendem Einkommen.

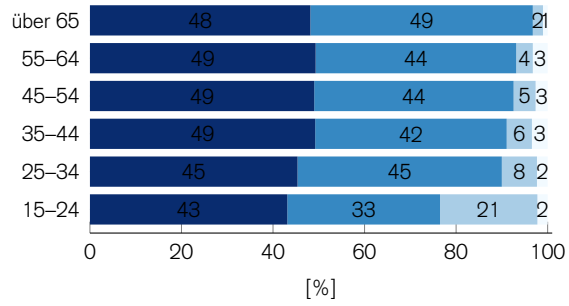


Gesamte Schweiz



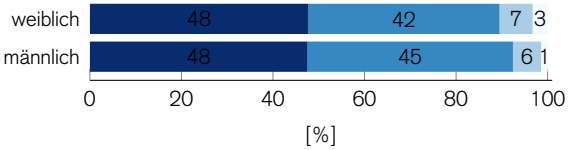
	Total
Ja	48 %
Nein	43 %
nicht gestimmt	7 %
neutral/weiss nicht	2 %

Alter



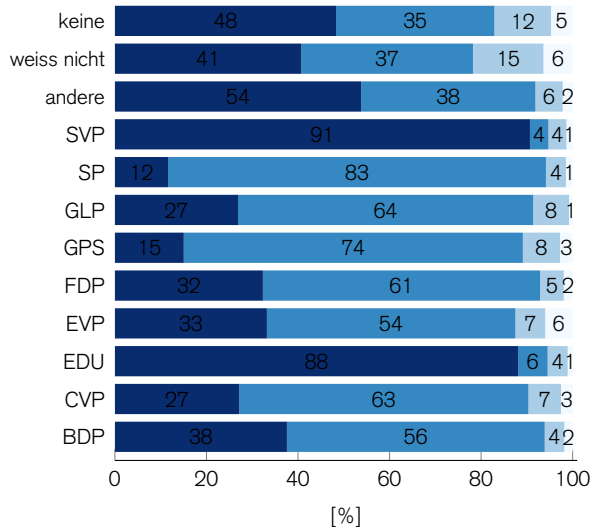
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Ja	43 %	45 %	49 %	49 %	49 %	48 %
Nein	33 %	45 %	42 %	44 %	44 %	49 %
nicht gestimmt	21 %	8 %	6 %	5 %	4 %	2 %
neutral/weiss nicht	2 %	2 %	3 %	3 %	3 %	1 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Ja	48 %	48 %
Nein	45 %	42 %
nicht gestimmt	6 %	7 %
neutral/weiss nicht	1 %	3 %

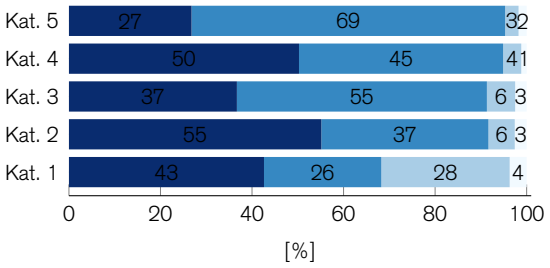
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	38 %	27 %	88 %	33 %	32 %	15 %	27 %
Nein	56 %	63 %	6 %	54 %	61 %	74 %	64 %
nicht gestimmt	4 %	7 %	4 %	7 %	5 %	8 %	8 %
neutral/weiss nicht	2 %	3 %	1 %	6 %	2 %	3 %	1 %

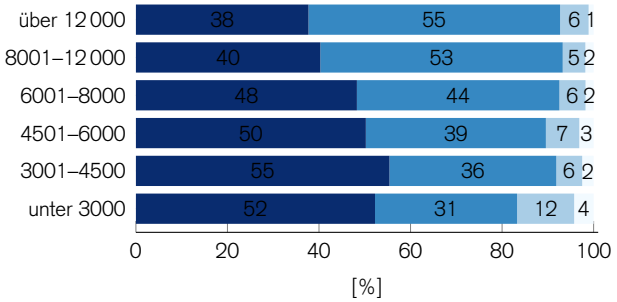
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Ja	12 %	91 %	54 %	41 %	48 %
Nein	83 %	4 %	38 %	37 %	35 %
nicht gestimmt	4 %	4 %	6 %	15 %	12 %
neutral/weiss nicht	1 %	1 %	2 %	6 %	5 %

Bildung



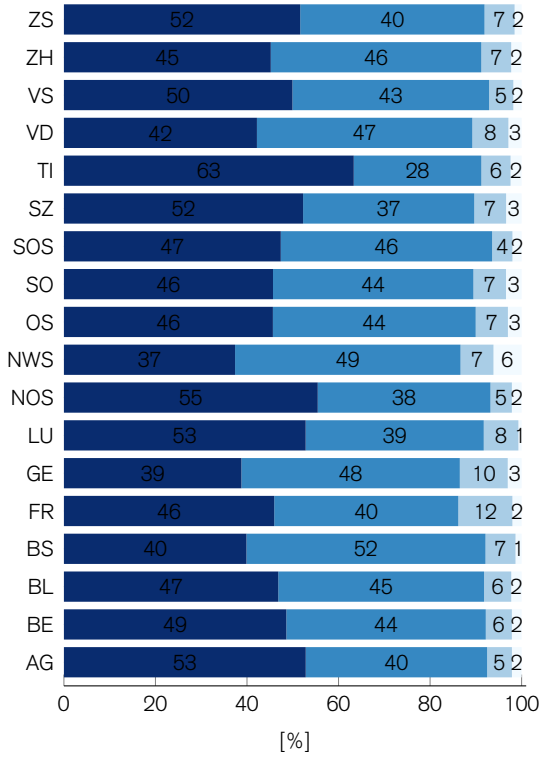
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	43 %	55 %	37 %	50 %	27 %
Nein	26 %	37 %	55 %	45 %	69 %
nicht gestimmt	28 %	6 %	6 %	4 %	3 %
neutral/weiss nicht	4 %	3 %	3 %	1 %	2 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Ja	52 %	55 %	50 %	48 %	40 %	38 %
Nein	31 %	36 %	39 %	44 %	53 %	55 %
nicht gestimmt	12 %	6 %	7 %	6 %	5 %	6 %
neutral/weiss nicht	4 %	2 %	3 %	2 %	2 %	1 %

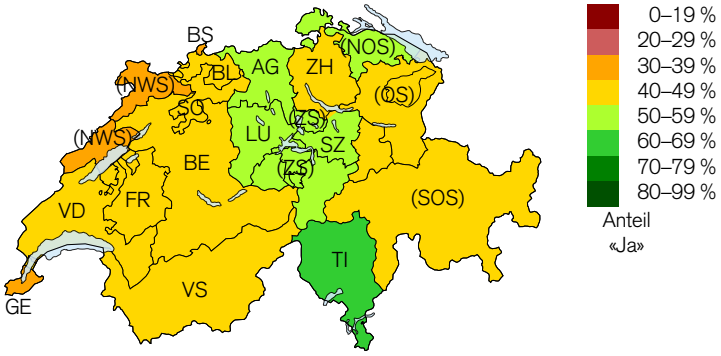
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	53 %	49 %	47 %	40 %	46 %	39 %	53 %
Nein	40 %	44 %	45 %	52 %	40 %	48 %	39 %
nicht gestimmt	5 %	6 %	6 %	7 %	12 %	10 %	8 %
neutral/weiss nicht	2 %	2 %	2 %	1 %	2 %	3 %	1 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Ja	55 %	37 %	46 %	46 %	47 %	52 %	63 %
Nein	38 %	49 %	44 %	44 %	46 %	37 %	28 %
nicht gestimmt	5 %	7 %	7 %	7 %	4 %	7 %	6 %
neutral/weiss nicht	2 %	6 %	3 %	3 %	2 %	3 %	2 %

	VD	VS	ZH	ZS
Ja	42 %	50 %	45 %	52 %
Nein	47 %	43 %	46 %	40 %
nicht gestimmt	8 %	5 %	7 %	7 %
neutral/weiss nicht	3 %	2 %	2 %	2 %

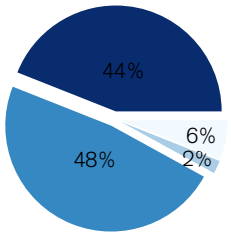


7.9. Wie sollen EU/EFTA-Bürger und Bürger von Nicht-EU-Staaten bei der Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen behandelt werden?

Eine knappe relative Mehrheit von 48 % möchte EU/EFTA-Bürger bei der Vergabe von Aufenthaltsbewilligungen gegenüber Bürgern aus Nicht-EU-Staaten bevorzugt behandeln. Die Zustimmung für eine solche Bevorzugung steigt dabei mit zunehmendem Alter. Insgesamt sprechen sich mit 44 % allerdings auch sehr viele Leute für eine Gleichbehandlung aller Personen aus. Nur in den beiden linken Parteien finden sich eine absolute Mehrheit für eine Gleichbehandlung.

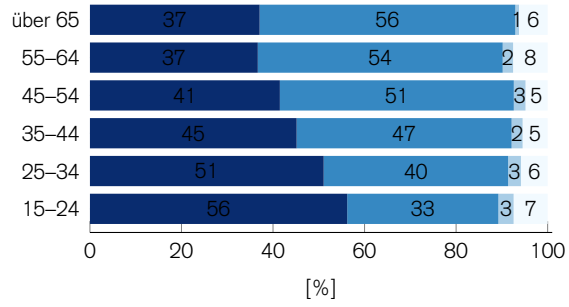
Alle gleich behandeln | Bevorzugung von EU/EFTA-Bürgern | Bevorzugung von Bürgern von Nicht-EU Staaten | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



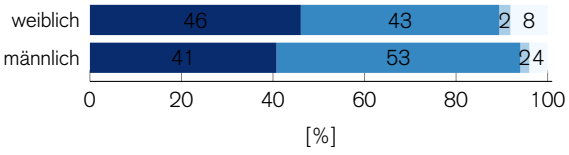
	Total
alle gleich	44 %
Bevorzugung EU/EFTA	48 %
Bevorzugung Nicht-EU	2 %
neutral/weiss nicht	6 %

Alter



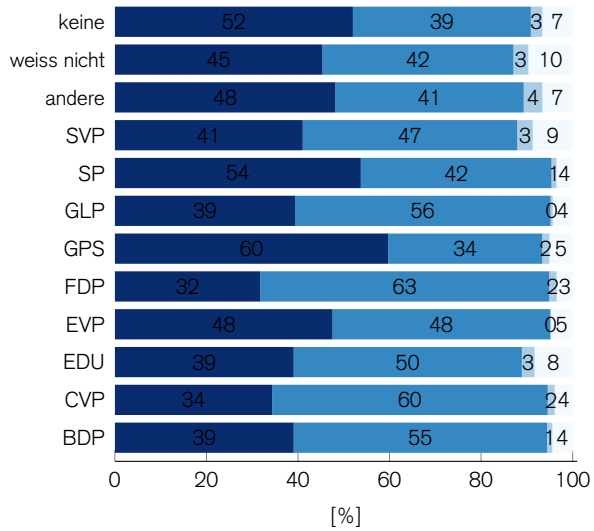
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
alle gleich	56 %	51 %	45 %	41 %	37 %	37 %
Bevorzugung EU/EFTA	33 %	40 %	47 %	51 %	54 %	56 %
Bevorzugung Nicht-EU	3 %	3 %	2 %	3 %	2 %	1 %
neutral/weiss nicht	7 %	6 %	5 %	5 %	8 %	6 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
alle gleich	41 %	46 %
Bevorzugung EU/EFTA	53 %	43 %
Bevorzugung Nicht-EU	2 %	2 %
neutral/weiss nicht	4 %	8 %

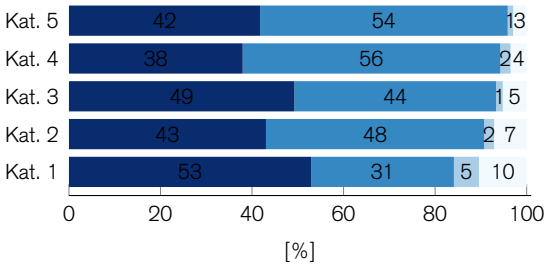
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
alle gleich	39 %	34 %	39 %	48 %	32 %	60 %	39 %
Bevorzugung EU/EFTA	55 %	60 %	50 %	48 %	63 %	34 %	56 %
Bevorzugung Nicht-EU	1 %	2 %	3 %	0 %	2 %	2 %	0 %
neutral/weiss nicht	4 %	4 %	8 %	5 %	3 %	5 %	4 %

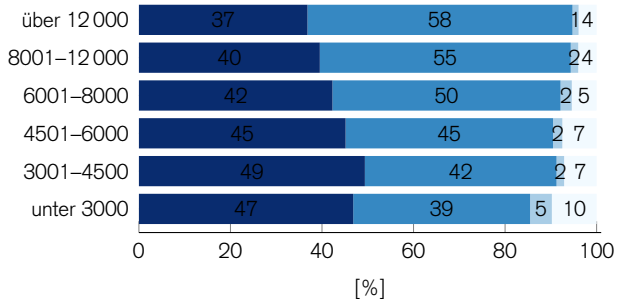
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
alle gleich	54 %	41 %	48 %	45 %	52 %
Bevorzugung EU/EFTA	42 %	47 %	41 %	42 %	39 %
Bevorzugung Nicht-EU	1 %	3 %	4 %	3 %	3 %
neutral/weiss nicht	4 %	9 %	7 %	10 %	7 %

Bildung



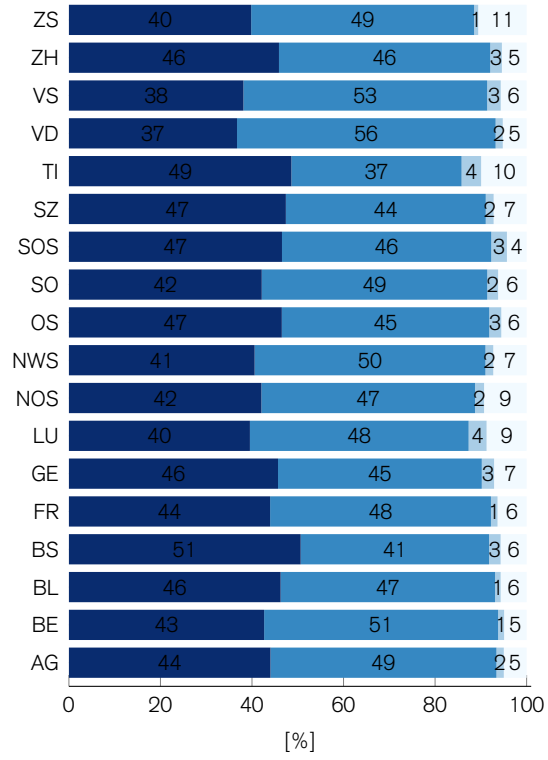
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
alle gleich	53 %	43 %	49 %	38 %	42 %
Bevorzugung EU/EFTA	31 %	48 %	44 %	56 %	54 %
Bevorzugung Nicht-EU	5 %	2 %	1 %	2 %	1 %
neutral/weiss nicht	10 %	7 %	5 %	4 %	3 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
alle gleich	47 %	49 %	45 %	42 %	40 %	37 %
Bevorzugung EU/EFTA	39 %	42 %	45 %	50 %	55 %	58 %
Bevorzugung Nicht-EU	5 %	2 %	2 %	2 %	2 %	1 %
neutral/weiss nicht	10 %	7 %	7 %	5 %	4 %	4 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
alle gleich	44 %	43 %	46 %	51 %	44 %	46 %	40 %
Bevorzugung EU/EFTA	49 %	51 %	47 %	41 %	48 %	45 %	48 %
Bevorzugung Nicht-EU	2 %	1 %	1 %	3 %	1 %	3 %	4 %
neutral/weiss nicht	5 %	5 %	6 %	6 %	6 %	7 %	9 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
alle gleich	42 %	41 %	47 %	42 %	47 %	47 %	49 %
Bevorzugung EU/EFTA	47 %	50 %	45 %	49 %	46 %	44 %	37 %
Bevorzugung Nicht-EU	2 %	2 %	3 %	2 %	3 %	2 %	4 %
neutral/weiss nicht	9 %	7 %	6 %	6 %	4 %	7 %	10 %

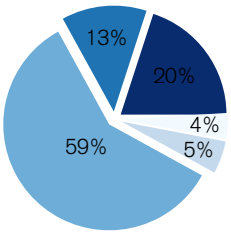
	VD	VS	ZH	ZS
alle gleich	37 %	38 %	46 %	40 %
Bevorzugung EU/EFTA	56 %	53 %	46 %	49 %
Bevorzugung Nicht-EU	2 %	3 %	3 %	1 %
neutral/weiss nicht	5 %	6 %	5 %	11 %

7.10. Die Masseneinwanderungsinitiative will die Zuwanderung in die Schweiz begrenzen. Woran sollen sich die jährlichen Begrenzungen für Ausländer orientieren?

Für eine absolute Mehrheit von 59 % sollten sich die jährlichen Begrenzungen für Ausländer im Rahmen der Masseneinwanderungsinitiative sowohl am Arbeitsmarkt als auch an der Bevölkerungsgrösse/-struktur orientieren. Dieses absolute Mehr bleibt über fast alle betrachteten Merkmalsgruppen stabil. Einzig bei Wählern der SP (44 %) und der Grünen (45 %) erreichte eine kombinierte Variante nur ein relatives Mehr.

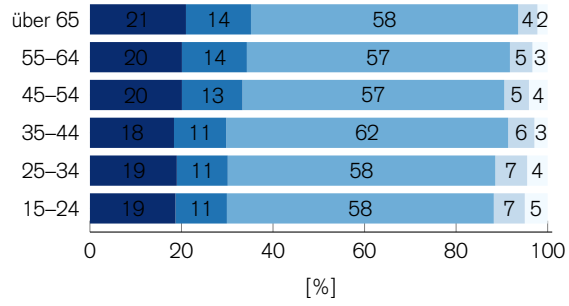
Arbeitsmarkt | Bevölkerungsgrösse oder -struktur | Beides (Arbeitsmarkt sowie Bevölkerungsgrösse oder -struktur) | Anderes | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



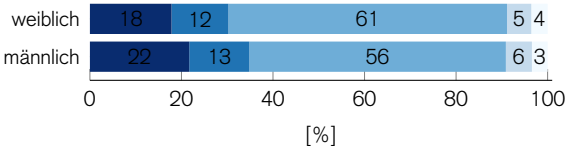
	Total
Arbeitsmarkt	20 %
Bevölkerungsgrösse	13 %
Beides	59 %
Anderes	5 %
neutral/weiss nicht	4 %

Alter



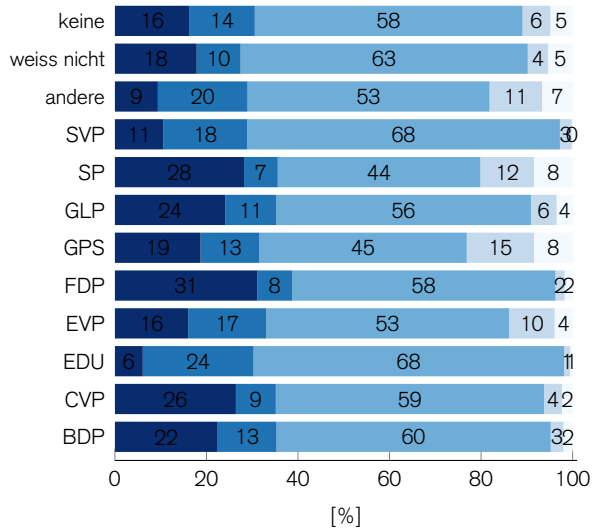
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Arbeitsmarkt	19 %	19 %	18 %	20 %	20 %	21 %
Bevölkerungsgrösse	11 %	11 %	11 %	13 %	14 %	14 %
Beides	58 %	58 %	62 %	57 %	57 %	58 %
Anderes	7 %	7 %	6 %	5 %	5 %	4 %
neutral/weiss nicht	5 %	4 %	3 %	4 %	3 %	2 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Arbeitsmarkt	22 %	18 %
Bevölkerungsgrösse	13 %	12 %
Beides	56 %	61 %
Anderes	6 %	5 %
neutral/weiss nicht	3 %	4 %

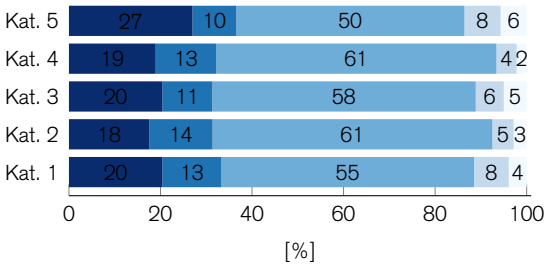
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Arbeitsmarkt	22 %	26 %	6 %	16 %	31 %	19 %	24 %
Bevölkerungsgrösse	13 %	9 %	24 %	17 %	8 %	13 %	11 %
Beides	60 %	59 %	68 %	53 %	58 %	45 %	56 %
Anderes	3 %	4 %	1 %	10 %	2 %	15 %	6 %
neutral/weiss nicht	2 %	2 %	1 %	4 %	2 %	8 %	4 %

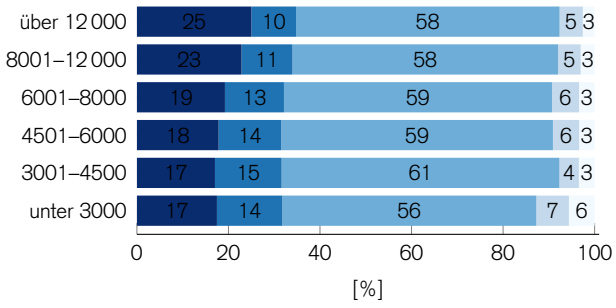
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Arbeitsmarkt	28 %	11 %	9 %	18 %	16 %
Bevölkerungsgrösse	7 %	18 %	20 %	10 %	14 %
Beides	44 %	68 %	53 %	63 %	58 %
Anderes	12 %	3 %	11 %	4 %	6 %
neutral/weiss nicht	8 %	0 %	7 %	5 %	5 %

Bildung



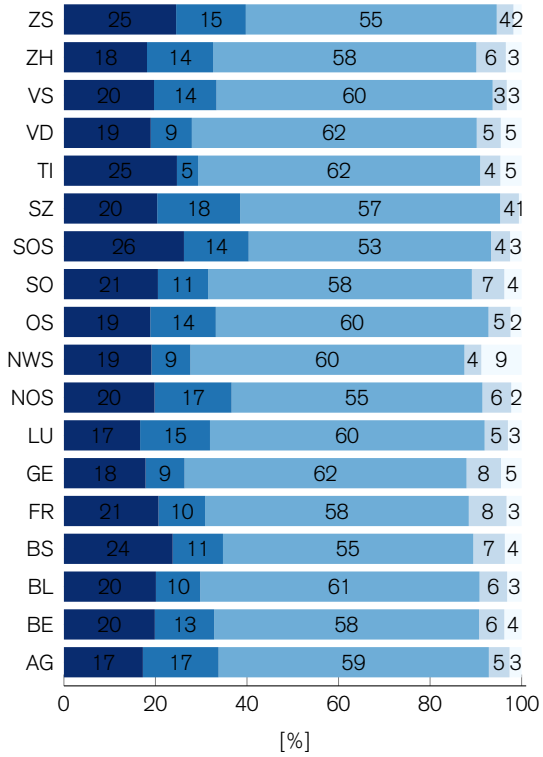
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Arbeitsmarkt	20 %	18 %	20 %	19 %	27 %
Bevölkerungsgrösse	13 %	14 %	11 %	13 %	10 %
Beides	55 %	61 %	58 %	61 %	50 %
Anderes	8 %	5 %	6 %	4 %	8 %
neutral/weiss nicht	4 %	3 %	5 %	2 %	6 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Arbeitsmarkt	17 %	17 %	18 %	19 %	23 %	25 %
Bevölkerungsgrösse	14 %	15 %	14 %	13 %	11 %	10 %
Beides	56 %	61 %	59 %	59 %	58 %	58 %
Anderes	7 %	4 %	6 %	6 %	5 %	5 %
neutral/weiss nicht	6 %	3 %	3 %	3 %	3 %	3 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Arbeitsmarkt	17 %	20 %	20 %	24 %	21 %	18 %	17 %
Bevölkerungsgrösse	17 %	13 %	10 %	11 %	10 %	9 %	15 %
Beides	59 %	58 %	61 %	55 %	58 %	62 %	60 %
Anderes	5 %	6 %	6 %	7 %	8 %	8 %	5 %
neutral/weiss nicht	3 %	4 %	3 %	4 %	3 %	5 %	3 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Arbeitsmarkt	20 %	19 %	19 %	21 %	26 %	20 %	25 %
Bevölkerungsgrösse	17 %	9 %	14 %	11 %	14 %	18 %	5 %
Beides	55 %	60 %	60 %	58 %	53 %	57 %	62 %
Anderes	6 %	4 %	5 %	7 %	4 %	4 %	4 %
neutral/weiss nicht	2 %	9 %	2 %	4 %	3 %	1 %	5 %

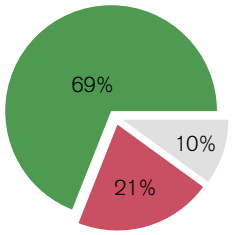
	VD	VS	ZH	ZS
Arbeitsmarkt	19 %	20 %	18 %	25 %
Bevölkerungsgrösse	9 %	14 %	14 %	15 %
Beides	62 %	60 %	58 %	55 %
Anderes	5 %	3 %	6 %	4 %
neutral/weiss nicht	5 %	3 %	3 %	2 %

7.11. Das Einwanderungskontingent soll von der Arbeitslosenquote abhängig sein (bei hoher Arbeitslosenquote wird die Einwanderung stärker eingeschränkt).

Eine stabile absolute Mehrheit (69 %) spricht sich dafür aus, dass die Einwanderung bei hoher Arbeitslosenquote stärker eingeschränkt werden soll. Die Zustimmung für eine solche Massnahme steigt mit zunehmendem Alter leicht an, erreicht aber auch in der jüngsten Gruppe (15–24 Jahre) bereits eine klare Mehrheit von 63 %. Nur in den beiden linken Parteien SP und Grüne besteht nur eine knappe relative Mehrheit für eine solche Regulierung. Mit höherem Einkommen sinkt die Befürwortung für solch einen Regulierungsmechanismus leicht.

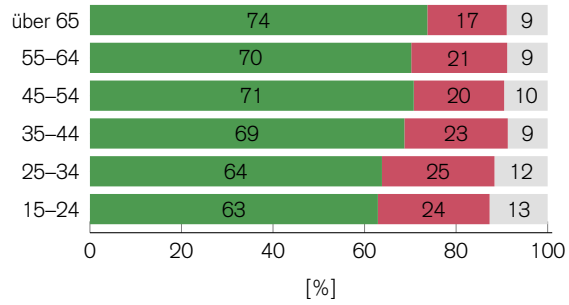
Bin dafür | Bin dagegen | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



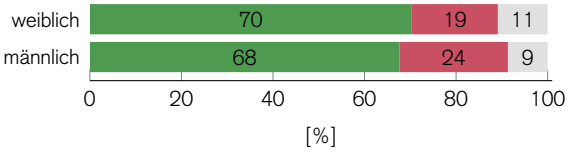
	Total
Bin dafür	69 %
Bin dagegen	21 %
neutral/weiss nicht	10 %

Alter



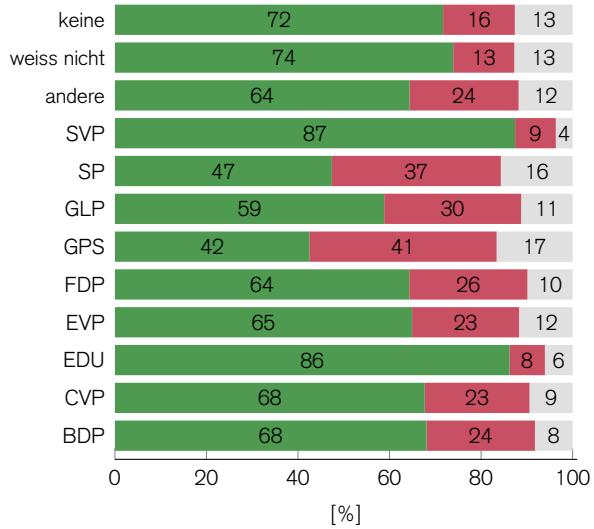
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	63 %	64 %	69 %	71 %	70 %	74 %
Bin dagegen	24 %	25 %	23 %	20 %	21 %	17 %
neutral/weiss nicht	13 %	12 %	9 %	10 %	9 %	9 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	68 %	70 %
Bin dagegen	24 %	19 %
neutral/weiss nicht	9 %	11 %

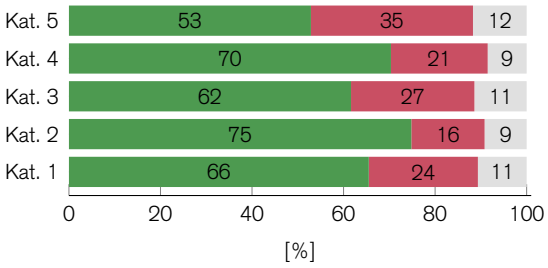
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	68 %	68 %	86 %	65 %	64 %	42 %	59 %
Bin dagegen	24 %	23 %	8 %	23 %	26 %	41 %	30 %
neutral/weiss nicht	8 %	9 %	6 %	12 %	10 %	17 %	11 %

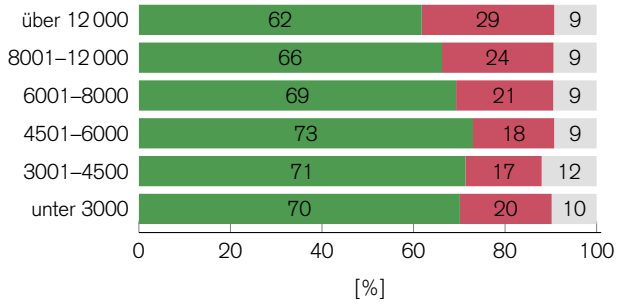
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	47 %	87 %	64 %	74 %	72 %
Bin dagegen	37 %	9 %	24 %	13 %	16 %
neutral/weiss nicht	16 %	4 %	12 %	13 %	13 %

Bildung



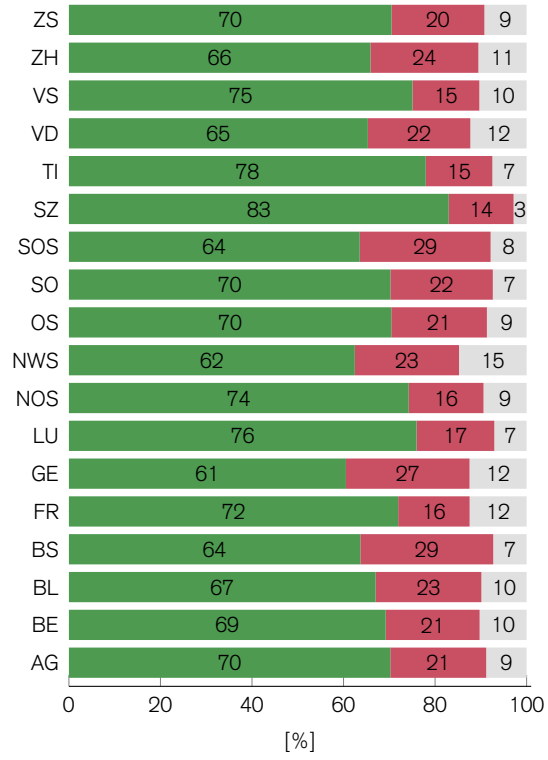
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	66 %	75 %	62 %	70 %	53 %
Bin dagegen	24 %	16 %	27 %	21 %	35 %
neutral/weiss nicht	11 %	9 %	11 %	9 %	12 %

Einkommen

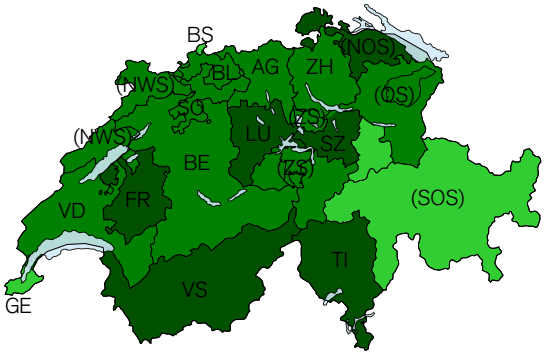


	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	70 %	71 %	73 %	69 %	66 %	62 %
Bin dagegen	20 %	17 %	18 %	21 %	24 %	29 %
neutral/weiss nicht	10 %	12 %	9 %	9 %	9 %	9 %

Kanton



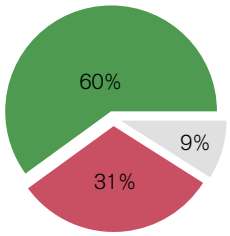
	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	70 %	69 %	67 %	64 %	72 %	61 %	76 %
Bin dagegen	21 %	21 %	23 %	29 %	16 %	27 %	17 %
neutral/weiss nicht	9 %	10 %	10 %	7 %	12 %	12 %	7 %
	NOS	**NWS**	**OS**	**SO**	**SOS**	**SZ**	**TI**
Bin dafür	74 %	62 %	70 %	70 %	64 %	83 %	78 %
Bin dagegen	16 %	23 %	21 %	22 %	29 %	14 %	15 %
neutral/weiss nicht	9 %	15 %	9 %	7 %	8 %	3 %	7 %
	VD	**VS**	**ZH**	**ZS**			
Bin dafür	65 %	75 %	66 %	70 %			
Bin dagegen	22 %	15 %	24 %	20 %			
neutral/weiss nicht	12 %	10 %	11 %	9 %			



7.12. Die Zuwanderung soll so reguliert werden, dass der Ausländeranteil einen bestimmten Grenzwert nicht überschreitet.

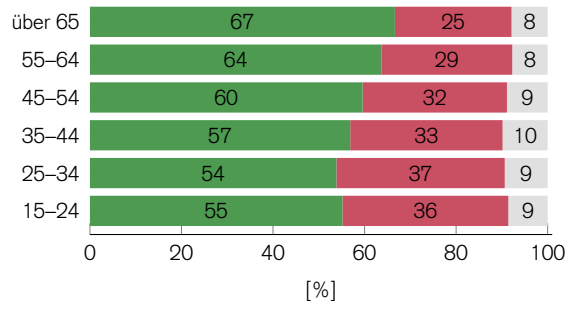
Eine absolute Mehrheit von 60 % möchte eine Regulierung der Zuwanderung, so dass der Ausländeranteil einen bestimmten Grenzwert nicht überschreitet. Die Zustimmung für diese Massnahme steigt mit zunehmendem Alter und sinkt mit steigendem Einkommen auf eine knappe relative Mehrheit ab. Bezüglich der Parteien fallen vor allem die SVP- und EDU-Wähler auf, welche diese Form der Regulierung mit je über 90 % begrüssen würden. Hingegen findet sich in der SP, Grüne und GLP-Wählerschaft eine relative Mehrheit gegen eine solche Regulierung, die FDP-Wählerschaft ist nur mit einer relativen Mehrheit dafür.

Gesamte Schweiz



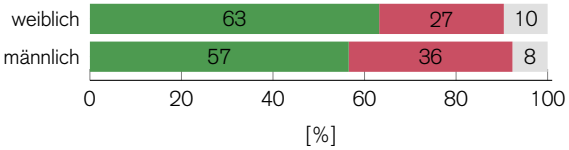
	Total
Bin dafür	60 %
Bin dagegen	31 %
neutral/weiss nicht	9 %

Alter



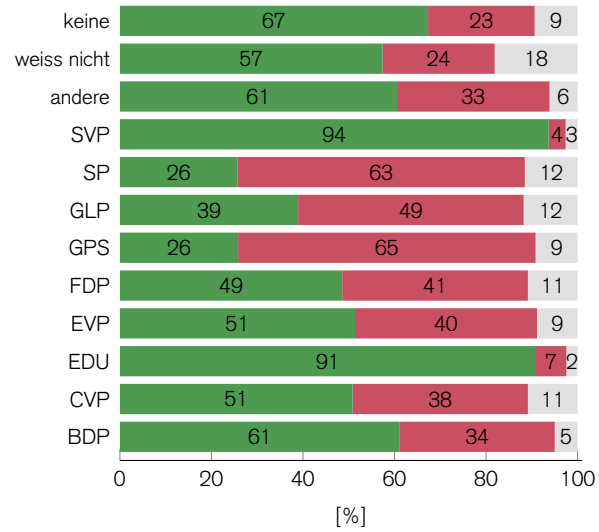
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	55 %	54 %	57 %	60 %	64 %	67 %
Bin dagegen	36 %	37 %	33 %	32 %	29 %	25 %
neutral/weiss nicht	9 %	9 %	10 %	9 %	8 %	8 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	57 %	63 %
Bin dagegen	36 %	27 %
neutral/weiss nicht	8 %	10 %

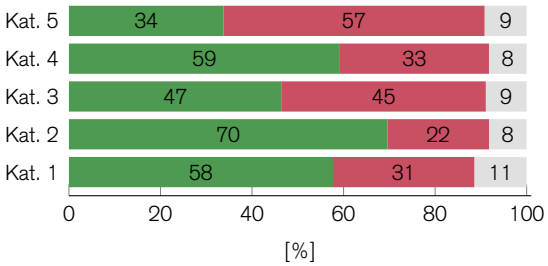
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	61 %	51 %	91 %	51 %	49 %	26 %	39 %
Bin dagegen	34 %	38 %	7 %	40 %	41 %	65 %	49 %
neutral/weiss nicht	5 %	11 %	2 %	9 %	11 %	9 %	12 %

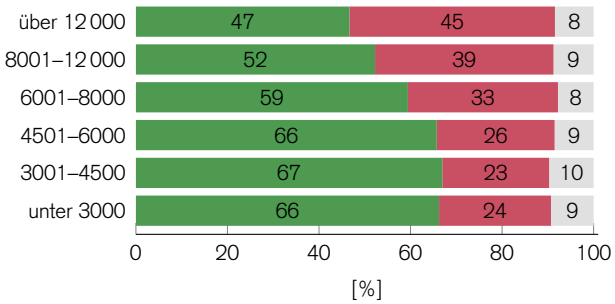
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	26 %	94 %	61 %	57 %	67 %
Bin dagegen	63 %	4 %	33 %	24 %	23 %
neutral/weiss nicht	12 %	3 %	6 %	18 %	9 %

Bildung



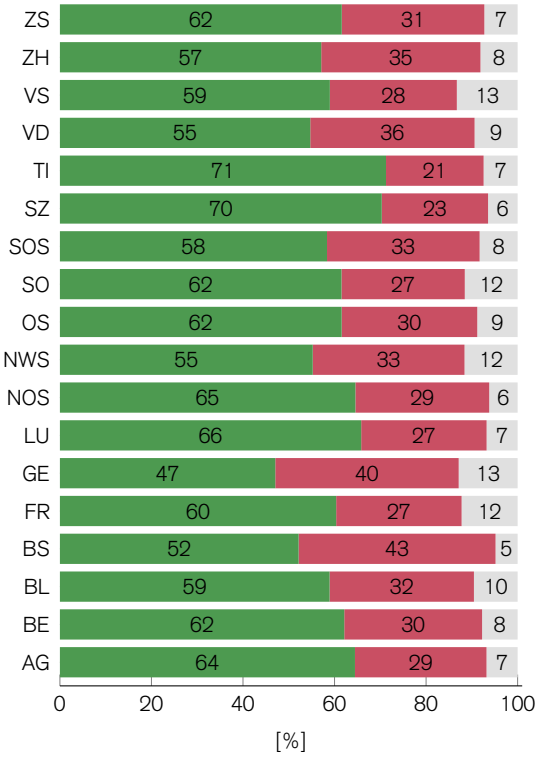
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	58 %	70 %	47 %	59 %	34 %
Bin dagegen	31 %	22 %	45 %	33 %	57 %
neutral/weiss nicht	11 %	8 %	9 %	8 %	9 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	66 %	67 %	66 %	59 %	52 %	47 %
Bin dagegen	24 %	23 %	26 %	33 %	39 %	45 %
neutral/weiss nicht	9 %	10 %	9 %	8 %	9 %	8 %

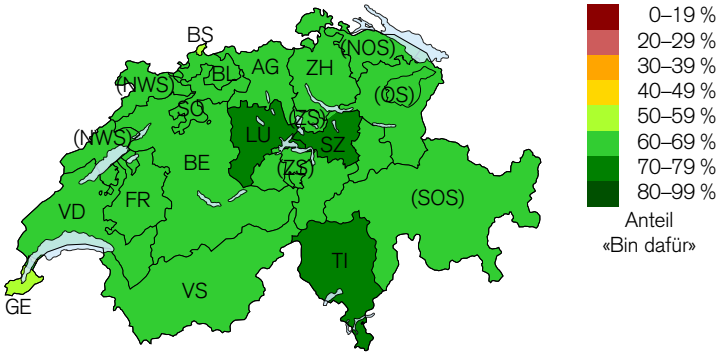
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	64 %	62 %	59 %	52 %	60 %	47 %	66 %
Bin dagegen	29 %	30 %	32 %	43 %	27 %	40 %	27 %
neutral/weiss nicht	7 %	8 %	10 %	5 %	12 %	13 %	7 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Bin dafür	65 %	55 %	62 %	62 %	58 %	70 %	71 %
Bin dagegen	29 %	33 %	30 %	27 %	33 %	23 %	21 %
neutral/weiss nicht	6 %	12 %	9 %	12 %	8 %	6 %	7 %

	VD	VS	ZH	ZS
Bin dafür	55 %	59 %	57 %	62 %
Bin dagegen	36 %	28 %	35 %	31 %
neutral/weiss nicht	9 %	13 %	8 %	7 %

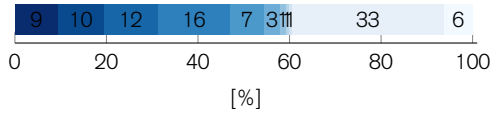


7.13. Wie hoch soll der maximale Ausländeranteil in der Schweiz sein?

Eine absolute Mehrheit möchte einen maximalen Ausländeranteil von 20 %.

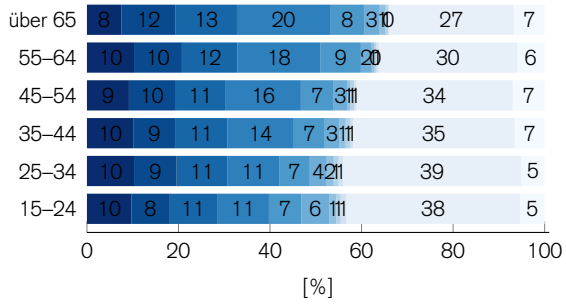
Weniger als 10 % | 10 % | 15 % | 20 % | 25 % | 30 % | 35 % | 40 % | Mehr als 40 %
Die Kontingente sollen nicht auf Basis des Ausländeranteils festgelegt werden | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



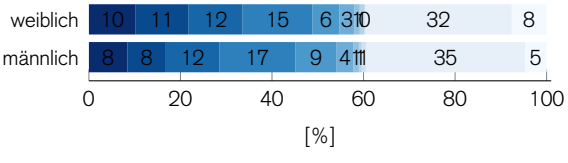
	Total
< 10 %	9 %
10 %	10 %
15 %	12 %
20 %	16 %
25 %	7 %
30 %	3 %
35 %	1 %
40 %	1 %
> 40 %	1 %
nicht Anteil basierend	33 %
neutral/weiss nicht	6 %

Alter



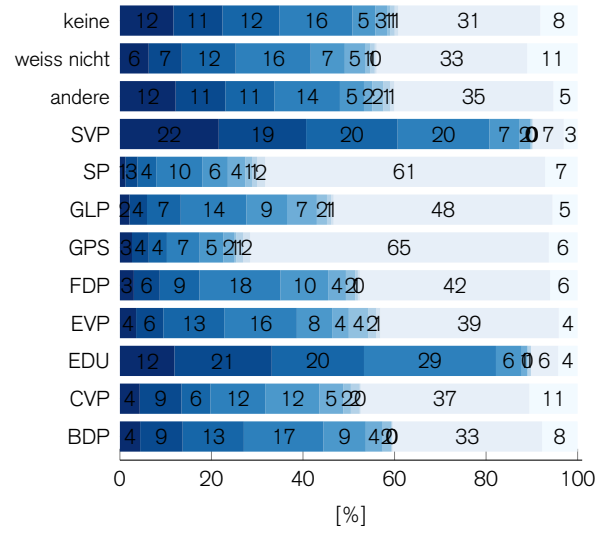
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
< 10 %	10 %	10 %	10 %	9 %	10 %	8 %
10 %	8 %	9 %	9 %	10 %	10 %	12 %
15 %	11 %	11 %	11 %	11 %	12 %	13 %
20 %	11 %	11 %	14 %	16 %	18 %	20 %
25 %	7 %	7 %	7 %	7 %	9 %	8 %
30 %	6 %	4 %	3 %	3 %	2 %	3 %
35 %	1 %	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %
40 %	1 %	1 %	1 %	1 %	0 %	1 %
> 40 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	0 %
nicht Anteil basierend	38 %	39 %	35 %	34 %	30 %	27 %
neutral/weiss nicht	5 %	5 %	7 %	7 %	6 %	7 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
< 10 %	8 %	10 %
10 %	8 %	11 %
15 %	12 %	12 %
20 %	17 %	15 %
25 %	9 %	6 %
30 %	4 %	3 %
35 %	1 %	1 %
40 %	1 %	1 %
> 40 %	1 %	0 %
nicht Anteil basierend	35 %	32 %
neutral/weiss nicht	5 %	8 %

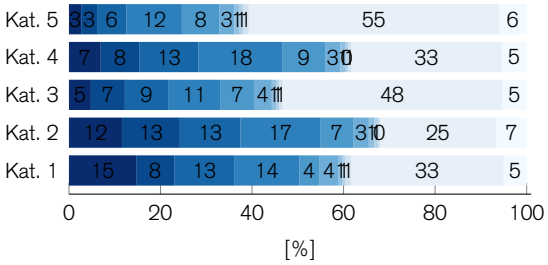
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
< 10 %	4 %	4 %	12 %	4 %	3 %	3 %	2 %
10 %	9 %	9 %	21 %	6 %	6 %	4 %	4 %
15 %	13 %	6 %	20 %	13 %	9 %	4 %	7 %
20 %	17 %	12 %	29 %	16 %	18 %	7 %	14 %
25 %	9 %	12 %	6 %	8 %	10 %	5 %	9 %
30 %	4 %	5 %	1 %	4 %	4 %	2 %	7 %
35 %	2 %	2 %	0 %	4 %	2 %	1 %	2 %
40 %	0 %	2 %	1 %	2 %	1 %	1 %	1 %
> 40 %	0 %	0 %	0 %	1 %	0 %	2 %	1 %
nicht Anteil basierend	33 %	37 %	6 %	39 %	42 %	65 %	48 %
neutral/weiss nicht	8 %	11 %	4 %	4 %	6 %	6 %	5 %

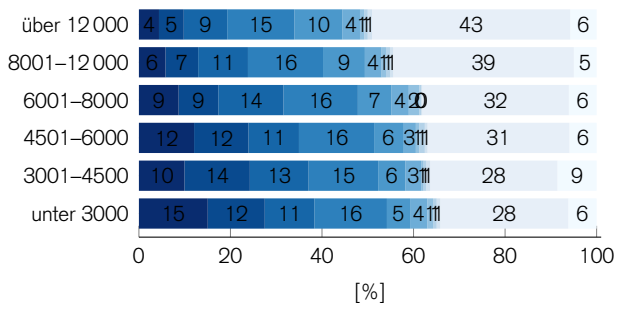
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
< 10 %	1 %	22 %	12 %	6 %	12 %
10 %	3 %	19 %	11 %	7 %	11 %
15 %	4 %	20 %	11 %	12 %	12 %
20 %	10 %	20 %	14 %	16 %	16 %
25 %	6 %	7 %	5 %	7 %	5 %
30 %	4 %	2 %	2 %	5 %	3 %
35 %	1 %	0 %	2 %	1 %	1 %
40 %	1 %	0 %	1 %	1 %	1 %
> 40 %	2 %	0 %	1 %	0 %	1 %
nicht Anteil basierend	61 %	7 %	35 %	33 %	31 %
neutral/weiss nicht	7 %	3 %	5 %	11 %	8 %

Bildung



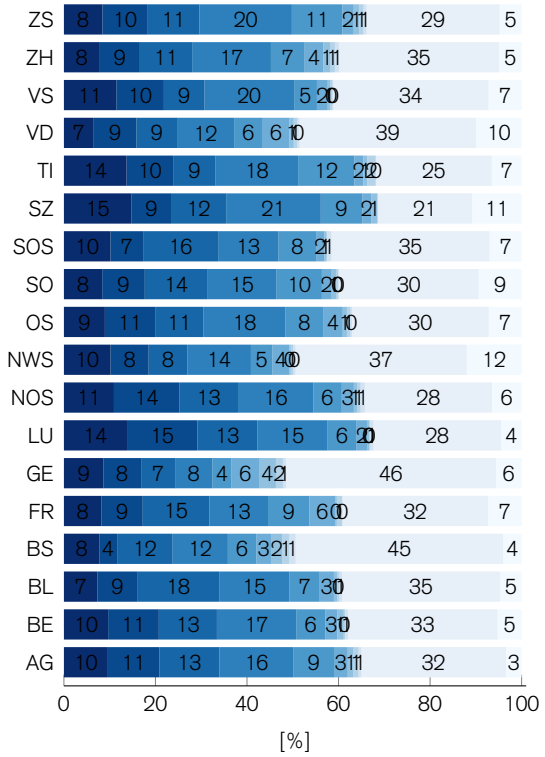
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
< 10 %	15 %	12 %	5 %	7 %	3 %
10 %	8 %	13 %	7 %	8 %	3 %
15 %	13 %	13 %	9 %	13 %	6 %
20 %	14 %	17 %	11 %	18 %	12 %
25 %	4 %	7 %	7 %	9 %	8 %
30 %	4 %	3 %	4 %	3 %	3 %
35 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
40 %	1 %	1 %	1 %	0 %	1 %
> 40 %	1 %	0 %	1 %	1 %	1 %
nicht Anteil basierend	33 %	25 %	48 %	33 %	55 %
neutral/weiss nicht	5 %	7 %	5 %	5 %	6 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
< 10 %	15 %	10 %	12 %	9 %	6 %	4 %
10 %	12 %	14 %	12 %	9 %	7 %	5 %
15 %	11 %	13 %	11 %	14 %	11 %	9 %
20 %	16 %	15 %	16 %	16 %	16 %	15 %
25 %	5 %	6 %	6 %	7 %	9 %	10 %
30 %	4 %	3 %	3 %	4 %	4 %	4 %
35 %	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	1 %
40 %	1 %	1 %	1 %	0 %	1 %	1 %
> 40 %	1 %	1 %	1 %	0 %	1 %	1 %
nicht Anteil basierend	28 %	28 %	31 %	32 %	39 %	43 %
neutral/weiss nicht	6 %	9 %	6 %	6 %	5 %	6 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
< 10 %	10 %	10 %	7 %	8 %	8 %	9 %	14 %
10 %	11 %	11 %	9 %	4 %	9 %	8 %	15 %
15 %	13 %	13 %	18 %	12 %	15 %	7 %	13 %
20 %	16 %	17 %	15 %	12 %	13 %	8 %	15 %
25 %	9 %	6 %	7 %	6 %	9 %	4 %	6 %
30 %	3 %	3 %	3 %	3 %	6 %	6 %	2 %
35 %	1 %	1 %	1 %	2 %	0 %	4 %	0 %
40 %	1 %	0 %	0 %	1 %	1 %	2 %	0 %
> 40 %	1 %	1 %	1 %	1 %	0 %	1 %	1 %
nicht Anteil basierend	32 %	33 %	35 %	45 %	32 %	46 %	28 %
neutral/weiss nicht	3 %	5 %	5 %	4 %	7 %	6 %	4 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
< 10 %	11 %	10 %	9 %	8 %	10 %	15 %	14 %
10 %	14 %	8 %	11 %	9 %	7 %	9 %	10 %
15 %	13 %	8 %	11 %	14 %	16 %	12 %	9 %
20 %	16 %	14 %	18 %	15 %	13 %	21 %	18 %
25 %	6 %	5 %	8 %	10 %	8 %	9 %	12 %
30 %	3 %	4 %	4 %	2 %	2 %	2 %	2 %
35 %	1 %	0 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
40 %	1 %	1 %	1 %	0 %	0 %	0 %	2 %
> 40 %	1 %	0 %	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %
nicht Anteil basierend	28 %	37 %	30 %	30 %	35 %	21 %	25 %
neutral/weiss nicht	6 %	12 %	7 %	9 %	7 %	11 %	7 %

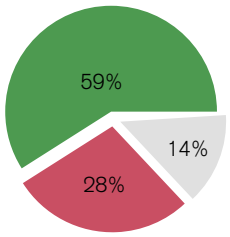
	VD	VS	ZH	ZS
< 10 %	7 %	11 %	8 %	8 %
10 %	9 %	10 %	9 %	10 %
15 %	9 %	9 %	11 %	11 %
20 %	12 %	20 %	17 %	20 %
25 %	6 %	5 %	7 %	11 %
30 %	6 %	2 %	4 %	2 %
35 %	1 %	1 %	1 %	1 %
40 %	1 %	0 %	1 %	1 %
> 40 %	0 %	0 %	1 %	1 %
nicht Anteil basierend	39 %	34 %	35 %	29 %
neutral/weiss nicht	10 %	7 %	5 %	5 %

7.14. Die Zuwanderung soll so reguliert werden, dass das Wachstum der Bevölkerung in der Schweiz einen bestimmten Grenzwert nicht überschreitet.

Mit 59 % ist die absolute Mehrheit für eine Regulierung der Zuwanderung, sodass das Wachstum der Schweizer Bevölkerung einen bestimmten Grenzwert nicht überschreitet. Die Zustimmung dafür steigt mit zunehmendem Alter und sinkt mit steigendem Einkommen. Zudem ist die Zustimmung am höchsten bei den SVP-Wählern (89 %). Gegen eine solche Regulierung sind die SP- und Grüne-Wähler (55 % dagegen und 52 % dagegen) %). In der GLP, FDP und CVP findet sich nur eine relative Mehrheit für solch eine Regulierung.

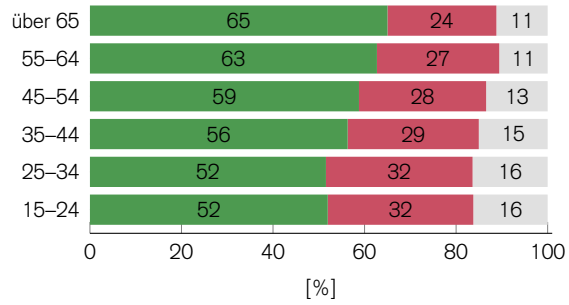
Bin dafür | Bin dagegen | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



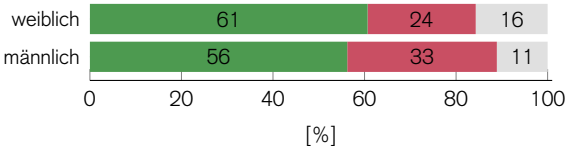
	Total
Bin dafür	59 %
Bin dagegen	28 %
neutral/weiss nicht	14 %

Alter



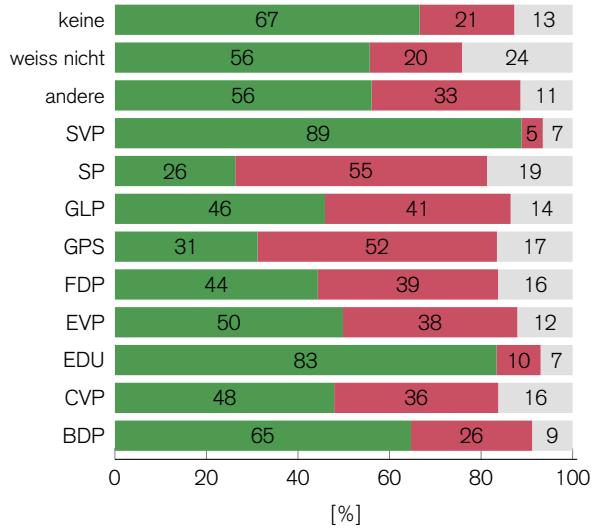
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	52 %	52 %	56 %	59 %	63 %	65 %
Bin dagegen	32 %	32 %	29 %	28 %	27 %	24 %
neutral/weiss nicht	16 %	16 %	15 %	13 %	11 %	11 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	56 %	61 %
Bin dagegen	33 %	24 %
neutral/weiss nicht	11 %	16 %

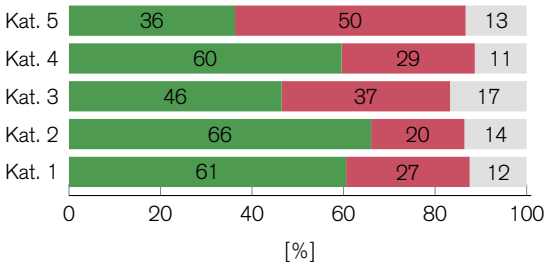
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	65 %	48 %	83 %	50 %	44 %	31 %	46 %
Bin dagegen	26 %	36 %	10 %	38 %	39 %	52 %	41 %
neutral/weiss nicht	9 %	16 %	7 %	12 %	16 %	17 %	14 %

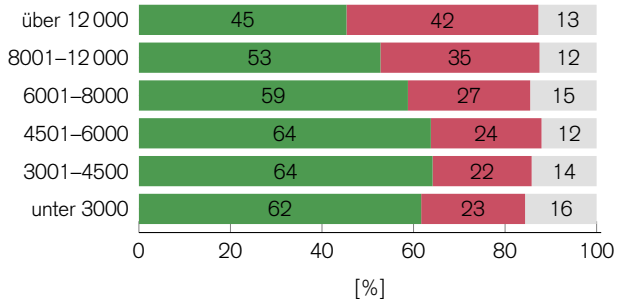
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	26 %	89 %	56 %	56 %	67 %
Bin dagegen	55 %	5 %	33 %	20 %	21 %
neutral/weiss nicht	19 %	7 %	11 %	24 %	13 %

Bildung



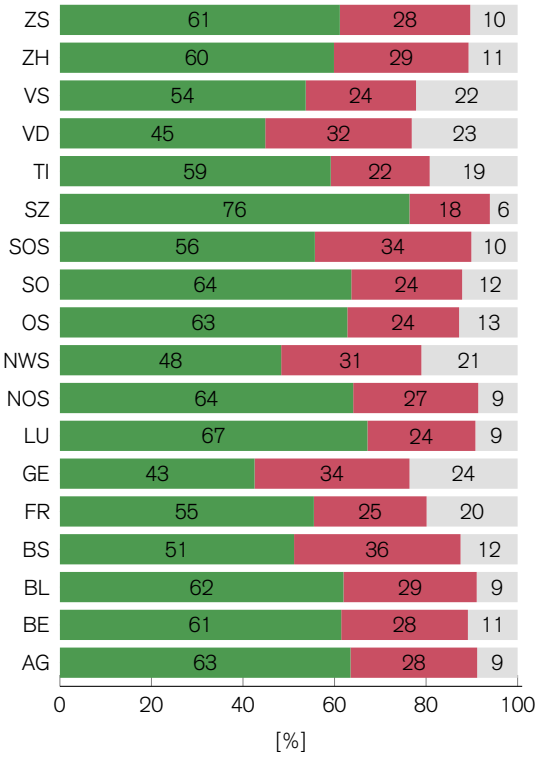
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	61 %	66 %	46 %	60 %	36 %
Bin dagegen	27 %	20 %	37 %	29 %	50 %
neutral/weiss nicht	12 %	14 %	17 %	11 %	13 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	62 %	64 %	64 %	59 %	53 %	45 %
Bin dagegen	23 %	22 %	24 %	27 %	35 %	42 %
neutral/weiss nicht	16 %	14 %	12 %	15 %	12 %	13 %

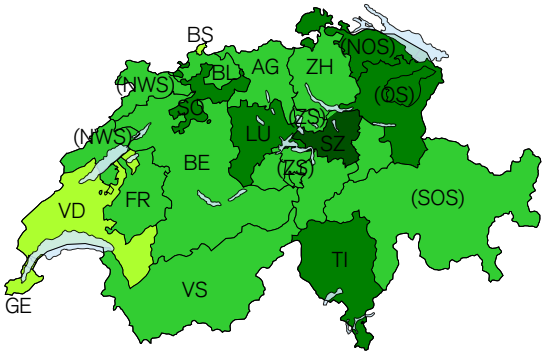
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	63 %	61 %	62 %	51 %	55 %	43 %	67 %
Bin dagegen	28 %	28 %	29 %	36 %	25 %	34 %	24 %
neutral/weiss nicht	9 %	11 %	9 %	12 %	20 %	24 %	9 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Bin dafür	64 %	48 %	63 %	64 %	56 %	76 %	59 %
Bin dagegen	27 %	31 %	24 %	24 %	34 %	18 %	22 %
neutral/weiss nicht	9 %	21 %	13 %	12 %	10 %	6 %	19 %

	VD	VS	ZH	ZS
Bin dafür	45 %	54 %	60 %	61 %
Bin dagegen	32 %	24 %	29 %	28 %
neutral/weiss nicht	23 %	22 %	11 %	10 %

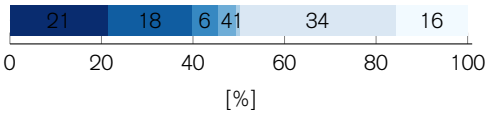


7.15. Wie hoch soll das maximale Bevölkerungswachstum pro Jahr sein?

Eine relative Mehrheit der Bevölkerung ist für eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums auf weniger als 1.5 %, also mehr als die Bevölkerung 2013 gewachsen ist (1.3 %).

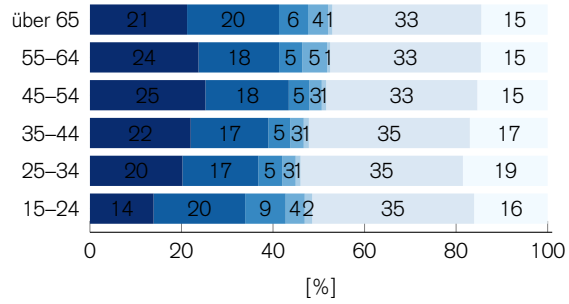
Weniger als 0.5 % | 1.0 % | 1.5 % | 2.0 % | Mehr als 2.0 %
Die Kontingente sollen nicht auf Basis des Bevölkerungswachstums festgelegt werden | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



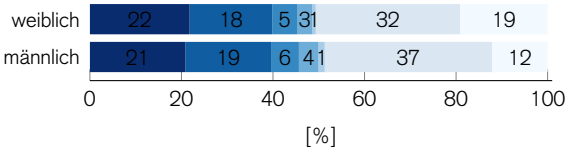
	Total
< 0.5 %	21 %
1.0 %	18 %
1.5 %	6 %
2.0 %	4 %
> 2.0 %	1 %
nicht Wachstum bas.	34 %
neutral/weiss nicht	16 %

Alter



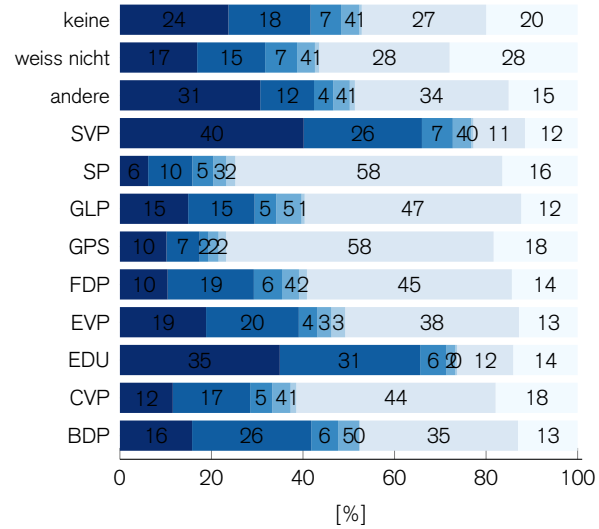
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
< 0.5 %	14 %	20 %	22 %	25 %	24 %	21 %
1.0 %	20 %	17 %	17 %	18 %	18 %	20 %
1.5 %	9 %	5 %	5 %	5 %	5 %	6 %
2.0 %	4 %	3 %	3 %	3 %	5 %	4 %
> 2.0 %	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
nicht Wachstum bas.	35 %	35 %	35 %	33 %	33 %	33 %
neutral/weiss nicht	16 %	19 %	17 %	15 %	15 %	15 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
< 0.5 %	21 %	22 %
1.0 %	19 %	18 %
1.5 %	6 %	5 %
2.0 %	4 %	3 %
> 2.0 %	1 %	1 %
nicht Wachstum bas.	37 %	32 %
neutral/weiss nicht	12 %	19 %

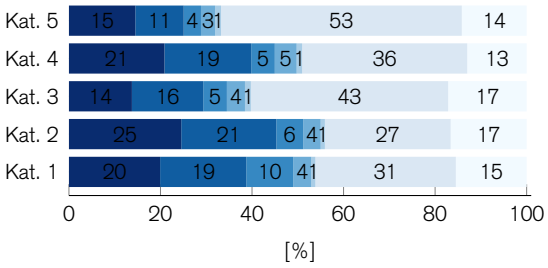
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
< 0.5 %	16 %	12 %	35 %	19 %	10 %	10 %	15 %
1.0 %	26 %	17 %	31 %	20 %	19 %	7 %	15 %
1.5 %	6 %	5 %	6 %	4 %	6 %	2 %	5 %
2.0 %	5 %	4 %	2 %	3 %	4 %	2 %	5 %
> 2.0 %	0 %	1 %	0 %	3 %	2 %	2 %	1 %
nicht Wachstum bas.	35 %	44 %	12 %	38 %	45 %	58 %	47 %
neutral/weiss nicht	13 %	18 %	14 %	13 %	14 %	18 %	12 %

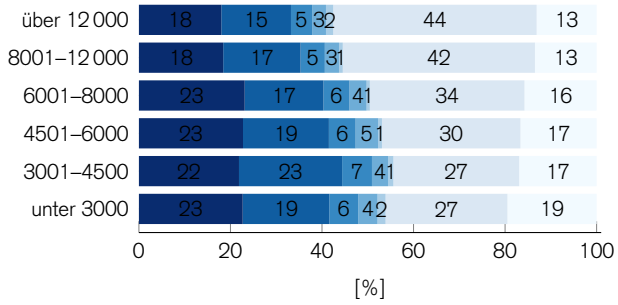
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
< 0.5 %	6 %	40 %	31 %	17 %	24 %
1.0 %	10 %	26 %	12 %	15 %	18 %
1.5 %	5 %	7 %	4 %	7 %	7 %
2.0 %	3 %	4 %	4 %	4 %	4 %
> 2.0 %	2 %	0 %	1 %	1 %	1 %
nicht Wachstum bas.	58 %	11 %	34 %	28 %	27 %
neutral/weiss nicht	16 %	12 %	15 %	28 %	20 %

Bildung



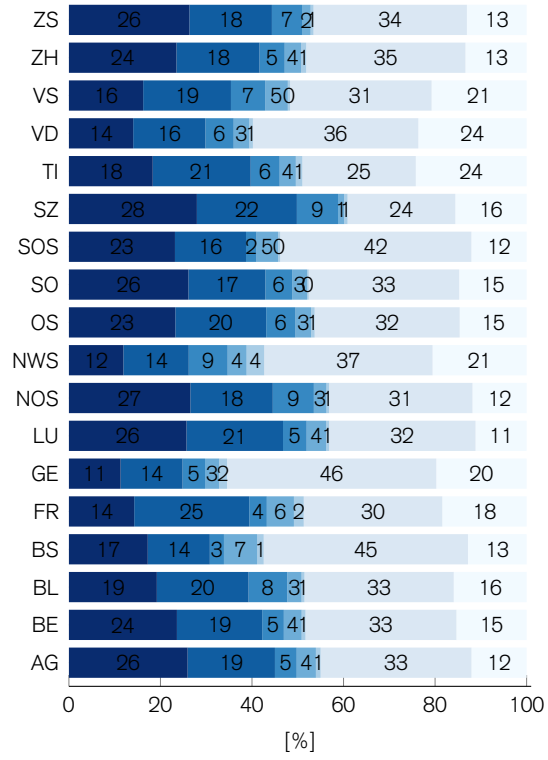
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
< 0.5 %	20 %	25 %	14 %	21 %	15 %
1.0 %	19 %	21 %	16 %	19 %	11 %
1.5 %	10 %	6 %	5 %	5 %	4 %
2.0 %	4 %	4 %	4 %	5 %	3 %
> 2.0 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
nicht Wachstum bas.	31 %	27 %	43 %	36 %	53 %
neutral/weiss nicht	15 %	17 %	17 %	13 %	14 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
< 0.5 %	23 %	22 %	23 %	23 %	18 %	18 %
1.0 %	19 %	23 %	19 %	17 %	17 %	15 %
1.5 %	6 %	7 %	6 %	6 %	5 %	5 %
2.0 %	4 %	4 %	5 %	4 %	3 %	3 %
> 2.0 %	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %	2 %
nicht Wachstum bas.	27 %	27 %	30 %	34 %	42 %	44 %
neutral/weiss nicht	19 %	17 %	17 %	16 %	13 %	13 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
< 0.5 %	26 %	24 %	19 %	17 %	14 %	11 %	26 %
1.0 %	19 %	19 %	20 %	14 %	25 %	14 %	21 %
1.5 %	5 %	5 %	8 %	3 %	4 %	5 %	5 %
2.0 %	4 %	4 %	3 %	7 %	6 %	3 %	4 %
> 2.0 %	1 %	1 %	1 %	1 %	2 %	2 %	1 %
nicht Wachstum bas.	33 %	33 %	33 %	45 %	30 %	46 %	32 %
neutral/weiss nicht	12 %	15 %	16 %	13 %	18 %	20 %	11 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
< 0.5 %	27 %	12 %	23 %	26 %	23 %	28 %	18 %
1.0 %	18 %	14 %	20 %	17 %	16 %	22 %	21 %
1.5 %	9 %	9 %	6 %	6 %	2 %	9 %	6 %
2.0 %	3 %	4 %	3 %	3 %	5 %	1 %	4 %
> 2.0 %	1 %	4 %	1 %	0 %	0 %	1 %	1 %
nicht Wachstum bas.	31 %	37 %	32 %	33 %	42 %	24 %	25 %
neutral/weiss nicht	12 %	21 %	15 %	15 %	12 %	16 %	24 %

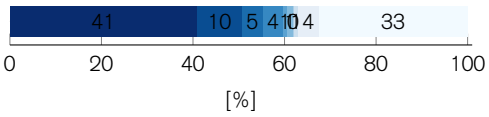
	VD	VS	ZH	ZS
< 0.5 %	14 %	16 %	24 %	26 %
1.0 %	16 %	19 %	18 %	18 %
1.5 %	6 %	7 %	5 %	7 %
2.0 %	3 %	5 %	4 %	2 %
> 2.0 %	1 %	0 %	1 %	1 %
nicht Wachstum bas.	36 %	31 %	35 %	34 %
neutral/weiss nicht	24 %	21 %	13 %	13 %

7.16. Wie viele Ausländer sollen pro Jahr maximal einwandern dürfen (Brutto)?

Rund die Hälfte der befragten Personen (51 %) ist für eine maximale Brutto-Einwanderung von 50‘000 Ausländern oder weniger pro Jahr. D.h. die Mehrheit spricht sich für eine jährliche Einwanderung von maximal 50‘000 Ausländern aus, egal wie viele Ausländer in dieser Zeit die Schweiz verlassen. Die Begrenzung der Brutto-Einwanderung auf maximal 50‘000 Personen erhält mit steigendem Einkommen weniger Zustimmung. Insgesamt fällt auch die hohe Anzahl (33 %) an Personen auf, die diese Frage nicht klar beantworten konnten.

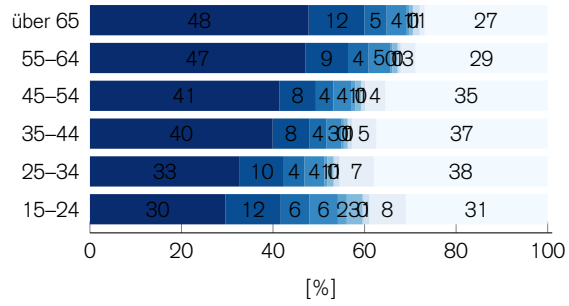
Weniger als 50’000 | 50’000 | 75’000 | 100’000 | 125’000 | 150’000 | 175’000 | 200’000 | Mehr als 200’000 | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



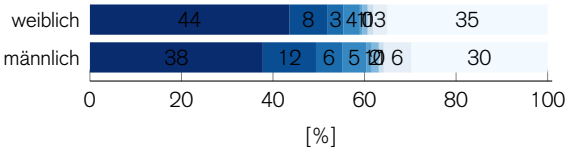
	Total
< 50 000	41 %
50’000	10 %
75’000	5 %
100’000	4 %
125’000	1 %
150’000	1 %
175’000	0 %
200’000	1 %
> 200 000	4 %
neutral/weiss nicht	33 %

Alter



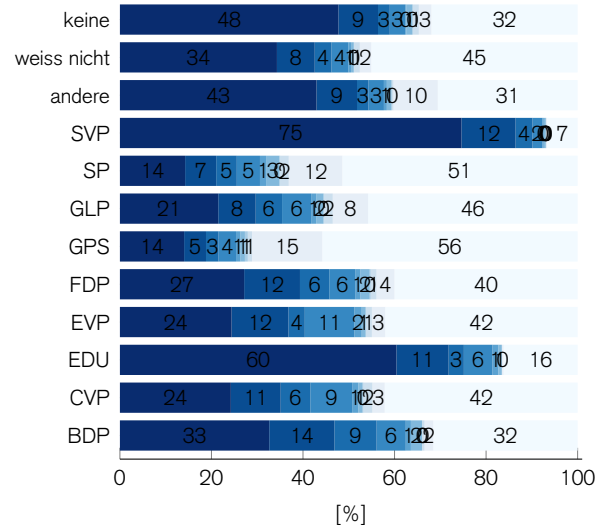
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
< 50 000	30 %	33 %	40 %	41 %	47 %	48 %
50’000	12 %	10 %	8 %	8 %	9 %	12 %
75’000	6 %	4 %	4 %	4 %	4 %	5 %
100’000	6 %	4 %	3 %	4 %	5 %	4 %
125’000	2 %	1 %	0 %	1 %	0 %	1 %
150’000	3 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
175’000	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
200’000	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
> 200 000	8 %	7 %	5 %	4 %	3 %	1 %
neutral/weiss nicht	31 %	38 %	37 %	35 %	29 %	27 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
< 50 000	38 %	44 %
50’000	12 %	8 %
75’000	6 %	3 %
100’000	5 %	4 %
125’000	1 %	1 %
150’000	2 %	1 %
175’000	0 %	0 %
200’000	1 %	1 %
> 200 000	6 %	3 %
neutral/weiss nicht	30 %	35 %

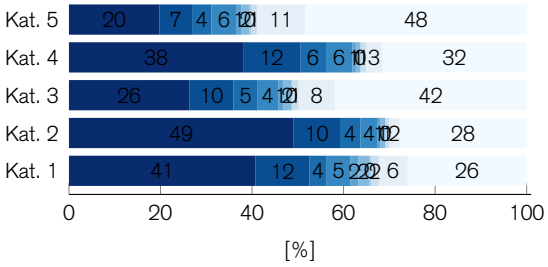
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
< 50 000	33 %	24 %	60 %	24 %	27 %	14 %	21 %
50'000	14 %	11 %	11 %	12 %	12 %	5 %	8 %
75'000	9 %	6 %	3 %	4 %	6 %	3 %	6 %
100'000	6 %	9 %	6 %	11 %	6 %	4 %	6 %
125'000	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	1 %	1 %
150'000	2 %	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	2 %
175'000	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	1 %	0 %
200'000	0 %	2 %	0 %	1 %	1 %	1 %	2 %
> 200 000	2 %	3 %	0 %	3 %	4 %	15 %	8 %
neutral/weiss nicht	32 %	42 %	16 %	42 %	40 %	56 %	46 %

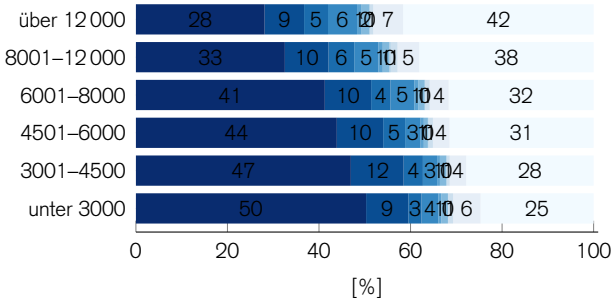
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
< 50 000	14 %	75 %	43 %	34 %	48 %
50'000	7 %	12 %	9 %	8 %	9 %
75'000	5 %	4 %	3 %	4 %	3 %
100'000	5 %	2 %	3 %	4 %	3 %
125'000	1 %	0 %	1 %	1 %	0 %
150'000	3 %	0 %	1 %	1 %	1 %
175'000	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
200'000	2 %	0 %	0 %	1 %	1 %
> 200 000	12 %	0 %	10 %	2 %	3 %
neutral/weiss nicht	51 %	7 %	31 %	45 %	32 %

Bildung



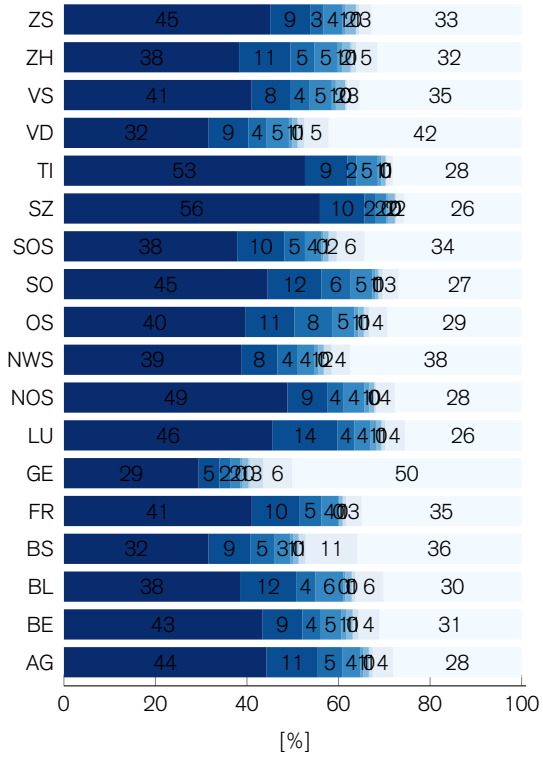
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
< 50 000	41 %	49 %	26 %	38 %	20 %
50'000	12 %	10 %	10 %	12 %	7 %
75'000	4 %	4 %	5 %	6 %	4 %
100'000	5 %	4 %	4 %	6 %	6 %
125'000	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %
150'000	2 %	1 %	2 %	1 %	2 %
175'000	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
200'000	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %
> 200 000	6 %	2 %	8 %	3 %	11 %
neutral/weiss nicht	26 %	28 %	42 %	32 %	48 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
< 50 000	50 %	47 %	44 %	41 %	33 %	28 %
50'000	9 %	12 %	10 %	10 %	10 %	9 %
75'000	3 %	4 %	5 %	4 %	6 %	5 %
100'000	4 %	3 %	3 %	5 %	5 %	6 %
125'000	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
150'000	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	2 %
175'000	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
200'000	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
> 200 000	6 %	4 %	4 %	4 %	5 %	7 %
neutral/weiss nicht	25 %	28 %	31 %	32 %	38 %	42 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
< 50 000	44 %	43 %	38 %	32 %	41 %	29 %	46 %
50'000	11 %	9 %	12 %	9 %	10 %	5 %	14 %
75'000	5 %	4 %	4 %	5 %	5 %	2 %	4 %
100'000	4 %	5 %	6 %	3 %	4 %	2 %	4 %
125'000	1 %	1 %	0 %	1 %	0 %	0 %	1 %
150'000	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
175'000	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
200'000	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	3 %	1 %
> 200 000	4 %	4 %	6 %	11 %	3 %	6 %	4 %
neutral/weiss nicht	28 %	31 %	30 %	36 %	35 %	50 %	26 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
< 50 000	49 %	39 %	40 %	45 %	38 %	56 %	53 %
50'000	9 %	8 %	11 %	12 %	10 %	10 %	9 %
75'000	4 %	4 %	8 %	6 %	5 %	2 %	2 %
100'000	4 %	4 %	5 %	5 %	4 %	2 %	5 %
125'000	1 %	1 %	1 %	1 %	0 %	0 %	1 %
150'000	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %
175'000	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
200'000	0 %	2 %	1 %	1 %	2 %	0 %	0 %
> 200 000	4 %	4 %	4 %	3 %	6 %	2 %	1 %
neutral/weiss nicht	28 %	38 %	29 %	27 %	34 %	26 %	28 %

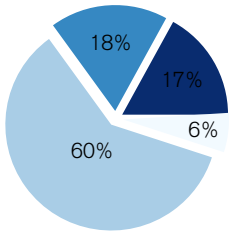
	VD	VS	ZH	ZS
< 50 000	32 %	41 %	38 %	45 %
50'000	9 %	8 %	11 %	9 %
75'000	4 %	4 %	5 %	3 %
100'000	5 %	5 %	5 %	4 %
125'000	1 %	1 %	1 %	1 %
150'000	1 %	2 %	2 %	2 %
175'000	0 %	0 %	0 %	0 %
200'000	1 %	0 %	1 %	1 %
> 200 000	5 %	3 %	5 %	3 %
neutral/weiss nicht	42 %	35 %	32 %	33 %

7.17. Wer soll die Höhe der Kontingente bestimmen?

Eine stabile absolute Mehrheit von 60 % spricht sich dafür aus, dass Bund und Kanton zusammen die Höhe der Kontingente zur Einwanderung für die gesamte Schweiz festlegen. Mit 17 % bzw. 18 % wünschen sich ungefähr gleich viele Leute eine alleinige Kompetenz des Bundes bzw. der Kantone (für ihren Kanton). Diese Verteilung bestätigt sich in allen betrachteten Merkmalen und auch zwischen den Wählerschaften der verschiedenen Parteien zeigen sich keine deutlichen Unterschiede.

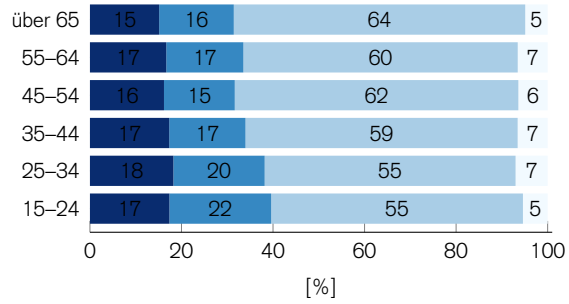
Der Bund legt für die gesamte Schweiz ein Kontingent fest
Jeder Kanton bestimmt sein Kontingent selbst
Bund und Kantone legen das Kontingent für die gesamte Schweiz zusammen fest
neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



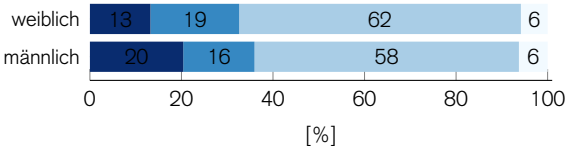
	Total
Bund	17 %
Kanton	18 %
zusammen	60 %
neutral/weiss nicht	6 %

Alter



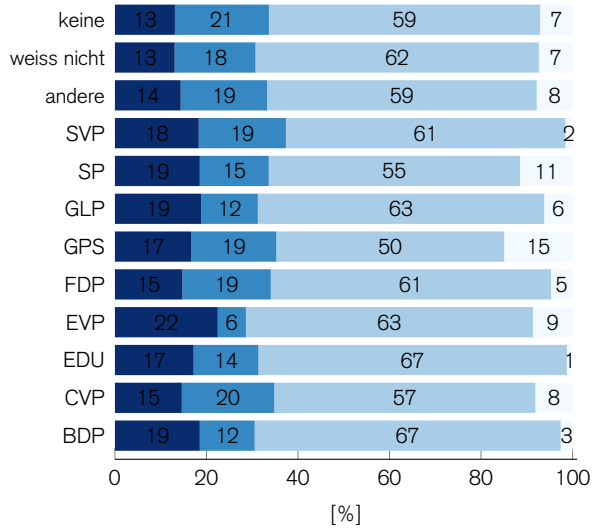
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bund	17 %	18 %	17 %	16 %	17 %	15 %
Kanton	22 %	20 %	17 %	15 %	17 %	16 %
zusammen	55 %	55 %	59 %	62 %	60 %	64 %
neutral/weiss nicht	5 %	7 %	7 %	6 %	7 %	5 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bund	20 %	13 %
Kanton	16 %	19 %
zusammen	58 %	62 %
neutral/weiss nicht	6 %	6 %

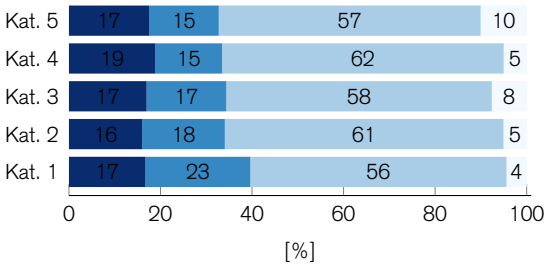
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bund	19 %	15 %	17 %	22 %	15 %	17 %	19 %
Kanton	12 %	20 %	14 %	6 %	19 %	19 %	12 %
zusammen	67 %	57 %	67 %	63 %	61 %	50 %	63 %
neutral/weiss nicht	3 %	8 %	1 %	9 %	5 %	15 %	6 %

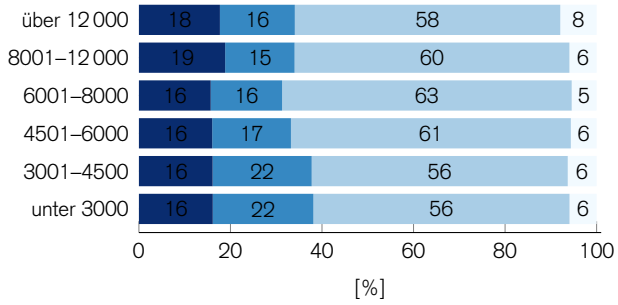
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bund	19 %	18 %	14 %	13 %	13 %
Kanton	15 %	19 %	19 %	18 %	21 %
zusammen	55 %	61 %	59 %	62 %	59 %
neutral/weiss nicht	11 %	2 %	8 %	7 %	7 %

Bildung



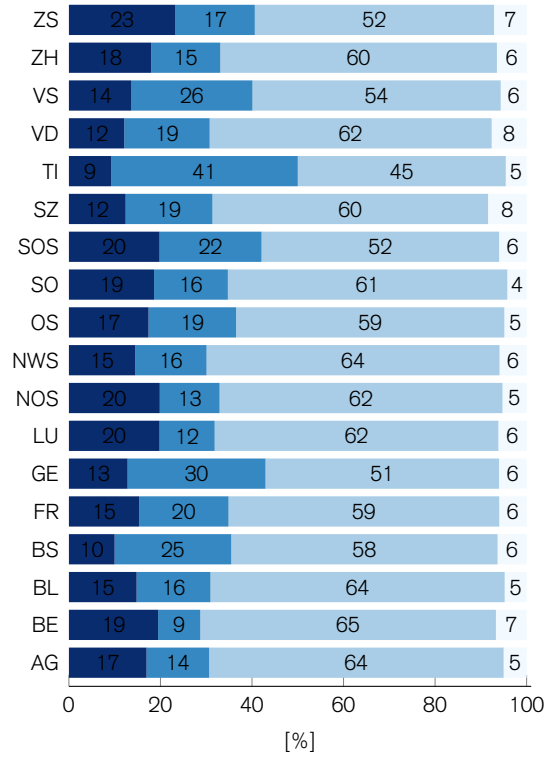
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bund	17 %	16 %	17 %	19 %	17 %
Kanton	23 %	18 %	17 %	15 %	15 %
zusammen	56 %	61 %	58 %	62 %	57 %
neutral/weiss nicht	4 %	5 %	8 %	5 %	10 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bund	16 %	16 %	16 %	16 %	19 %	18 %
Kanton	22 %	22 %	17 %	16 %	15 %	16 %
zusammen	56 %	56 %	61 %	63 %	60 %	58 %
neutral/weiss nicht	6 %	6 %	6 %	5 %	6 %	8 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bund	17 %	19 %	15 %	10 %	15 %	13 %	20 %
Kanton	14 %	9 %	16 %	25 %	20 %	30 %	12 %
zusammen	64 %	65 %	64 %	58 %	59 %	51 %	62 %
neutral/weiss nicht	5 %	7 %	5 %	6 %	6 %	6 %	6 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Bund	20 %	15 %	17 %	19 %	20 %	12 %	9 %
Kanton	13 %	16 %	19 %	16 %	22 %	19 %	41 %
zusammen	62 %	64 %	59 %	61 %	52 %	60 %	45 %
neutral/weiss nicht	5 %	6 %	5 %	4 %	6 %	8 %	5 %

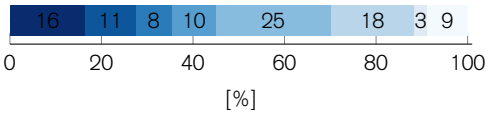
	VD	VS	ZH	ZS
Bund	12 %	14 %	18 %	23 %
Kanton	19 %	26 %	15 %	17 %
zusammen	62 %	54 %	60 %	52 %
neutral/weiss nicht	8 %	6 %	6 %	7 %

7.18. Wonach sollen Kontingente aufgeteilt werden?

Am meisten Personen wollen die Kontingente nach dem Aufenthaltsstatus (25 %) oder dem Beruf (16 %) aufteilen. Allerdings finden 18 %, dass gar keine weitere Aufteilung der Kontingente benötigt wird, was einer „First-Come-First-Serve" Verteilung entsprechen würde. Während der Aufenthaltsstatus eher von Frauen und bei tieferen Einkommen bevorzugt wird, würden Männer und höhere Einkommen eher den Beruf als Kriterium verwenden.

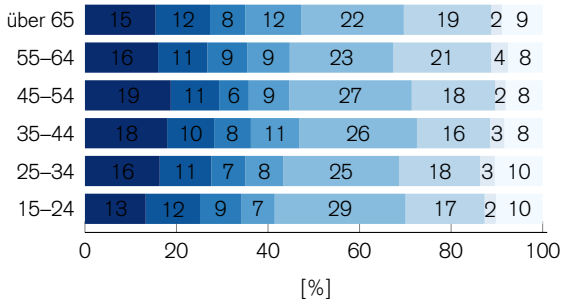
Beruf | Bildungsniveau | Herkunftsland/-region | Branchen
Aufenthaltsstatus (Bewilligung Kurzaufenthalter, Grenzgänger, Ausweis B, C, vorläufig Aufgenommene, Asylsuchende, Flüchtlinge)
Keine Aufteilung | Andere | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



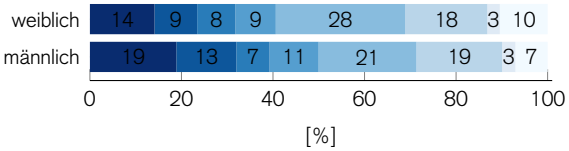
	Total
Beruf	16 %
Bildungsniveau	11 %
Herkunft	8 %
Branchen	10 %
Status	25 %
keine Aufteilung	18 %
Andere	3 %
neutral/weiss nicht	9 %

Alter



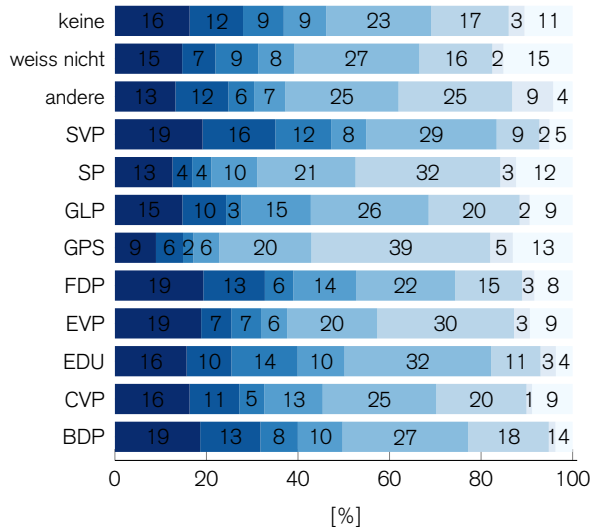
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Beruf	13 %	16 %	18 %	19 %	16 %	15 %
Bildungsniveau	12 %	11 %	10 %	11 %	11 %	12 %
Herkunft	9 %	7 %	8 %	6 %	9 %	8 %
Branchen	7 %	8 %	11 %	9 %	9 %	12 %
Status	29 %	25 %	26 %	27 %	23 %	22 %
keine Aufteilung	17 %	18 %	16 %	18 %	21 %	19 %
Andere	2 %	3 %	3 %	2 %	4 %	2 %
neutral/weiss nicht	10 %	10 %	8 %	8 %	8 %	9 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Beruf	19 %	14 %
Bildungsniveau	13 %	9 %
Herkunft	7 %	8 %
Branchen	11 %	9 %
Status	21 %	28 %
keine Aufteilung	19 %	18 %
Andere	3 %	3 %
neutral/weiss nicht	7 %	10 %

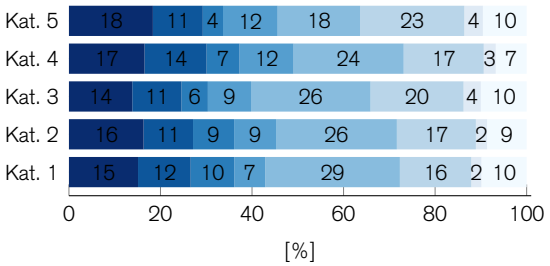
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Beruf	19 %	16 %	16 %	19 %	19 %	9 %	15 %
Bildungsniveau	13 %	11 %	10 %	7 %	13 %	6 %	10 %
Herkunft	8 %	5 %	14 %	7 %	6 %	2 %	3 %
Branchen	10 %	13 %	10 %	6 %	14 %	6 %	15 %
Status	27 %	25 %	32 %	20 %	22 %	20 %	26 %
keine Aufteilung	18 %	20 %	11 %	30 %	15 %	39 %	20 %
Andere	1 %	1 %	3 %	3 %	3 %	5 %	2 %
neutral/weiss nicht	4 %	9 %	4 %	9 %	8 %	13 %	9 %

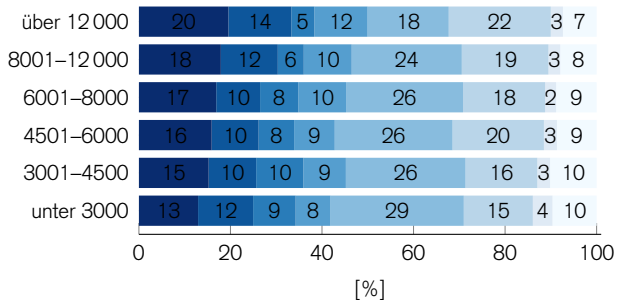
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Beruf	13 %	19 %	13 %	15 %	16 %
Bildungsniveau	4 %	16 %	12 %	7 %	12 %
Herkunft	4 %	12 %	6 %	9 %	9 %
Branchen	10 %	8 %	7 %	8 %	9 %
Status	21 %	29 %	25 %	27 %	23 %
keine Aufteilung	32 %	9 %	25 %	16 %	17 %
Andere	3 %	2 %	9 %	2 %	3 %
neutral/weiss nicht	12 %	5 %	4 %	15 %	11 %

Bildung



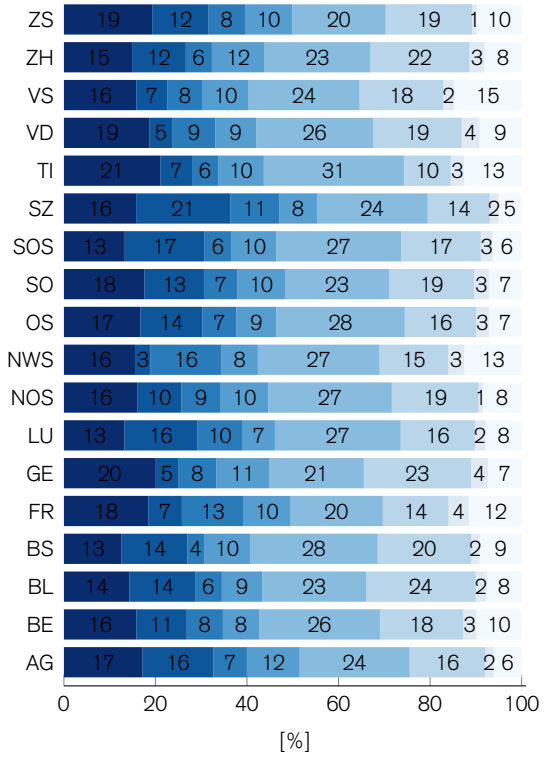
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Beruf	15 %	16 %	14 %	17 %	18 %
Bildungsniveau	12 %	11 %	11 %	14 %	11 %
Herkunft	10 %	9 %	6 %	7 %	4 %
Branchen	7 %	9 %	9 %	12 %	12 %
Status	29 %	26 %	26 %	24 %	18 %
keine Aufteilung	16 %	17 %	20 %	17 %	23 %
Andere	2 %	2 %	4 %	3 %	4 %
neutral/weiss nicht	10 %	9 %	10 %	7 %	10 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Beruf	13 %	15 %	16 %	17 %	18 %	20 %
Bildungsniveau	12 %	10 %	10 %	10 %	12 %	14 %
Herkunft	9 %	10 %	8 %	8 %	6 %	5 %
Branchen	8 %	9 %	9 %	10 %	10 %	12 %
Status	29 %	26 %	26 %	26 %	24 %	18 %
keine Aufteilung	15 %	16 %	20 %	18 %	19 %	22 %
Andere	4 %	3 %	3 %	2 %	3 %	3 %
neutral/weiss nicht	10 %	10 %	9 %	9 %	8 %	7 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Beruf	17 %	16 %	14 %	13 %	18 %	20 %	13 %
Bildungsniveau	16 %	11 %	14 %	14 %	7 %	5 %	16 %
Herkunft	7 %	8 %	6 %	4 %	13 %	8 %	10 %
Branchen	12 %	8 %	9 %	10 %	10 %	11 %	7 %
Status	24 %	26 %	23 %	28 %	20 %	21 %	27 %
keine Aufteilung	16 %	18 %	24 %	20 %	14 %	23 %	16 %
Andere	2 %	3 %	2 %	2 %	4 %	4 %	2 %
neutral/weiss nicht	6 %	10 %	8 %	9 %	12 %	7 %	8 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Beruf	16 %	16 %	17 %	18 %	13 %	16 %	21 %
Bildungsniveau	10 %	3 %	14 %	13 %	17 %	21 %	7 %
Herkunft	9 %	16 %	7 %	7 %	6 %	11 %	6 %
Branchen	10 %	8 %	9 %	10 %	10 %	8 %	10 %
Status	27 %	27 %	28 %	23 %	27 %	24 %	31 %
keine Aufteilung	19 %	15 %	16 %	19 %	17 %	14 %	10 %
Andere	1 %	3 %	3 %	3 %	3 %	2 %	3 %
neutral/weiss nicht	8 %	13 %	7 %	7 %	6 %	5 %	13 %

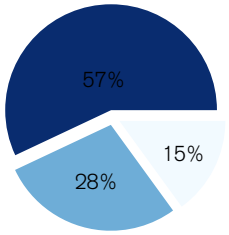
	VD	VS	ZH	ZS
Beruf	19 %	16 %	15 %	19 %
Bildungsniveau	5 %	7 %	12 %	12 %
Herkunft	9 %	8 %	6 %	8 %
Branchen	9 %	10 %	12 %	10 %
Status	26 %	24 %	23 %	20 %
keine Aufteilung	19 %	18 %	22 %	19 %
Andere	4 %	2 %	3 %	1 %
neutral/weiss nicht	9 %	15 %	8 %	10 %

7.19. Wie sollen die Kontingente gegenüber der EU festgelegt werden?

Eine absolute Mehrheit von 57 % würde gegenüber der EU ein einziges Gesamtkontingent festlegen und nicht für jedes Land ein einzelnes Kontingent definieren. Diese 2. Möglichkeit befürworten nur 28 %. Dieses Verhältnis bleibt zwischen unterschiedlichen Vergleichsgruppen relativ stabil, einzig mit steigender Bildung oder steigendem Einkommen steigt die Zustimmung leicht an.

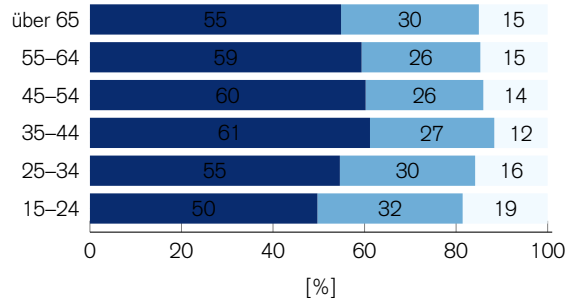
Ein Kontingent für die gesamte EU | Ein separates Kontingent für jedes EU-Land | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



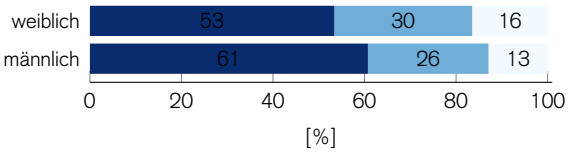
	Total
gesamte EU	57 %
je EU-Land	28 %
neutral/weiss nicht	15 %

Alter



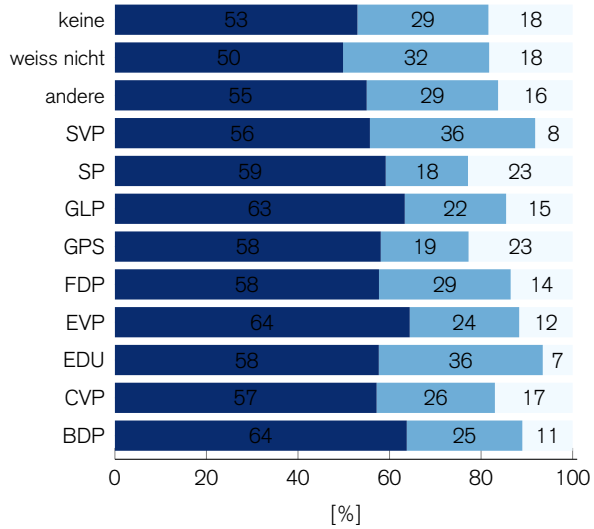
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
gesamte EU	50 %	55 %	61 %	60 %	59 %	55 %
je EU-Land	32 %	30 %	27 %	26 %	26 %	30 %
neutral/weiss nicht	19 %	16 %	12 %	14 %	15 %	15 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
gesamte EU	61 %	53 %
je EU-Land	26 %	30 %
neutral/weiss nicht	13 %	16 %

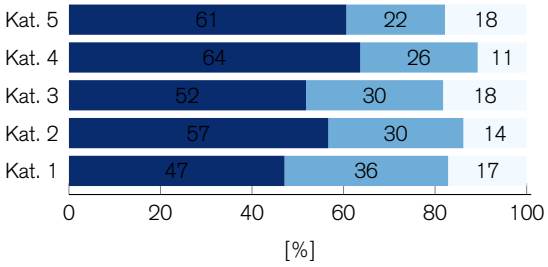
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
gesamte EU	64 %	57 %	58 %	64 %	58 %	58 %	63 %
je EU-Land	25 %	26 %	36 %	24 %	29 %	19 %	22 %
neutral/weiss nicht	11 %	17 %	7 %	12 %	14 %	23 %	15 %

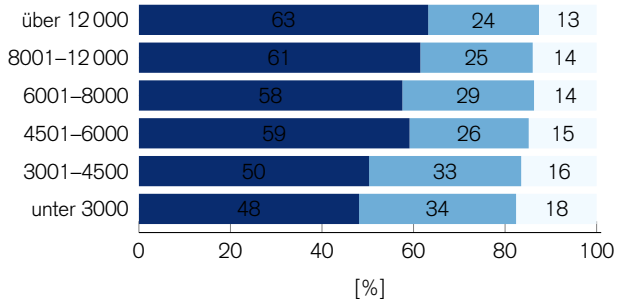
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
gesamte EU	59 %	56 %	55 %	50 %	53 %
je EU-Land	18 %	36 %	29 %	32 %	29 %
neutral/weiss nicht	23 %	8 %	16 %	18 %	18 %

Bildung



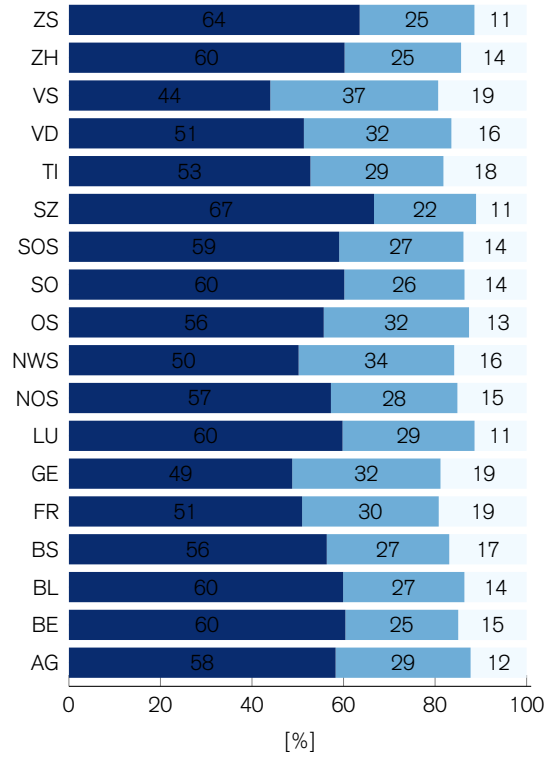
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
gesamte EU	47 %	57 %	52 %	64 %	61 %
je EU-Land	36 %	30 %	30 %	26 %	22 %
neutral/weiss nicht	17 %	14 %	18 %	11 %	18 %

Einkommen

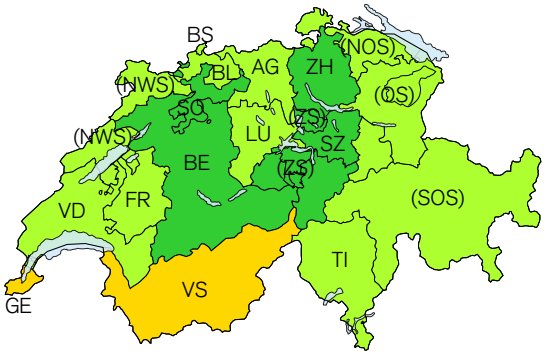


	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
gesamte EU	48 %	50 %	59 %	58 %	61 %	63 %
je EU-Land	34 %	33 %	26 %	29 %	25 %	24 %
neutral/weiss nicht	18 %	16 %	15 %	14 %	14 %	13 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
gesamte EU	58 %	60 %	60 %	56 %	51 %	49 %	60 %
je EU-Land	29 %	25 %	27 %	27 %	30 %	32 %	29 %
neutral/weiss nicht	12 %	15 %	14 %	17 %	19 %	19 %	11 %
	NOS	**NWS**	**OS**	**SO**	**SOS**	**SZ**	**TI**
gesamte EU	57 %	50 %	56 %	60 %	59 %	67 %	53 %
je EU-Land	28 %	34 %	32 %	26 %	27 %	22 %	29 %
neutral/weiss nicht	15 %	16 %	13 %	14 %	14 %	11 %	18 %
	VD	**VS**	**ZH**	**ZS**			
gesamte EU	51 %	44 %	60 %	64 %			
je EU-Land	32 %	37 %	25 %	25 %			
neutral/weiss nicht	16 %	19 %	14 %	11 %			



7.20. Was gewichten Sie stärker?

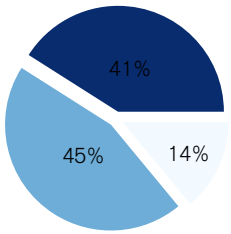
Eine knappe relative Mehrheit von 45 % spricht sich für die Aufgabe der Bilateralen I zugunsten einer Einführung von Einwanderungskontingenten für EU-Bürger sowie einen Inländervorrang aus. Das Beibehalten der Bilateralen I sowie die Weiterführung der Personenfreizügigkeit (ohne Kontingente) werden jedoch auch von 41 % unterstützt. Frauen sind gegenüber der Weiterführung der Bilateralen I kritischer als Männer, gleichzeitig gibt es bei den Frauen aber deutlich mehr Unentschlossene. Zudem steigt die Zustimmung für die Weiterführung der Bilateralen I mit höherem Alter, höherer Bildung sowie höherem Einkommen. Bezüglich der Parteien unterstützt nur die Wählerschaft der SVP (82 %) und der EDU (80 %) die Aufgabe der Bilateralen I mehrheitlich.

Bilaterale I und Weiterführung der Personenfreizügigkeit (ohne Kontingente mit der EU und ohne Inländervorrang)

Aufgabe der Bilateralen I und Einwanderungskontingente für EU-Bürger und Inländervorrang

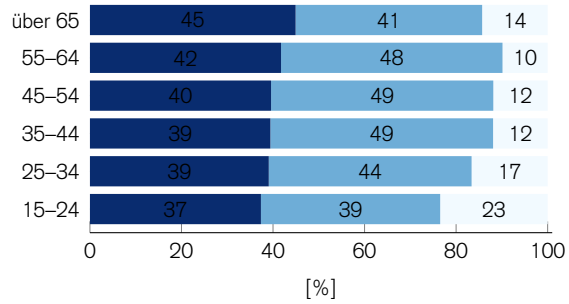
neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



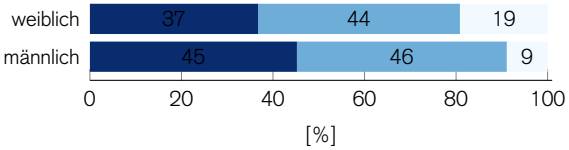
	Total
Bilaterale I	41 %
Kontingente	45 %
neutral/weiss nicht	14 %

Alter



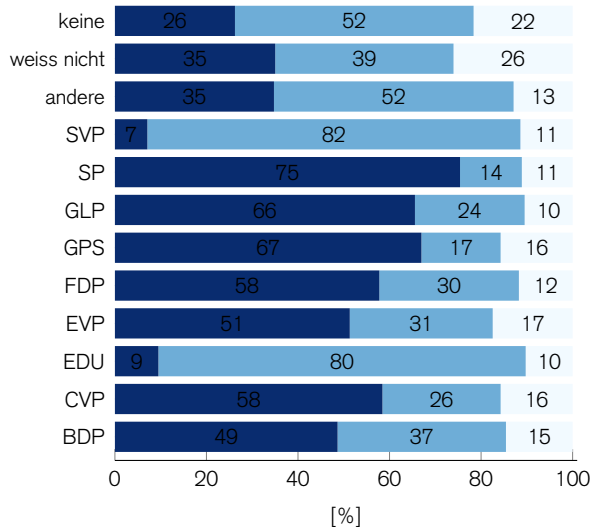
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bilaterale I	37 %	39 %	39 %	40 %	42 %	45 %
Kontingente	39 %	44 %	49 %	49 %	48 %	41 %
neutral/weiss nicht	23 %	17 %	12 %	12 %	10 %	14 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bilaterale I	45 %	37 %
Kontingente	46 %	44 %
neutral/weiss nicht	9 %	19 %

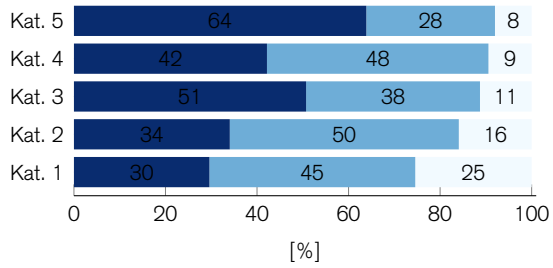
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bilaterale I	49 %	58 %	9 %	51 %	58 %	67 %	66 %
Kontingente	37 %	26 %	80 %	31 %	30 %	17 %	24 %
neutral/weiss nicht	15 %	16 %	10 %	17 %	12 %	16 %	10 %

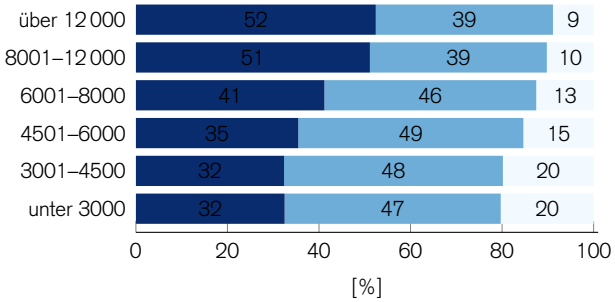
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bilaterale I	75 %	7 %	35 %	35 %	26 %
Kontingente	14 %	82 %	52 %	39 %	52 %
neutral/weiss nicht	11 %	11 %	13 %	26 %	22 %

Bildung



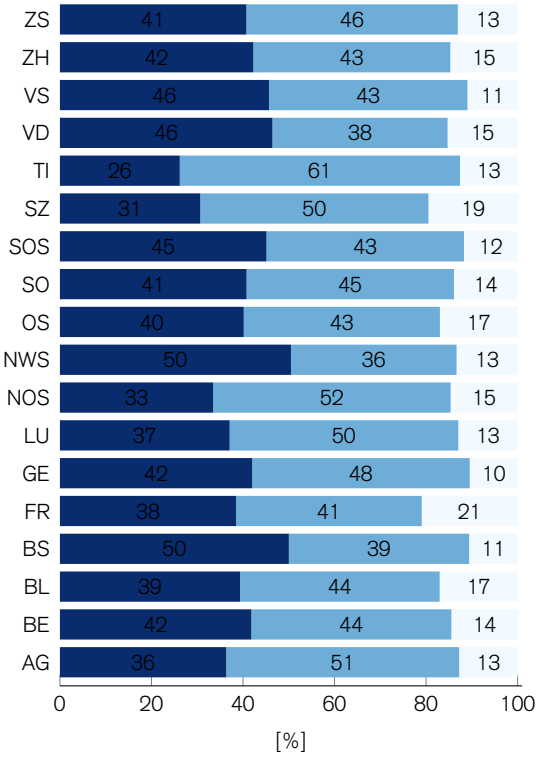
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bilaterale I	30 %	34 %	51 %	42 %	64 %
Kontingente	45 %	50 %	38 %	48 %	28 %
neutral/weiss nicht	25 %	16 %	11 %	9 %	8 %

Einkommen

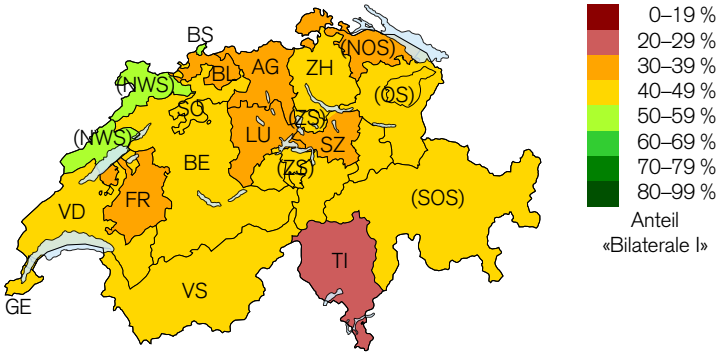


	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bilaterale I	32 %	32 %	35 %	41 %	51 %	52 %
Kontingente	47 %	48 %	49 %	46 %	39 %	39 %
neutral/weiss nicht	20 %	20 %	15 %	13 %	10 %	9 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bilaterale I	36 %	42 %	39 %	50 %	38 %	42 %	37 %
Kontingente	51 %	44 %	44 %	39 %	41 %	48 %	50 %
neutral/weiss nicht	13 %	14 %	17 %	11 %	21 %	10 %	13 %
	NOS	**NWS**	**OS**	**SO**	**SOS**	**SZ**	**TI**
Bilaterale I	33 %	50 %	40 %	41 %	45 %	31 %	26 %
Kontingente	52 %	36 %	43 %	45 %	43 %	50 %	61 %
neutral/weiss nicht	15 %	13 %	17 %	14 %	12 %	19 %	13 %
	VD	**VS**	**ZH**	**ZS**			
Bilaterale I	46 %	46 %	42 %	41 %			
Kontingente	38 %	43 %	43 %	46 %			
neutral/weiss nicht	15 %	11 %	15 %	13 %			

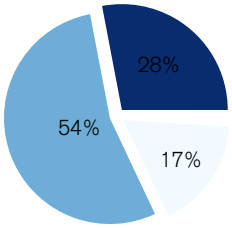


7.21. Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des heutigen interkantonalen Steuerwettbewerbs?

Eine absolute Mehrheit von 54 % gegenüber 28 % schätzt die Auswirkungen des heutigen interkantonalen Steuerwettbewerbs eher negativ ein. Wie zu erwarten, bewerten Personen mit höherem Einkommen und höherer Bildung die Auswirkungen als eher positiv. Hingegen steigt mit steigendem Alter der Anteil, der die Auswirkungen als negativ beurteilt. Ebenso ist ein grösserer Anteil der Frauen der Meinung, dass die negativen Auswirkungen überwiegen. Nur die FDP-Wähler sehen mit einer absoluten Mehrheit von 52 % eher positive Auswirkungen aus dem interkantonalen Steuerwettbewerb.

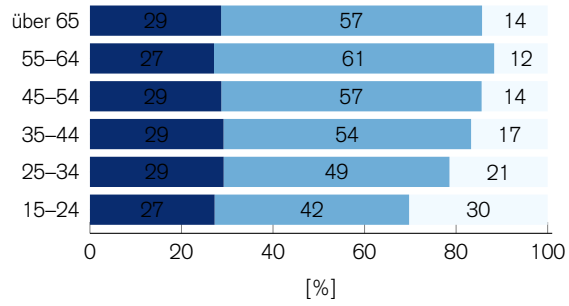
Eher positiv | Eher negativ | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



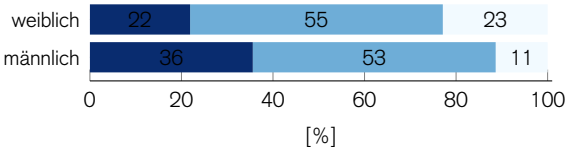
	Total
Eher positiv	28 %
Eher negativ	54 %
neutral/weiss nicht	17 %

Alter



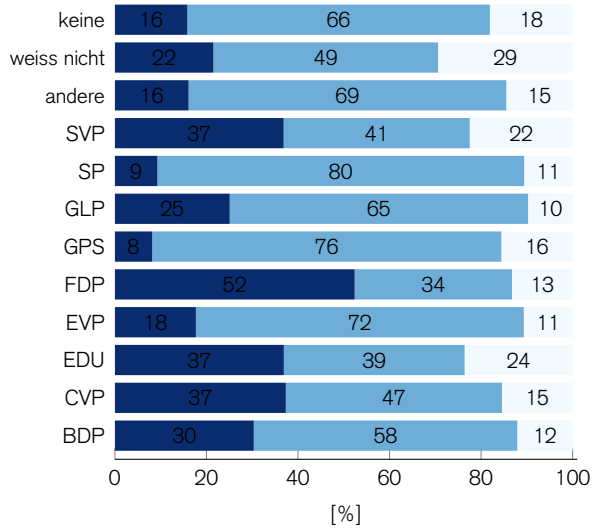
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Eher positiv	27 %	29 %	29 %	29 %	27 %	29 %
Eher negativ	42 %	49 %	54 %	57 %	61 %	57 %
neutral/weiss nicht	30 %	21 %	17 %	14 %	12 %	14 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Eher positiv	36 %	22 %
Eher negativ	53 %	55 %
neutral/weiss nicht	11 %	23 %

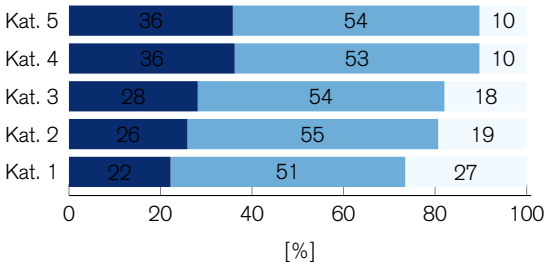
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Eher positiv	30 %	37 %	37 %	18 %	52 %	8 %	25 %
Eher negativ	58 %	47 %	39 %	72 %	34 %	76 %	65 %
neutral/weiss nicht	12 %	15 %	24 %	11 %	13 %	16 %	10 %

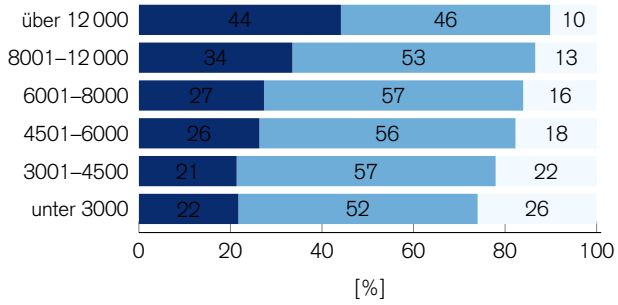
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Eher positiv	9 %	37 %	16 %	22 %	16 %
Eher negativ	80 %	41 %	69 %	49 %	66 %
neutral/weiss nicht	11 %	22 %	15 %	29 %	18 %

Bildung



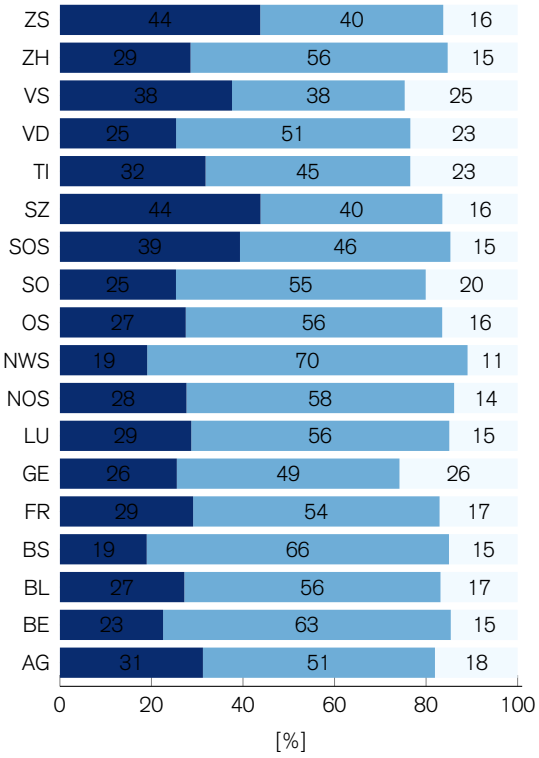
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Eher positiv	22 %	26 %	28 %	36 %	36 %
Eher negativ	51 %	55 %	54 %	53 %	54 %
neutral/weiss nicht	27 %	19 %	18 %	10 %	10 %

Einkommen

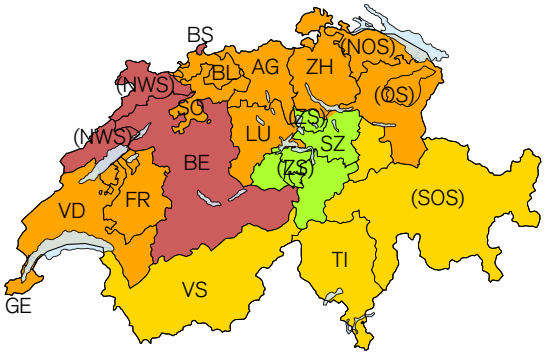


	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Eher positiv	22 %	21 %	26 %	27 %	34 %	44 %
Eher negativ	52 %	57 %	56 %	57 %	53 %	46 %
neutral/weiss nicht	26 %	22 %	18 %	16 %	13 %	10 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Eher positiv	31 %	23 %	27 %	19 %	29 %	26 %	29 %
Eher negativ	51 %	63 %	56 %	66 %	54 %	49 %	56 %
neutral/weiss nicht	18 %	15 %	17 %	15 %	17 %	26 %	15 %
	NOS	**NWS**	**OS**	**SO**	**SOS**	**SZ**	**TI**
Eher positiv	28 %	19 %	27 %	25 %	39 %	44 %	32 %
Eher negativ	58 %	70 %	56 %	55 %	46 %	40 %	45 %
neutral/weiss nicht	14 %	11 %	16 %	20 %	15 %	16 %	23 %
	VD	**VS**	**ZH**	**ZS**			
Eher positiv	25 %	38 %	29 %	44 %			
Eher negativ	51 %	38 %	56 %	40 %			
neutral/weiss nicht	23 %	25 %	15 %	16 %			

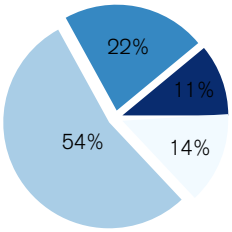


7.22. Wie soll der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen geändert werden?

Mit 54 % spricht sich eine absolute Mehrheit für weniger Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen aus. Interessant ist, dass ältere Personen stärker für eine Reduktion des Steuerwettbewerbs sind. Mit zunehmendem Einkommen fordert ein grösserer Anteil keine Veränderung oder mehr Steuerwettbewerb. Die Wähler sämtlicher Parteien sprechen sich mit mindestens einer relativen Mehrheit für weniger Steuerwettbewerb aus, die SP, Grüne, GLP, EVP und BDP sogar mit einer absoluten Mehrheit.

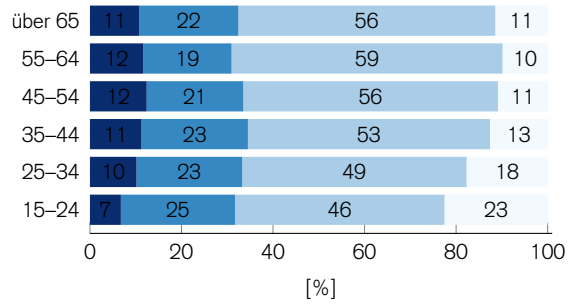
Mehr Steuerwettbewerb | Keine Veränderung | Weniger Steuerwettbewerb | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



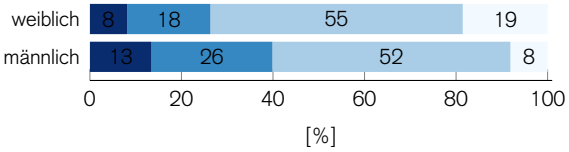
	Total
mehr Wettb.	11 %
keine Änderung	22 %
weinger Wettb.	54 %
neutral/weiss nicht	14 %

Alter



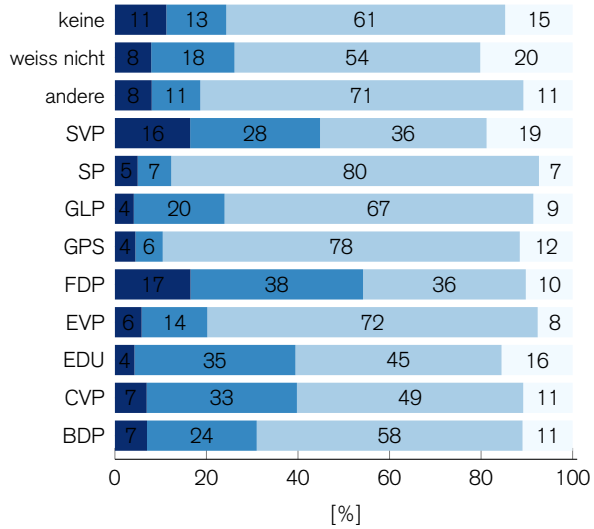
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
mehr Wettb.	7 %	10 %	11 %	12 %	12 %	11 %
keine Änderung	25 %	23 %	23 %	21 %	19 %	22 %
weinger Wettb.	46 %	49 %	53 %	56 %	59 %	56 %
neutral/weiss nicht	23 %	18 %	13 %	11 %	10 %	11 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
mehr Wettb.	13 %	8 %
keine Änderung	26 %	18 %
weinger Wettb.	52 %	55 %
neutral/weiss nicht	8 %	19 %

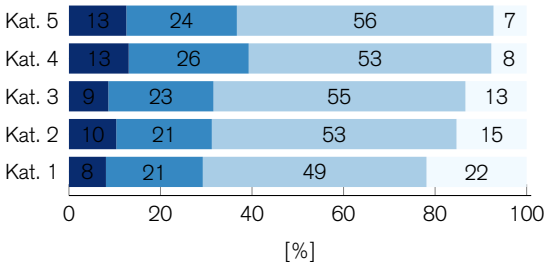
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
mehr Wettb.	7 %	7 %	4 %	6 %	17 %	4 %	4 %
keine Änderung	24 %	33 %	35 %	14 %	38 %	6 %	20 %
weinger Wettb.	58 %	49 %	45 %	72 %	36 %	78 %	67 %
neutral/weiss nicht	11 %	11 %	16 %	8 %	10 %	12 %	9 %

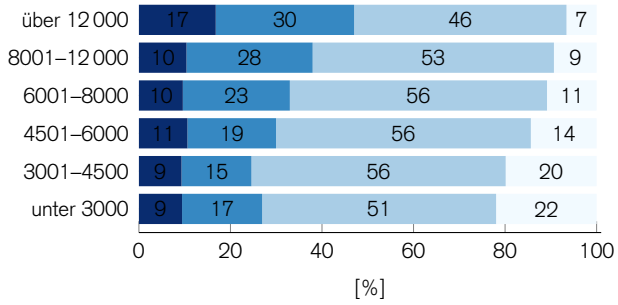
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
mehr Wettb.	5 %	16 %	8 %	8 %	11 %
keine Änderung	7 %	28 %	11 %	18 %	13 %
weinger Wettb.	80 %	36 %	71 %	54 %	61 %
neutral/weiss nicht	7 %	19 %	11 %	20 %	15 %

Bildung



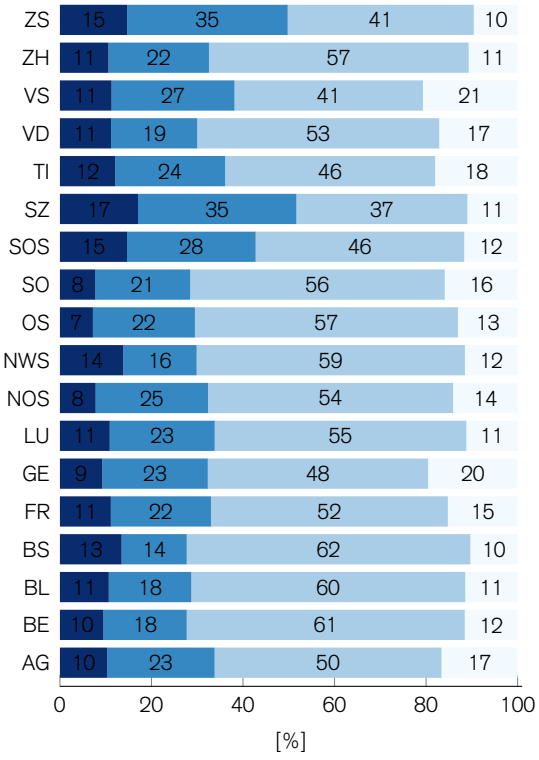
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
mehr Wettb.	8 %	10 %	9 %	13 %	13 %
keine Änderung	21 %	21 %	23 %	26 %	24 %
weniger Wettb.	49 %	53 %	55 %	53 %	56 %
neutral/weiss nicht	22 %	15 %	13 %	8 %	7 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
mehr Wettb.	9 %	9 %	11 %	10 %	10 %	17 %
keine Änderung	17 %	15 %	19 %	23 %	28 %	30 %
weniger Wettb.	51 %	56 %	56 %	56 %	53 %	46 %
neutral/weiss nicht	22 %	20 %	14 %	11 %	9 %	7 %

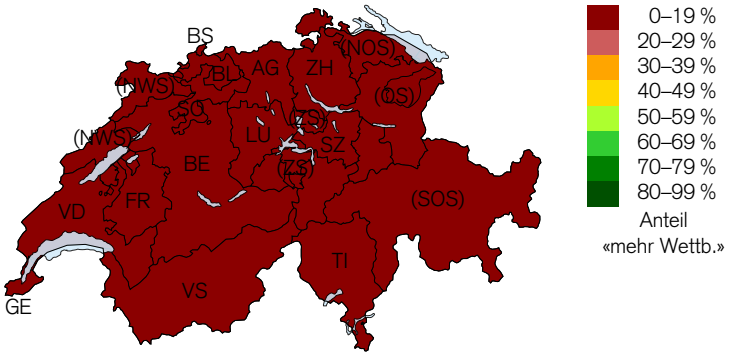
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
mehr Wettb.	10 %	10 %	11 %	13 %	11 %	9 %	11 %
keine Änderung	23 %	18 %	18 %	14 %	22 %	23 %	23 %
weniger Wettb.	50 %	61 %	60 %	62 %	52 %	48 %	55 %
neutral/weiss nicht	17 %	12 %	11 %	10 %	15 %	20 %	11 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
mehr Wettb.	8 %	14 %	7 %	8 %	15 %	17 %	12 %
keine Änderung	25 %	16 %	22 %	21 %	28 %	35 %	24 %
weniger Wettb.	54 %	59 %	57 %	56 %	46 %	37 %	46 %
neutral/weiss nicht	14 %	12 %	13 %	16 %	12 %	11 %	18 %

	VD	VS	ZH	ZS
mehr Wettb.	11 %	11 %	11 %	15 %
keine Änderung	19 %	27 %	22 %	35 %
weniger Wettb.	53 %	41 %	57 %	41 %
neutral/weiss nicht	17 %	21 %	11 %	10 %

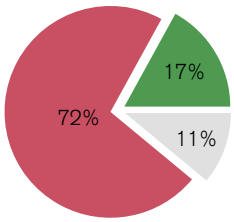


7.23. Um den Steuerwettbewerb zu stärken, soll es Kantonen erlaubt werden, hohe Einkommen mit einem tieferen Steuersatz zu besteuern als niedrige Einkommen (degressive Steuern).

Eine absolute Mehrheit von 72 % spricht sich gegen die Stärkung des Steuerwettbewerbs durch degressive Steuern aus. Die Wähler sämtlicher Parteien sind mit einer absoluten Mehrheit gegen degressive Steuern. Überraschend ist, dass selbst hohe Einkommen mit einer absoluten Mehrheit gegen degressive Steuern sind, wenn auch ein kleinerer Anteil als bei den Personen mit tieferen Einkommen.

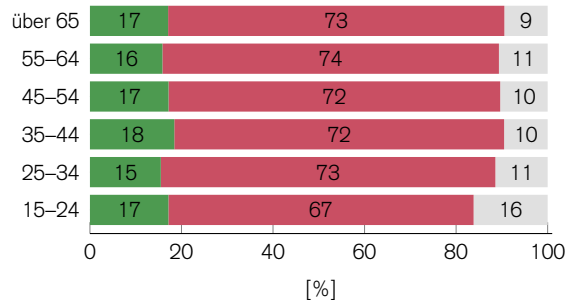
Ja Nein neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



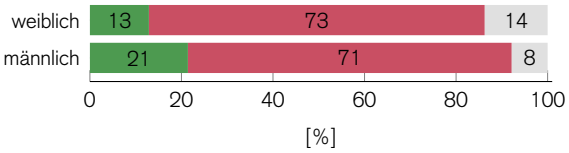
	Total
Ja	17 %
Nein	72 %
neutral/weiss nicht	11 %

Alter



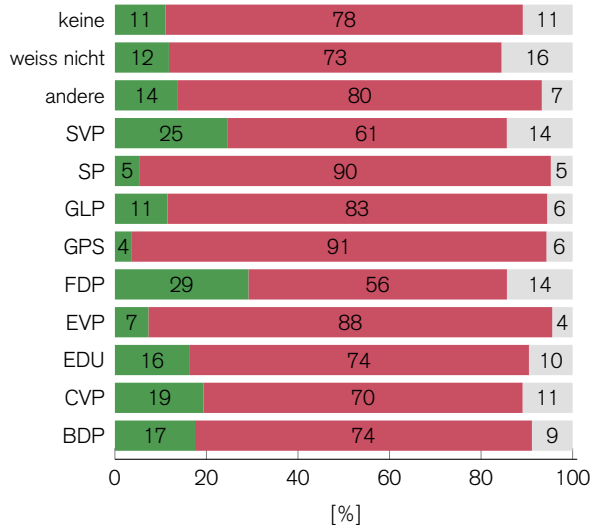
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Ja	17 %	15 %	18 %	17 %	16 %	17 %
Nein	67 %	73 %	72 %	72 %	74 %	73 %
neutral/weiss nicht	16 %	11 %	10 %	10 %	11 %	9 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Ja	21 %	13 %
Nein	71 %	73 %
neutral/weiss nicht	8 %	14 %

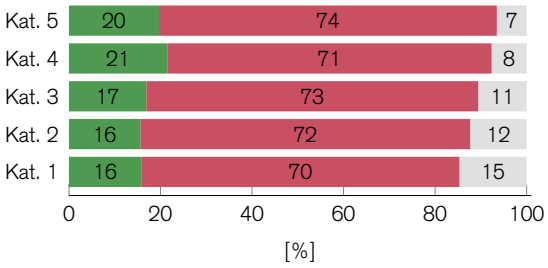
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	17 %	19 %	16 %	7 %	29 %	4 %	11 %
Nein	74 %	70 %	74 %	88 %	56 %	91 %	83 %
neutral/weiss nicht	9 %	11 %	10 %	4 %	14 %	6 %	6 %

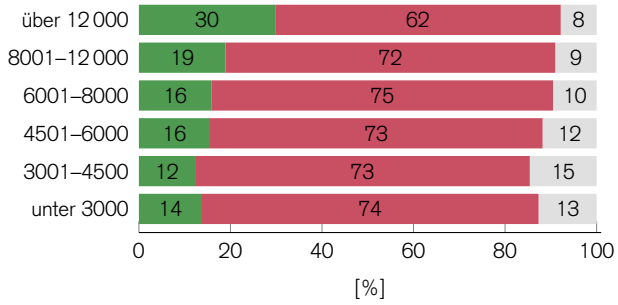
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Ja	5 %	25 %	14 %	12 %	11 %
Nein	90 %	61 %	80 %	73 %	78 %
neutral/weiss nicht	5 %	14 %	7 %	16 %	11 %

Bildung



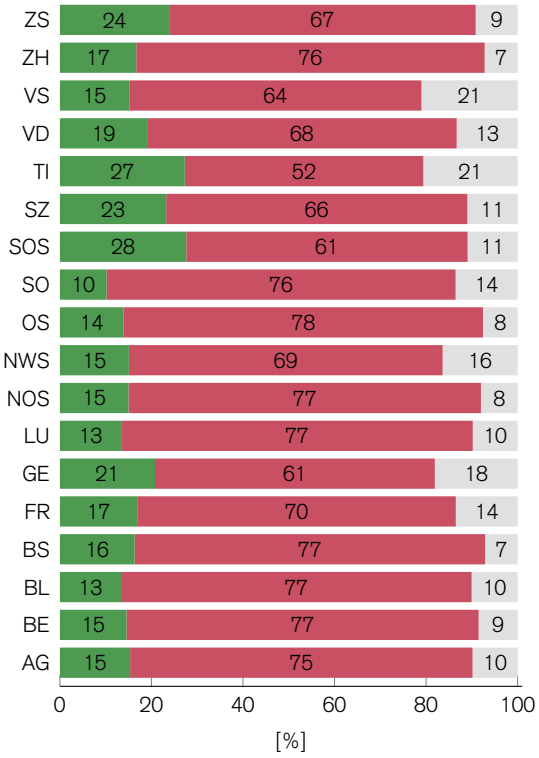
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	16 %	16 %	17 %	21 %	20 %
Nein	70 %	72 %	73 %	71 %	74 %
neutral/weiss nicht	15 %	12 %	11 %	8 %	7 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Ja	14 %	12 %	16 %	16 %	19 %	30 %
Nein	74 %	73 %	73 %	75 %	72 %	62 %
neutral/weiss nicht	13 %	15 %	12 %	10 %	9 %	8 %

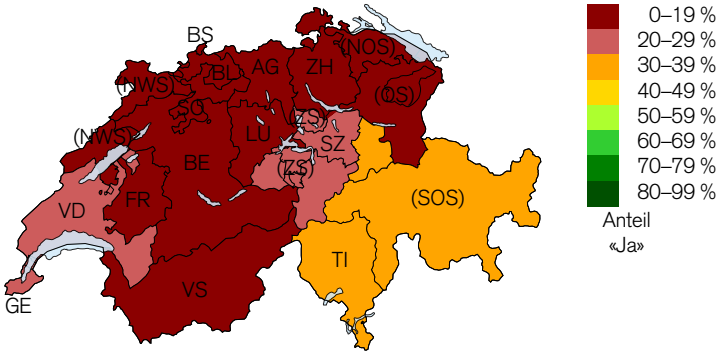
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	15 %	15 %	13 %	16 %	17 %	21 %	13 %
Nein	75 %	77 %	77 %	77 %	70 %	61 %	77 %
neutral/weiss nicht	10 %	9 %	10 %	7 %	14 %	18 %	10 %

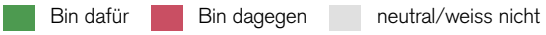
	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Ja	15 %	15 %	14 %	10 %	28 %	23 %	27 %
Nein	77 %	69 %	78 %	76 %	61 %	66 %	52 %
neutral/weiss nicht	8 %	16 %	8 %	14 %	11 %	11 %	21 %

	VD	VS	ZH	ZS
Ja	19 %	15 %	17 %	24 %
Nein	68 %	64 %	76 %	67 %
neutral/weiss nicht	13 %	21 %	7 %	9 %

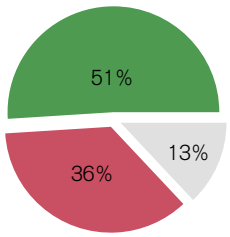


7.24. Der Steuerwettbewerb wird für Einkommen über CHF 300‘000 pro Jahr abgeschafft, d.h. die Steuersätze für Einkommen ab CHF 300‘000 werden schweizweit vereinheitlicht.

Eine knappe absolute Mehrheit von 51 % ist für die Einführung einer Vereinheitlichung der Steuersätze für ein Einkommen über CHF 300‘000. Die Wähler - mit Ausnahme von SVP, FDP und CVP – sämtlicher Parteien sind mit einer absoluten Mehrheit dafür. Lediglich in Zug (54 %) und Schwyz (56 %) ist eine absolute Mehrheit gegen eine schweizweite Vereinheitlichung, gesamtschweizerisch ergibt sich jedoch auch bei Personen mit hohen Einkommen keine absolute Mehrheit gegen eine Vereinheitlichung

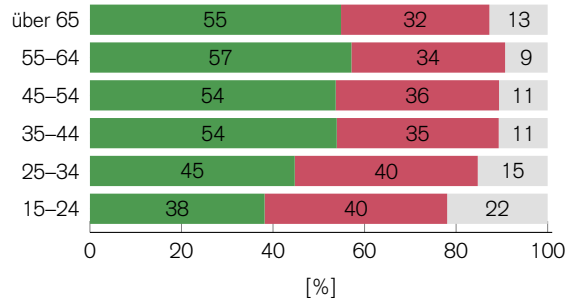


Gesamte Schweiz



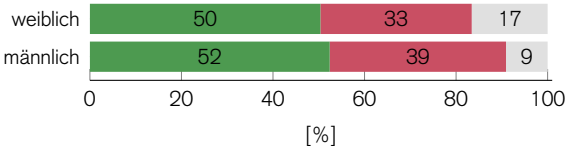
	Total
Bin dafür	51 %
Bin dagegen	36 %
neutral/weiss nicht	13 %

Alter



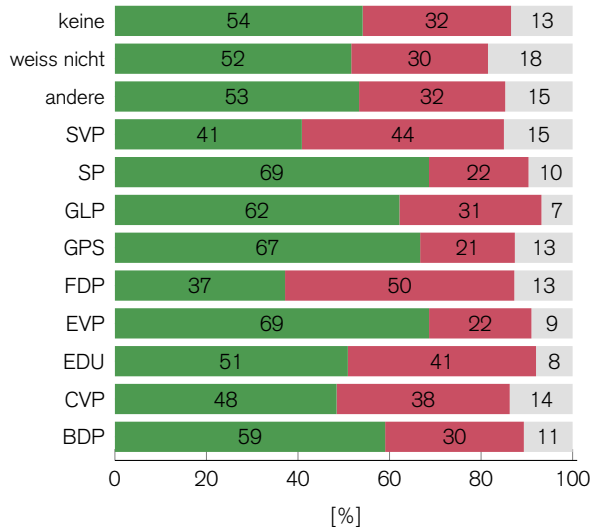
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	38 %	45 %	54 %	54 %	57 %	55 %
Bin dagegen	40 %	40 %	35 %	36 %	34 %	32 %
neutral/weiss nicht	22 %	15 %	11 %	11 %	9 %	13 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	52 %	50 %
Bin dagegen	39 %	33 %
neutral/weiss nicht	9 %	17 %

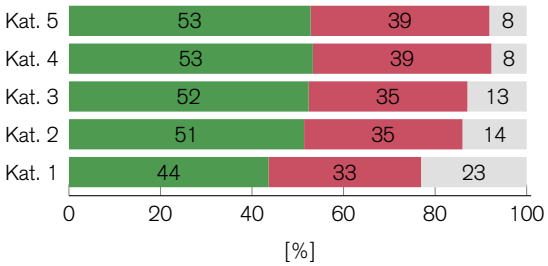
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	59 %	48 %	51 %	69 %	37 %	67 %	62 %
Bin dagegen	30 %	38 %	41 %	22 %	50 %	21 %	31 %
neutral/weiss nicht	11 %	14 %	8 %	9 %	13 %	13 %	7 %

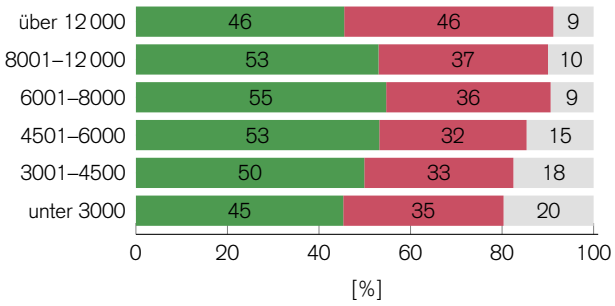
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	69 %	41 %	53 %	52 %	54 %
Bin dagegen	22 %	44 %	32 %	30 %	32 %
neutral/weiss nicht	10 %	15 %	15 %	18 %	13 %

Bildung



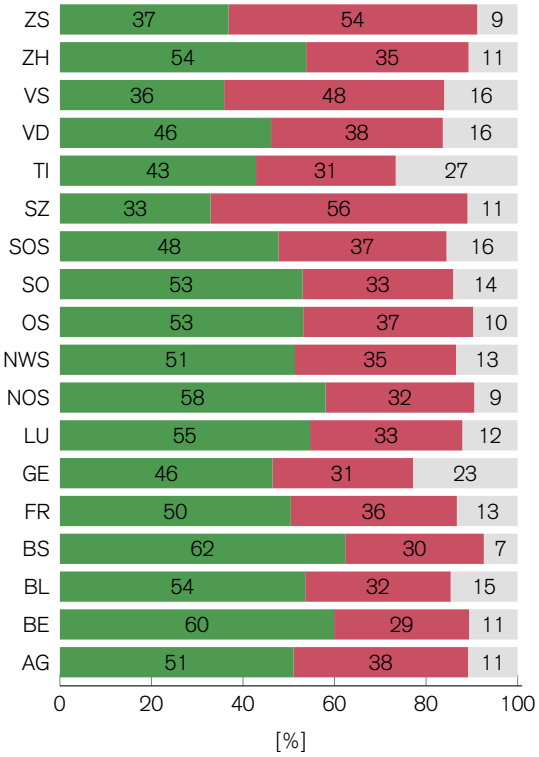
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	44 %	51 %	52 %	53 %	53 %
Bin dagegen	33 %	35 %	35 %	39 %	39 %
neutral/weiss nicht	23 %	14 %	13 %	8 %	8 %

Einkommen

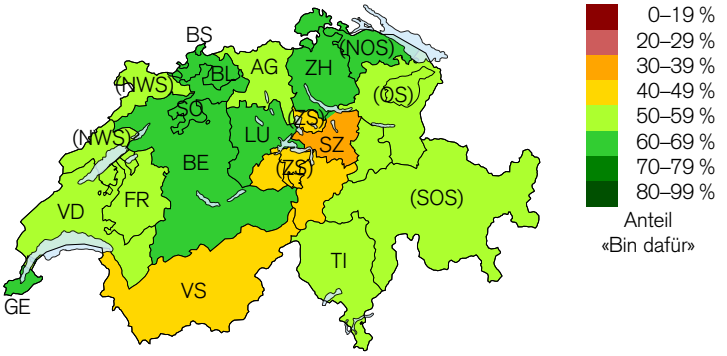


	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	45 %	50 %	53 %	55 %	53 %	46 %
Bin dagegen	35 %	33 %	32 %	36 %	37 %	46 %
neutral/weiss nicht	20 %	18 %	15 %	9 %	10 %	9 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	51 %	60 %	54 %	62 %	50 %	46 %	55 %
Bin dagegen	38 %	29 %	32 %	30 %	36 %	31 %	33 %
neutral/weiss nicht	11 %	11 %	15 %	7 %	13 %	23 %	12 %
	NOS	**NWS**	**OS**	**SO**	**SOS**	**SZ**	**TI**
Bin dafür	58 %	51 %	53 %	53 %	48 %	33 %	43 %
Bin dagegen	32 %	35 %	37 %	33 %	37 %	56 %	31 %
neutral/weiss nicht	9 %	13 %	10 %	14 %	16 %	11 %	27 %
	VD	**VS**	**ZH**	**ZS**			
Bin dafür	46 %	36 %	54 %	37 %			
Bin dagegen	38 %	48 %	35 %	54 %			
neutral/weiss nicht	16 %	16 %	11 %	9 %			

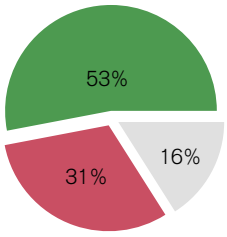


7.25. Um den Steuerwettbewerb zu dämpfen, sollen Mindest- und Maximalsteuersätze für die Kantone eingeführt werden.

Eine absolute Mehrheit von 53 % ist für die Einführung von Mindest- und Maximalsteuersätze. Die Zustimmung steigt mit dem Alter und der Bildung. Bei den FDP-Wählern ist eine relative Mehrheit gegen eine derartige Einführung. In der Zentralschweiz spricht sich eine absolute Mehrheit von 50 % gegen eine Einführung aus.

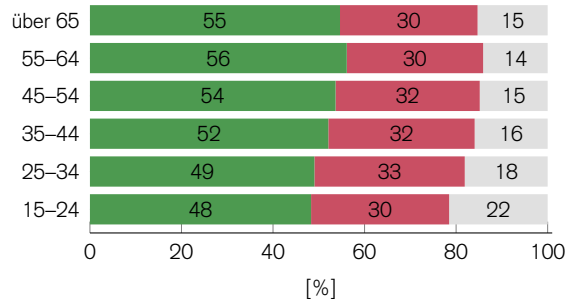
Ja Nein neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



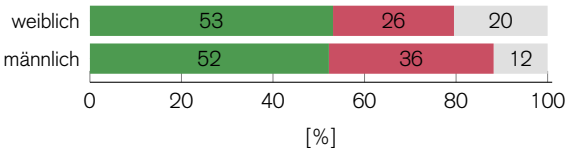
	Total
Ja	53 %
Nein	31 %
neutral/weiss nicht	16 %

Alter



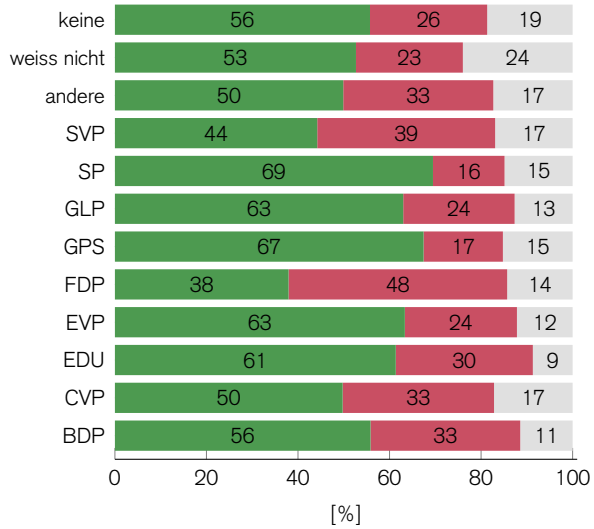
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Ja	48 %	49 %	52 %	54 %	56 %	55 %
Nein	30 %	33 %	32 %	32 %	30 %	30 %
neutral/weiss nicht	22 %	18 %	16 %	15 %	14 %	15 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Ja	52 %	53 %
Nein	36 %	26 %
neutral/weiss nicht	12 %	20 %

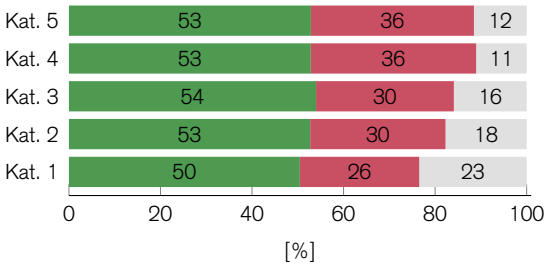
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	56 %	50 %	61 %	63 %	38 %	67 %	63 %
Nein	33 %	33 %	30 %	24 %	48 %	17 %	24 %
neutral/weiss nicht	11 %	17 %	9 %	12 %	14 %	15 %	13 %

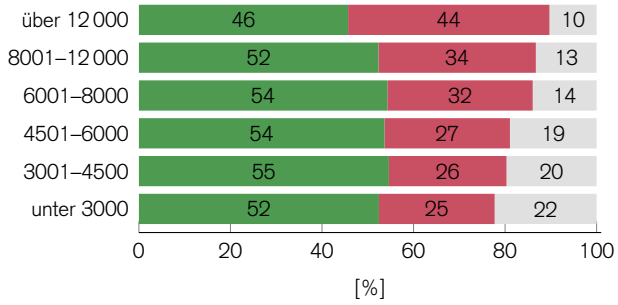
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Ja	69 %	44 %	50 %	53 %	56 %
Nein	16 %	39 %	33 %	23 %	26 %
neutral/weiss nicht	15 %	17 %	17 %	24 %	19 %

Bildung



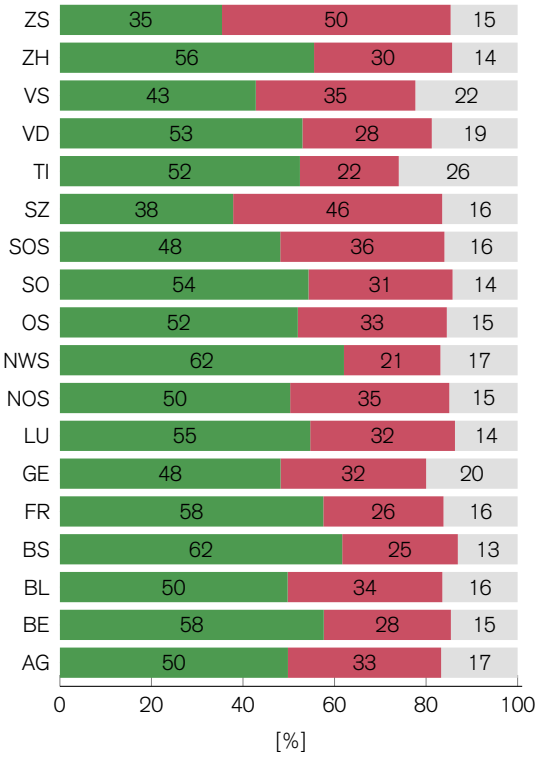
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	50 %	53 %	54 %	53 %	53 %
Nein	26 %	30 %	30 %	36 %	36 %
neutral/weiss nicht	23 %	18 %	16 %	11 %	12 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Ja	52 %	55 %	54 %	54 %	52 %	46 %
Nein	25 %	26 %	27 %	32 %	34 %	44 %
neutral/weiss nicht	22 %	20 %	19 %	14 %	13 %	10 %

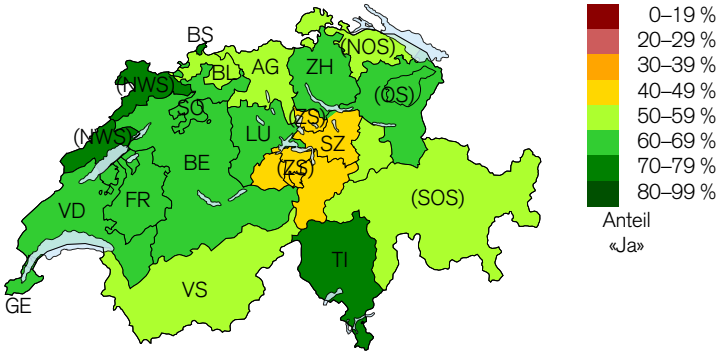
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	50 %	58 %	50 %	62 %	58 %	48 %	55 %
Nein	33 %	28 %	34 %	25 %	26 %	32 %	32 %
neutral/weiss nicht	17 %	15 %	16 %	13 %	16 %	20 %	14 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Ja	50 %	62 %	52 %	54 %	48 %	38 %	52 %
Nein	35 %	21 %	33 %	31 %	36 %	46 %	22 %
neutral/weiss nicht	15 %	17 %	15 %	14 %	16 %	16 %	26 %

	VD	VS	ZH	ZS
Ja	53 %	43 %	56 %	35 %
Nein	28 %	35 %	30 %	50 %
neutral/weiss nicht	19 %	22 %	14 %	15 %

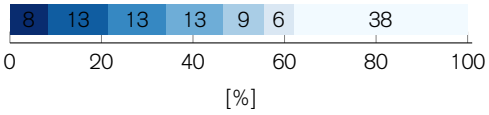


7.26. Wie hoch soll der kantonale Minimalsteuertarif in Prozent vom steuerbaren Einkommen für ein Einkommen ab CHF 180 000 sein?

Mit 38 % der Teilnehmer ist ein relativ grosser Anteil neutral eingestellt bzw. weiss nicht, wie hoch der minimale Steuertarif für Einkommen ab CHF 180 000 sein soll. Eine relative Mehrheit von 41 % gegenüber 21 % wäre für die Einführung eines minimalen Steuersatzes von 12 %. Je älter die Personen, desto höher der gewünschte Minimalsteuertarif.

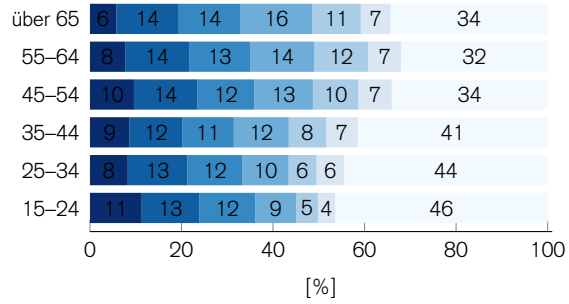
Weniger als 8 % | 8-12 % | 12-16 % | 16-20 % | 20-24 % | Mehr als 24 % | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



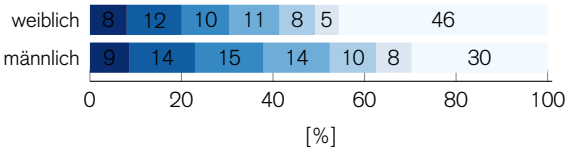
	Total
< 8 %	8 %
8-12 %	13 %
12-16 %	13 %
16-20 %	13 %
20-24 %	9 %
> 24 %	6 %
neutral/weiss nicht	38 %

Alter



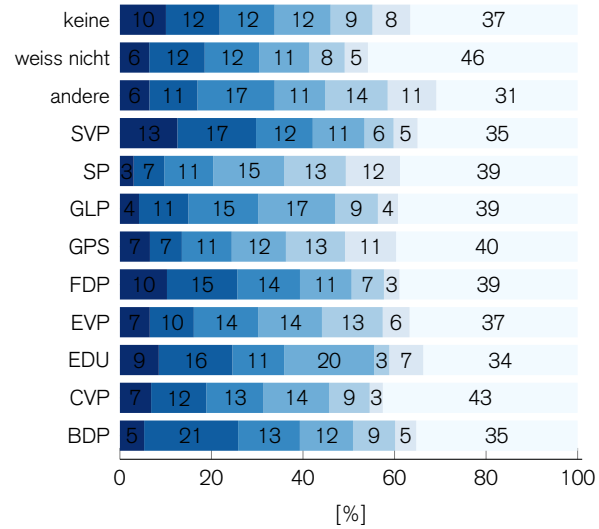
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
< 8 %	11 %	8 %	9 %	10 %	8 %	6 %
8-12 %	13 %	13 %	12 %	14 %	14 %	14 %
12-16 %	12 %	12 %	11 %	12 %	13 %	14 %
16-20 %	9 %	10 %	12 %	13 %	14 %	16 %
20-24 %	5 %	6 %	8 %	10 %	12 %	11 %
> 24 %	4 %	6 %	7 %	7 %	7 %	7 %
neutral/weiss nicht	46 %	44 %	41 %	34 %	32 %	34 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
< 8 %	9 %	8 %
8-12 %	14 %	12 %
12-16 %	15 %	10 %
16-20 %	14 %	11 %
20-24 %	10 %	8 %
> 24 %	8 %	5 %
neutral/weiss nicht	30 %	46 %

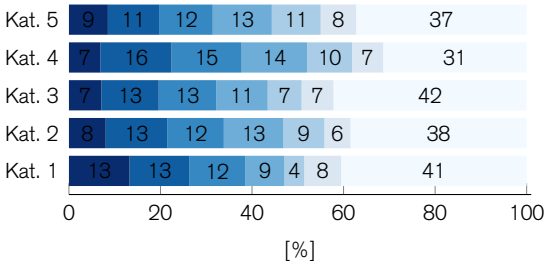
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
< 8 %	5 %	7 %	9 %	7 %	10 %	7 %	4 %
8-12 %	21 %	12 %	16 %	10 %	15 %	7 %	11 %
12-16 %	13 %	13 %	11 %	14 %	14 %	11 %	15 %
16-20 %	12 %	14 %	20 %	14 %	11 %	12 %	17 %
20-24 %	9 %	9 %	3 %	13 %	7 %	13 %	9 %
> 24 %	5 %	3 %	7 %	6 %	3 %	11 %	4 %
neutral/weiss nicht	35 %	43 %	34 %	37 %	39 %	40 %	39 %

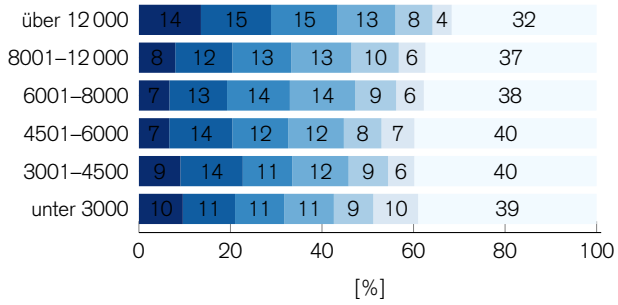
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
< 8 %	3 %	13 %	6 %	6 %	10 %
8-12 %	7 %	17 %	11 %	12 %	12 %
12-16 %	11 %	12 %	17 %	12 %	12 %
16-20 %	15 %	11 %	11 %	11 %	12 %
20-24 %	13 %	6 %	14 %	8 %	9 %
> 24 %	12 %	5 %	11 %	5 %	8 %
neutral/weiss nicht	39 %	35 %	31 %	46 %	37 %

Bildung



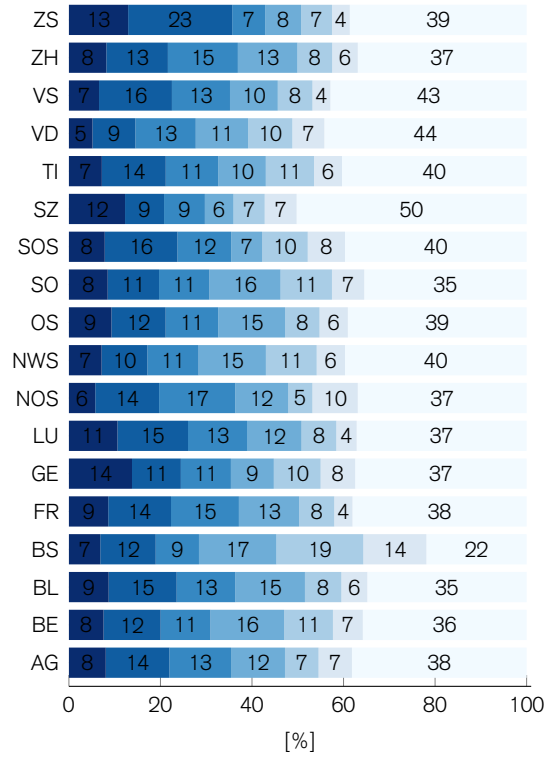
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
< 8 %	13 %	8 %	7 %	7 %	9 %
8-12 %	13 %	13 %	13 %	16 %	11 %
12-16 %	12 %	12 %	13 %	15 %	12 %
16-20 %	9 %	13 %	11 %	14 %	13 %
20-24 %	4 %	9 %	7 %	10 %	11 %
> 24 %	8 %	6 %	7 %	7 %	8 %
neutral/weiss nicht	41 %	38 %	42 %	31 %	37 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
< 8 %	10 %	9 %	7 %	7 %	8 %	14 %
8-12 %	11 %	14 %	14 %	13 %	12 %	15 %
12-16 %	11 %	11 %	12 %	14 %	13 %	15 %
16-20 %	11 %	12 %	12 %	14 %	13 %	13 %
20-24 %	9 %	9 %	8 %	9 %	10 %	8 %
> 24 %	10 %	6 %	7 %	6 %	6 %	4 %
neutral/weiss nicht	39 %	40 %	40 %	38 %	37 %	32 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
< 8 %	8 %	8 %	9 %	7 %	9 %	14 %	11 %
8-12 %	14 %	12 %	15 %	12 %	14 %	11 %	15 %
12-16 %	13 %	11 %	13 %	9 %	15 %	11 %	13 %
16-20 %	12 %	16 %	15 %	17 %	13 %	9 %	12 %
20-24 %	7 %	11 %	8 %	19 %	8 %	10 %	8 %
> 24 %	7 %	7 %	6 %	14 %	4 %	8 %	4 %
neutral/weiss nicht	38 %	36 %	35 %	22 %	38 %	37 %	37 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
< 8 %	6 %	7 %	9 %	8 %	8 %	12 %	7 %
8-12 %	14 %	10 %	12 %	11 %	16 %	9 %	14 %
12-16 %	17 %	11 %	11 %	11 %	12 %	9 %	11 %
16-20 %	12 %	15 %	15 %	16 %	7 %	6 %	10 %
20-24 %	5 %	11 %	8 %	11 %	10 %	7 %	11 %
> 24 %	10 %	6 %	6 %	7 %	8 %	7 %	6 %
neutral/weiss nicht	37 %	40 %	39 %	35 %	40 %	50 %	40 %

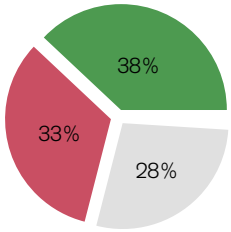
	VD	VS	ZH	ZS
< 8 %	5 %	7 %	8 %	13 %
8-12 %	9 %	16 %	13 %	23 %
12-16 %	13 %	13 %	15 %	7 %
16-20 %	11 %	10 %	13 %	8 %
20-24 %	10 %	8 %	8 %	7 %
> 24 %	7 %	4 %	6 %	4 %
neutral/weiss nicht	44 %	43 %	37 %	39 %

7.27. Soll der Finanz- und Lastenausgleich verstärkt werden?

Eine relative Mehrheit von 38 % der Schweizer Bevölkerung spricht sich für eine Verstärkung des Finanz- und Lastenausgleichs aus. 33 % der Schweizer Bevölkerung sind dagegen und ein hoher Anteil von 28 % ist unentschlossen. Der Geberkanton Schwyz spricht sich mit 69 % am deutlichsten gegen eine Verstärkung des Finanz- und Lastenausgleichs aus. Auch im Kanton Zürich und der Zentralschweiz überwiegen die Gegner deutlich. In den beiden Nehmerkantone Jura und Neuenburg spricht sich eine absolute Mehrheit von 52 % für eine Verstärkung aus. Mit höherem Alter und Bildung steigt relativ gesehen der Befürworteranteil. Hingegen ist eine relative Mehrheit von Personen mit tiefen Einkommen für eine Verstärkung, während eine relative Mehrheit der Personen mit hohen Einkommen gegen eine Verstärkung sind.

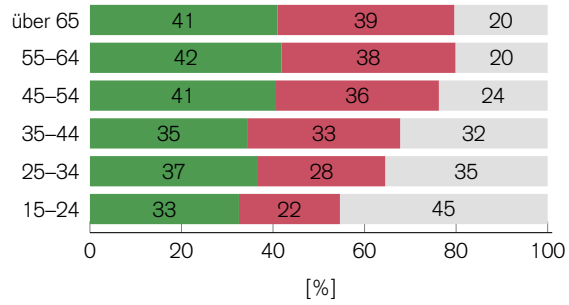
Ja Nein neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



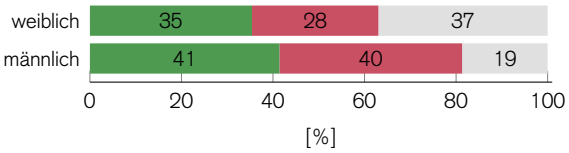
	Total
Ja	38 %
Nein	33 %
neutral/weiss nicht	28 %

Alter



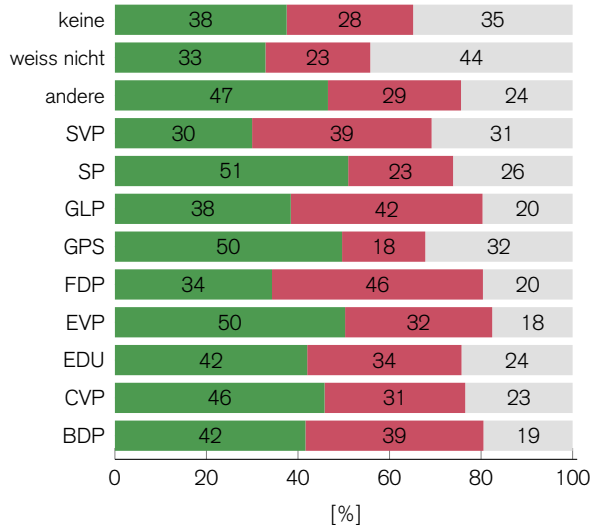
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Ja	33 %	37 %	35 %	41 %	42 %	41 %
Nein	22 %	28 %	33 %	36 %	38 %	39 %
neutral/weiss nicht	45 %	35 %	32 %	24 %	20 %	20 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Ja	41 %	35 %
Nein	40 %	28 %
neutral/weiss nicht	19 %	37 %

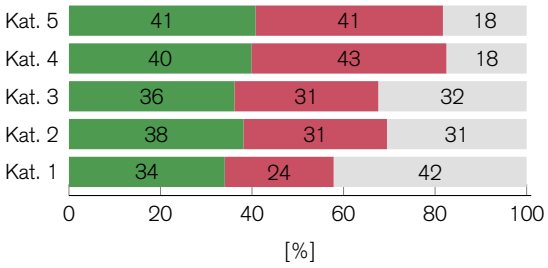
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	42 %	46 %	42 %	50 %	34 %	50 %	38 %
Nein	39 %	31 %	34 %	32 %	46 %	18 %	42 %
neutral/weiss nicht	19 %	23 %	24 %	18 %	20 %	32 %	20 %

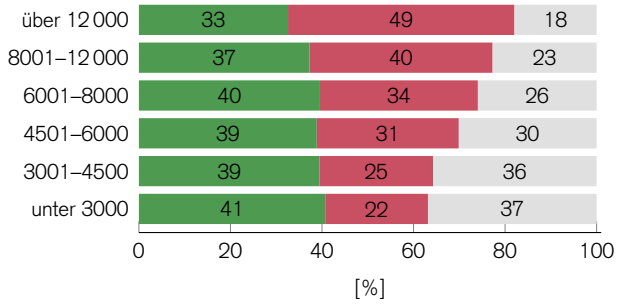
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Ja	51 %	30 %	47 %	33 %	38 %
Nein	23 %	39 %	29 %	23 %	28 %
neutral/weiss nicht	26 %	31 %	24 %	44 %	35 %

Bildung



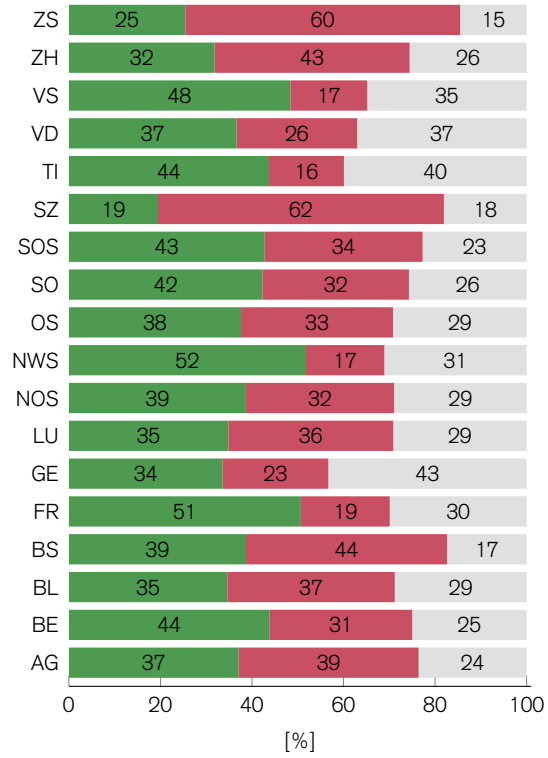
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	34 %	38 %	36 %	40 %	41 %
Nein	24 %	31 %	31 %	43 %	41 %
neutral/weiss nicht	42 %	31 %	32 %	18 %	18 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Ja	41 %	39 %	39 %	40 %	37 %	33 %
Nein	22 %	25 %	31 %	34 %	40 %	49 %
neutral/weiss nicht	37 %	36 %	30 %	26 %	23 %	18 %

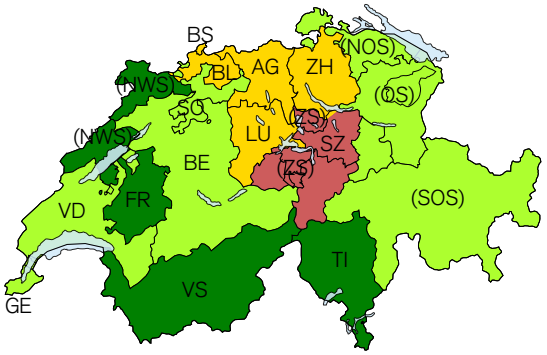
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	37 %	44 %	35 %	39 %	51 %	34 %	35 %
Nein	39 %	31 %	37 %	44 %	19 %	23 %	36 %
neutral/weiss nicht	24 %	25 %	29 %	17 %	30 %	43 %	29 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Ja	39 %	52 %	38 %	42 %	43 %	19 %	44 %
Nein	32 %	17 %	33 %	32 %	34 %	62 %	16 %
neutral/weiss nicht	29 %	31 %	29 %	26 %	23 %	18 %	40 %

	VD	VS	ZH	ZS
Ja	37 %	48 %	32 %	25 %
Nein	26 %	17 %	43 %	60 %
neutral/weiss nicht	37 %	35 %	26 %	15 %

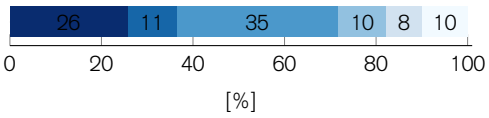


7.28. Wo sehen Sie das grösste Verbesserungspotenzial in der obligatorischen Schule?

Das grösste Verbesserungspotential in der obligatorischen Schule sieht eine relative Mehrheit von 35 % in der Anpassung des Lehrplans. Interessanterweise wird diese Meinung in sämtlichen Parteien, allen Einkommens- und Altersklassen sowie beinahe allen Kantonen von einer relativen Mehrheit vertreten. 26 % der Schweizer Bevölkerung sehen das grösste Verbesserungspotential in einer Anpassung der Anforderungen an die Schüler. Interessant ist, dass vor allem junge, bildungsnahe Personen mit 40 % noch stärker einen Anpassungsbedarf im Lehrplan sehen. Ebenfalls mehr Personen mit hoher Bildung das grösste Verbesserungspotenzial im Lehrplan. Schliesslich existiert im Kanton Tessin sogar eine absolute Mehrheit, die das grösste Verbesserungspotenzial im Lehrplan sehen.

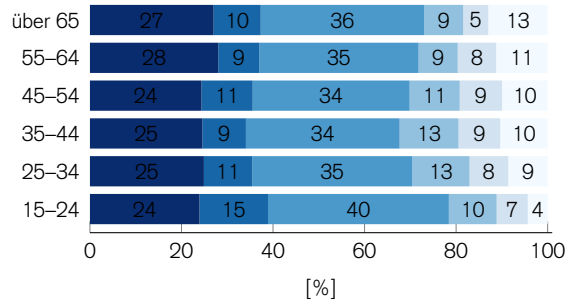
Anpassung der Anforderungen an die Schüler | Anpassung des Beurteilungssystems der Schüler | Anpassung des Lehrplans | Anpassung des Beurteilungs- und Entlohnungssystem der Lehrer | Anderes | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



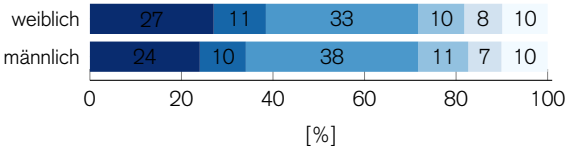
	Total
Anforderungen Schüler	26 %
Beurteilungssystems Schüler	11 %
Lehrplan	35 %
Beurteilungssystem Lehrer	10 %
Anderes	8 %
neutral/weiss nicht	10 %

Alter



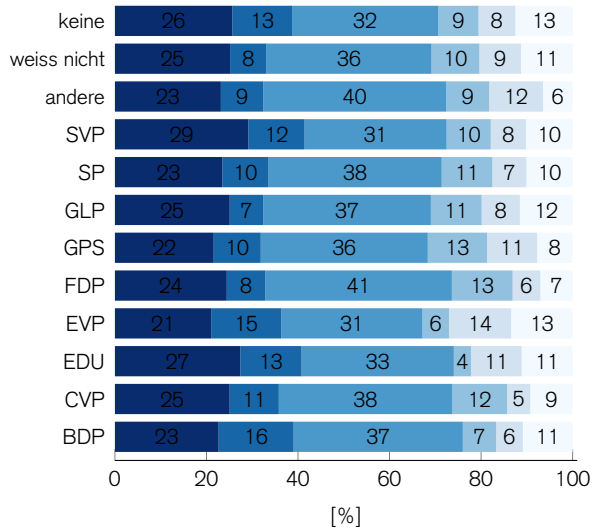
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Anforderungen Schüler	24 %	25 %	25 %	24 %	28 %	27 %
Beurteilungssystems Schüler	15 %	11 %	9 %	11 %	9 %	10 %
Lehrplan	40 %	35 %	34 %	34 %	35 %	36 %
Beurteilungssystem Lehrer	10 %	13 %	13 %	11 %	9 %	9 %
Anderes	7 %	8 %	9 %	9 %	8 %	5 %
neutral/weiss nicht	4 %	9 %	10 %	10 %	11 %	13 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Anforderungen Schüler	24 %	27 %
Beurteilungssystems Schüler	10 %	11 %
Lehrplan	38 %	33 %
Beurteilungssystem Lehrer	11 %	10 %
Anderes	7 %	8 %
neutral/weiss nicht	10 %	10 %

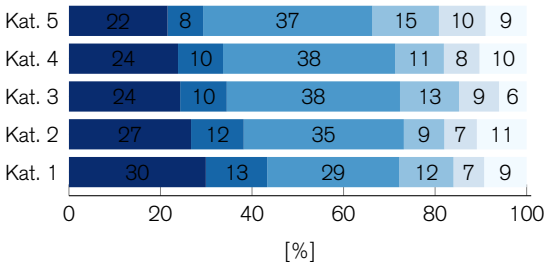
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Anforderungen Schüler	23 %	25 %	27 %	21 %	24 %	22 %	25 %
Beurteilungssystems Schüler	16 %	11 %	13 %	15 %	8 %	10 %	7 %
Lehrplan	37 %	38 %	33 %	31 %	41 %	36 %	37 %
Beurteilungssystem Lehrer	7 %	12 %	4 %	6 %	13 %	13 %	11 %
Anderes	6 %	5 %	11 %	14 %	6 %	11 %	8 %
neutral/weiss nicht	11 %	9 %	11 %	13 %	7 %	8 %	12 %

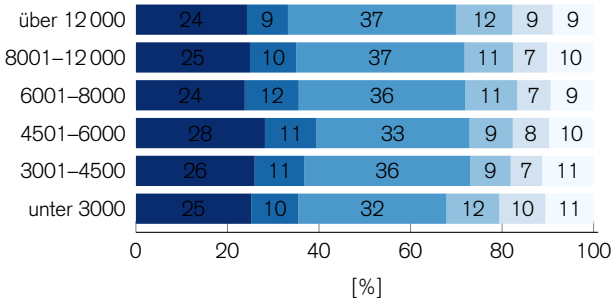
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Anforderungen Schüler	23 %	29 %	23 %	25 %	26 %
Beurteilungssystems Schüler	10 %	12 %	9 %	8 %	13 %
Lehrplan	38 %	31 %	40 %	36 %	32 %
Beurteilungssystem Lehrer	11 %	10 %	9 %	10 %	9 %
Anderes	7 %	8 %	12 %	9 %	8 %
neutral/weiss nicht	10 %	10 %	6 %	11 %	13 %

Bildung



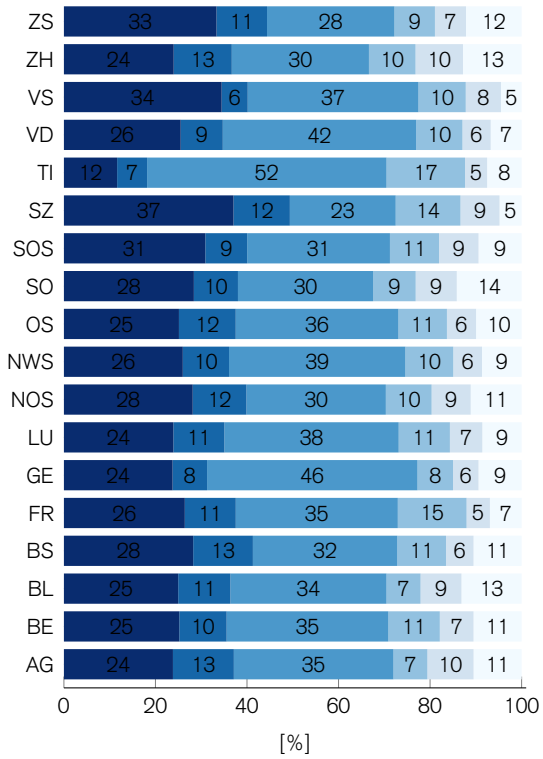
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Anforderungen Schüler	30 %	27 %	24 %	24 %	22 %
Beurteilungssystems Schüler	13 %	12 %	10 %	10 %	8 %
Lehrplan	29 %	35 %	38 %	38 %	37 %
Beurteilungssystem Lehrer	12 %	9 %	13 %	11 %	15 %
Anderes	7 %	7 %	9 %	8 %	10 %
neutral/weiss nicht	9 %	11 %	6 %	10 %	9 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Anforderungen Schüler	25 %	26 %	28 %	24 %	25 %	24 %
Beurteilungssystems Schüler	10 %	11 %	11 %	12 %	10 %	9 %
Lehrplan	32 %	36 %	33 %	36 %	37 %	37 %
Beurteilungssystem Lehrer	12 %	9 %	9 %	11 %	11 %	12 %
Anderes	10 %	7 %	8 %	7 %	7 %	9 %
neutral/weiss nicht	11 %	11 %	10 %	9 %	10 %	9 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Anforderungen Schüler	24 %	25 %	25 %	28 %	26 %	24 %	24 %
Beurteilungssystems Schüler	13 %	10 %	11 %	13 %	11 %	8 %	11 %
Lehrplan	35 %	35 %	34 %	32 %	35 %	46 %	38 %
Beurteilungssystem Lehrer	7 %	11 %	7 %	11 %	15 %	8 %	11 %
Anderes	10 %	7 %	9 %	6 %	5 %	6 %	7 %
neutral/weiss nicht	11 %	11 %	13 %	11 %	7 %	9 %	9 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Anforderungen Schüler	28 %	26 %	25 %	28 %	31 %	37 %	12 %
Beurteilungssystems Schüler	12 %	10 %	12 %	10 %	9 %	12 %	7 %
Lehrplan	30 %	39 %	36 %	30 %	31 %	23 %	52 %
Beurteilungssystem Lehrer	10 %	10 %	11 %	9 %	11 %	14 %	17 %
Anderes	9 %	6 %	6 %	9 %	9 %	9 %	5 %
neutral/weiss nicht	11 %	9 %	10 %	14 %	9 %	5 %	8 %

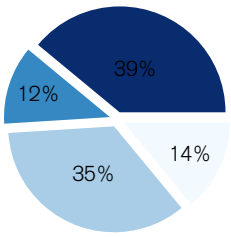
	VD	VS	ZH	ZS
Anforderungen Schüler	26 %	34 %	24 %	33 %
Beurteilungssystems Schüler	9 %	6 %	13 %	11 %
Lehrplan	42 %	37 %	30 %	28 %
Beurteilungssystem Lehrer	10 %	10 %	10 %	9 %
Anderes	6 %	8 %	10 %	7 %
neutral/weiss nicht	7 %	5 %	13 %	12 %

7.29. Wie sollen die Anforderungen an die Schüler in der obligatorischen Schule verändert werden?

39 % der Schweizer Bevölkerung sprechen sich für höhere Anforderungen an die Schüler aus, während 35 % keine Änderungen wollen. Nur sehr wenige 12 % sind der Meinung, dass die Schüler überlastet sind und die Anforderungen gesenkt werden sollten. Jedoch steigt der Anteil der Personen, die die Anforderungen an die Schüler reduzieren wollen mit sinkendem Alter und tieferem Bildungsniveau und Einkommen. Gleichzeitig steigt der Anteil bzgl. einer Erhöhung der Anforderungen mit dem Bildungsniveau und Einkommen stark an. Die Wähler bürgerlicher Parteien sprechen sich tendenziell stärker für eine Erhöhung der Anforderungen aus als die Wähler linker Parteien.

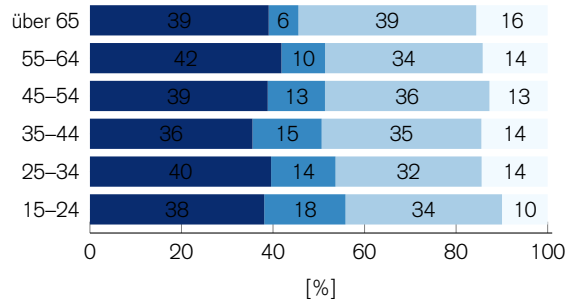
Höhere Anforderungen | Tiefere Anforderungen | Keine Änderung nötig | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



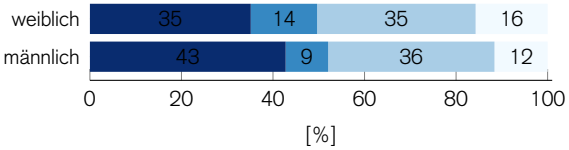
	Total
höher	39 %
tiefer	12 %
keine Änderung	35 %
neutral/weiss nicht	14 %

Alter



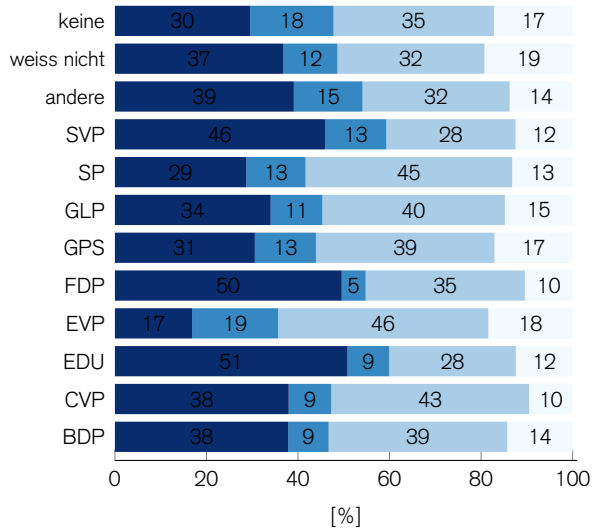
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
höher	38 %	40 %	36 %	39 %	42 %	39 %
tiefer	18 %	14 %	15 %	13 %	10 %	6 %
keine Änderung	34 %	32 %	35 %	36 %	34 %	39 %
neutral/weiss nicht	10 %	14 %	14 %	13 %	14 %	16 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
höher	43 %	35 %
tiefer	9 %	14 %
keine Änderung	36 %	35 %
neutral/weiss nicht	12 %	16 %

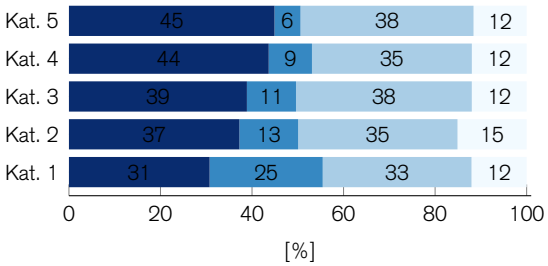
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
höher	38 %	38 %	51 %	17 %	50 %	31 %	34 %
tiefer	9 %	9 %	9 %	19 %	5 %	13 %	11 %
keine Änderung	39 %	43 %	28 %	46 %	35 %	39 %	40 %
neutral/weiss nicht	14 %	10 %	12 %	18 %	10 %	17 %	15 %

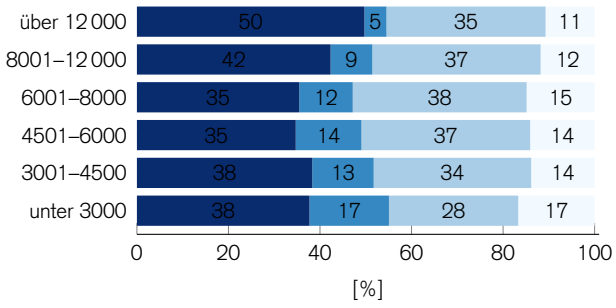
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
höher	29 %	46 %	39 %	37 %	30 %
tiefer	13 %	13 %	15 %	12 %	18 %
keine Änderung	45 %	28 %	32 %	32 %	35 %
neutral/weiss nicht	13 %	12 %	14 %	19 %	17 %

Bildung



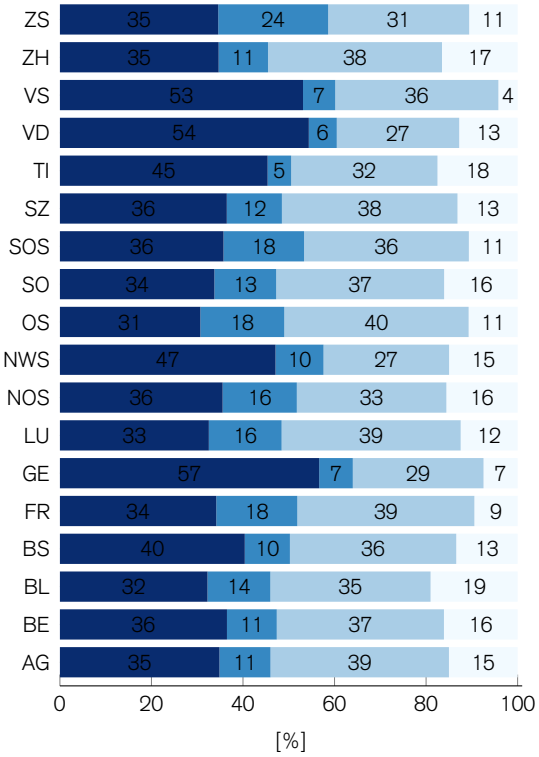
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
höher	31 %	37 %	39 %	44 %	45 %
tiefer	25 %	13 %	11 %	9 %	6 %
keine Änderung	33 %	35 %	38 %	35 %	38 %
neutral/weiss nicht	12 %	15 %	12 %	12 %	12 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
höher	38 %	38 %	35 %	35 %	42 %	50 %
tiefer	17 %	13 %	14 %	12 %	9 %	5 %
keine Änderung	28 %	34 %	37 %	38 %	37 %	35 %
neutral/weiss nicht	17 %	14 %	14 %	15 %	12 %	11 %

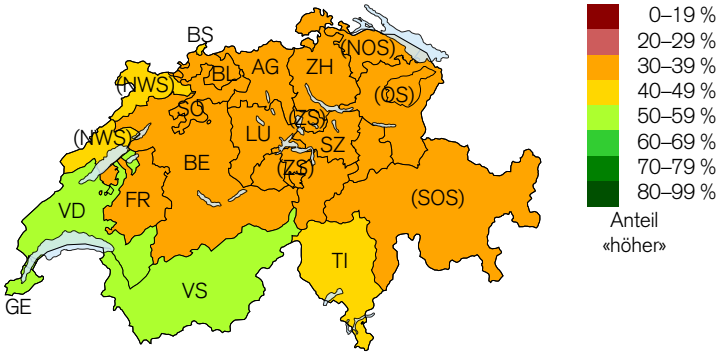
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
höher	35 %	36 %	32 %	40 %	34 %	57 %	33 %
tiefer	11 %	11 %	14 %	10 %	18 %	7 %	16 %
keine Änderung	39 %	37 %	35 %	36 %	39 %	29 %	39 %
neutral/weiss nicht	15 %	16 %	19 %	13 %	9 %	7 %	12 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
höher	36 %	47 %	31 %	34 %	36 %	36 %	45 %
tiefer	16 %	10 %	18 %	13 %	18 %	12 %	5 %
keine Änderung	33 %	27 %	40 %	37 %	36 %	38 %	32 %
neutral/weiss nicht	16 %	15 %	11 %	16 %	11 %	13 %	18 %

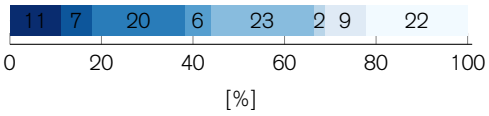
	VD	VS	ZH	ZS
höher	54 %	53 %	35 %	35 %
tiefer	6 %	7 %	11 %	24 %
keine Änderung	27 %	36 %	38 %	31 %
neutral/weiss nicht	13 %	4 %	17 %	11 %



7.30. Wie viele Lektionen pro Woche sollten Primarschüler der 3. und 4. Primarklasse unterrichtet werden?

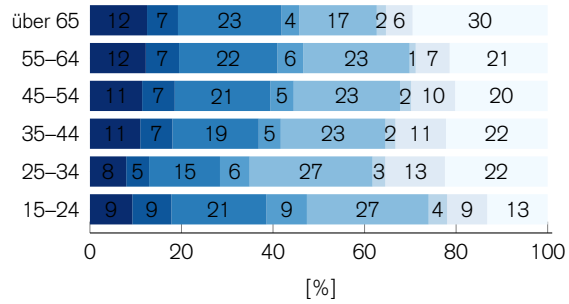
Bzgl. der Frage nach der Anzahl Lektionen pro Woche für Primarschüler der 3. und 4. Klassen ergibt sich eine absolute Mehrheit zwischen 28 und 30 Lektionen. Bürgerliche Parteien fordern eher mehr Lektionen, während linke Parteien weniger Lektionen fordern.

Gesamte Schweiz



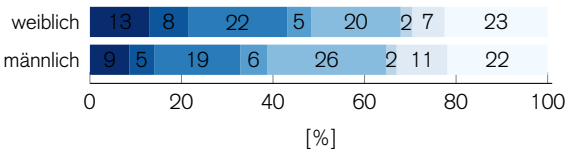
	Total
≤ 26 Lektionen	11 %
27 Lektionen	7 %
28 Lektionen	20 %
29 Lektionen	6 %
30 Lektionen	23 %
31 Lektionen	2 %
≥ 32 Lektionen	9 %
neutral/weiss nicht	22 %

Alter



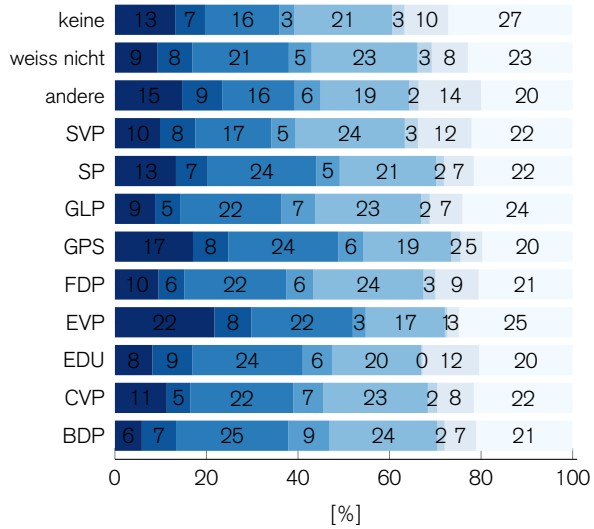
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
≤ 26 Lektionen	9 %	8 %	11 %	11 %	12 %	12 %
27 Lektionen	9 %	5 %	7 %	7 %	7 %	7 %
28 Lektionen	21 %	15 %	19 %	21 %	22 %	23 %
29 Lektionen	9 %	6 %	5 %	5 %	6 %	4 %
30 Lektionen	27 %	27 %	23 %	23 %	23 %	17 %
31 Lektionen	4 %	3 %	2 %	2 %	1 %	2 %
≥ 32 Lektionen	9 %	13 %	11 %	10 %	7 %	6 %
neutral/weiss nicht	13 %	22 %	22 %	20 %	21 %	30 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
≤ 26 Lektionen	9 %	13 %
27 Lektionen	5 %	8 %
28 Lektionen	19 %	22 %
29 Lektionen	6 %	5 %
30 Lektionen	26 %	20 %
31 Lektionen	2 %	2 %
≥ 32 Lektionen	11 %	7 %
neutral/weiss nicht	22 %	23 %

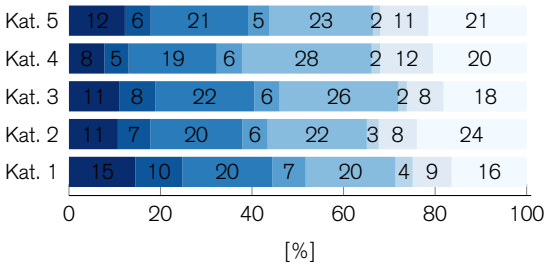
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
≤ 26 Lektionen	6 %	11 %	8 %	22 %	10 %	17 %	9 %
27 Lektionen	7 %	5 %	9 %	8 %	6 %	8 %	5 %
28 Lektionen	25 %	22 %	24 %	22 %	22 %	24 %	22 %
29 Lektionen	9 %	7 %	6 %	3 %	6 %	6 %	7 %
30 Lektionen	24 %	23 %	20 %	17 %	24 %	19 %	23 %
31 Lektionen	2 %	2 %	0 %	1 %	3 %	2 %	2 %
≥ 32 Lektionen	7 %	8 %	12 %	3 %	9 %	5 %	7 %
neutral/weiss nicht	21 %	22 %	20 %	25 %	21 %	20 %	24 %

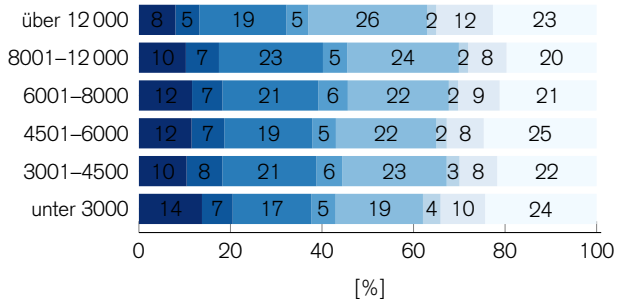
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
≤ 26 Lektionen	13 %	10 %	15 %	9 %	13 %
27 Lektionen	7 %	8 %	9 %	8 %	7 %
28 Lektionen	24 %	17 %	16 %	21 %	16 %
29 Lektionen	5 %	5 %	6 %	5 %	3 %
30 Lektionen	21 %	24 %	19 %	23 %	21 %
31 Lektionen	2 %	3 %	2 %	3 %	3 %
≥ 32 Lektionen	7 %	12 %	14 %	8 %	10 %
neutral/weiss nicht	22 %	22 %	20 %	23 %	27 %

Bildung



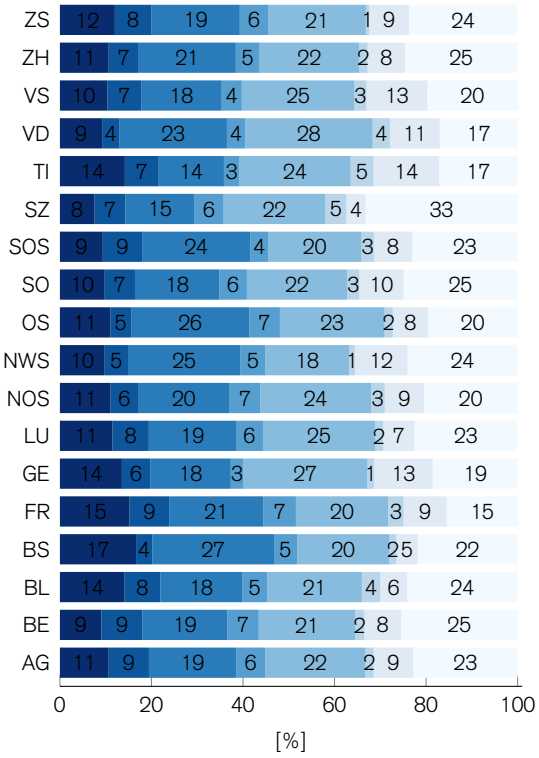
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
≤ 26 Lektionen	15 %	11 %	11 %	8 %	12 %
27 Lektionen	10 %	7 %	8 %	5 %	6 %
28 Lektionen	20 %	20 %	22 %	19 %	21 %
29 Lektionen	7 %	6 %	6 %	6 %	5 %
30 Lektionen	20 %	22 %	26 %	28 %	23 %
31 Lektionen	4 %	3 %	2 %	2 %	2 %
≥ 32 Lektionen	9 %	8 %	8 %	12 %	11 %
neutral/weiss nicht	16 %	24 %	18 %	20 %	21 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
≤ 26 Lektionen	14 %	10 %	12 %	12 %	10 %	8 %
27 Lektionen	7 %	8 %	7 %	7 %	7 %	5 %
28 Lektionen	17 %	21 %	19 %	21 %	23 %	19 %
29 Lektionen	5 %	6 %	5 %	6 %	5 %	5 %
30 Lektionen	19 %	23 %	22 %	22 %	24 %	26 %
31 Lektionen	4 %	3 %	2 %	2 %	2 %	2 %
≥ 32 Lektionen	10 %	8 %	8 %	9 %	8 %	12 %
neutral/weiss nicht	24 %	22 %	25 %	21 %	20 %	23 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
≤ 26 Lektionen	11 %	9 %	14 %	17 %	15 %	14 %	11 %
27 Lektionen	9 %	9 %	8 %	4 %	9 %	6 %	8 %
28 Lektionen	19 %	19 %	18 %	27 %	21 %	18 %	19 %
29 Lektionen	6 %	7 %	5 %	5 %	7 %	3 %	6 %
30 Lektionen	22 %	21 %	21 %	20 %	20 %	27 %	25 %
31 Lektionen	2 %	2 %	4 %	2 %	3 %	1 %	2 %
≥ 32 Lektionen	9 %	8 %	6 %	5 %	9 %	13 %	7 %
neutral/weiss nicht	23 %	25 %	24 %	22 %	15 %	19 %	23 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
≤ 26 Lektionen	11 %	10 %	11 %	10 %	9 %	8 %	14 %
27 Lektionen	6 %	5 %	5 %	7 %	9 %	7 %	7 %
28 Lektionen	20 %	25 %	26 %	18 %	24 %	15 %	14 %
29 Lektionen	7 %	5 %	7 %	6 %	4 %	6 %	3 %
30 Lektionen	24 %	18 %	23 %	22 %	20 %	22 %	24 %
31 Lektionen	3 %	1 %	2 %	3 %	3 %	5 %	5 %
≥ 32 Lektionen	9 %	12 %	8 %	10 %	8 %	4 %	14 %
neutral/weiss nicht	20 %	24 %	20 %	25 %	23 %	33 %	17 %

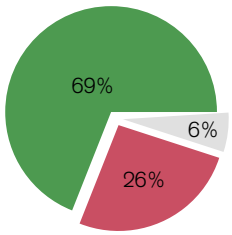
	VD	VS	ZH	ZS
≤ 26 Lektionen	9 %	10 %	11 %	12 %
27 Lektionen	4 %	7 %	7 %	8 %
28 Lektionen	23 %	18 %	21 %	19 %
29 Lektionen	4 %	4 %	5 %	6 %
30 Lektionen	28 %	25 %	22 %	21 %
31 Lektionen	4 %	3 %	2 %	1 %
≥ 32 Lektionen	11 %	13 %	8 %	9 %
neutral/weiss nicht	17 %	20 %	25 %	24 %

7.31. Die Schulleistung der Schüler wird schweizweit ab der ersten Klasse mit Noten bewertet.

Eine deutliche absolute Mehrheit der Schweizer Bevölkerung von 69 % spricht sich für eine schweizweite Bewertung mittels Noten ab der ersten Klasse aus. Interessanterweise sinkt der Anteil der Befürworter mit sinkendem Alter. Von den über 65-Jährigen gehören 76 % zu den Befürwortern, währendem in der Altersklasse der 15 bis 24-Jährigen sich nur noch 55 % dafür aussprechen. Die Wähler fast aller Parteien sind mit einer absoluten Mehrheit der Meinung, dass schweizweit die Schulleistung ab der ersten Klasse mit Noten bewertet werden soll. Lediglich die Wähler der Grünen sind mit 51 % dagegen.

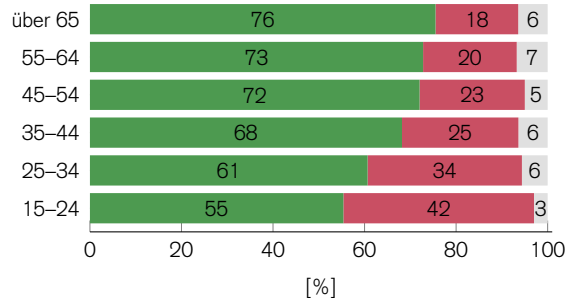
Bin dafür | Bin dagegen | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



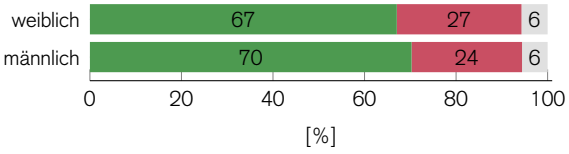
	Total
Bin dafür	69 %
Bin dagegen	26 %
neutral/weiss nicht	6 %

Alter



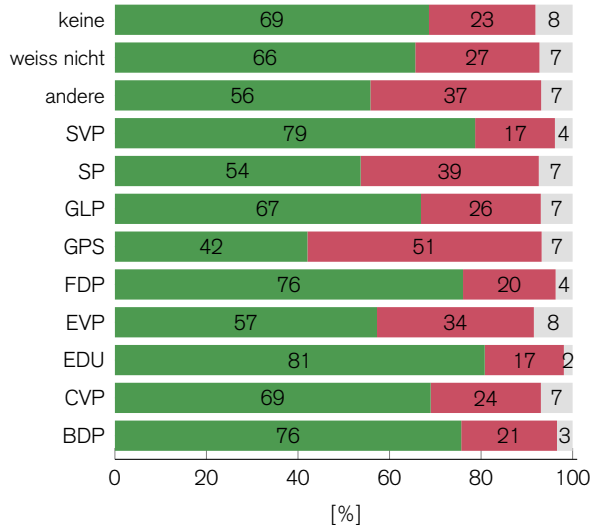
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	55 %	61 %	68 %	72 %	73 %	76 %
Bin dagegen	42 %	34 %	25 %	23 %	20 %	18 %
neutral/weiss nicht	3 %	6 %	6 %	5 %	7 %	6 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	70 %	67 %
Bin dagegen	24 %	27 %
neutral/weiss nicht	6 %	6 %

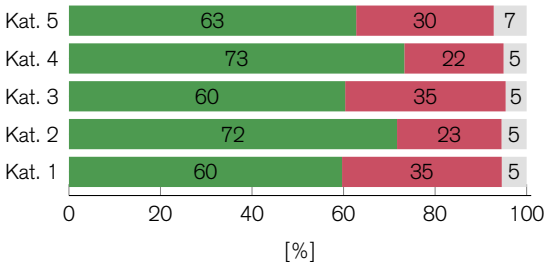
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	76 %	69 %	81 %	57 %	76 %	42 %	67 %
Bin dagegen	21 %	24 %	17 %	34 %	20 %	51 %	26 %
neutral/weiss nicht	3 %	7 %	2 %	8 %	4 %	7 %	7 %

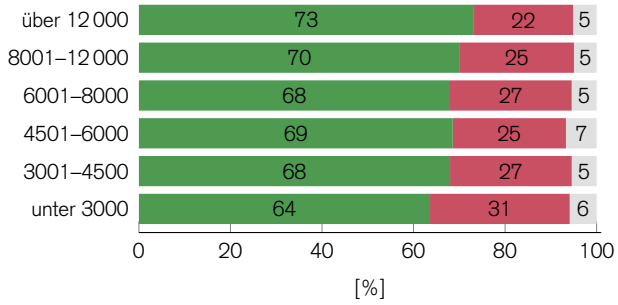
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	54 %	79 %	56 %	66 %	69 %
Bin dagegen	39 %	17 %	37 %	27 %	23 %
neutral/weiss nicht	7 %	4 %	7 %	7 %	8 %

Bildung



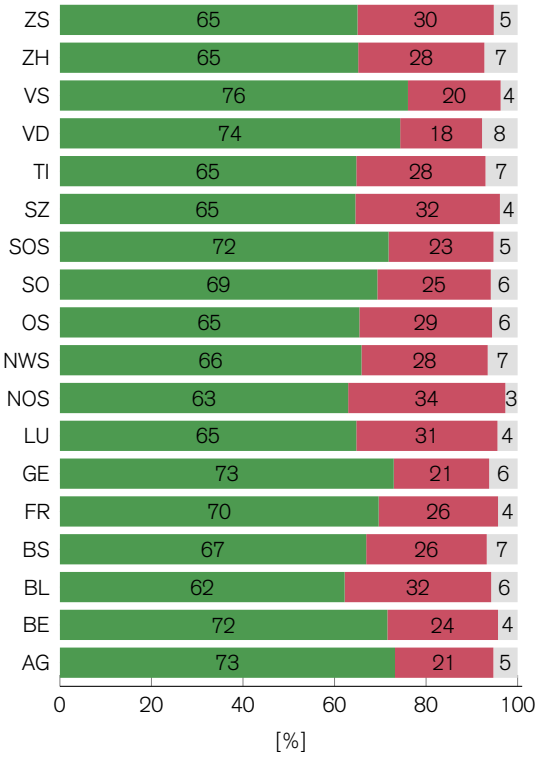
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	60 %	72 %	60 %	73 %	63 %
Bin dagegen	35 %	23 %	35 %	22 %	30 %
neutral/weiss nicht	5 %	5 %	5 %	5 %	7 %

Einkommen

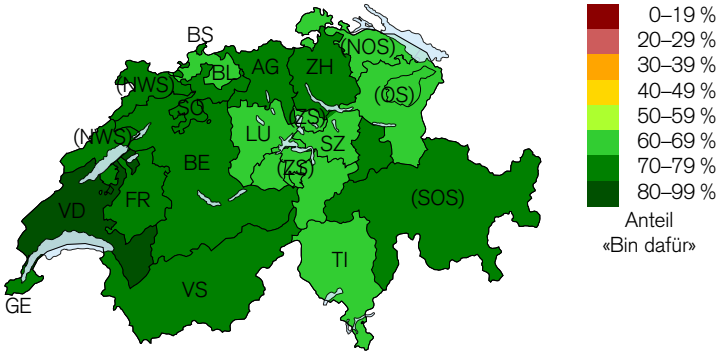


	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	64 %	68 %	69 %	68 %	70 %	73 %
Bin dagegen	31 %	27 %	25 %	27 %	25 %	22 %
neutral/weiss nicht	6 %	5 %	7 %	5 %	5 %	5 %

Kanton



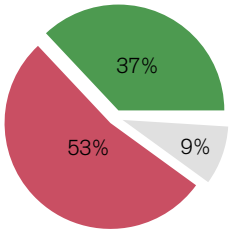
	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	73 %	72 %	62 %	67 %	70 %	73 %	65 %
Bin dagegen	21 %	24 %	32 %	26 %	26 %	21 %	31 %
neutral/weiss nicht	5 %	4 %	6 %	7 %	4 %	6 %	4 %
	NOS	**NWS**	**OS**	**SO**	**SOS**	**SZ**	**TI**
Bin dafür	63 %	66 %	65 %	69 %	72 %	65 %	65 %
Bin dagegen	34 %	28 %	29 %	25 %	23 %	32 %	28 %
neutral/weiss nicht	3 %	7 %	6 %	6 %	5 %	4 %	7 %
	VD	**VS**	**ZH**	**ZS**			
Bin dafür	74 %	76 %	65 %	65 %			
Bin dagegen	18 %	20 %	28 %	30 %			
neutral/weiss nicht	8 %	4 %	7 %	5 %			



7.32. Primarschüler werden von Fächern, in denen sie ungenügend sind, notenbefreit und erhalten dafür individuelle Lernziele, nach denen sie bewertet werden.

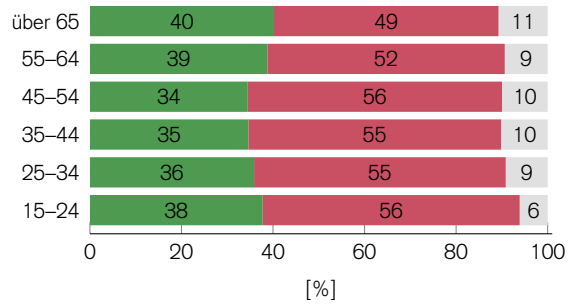
Eine absolute Mehrheit der Schweizer Bevölkerung von 53 % spricht sich gegen eine Notenbefreiung ungenügender Schüler aus. Eine Minderheit von 37 % befürwortet den Ansatz. Der Anteil der Befürworter ist tiefer, je höher die Einkommensklasse. Selbst in der tiefsten Einkommensklasse bilden die Gegner der Notenbefreiung jedoch eine relative Mehrheit von 48 %. Lediglich die Wähler der SP und der GPS sprechen sich mit absoluten Mehrheiten für eine Notenbefreiung aus. Die Wähler der EVP sind mit einer relativen Mehrheit dafür. Bei den Wählern der Mitteparteien und des bürgerlichen Lagers wird der Ansatz jedoch abgelehnt. Die Wähler der SVP und der FDP sprechen sich mit deutlichen Mehrheiten von über 65 % dagegen aus.

Gesamte Schweiz



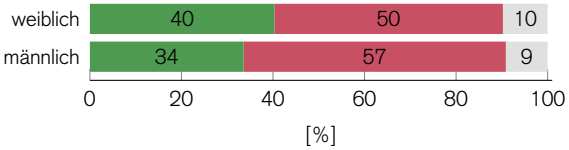
	Total
Bin dafür	37 %
Bin dagegen	53 %
neutral/weiss nicht	9 %

Alter



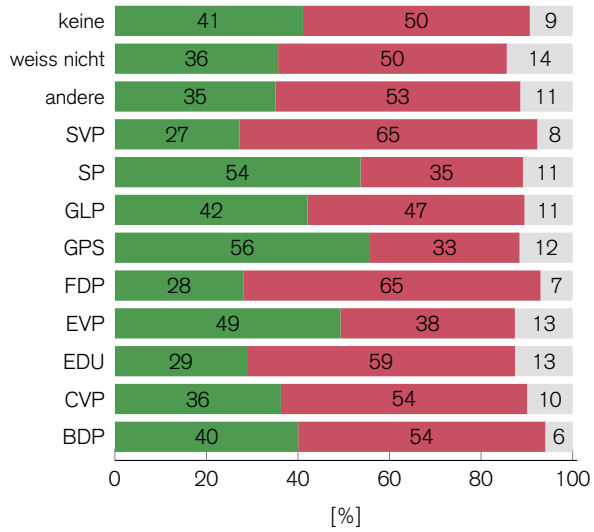
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	38 %	36 %	35 %	34 %	39 %	40 %
Bin dagegen	56 %	55 %	55 %	56 %	52 %	49 %
neutral/weiss nicht	6 %	9 %	10 %	10 %	9 %	11 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	34 %	40 %
Bin dagegen	57 %	50 %
neutral/weiss nicht	9 %	10 %

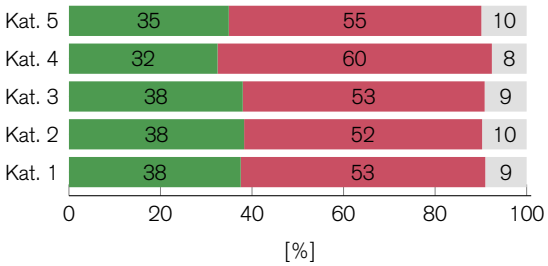
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	40 %	36 %	29 %	49 %	28 %	56 %	42 %
Bin dagegen	54 %	54 %	59 %	38 %	65 %	33 %	47 %
neutral/weiss nicht	6 %	10 %	13 %	13 %	7 %	12 %	11 %

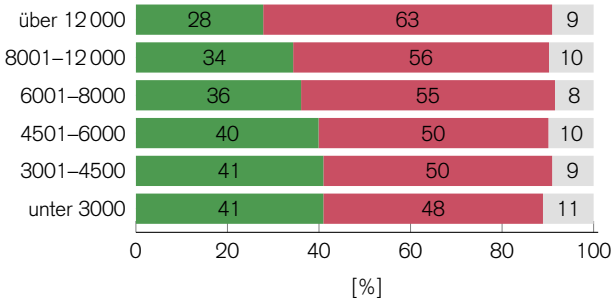
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	54 %	27 %	35 %	36 %	41 %
Bin dagegen	35 %	65 %	53 %	50 %	50 %
neutral/weiss nicht	11 %	8 %	11 %	14 %	9 %

Bildung



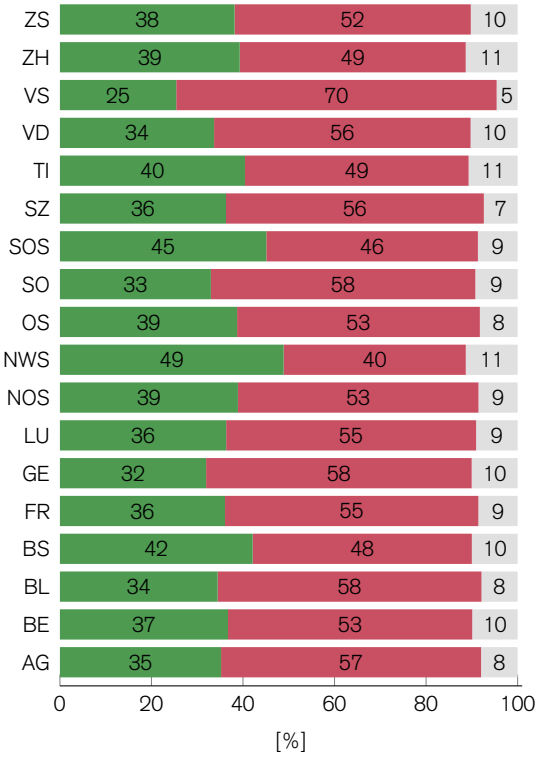
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	38 %	38 %	38 %	32 %	35 %
Bin dagegen	53 %	52 %	53 %	60 %	55 %
neutral/weiss nicht	9 %	10 %	9 %	8 %	10 %

Einkommen

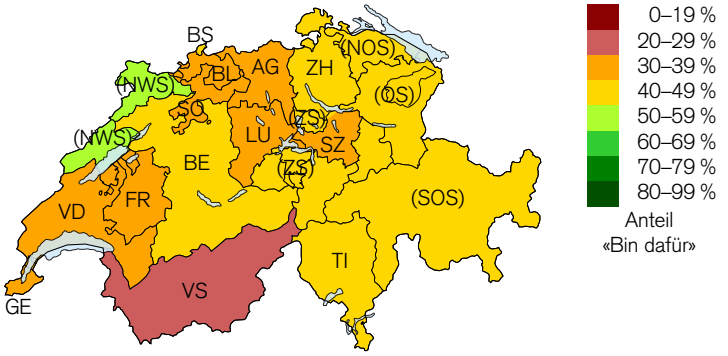


	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	41 %	41 %	40 %	36 %	34 %	28 %
Bin dagegen	48 %	50 %	50 %	55 %	56 %	63 %
neutral/weiss nicht	11 %	9 %	10 %	8 %	10 %	9 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	35 %	37 %	34 %	42 %	36 %	32 %	36 %
Bin dagegen	57 %	53 %	58 %	48 %	55 %	58 %	55 %
neutral/weiss nicht	8 %	10 %	8 %	10 %	9 %	10 %	9 %
	NOS	**NWS**	**OS**	**SO**	**SOS**	**SZ**	**TI**
Bin dafür	39 %	49 %	39 %	33 %	45 %	36 %	40 %
Bin dagegen	53 %	40 %	53 %	58 %	46 %	56 %	49 %
neutral/weiss nicht	9 %	11 %	8 %	9 %	9 %	7 %	11 %
	VD	**VS**	**ZH**	**ZS**			
Bin dafür	34 %	25 %	39 %	38 %			
Bin dagegen	56 %	70 %	49 %	52 %			
neutral/weiss nicht	10 %	5 %	11 %	10 %			

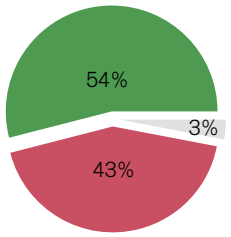


7.33. Sollen die Schüler bereits in der Primarschule zwei Fremdsprachen lernen?

Eine absolute Mehrheit der Schweizer Bevölkerung von 54 % spricht sich dafür aus, dass bereits in der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Eine Minderheit von 43 % ist dagegen wobei 3 % dieser Frage neutral gegenüberstehen. Vor allem unter den Wählern der SP (63 %), GPS (62 %) und der FDP (60 %) ist eine hohe Akzeptanz auszumachen. Einzig die Wähler der SVP, EVP und EDU sind mit einer absoluten Mehrheit dagegen. Gemäss der kantonalen Aufspaltung sind grössere Divergenzen zu beobachten.

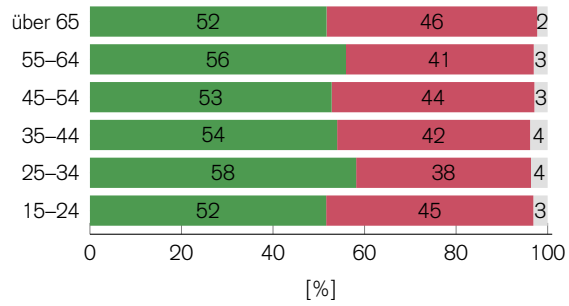
Ja Nein neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



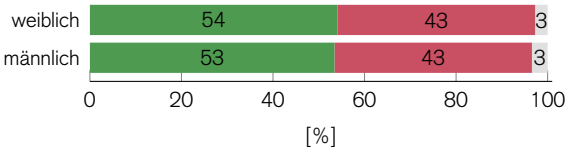
	Total
Ja	54 %
Nein	43 %
neutral/weiss nicht	3 %

Alter



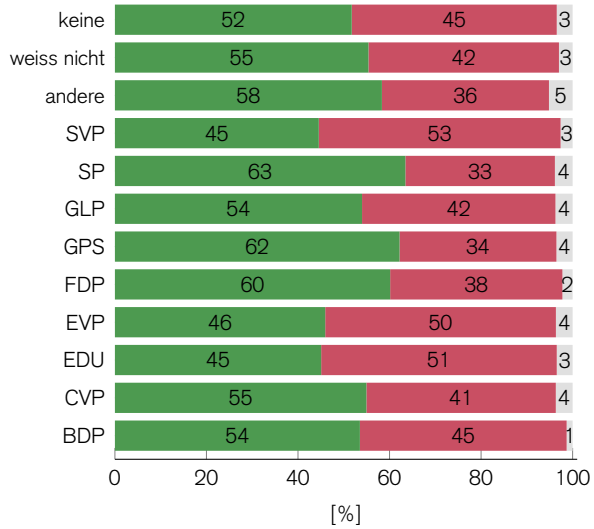
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Ja	52 %	58 %	54 %	53 %	56 %	52 %
Nein	45 %	38 %	42 %	44 %	41 %	46 %
neutral/weiss nicht	3 %	4 %	4 %	3 %	3 %	2 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Ja	53 %	54 %
Nein	43 %	43 %
neutral/weiss nicht	3 %	3 %

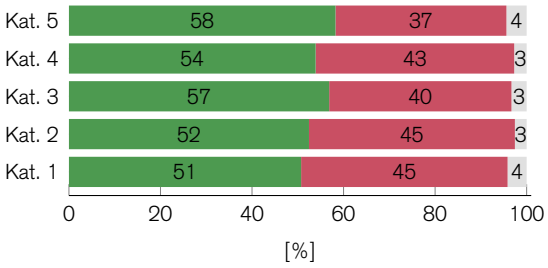
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Ja	54 %	55 %	45 %	46 %	60 %	62 %	54 %
Nein	45 %	41 %	51 %	50 %	38 %	34 %	42 %
neutral/weiss nicht	1 %	4 %	3 %	4 %	2 %	4 %	4 %

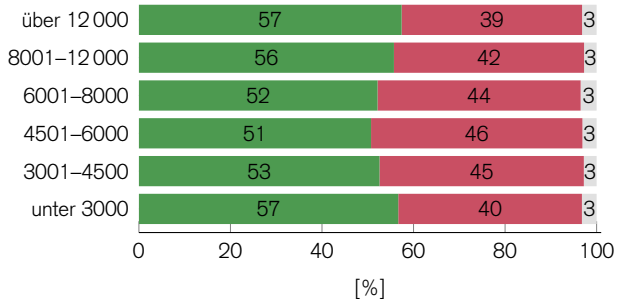
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Ja	63 %	45 %	58 %	55 %	52 %
Nein	33 %	53 %	36 %	42 %	45 %
neutral/weiss nicht	4 %	3 %	5 %	3 %	3 %

Bildung



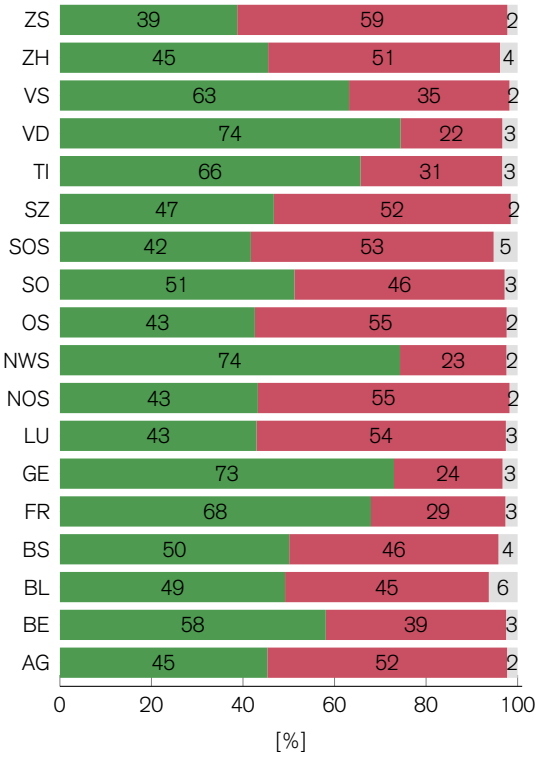
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Ja	51 %	52 %	57 %	54 %	58 %
Nein	45 %	45 %	40 %	43 %	37 %
neutral/weiss nicht	4 %	3 %	3 %	3 %	4 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Ja	57 %	53 %	51 %	52 %	56 %	57 %
Nein	40 %	45 %	46 %	44 %	42 %	39 %
neutral/weiss nicht	3 %	3 %	3 %	3 %	3 %	3 %

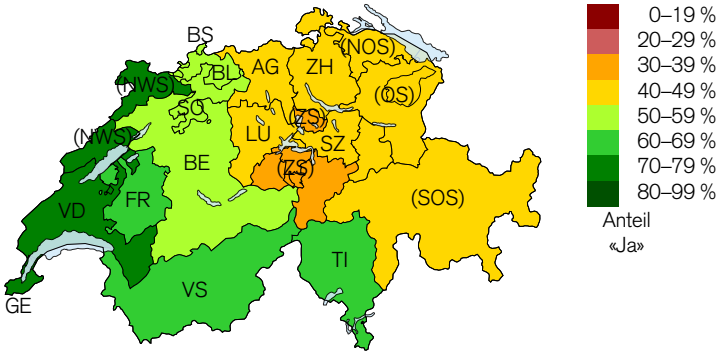
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Ja	45 %	58 %	49 %	50 %	68 %	73 %	43 %
Nein	52 %	39 %	45 %	46 %	29 %	24 %	54 %
neutral/weiss nicht	2 %	3 %	6 %	4 %	3 %	3 %	3 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Ja	43 %	74 %	43 %	51 %	42 %	47 %	66 %
Nein	55 %	23 %	55 %	46 %	53 %	52 %	31 %
neutral/weiss nicht	2 %	2 %	2 %	3 %	5 %	2 %	3 %

	VD	VS	ZH	ZS
Ja	74 %	63 %	45 %	39 %
Nein	22 %	35 %	51 %	59 %
neutral/weiss nicht	3 %	2 %	4 %	2 %

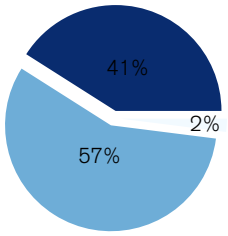


7.34. Welche Fremdsprache soll als erste Fremdsprache unterrichtet werden?

Lediglich 41 % wählten Englisch als erste zu unterrichtende Fremdsprache. Eine absolute Mehrheit von 57 % spricht sich für eine der vier Landessprachen aus wobei sich dieser Frage gegenüber 2 % neutral verhalten. Mit steigendem Alter wird vermehrt eine andere Landessprache gewählt. Die 15-24 jährigen wählen mit einer Zustimmung von 56 % Englisch als erste Fremdsprache. Die Wähler aller Parteien sind mit einer absoluten Mehrheit für eine 2. Landessprache. Auch mit Anstieg des Bildungsniveaus erhöht sich die Zustimmung für eine 2. Landessprache. Gemäss der kantonalen Aufspaltung sind grössere Divergenzen zu beobachten.

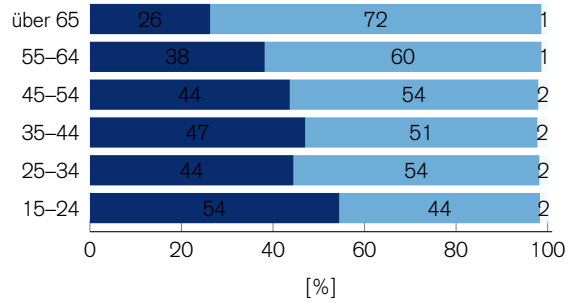
Englisch | Eine andere Landessprache | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



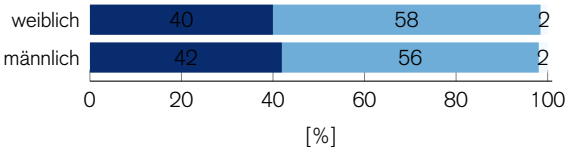
	Total
Englisch	41 %
andere Landessprache	57 %
neutral/weiss nicht	2 %

Alter



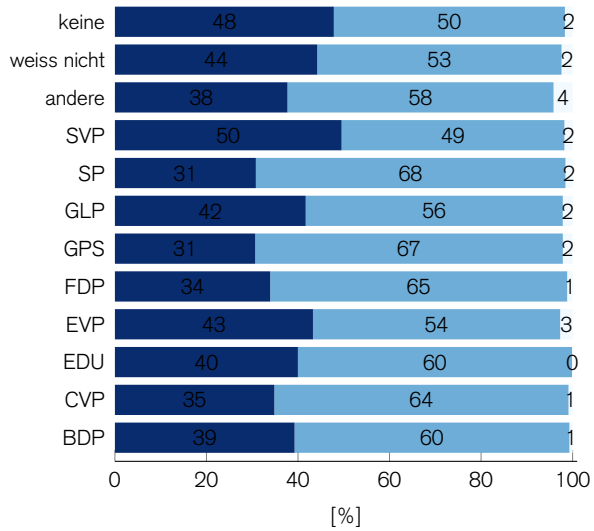
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Englisch	54 %	44 %	47 %	44 %	38 %	26 %
andere Landessprache	44 %	54 %	51 %	54 %	60 %	72 %
neutral/weiss nicht	2 %	2 %	2 %	2 %	1 %	1 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Englisch	42 %	40 %
andere Landessprache	56 %	58 %
neutral/weiss nicht	2 %	2 %

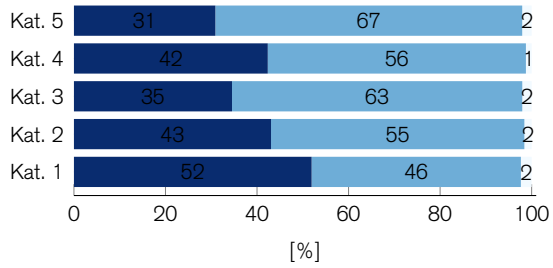
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Englisch	39 %	35 %	40 %	43 %	34 %	31 %	42 %
andere Landessprache	60 %	64 %	60 %	54 %	65 %	67 %	56 %
neutral/weiss nicht	1 %	1 %	0 %	3 %	1 %	2 %	2 %

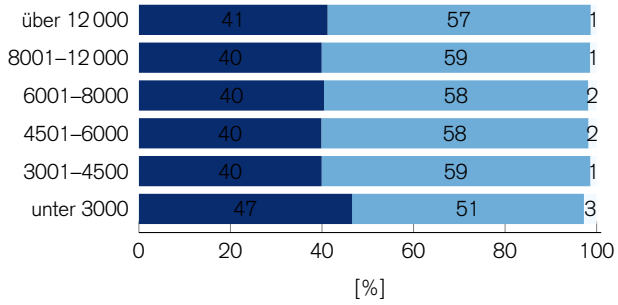
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Englisch	31 %	50 %	38 %	44 %	48 %
andere Landessprache	68 %	49 %	58 %	53 %	50 %
neutral/weiss nicht	2 %	2 %	4 %	2 %	2 %

Bildung



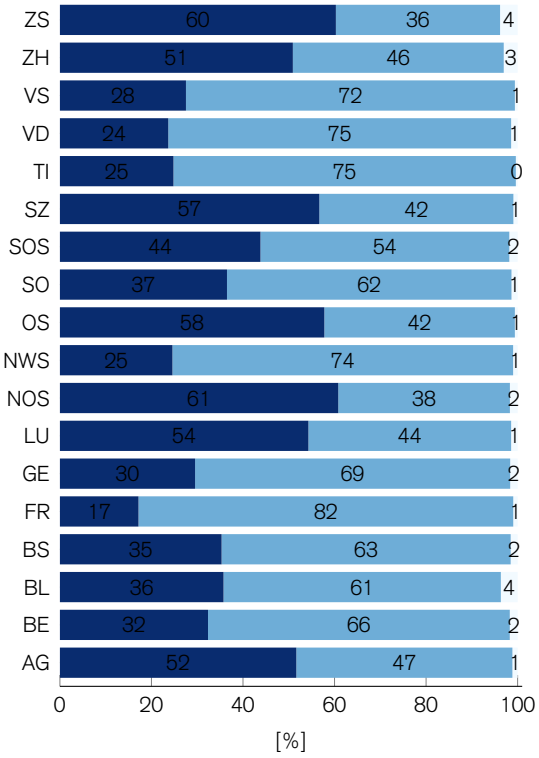
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Englisch	52 %	43 %	35 %	42 %	31 %
andere Landessprache	46 %	55 %	63 %	56 %	67 %
neutral/weiss nicht	2 %	2 %	2 %	1 %	2 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Englisch	47 %	40 %	40 %	40 %	40 %	41 %
andere Landessprache	51 %	59 %	58 %	58 %	59 %	57 %
neutral/weiss nicht	3 %	1 %	2 %	2 %	1 %	1 %

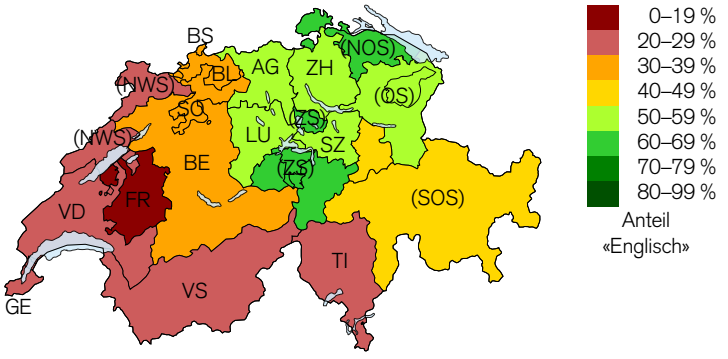
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Englisch	52 %	32 %	36 %	35 %	17 %	30 %	54 %
andere Landessprache	47 %	66 %	61 %	63 %	82 %	69 %	44 %
neutral/weiss nicht	1 %	2 %	4 %	2 %	1 %	2 %	1 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Englisch	61 %	25 %	58 %	37 %	44 %	57 %	25 %
andere Landessprache	38 %	74 %	42 %	62 %	54 %	42 %	75 %
neutral/weiss nicht	2 %	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	0 %

	VD	VS	ZH	ZS
Englisch	24 %	28 %	51 %	60 %
andere Landessprache	75 %	72 %	46 %	36 %
neutral/weiss nicht	1 %	1 %	3 %	4 %

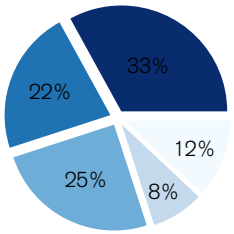


7.35. Welche Fächer sollen in der obligatorischen Schule zukünftig stärker gewichtet werden?

Mit 33 % sprechen sich die meisten Personen dafür aus, dass während der obligatorischen Schulzeit Sprachen stärker gewichtet werden sollen. Naturwissenschaftliche Fächer und Geschichte/Geografie werden von den Umfrageteilnehmern mit 25 % am zweitstärksten gewichtet. Mathematische Fächer folgen mit 22 % auf dem dritten Platz. Vor allem die 15-24 jährigen Umfrageteilnehmer wollen die Sprachen stärker gewichten (39 %). Von den weiblichen Umfrageteilnehmern sprechen sich 28 % für die Sprachen aus wobei es bei den männlichen Umfrageteilnehmern lediglich 27 % sind. Die meisten männlichen Personen fordern ein stärkeres Gewicht auf den mathematischen Fächern. Auch mit steigendem Einkommen und Bildung steigt der Anteil der Befürworter für ein stärkeres Gewicht auf mathematischen Fächern stark an.

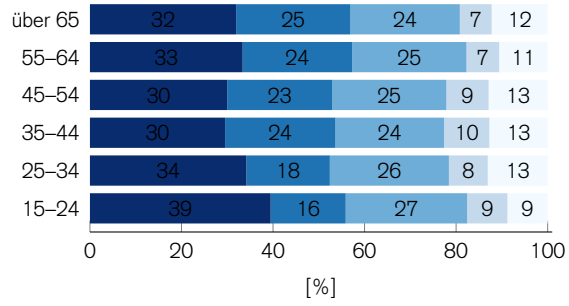
Sprachen | Mathematische Fächer | Naturwissenschaftliche Fächer und Geschichte/Geographie | Andere | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



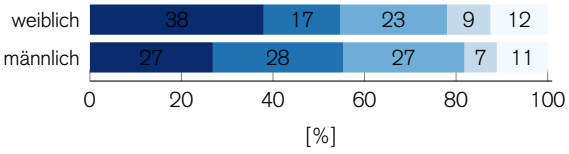
	Total
Sprachen	33 %
math. Fächer	22 %
Naturw./Geschichte/ Geographie	25 %
Andere	8 %
neutral/weiss nicht	12 %

Alter



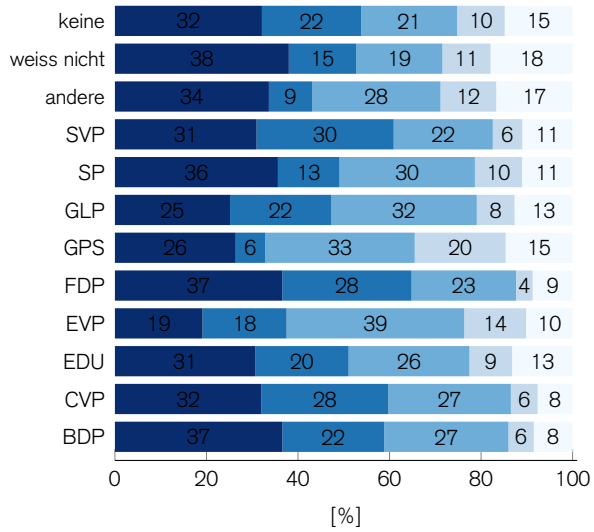
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Sprachen	39 %	34 %	30 %	30 %	33 %	32 %
math. Fächer	16 %	18 %	24 %	23 %	24 %	25 %
Naturw./Geschichte/ Geographie	27 %	26 %	24 %	25 %	25 %	24 %
Andere	9 %	8 %	10 %	9 %	7 %	7 %
neutral/weiss nicht	9 %	13 %	13 %	13 %	11 %	12 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Sprachen	27 %	38 %
math. Fächer	28 %	17 %
Naturw./Geschichte/ Geographie	27 %	23 %
Andere	7 %	9 %
neutral/weiss nicht	11 %	12 %

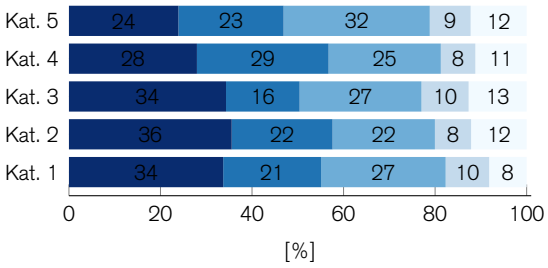
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Sprachen	37 %	32 %	31 %	19 %	37 %	26 %	25 %
math. Fächer	22 %	28 %	20 %	18 %	28 %	6 %	22 %
Naturw./Geschichte/ Geographie	27 %	27 %	26 %	39 %	23 %	33 %	32 %
Andere	6 %	6 %	9 %	14 %	4 %	20 %	8 %
neutral/weiss nicht	8 %	8 %	13 %	10 %	9 %	15 %	13 %

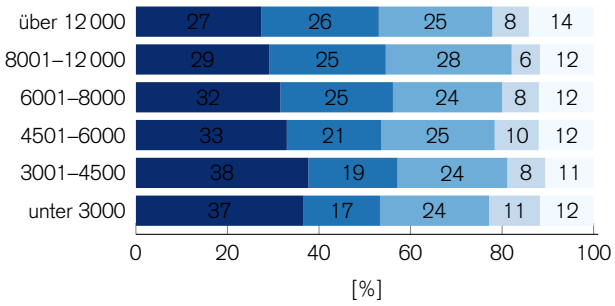
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Sprachen	36 %	31 %	34 %	38 %	32 %
math. Fächer	13 %	30 %	9 %	15 %	22 %
Naturw./Geschichte/ Geographie	30 %	22 %	28 %	19 %	21 %
Andere	10 %	6 %	12 %	11 %	10 %
neutral/weiss nicht	11 %	11 %	17 %	18 %	15 %

Bildung



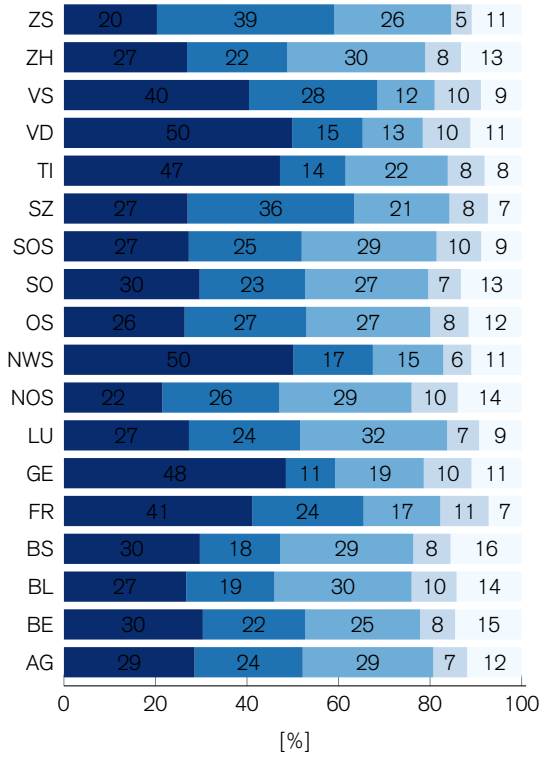
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Sprachen	34 %	36 %	34 %	28 %	24 %
math. Fächer	21 %	22 %	16 %	29 %	23 %
Naturw./Geschichte/ Geographie	27 %	22 %	27 %	25 %	32 %
Andere	10 %	8 %	10 %	8 %	9 %
neutral/weiss nicht	8 %	12 %	13 %	11 %	12 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Sprachen	37 %	38 %	33 %	32 %	29 %	27 %
math. Fächer	17 %	19 %	21 %	25 %	25 %	26 %
Naturw./Geschichte/ Geographie	24 %	24 %	25 %	24 %	28 %	25 %
Andere	11 %	8 %	10 %	8 %	6 %	8 %
neutral/weiss nicht	12 %	11 %	12 %	12 %	12 %	14 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Sprachen	29 %	30 %	27 %	30 %	41 %	48 %	27 %
math. Fächer	24 %	22 %	19 %	18 %	24 %	11 %	24 %
Naturw./Geschichte/ Geographie	29 %	25 %	30 %	29 %	17 %	19 %	32 %
Andere	7 %	8 %	10 %	8 %	11 %	10 %	7 %
neutral/weiss nicht	12 %	15 %	14 %	16 %	7 %	11 %	9 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Sprachen	22 %	50 %	26 %	30 %	27 %	27 %	47 %
math. Fächer	26 %	17 %	27 %	23 %	25 %	36 %	14 %
Naturw./Geschichte/ Geographie	29 %	15 %	27 %	27 %	29 %	21 %	22 %
Andere	10 %	6 %	8 %	7 %	10 %	8 %	8 %
neutral/weiss nicht	14 %	11 %	12 %	13 %	9 %	7 %	8 %

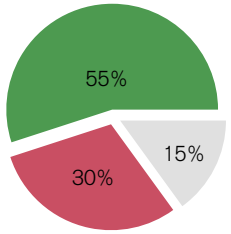
	VD	VS	ZH	ZS
Sprachen	50 %	40 %	27 %	20 %
math. Fächer	15 %	28 %	22 %	39 %
Naturw./Geschichte/ Geographie	13 %	12 %	30 %	26 %
Andere	10 %	10 %	8 %	5 %
neutral/weiss nicht	11 %	9 %	13 %	11 %

7.36. Die Schüler der Sekundarstufe sollen weniger Inhalte und dafür vermehrt Methoden lernen, wie sie beispielsweise Informationen zu einem Thema beschaffen können.

Eine absolute Mehrheit von 55 % ist dafür, dass Schüler auf der Sekundarstufe vermehrt Methoden lernen sollen, wie sie beispielsweise Informationen zu einem Thema beschaffen können. 30 % sprechen sich dagegen aus wobei 15 % demgegenüber neutral eingestellt sind oder darauf nicht antworten wollten. Interessant ist, dass mit steigendem Alter der Befürworteranteil ansteigt.

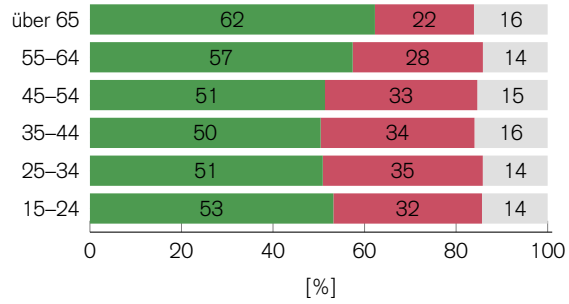
Bin dafür | Bin dagegen | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



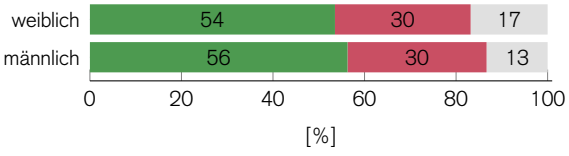
	Total
Bin dafür	55 %
Bin dagegen	30 %
neutral/weiss nicht	15 %

Alter



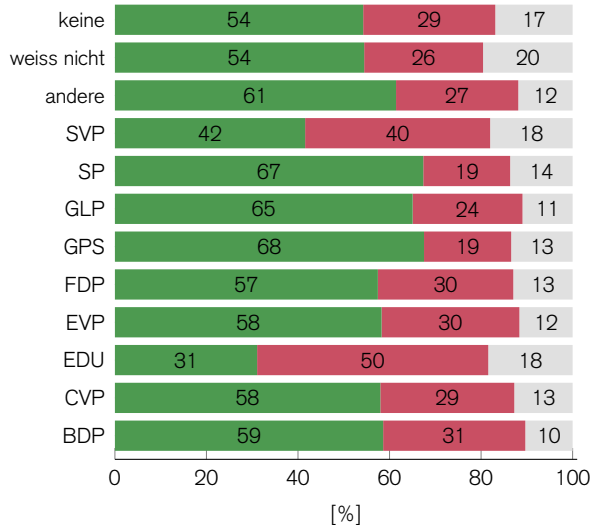
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	53 %	51 %	50 %	51 %	57 %	62 %
Bin dagegen	32 %	35 %	34 %	33 %	28 %	22 %
neutral/weiss nicht	14 %	14 %	16 %	15 %	14 %	16 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	56 %	54 %
Bin dagegen	30 %	30 %
neutral/weiss nicht	13 %	17 %

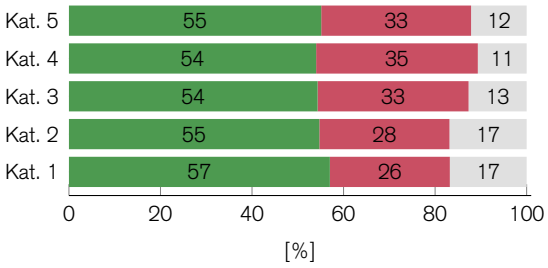
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	59 %	58 %	31 %	58 %	57 %	68 %	65 %
Bin dagegen	31 %	29 %	50 %	30 %	30 %	19 %	24 %
neutral/weiss nicht	10 %	13 %	18 %	12 %	13 %	13 %	11 %

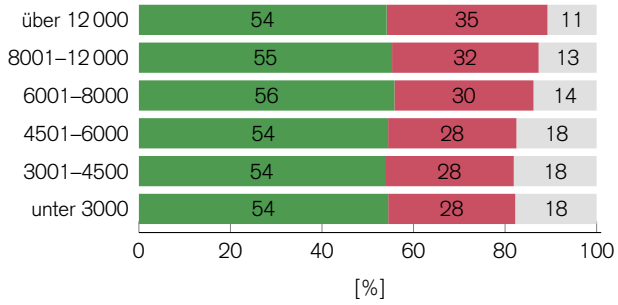
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	67 %	42 %	61 %	54 %	54 %
Bin dagegen	19 %	40 %	27 %	26 %	29 %
neutral/weiss nicht	14 %	18 %	12 %	20 %	17 %

Bildung



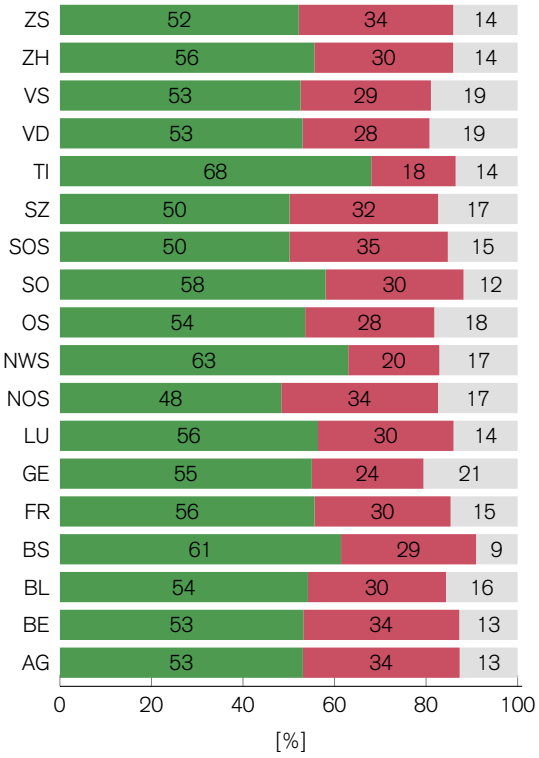
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	57 %	55 %	54 %	54 %	55 %
Bin dagegen	26 %	28 %	33 %	35 %	33 %
neutral/weiss nicht	17 %	17 %	13 %	11 %	12 %

Einkommen

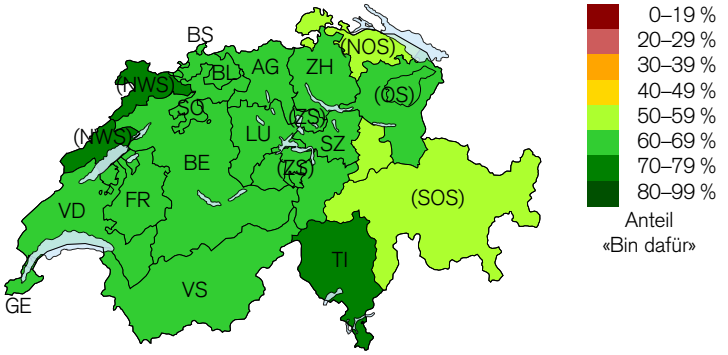


	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	54 %	54 %	54 %	56 %	55 %	54 %
Bin dagegen	28 %	28 %	28 %	30 %	32 %	35 %
neutral/weiss nicht	18 %	18 %	18 %	14 %	13 %	11 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	53 %	53 %	54 %	61 %	56 %	55 %	56 %
Bin dagegen	34 %	34 %	30 %	29 %	30 %	24 %	30 %
neutral/weiss nicht	13 %	13 %	16 %	9 %	15 %	21 %	14 %
	NOS	**NWS**	**OS**	**SO**	**SOS**	**SZ**	**TI**
Bin dafür	48 %	63 %	54 %	58 %	50 %	50 %	68 %
Bin dagegen	34 %	20 %	28 %	30 %	35 %	32 %	18 %
neutral/weiss nicht	17 %	17 %	18 %	12 %	15 %	17 %	14 %
	VD	**VS**	**ZH**	**ZS**			
Bin dafür	53 %	53 %	56 %	52 %			
Bin dagegen	28 %	29 %	30 %	34 %			
neutral/weiss nicht	19 %	19 %	14 %	14 %			

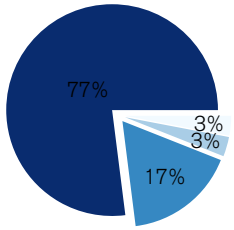


7.37. Das Fach „Staatskunde“ soll eingeführt werden, in dem das politische System der Schweiz und des jeweiligen Kantons gelehrt wird.

Eine absolute Mehrheit von 77 % spricht sich dafür aus, dass das Fach „Staatskunde“ als reguläres Fach auf der Sekundarstufe unterrichtet wird. Weitere 17 % möchten, dass das Fach „Staatskunde“ auf der Stufe Gymnasium/Berufsschule unterrichtet wird. Lediglich 3 % sind gegen die Einführung des Faches „Staatskunde“.

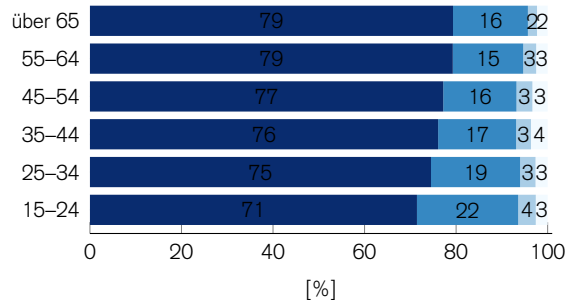
Ja, auf Sekundarstufe | Ja, auf Stufe Gymnasium/Berufsschule | Nein | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



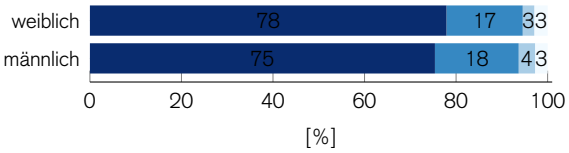
	Total
Sekundarstufe	77 %
Gymnasium/Berufss.	17 %
Nein	3 %
neutral/weiss nicht	3 %

Alter



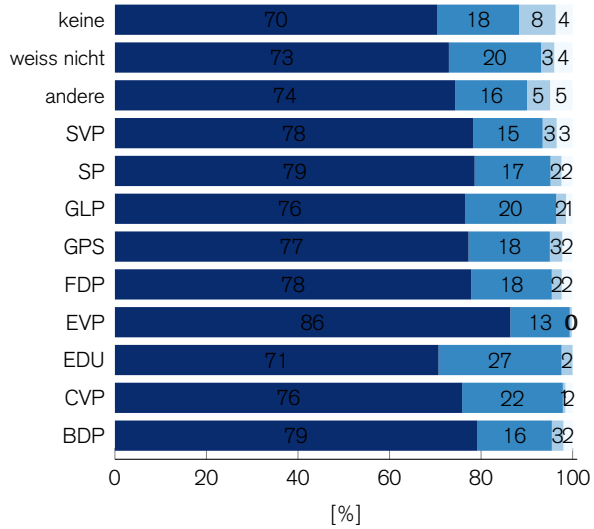
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Sekundarstufe	71 %	75 %	76 %	77 %	79 %	79 %
Gymnasium/Berufss.	22 %	19 %	17 %	16 %	15 %	16 %
Nein	4 %	3 %	3 %	3 %	3 %	2 %
neutral/weiss nicht	3 %	3 %	4 %	3 %	3 %	2 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Sekundarstufe	75 %	78 %
Gymnasium/Berufss.	18 %	17 %
Nein	4 %	3 %
neutral/weiss nicht	3 %	3 %

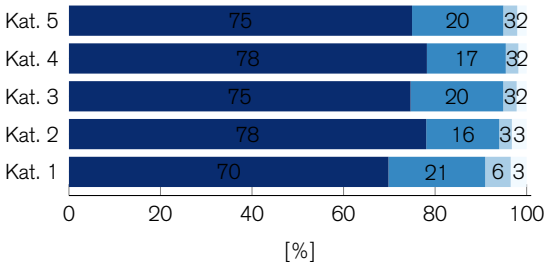
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Sekundarstufe	79 %	76 %	71 %	86 %	78 %	77 %	76 %
Gymnasium/Berufss.	16 %	22 %	27 %	13 %	18 %	18 %	20 %
Nein	3 %	1 %	2 %	0 %	2 %	3 %	2 %
neutral/weiss nicht	2 %	2 %	0 %	0 %	2 %	2 %	1 %

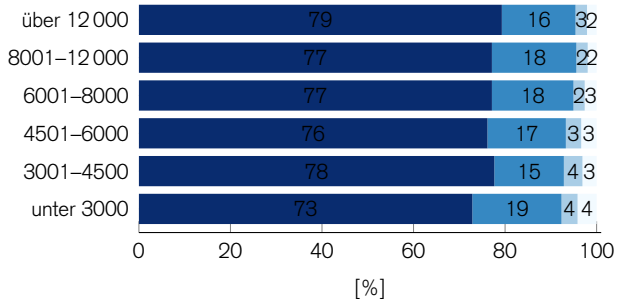
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Sekundarstufe	79 %	78 %	74 %	73 %	70 %
Gymnasium/Berufss.	17 %	15 %	16 %	20 %	18 %
Nein	2 %	3 %	5 %	3 %	8 %
neutral/weiss nicht	2 %	3 %	5 %	4 %	4 %

Bildung



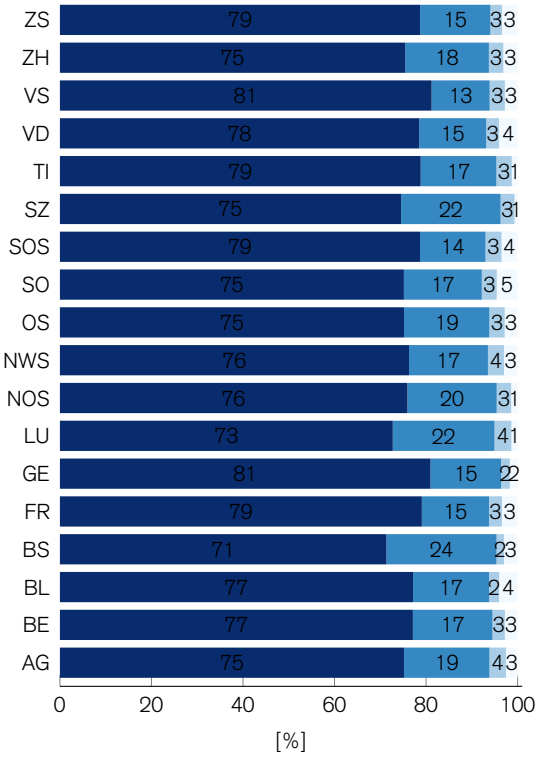
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Sekundarstufe	70 %	78 %	75 %	78 %	75 %
Gymnasium/Berufss.	21 %	16 %	20 %	17 %	20 %
Nein	6 %	3 %	3 %	3 %	3 %
neutral/weiss nicht	3 %	3 %	2 %	2 %	2 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Sekundarstufe	73 %	78 %	76 %	77 %	77 %	79 %
Gymnasium/Berufss.	19 %	15 %	17 %	18 %	18 %	16 %
Nein	4 %	4 %	3 %	2 %	2 %	3 %
neutral/weiss nicht	4 %	3 %	3 %	3 %	2 %	2 %

Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Sekundarstufe	75 %	77 %	77 %	71 %	79 %	81 %	73 %
Gymnasium/Berufss.	19 %	17 %	17 %	24 %	15 %	15 %	22 %
Nein	4 %	3 %	2 %	2 %	3 %	2 %	4 %
neutral/weiss nicht	3 %	3 %	4 %	3 %	3 %	2 %	1 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Sekundarstufe	76 %	76 %	75 %	75 %	79 %	75 %	79 %
Gymnasium/Berufss.	20 %	17 %	19 %	17 %	14 %	22 %	17 %
Nein	3 %	4 %	3 %	3 %	3 %	3 %	3 %
neutral/weiss nicht	1 %	3 %	3 %	5 %	4 %	1 %	1 %

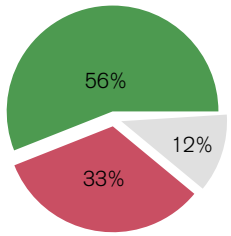
	VD	VS	ZH	ZS
Sekundarstufe	78 %	81 %	75 %	79 %
Gymnasium/Berufss.	15 %	13 %	18 %	15 %
Nein	3 %	3 %	3 %	3 %
neutral/weiss nicht	4 %	3 %	3 %	3 %

7.38. Der Staat misst die Qualität der Bildung von jeder Lehrerin, jedem Lehrer und jeder Schule anhand von einheitlichen Tests, welche die Schüler ausfüllen.

Eine absolute Mehrheit von 56 % ist dafür, dass die Qualität der Bildung von jedem Lehrer und jeder Schule anhand von einheitlichen Tests, welche die Schüler ausfüllen, gemessen wird. 33 % sind dagegen und 12 % wussten nicht wie antworten, bzw. sind der Frage gegenüber neutral eingestellt. Der Befürworteranteil steigt mit steigendem Einkommen.

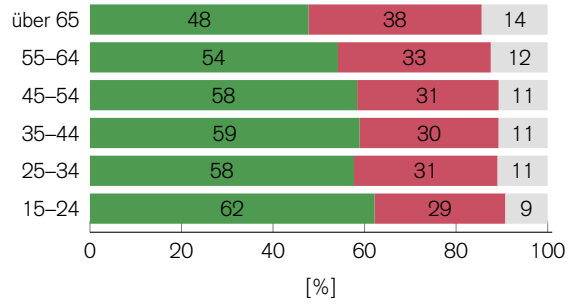
Bin dafür | Bin dagegen | neutral/weiss nicht

Gesamte Schweiz



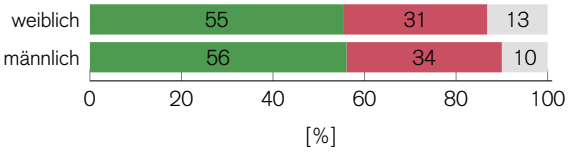
	Total
Bin dafür	56 %
Bin dagegen	33 %
neutral/weiss nicht	12 %

Alter



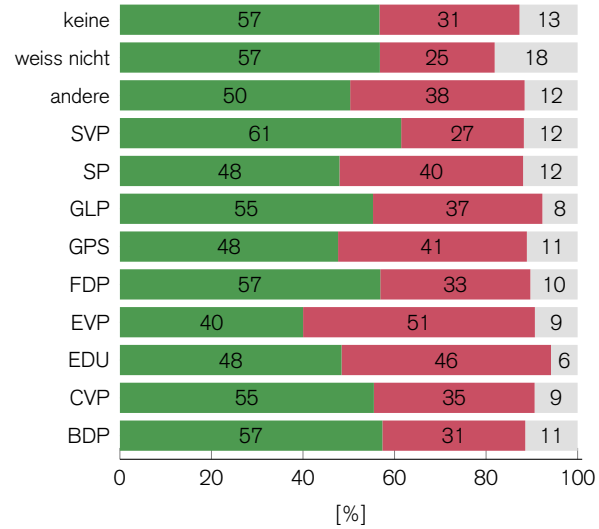
	15–24	25–34	35–44	45–54	55–64	über 65
Bin dafür	62 %	58 %	59 %	58 %	54 %	48 %
Bin dagegen	29 %	31 %	30 %	31 %	33 %	38 %
neutral/weiss nicht	9 %	11 %	11 %	11 %	12 %	14 %

Geschlecht



	männlich	weiblich
Bin dafür	56 %	55 %
Bin dagegen	34 %	31 %
neutral/weiss nicht	10 %	13 %

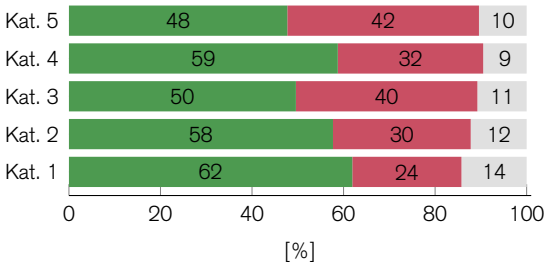
Partei



	BDP	CVP	EDU	EVP	FDP	GPS	GLP
Bin dafür	57 %	55 %	48 %	40 %	57 %	48 %	55 %
Bin dagegen	31 %	35 %	46 %	51 %	33 %	41 %	37 %
neutral/weiss nicht	11 %	9 %	6 %	9 %	10 %	11 %	8 %

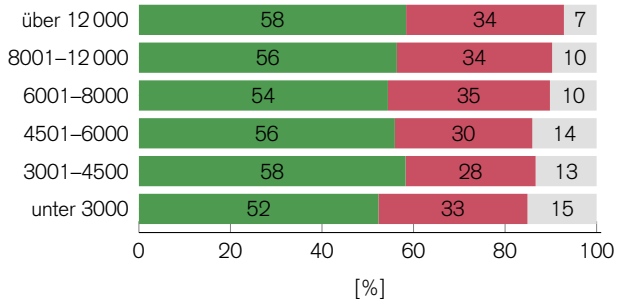
	SP	SVP	andere	weiss nicht	keine
Bin dafür	48 %	61 %	50 %	57 %	57 %
Bin dagegen	40 %	27 %	38 %	25 %	31 %
neutral/weiss nicht	12 %	12 %	12 %	18 %	13 %

Bildung



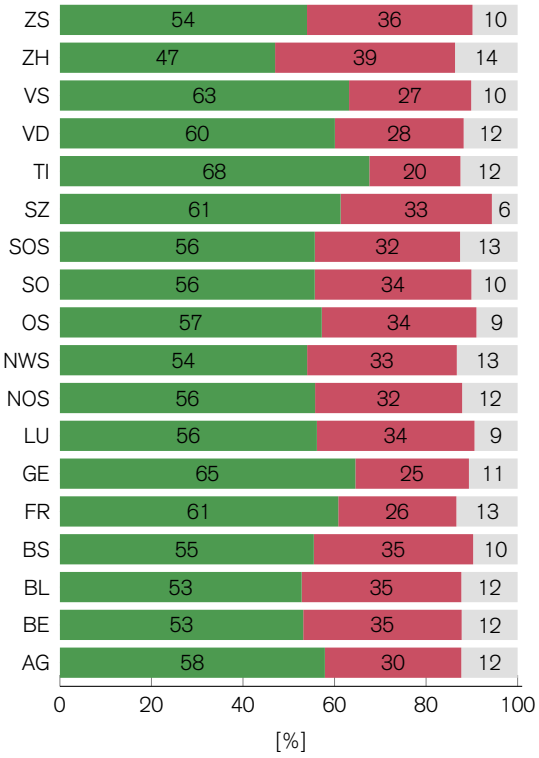
	Kat. 1	Kat. 2	Kat. 3	Kat. 4	Kat. 5
Bin dafür	62 %	58 %	50 %	59 %	48 %
Bin dagegen	24 %	30 %	40 %	32 %	42 %
neutral/weiss nicht	14 %	12 %	11 %	9 %	10 %

Einkommen



	unter 3000	3001–4500	4501–6000	6001–8000	8001–12 000	über 12 000
Bin dafür	52 %	58 %	56 %	54 %	56 %	58 %
Bin dagegen	33 %	28 %	30 %	35 %	34 %	34 %
neutral/weiss nicht	15 %	13 %	14 %	10 %	10 %	7 %

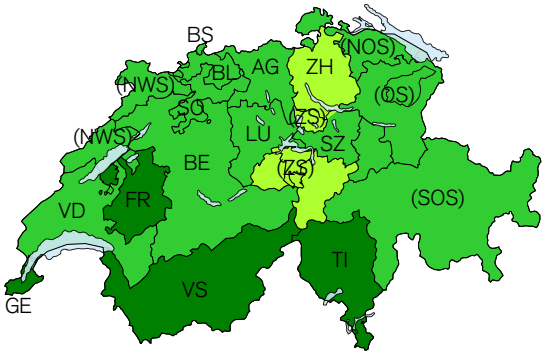
Kanton



	AG	BE	BL	BS	FR	GE	LU
Bin dafür	58 %	53 %	53 %	55 %	61 %	65 %	56 %
Bin dagegen	30 %	35 %	35 %	35 %	26 %	25 %	34 %
neutral/weiss nicht	12 %	12 %	12 %	10 %	13 %	11 %	9 %

	NOS	NWS	OS	SO	SOS	SZ	TI
Bin dafür	56 %	54 %	57 %	56 %	56 %	61 %	68 %
Bin dagegen	32 %	33 %	34 %	34 %	32 %	33 %	20 %
neutral/weiss nicht	12 %	13 %	9 %	10 %	13 %	6 %	12 %

	VD	VS	ZH	ZS
Bin dafür	60 %	63 %	47 %	54 %
Bin dagegen	28 %	27 %	39 %	36 %
neutral/weiss nicht	12 %	10 %	14 %	10 %



A. Abkürzungen

Regionen

Abkürzung	Name	Kantone
NWS	Nordwestschweiz	JU, NE
NOS	Nordostschweiz	SH, TG
OS	Ostschweiz	AI, AR, SG
SOS	Südostschweiz	GL, GR
ZS	Zentralschweiz	NW, OW, UR, ZG

Bildungskategorien

Kat. 1	obligatorische Schule oder (noch) keine abgeschlossene Ausbildung
Kat. 2	Berufslehre, Berufsschule, berufsvorbereitende Schule
Kat. 3	Maturitätsschule, Diplommittelschule, Lehrerseminar
Kat. 4	höhere Fach- oder Berufsausbildung (z. B. eidg. Fach- oder Meisterdiplom, HKG, TS)
Kat. 5	Universität, Hochschule, Fachhochschule, Höhere Fachschule (z. B. HTL, HWV, HFG, HFS)

B. Danksagung

Ohne die Unterstützung von verschiedenen Persönlichkeiten und Organisationen wäre die Durchführung der Vimentis-Umfrage nicht möglich gewesen. Wir danken herzlich für das Engagement und die wertvollen partnerschaftlichen Beiträge.

Ein herzlicher Dank geht an:

Albert Rösti

Nationalrat SVP

David Roth

Vizepräsident SP

Philipp Müller

Präsident FDP

Christophe Darbellay

Präsident CVP

Regula Rytz

Co-Präsidentin Grüne

Martin Bäumle

Präsident GLP

Martin Landolt

Präsident BDP

Hauptsponsor

Medienpartner

Quellen

Titelbild: «Stadt Bern: Bundeshaus während der Herbstsession, vom Schwellenmätteli aus photographiert» von Absolutely new, http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundeshaus-waehrend-Session.JPG. Lizenziert unter CC BY-SA 3.0.

Impressum

Vimentis
Postfach
9000 St. Gallen
www.vimentis.ch

Kontakt:
Fabian Akeret, akeret@vimentis.ch

Redaktion:
Fabian Akeret, Jon Baumann, Daniel Geissmann, Jöri Gujan, Fabian Heller, Stefanie Mühlebach, Cédric Müller, Florine Roduit, Daniel Weber
Alle geschlechtsspezfischen Bezeichnungen gelten immer für Frauen und Männer.
Alle Daten und Grafiken dürfen unter Angabe der Quelle frei verwendet werden.
Publikation: Februar 2015